



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen



# **Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft**

## **Plenarprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 10.Wahlperiode: 1979/80**

24.06.1982 - Plenarprotokoll - 64. Sitzung

---

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

**64. Sitzung**

am Donnerstag, dem 24. Juni 1982

**Inhalt**

Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung . . . . .	4895	Abg. v. Schönfeldt (FDP) . . . . .	4908
		Abg. Adamietz (BGL) . . . . .	4911
		Abstimmung . . . . .	4913
<b>Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen</b>		<b>Verurteilung von Rüstungsexportbeschlüssen der Bundesregierung und von Werbemaßnah- men der Landesregierung für die Fregatte Bremen</b>	
Mitteilung des Senats vom 21. Juni 1982 (Drucksache 10/845)		Antrag (EntschlieÙung) des Abgeordneten Willers vom 3. Juni 1982 (Drucksache 10/825)	
Abg. Adamietz (BGL) . . . . .	4895	Abg. Willers . . . . .	4914
Abstimmung . . . . .	4895	Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten . . . . .	4917
<b>Gesetz zur Änderung des Bremischen Personal- vertretungsgesetzes und des Gesetzes über die Errichtung und die Aufgaben einer Anstalt des öffentlichen Rechts — Radio Bremen</b>		Abg. Schatz (CDU) . . . . .	4919
Antrag der Fraktion der FDP vom 25. Mai 1982 (Drucksache 10/821)		Abg. Richter (FDP) . . . . .	4921
1. Lesung		Abg. Schmidt (SPD) . . . . .	4922
<b>Gesetz zur Änderung des Bremischen Personal- vertretungsgesetzes</b>		Abg. Adamietz (BGL) . . . . .	4924
Antrag der Fraktion der SPD vom 9. Juni 1982 (Drucksache 10/836)		Abg. Willers . . . . .	4927
1. Lesung		Abg. Adamietz (BGL) . . . . .	4928
<b>D a z u</b>		Abstimmung . . . . .	4929
<b>Änderungsantrag der Gruppe der BGL vom 24. Juni 1982</b> (Drucksache 10/848)		<b>Ständiger Bruch der Landeshaushaltsordnung</b>	
Abg. v. Schönfeldt (FDP) . . . . .	4896	Antrag der Gruppe der BGL vom 8. Juni 1982 (Drucksache 10/831)	
Abg. Anneliese Leinemann (SPD) . . . . .	4898	<b>Bericht über die Haushaltslage nach dem Stand vom 31. März 1982</b>	
Abg. Klein (CDU) . . . . .	4900	Mitteilung des Senats vom 24. Mai 1982 (Drucksache 10/819)	
Abg. Adamietz (BGL) . . . . .	4903	Abg. Klein (CDU) . . . . .	4930
Senator für Inneres Fröhlich . . . . .	4906	Abg. Adamietz (BGL) . . . . .	4931
Abg. Anneliese Leinemann (SPD) . . . . .	4907	Abg. Stäcker (SPD) . . . . .	4934
		Abg. Lahmann (FDP) . . . . .	4936

Senatsdirektor Stahl . . . . .	4937
Abg. Adamietz (BGL) . . . . .	4938
Abstimmung . . . . .	4939

#### **Fusionsgutachten Bremer Vulkan/AG „Weser“**

Antrag der Gruppe der BGL  
vom 8. Juni 1982  
(Drucksache 10/830)

D a z u

#### **Änderungsantrag der Fraktion der CDU vom 24. Juni 1982**

(Drucksache 10/849)

Abg. Dinné (BGL) . . . . .	4940
Senator für Wirtschaft und Außenhandel und für Arbeit Willms . . . . .	4943
Abg. Schmidt (SPD) . . . . .	4944
Abg. Kudella (CDU) . . . . .	4945
Abg. Lahmann (FDP) . . . . .	4947
Abg. Weinkauf (SPD) . . . . .	4950
Abg. Dinné (BGL) . . . . .	4951
Senator für Wirtschaft und Außenhandel und für Arbeit Willms . . . . .	4952
Abg. Gassdorf (CDU) . . . . .	4953
Abg. Kudella (CDU) zur Geschäftsordnung .	4955
Abstimmung . . . . .	4955

#### **Verführung von Kindern durch staatlich ge- fördernde Spielautomaten**

Antrag der Gruppe der BGL  
vom 8. Juni 1982  
(Drucksache 10/832)

Abg. Dinné (BGL) . . . . .	4956
Abg. Kietzer (SPD) . . . . .	4957
Abg. v. Schönfeldt (FDP) . . . . .	4958
Abg. Willers . . . . .	4958
Senatsdirektor Dr. Hoppensack . . . . .	4959
Abg. Ehlers (CDU) . . . . .	4959
Abg. Dinné (BGL) . . . . .	4960
Abg. Kunick (SPD) zur Geschäftsordnung .	4960

#### **Gesetz zur Verlängerung der Mitgliedschaft in der Vollversammlung der Wirtschaftskammer sowie der Amtszeit der Vollversammlung der Wirtschaftskammer**

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP  
vom 9. Juni 1982  
(Drucksache 10/834)

1. Lesung
2. Lesung

#### **Nichtständiger Ausschuß Wirtschaftskammer- gesetz**

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP  
vom 9. Juni 1982  
(Drucksache 10/835)

Abg. Adamietz (BGL) . . . . .	4961
Abg. Wedemeier (SPD) . . . . .	4961
Abg. Adamietz (BGL) . . . . .	4962
Abstimmung . . . . .	4962
Abg. Adamietz (BGL) . . . . .	4963

#### **Sterbenlassen der Verbraucherberatung**

Antrag der Gruppe der BGL  
vom 8. Juni 1982  
(Drucksache 10/843)

D a z u

#### **Änderungsantrag des Abgeordneten Willers vom 24. Juni 1982**

(Drucksache 10/850)

Abg. Adamietz (BGL) . . . . .	4965
Senator für Wirtschaft und Außenhandel und für Arbeit Willms . . . . .	4965
Abg. Willers . . . . .	4966
Abg. Marianne Hänecke (CDU) . . . . .	4967
Abg. Neujahr (FDP) . . . . .	4967
Abg. Schmidt (SPD) . . . . .	4967
Abstimmung . . . . .	4967

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Fritz Fischer, Jäger, Ostendorff, Stichweh.

**Präsident Dr. Klink**

**Vizepräsident Ehlers**

**Schriftführerin Helene Knorr**

**Vizepräsident Schmidt**

**Schriftführer Ravens**

---

Bürgermeister **Koschnick** (SPD), Präsident des Senats  
und Senator für kirchliche Angelegenheiten

Bürgermeister **Thape** (SPD), Senator für Finanzen

Senator für Wirtschaft und Außenhandel und für Arbeit **Willms** (SPD)

Senator für Soziales, Jugend und Sport **Dr. Scherf** (SPD)

Senator für das Bauwesen **Meyer** (SPD)

---

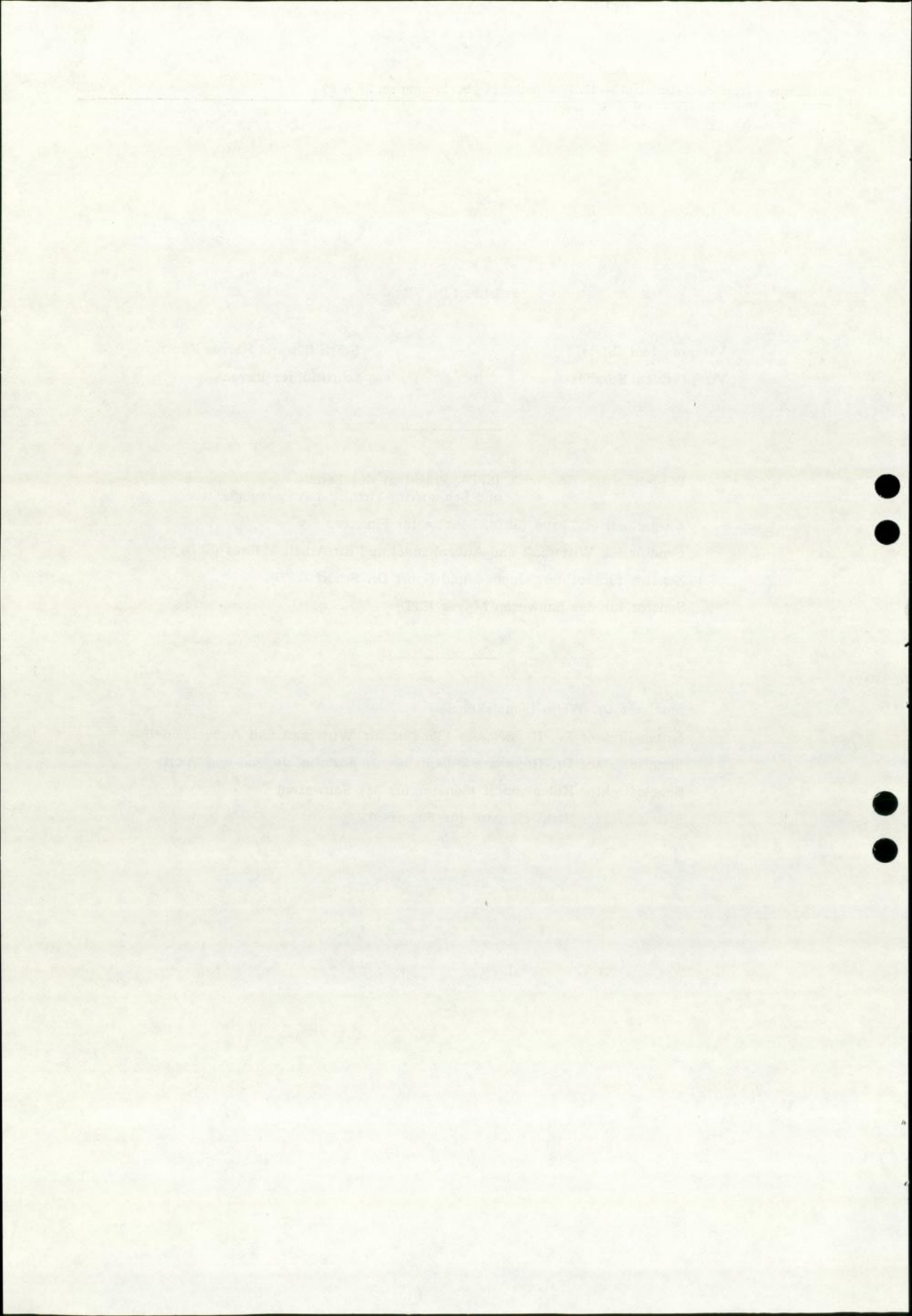
Staatsrat **Dr. Weiss** (Senatskanzlei)

Senatsdirektor **Dr. Hennemann** (Senator für Wirtschaft und Außenhandel)

Senatsdirektor **Dr. Hoppensack** (Senator für Soziales, Jugend und Sport)

Senatsdirektor **Kulenkampff** (Senator für das Bauwesen)

Senatsdirektor **Stahl** (Senator für Finanzen)



(A) Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung um 9.32 Uhr.

**Präsident Dr. Klink:** Die 64. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse recht herzlich.

Folgende Gruppen sind anwesend: Eine Berufsschulklasse vom Reichsbundberufsbildungswerk, eine Gruppe Krankenpflegeschülerinnen vom Zentralkrankenhaus Bremen-Nord und eine Gruppe Umschüler der Volkshochschule Bremen.

Ich begrüße die Zuhörer in unserem Kreis.

(Beifall)

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgenden Eingang bekannt:

Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen, Mitteilung des Senats vom 21. Juni 1982, Drucksache 10/845.

Ich werde diese dringliche Mitteilung des Senats zu Beginn der heutigen Sitzung aufrufen.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann wird so verfahren.

Weitere Eingänge liegen nicht vor.

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich auf ein erfreuliches Ereignis verweisen. Ich möchte dem Abgeordneten Dr. Hans-Hermann Sieling zum heutigen 65. Geburtstag die herzlichen Glückwünsche des Hauses aussprechen.

(Beifall)

Alles Gute und einen schönen Tag heute, Herr Dr. Sieling!

Wir treten in die Tagesordnung ein.

**Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen**

Mitteilung des Senats vom 21. Juni 1982  
(Drucksache 10/845)

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Adamietz.

Abg. **Adamietz** (BGL) \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Sache selbst sind die unterschiedlichen Auffassungen in der gestrigen Debatte des Landtags zum Ausdruck gekommen. Ich will deswegen auch an dieser Stelle auf diese Fragen nicht mehr eingehen. Es handelt sich hier jetzt nur noch um den Vollzug der gesetzlichen Änderungen, die Sie gestern beschlossen haben.

Allerdings, meine ich, ist es erforderlich, den Vorgang selbst auch parlamentsprotokollarisch noch einmal festzuhalten, und zwar aus folgendem Grund: Es ist, jedenfalls nach meiner Kenntnis und Erinne-

\*) Vom Redner nicht überprüft.

rung, für die laufende Legislaturperiode wohl das erste Mal, daß wir an einem zweiten Sitzungstag einer Sitzungsperiode des Landtags einen neuen Eingang zu verzeichnen haben, den wir unverzüglich auf die Tagesordnung nehmen. Das bedeutet für die parlamentarische Behandlung dieser Sitzungstage, daß sie jeweils als eigene Sitzungen anzusehen sind. Das bedeutet weiterhin, daß dann auch eigene Anträge zu diesem zweiten Sitzungstag eingereicht werden können.

Wir werden sicherlich verfassungsrechtlich und geschäftsordnungsrechtlich darüber zu debattieren haben, welche weiteren Folgerungen sich daraus ergeben, denn zum Beispiel heißt es in der Geschäftsordnung: Zu Beginn einer jeden Sitzung ist eine Fragestunde durchzuführen. Es kann dann auch eine Aktuelle Stunde durchgeführt werden.

Ich möchte das hier nicht weiter problematisieren, weil ich mir denke, daß Sie alle diese Folgerungen überhaupt nicht gesehen haben, weil Sie gewissermaßen mit Scheuklappen nur auf Ihr eines Ziel gesehen haben, heute diese Angelegenheit über die Bühne zu ziehen. Ich halte aber für das Protokoll fest, wir haben, ich betone das ausdrücklich, eben nicht widersprochen, als der Präsident fragte, ob das heute auf die Tagesordnung kommt. Wir sind damit einverstanden, daß man so parlamentarisch verfährt. In der Sache selbst bleiben wir bei unserer Ablehnung.

(Beifall bei der BGL)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Der Senat bittet um Zustimmung, den für den Eintritt in den Ruhestand vorgeschriebenen Zeitpunkt für den Präsidenten des Rechnungshofs, Herrn Richard Hartmann, auf den 31. Dezember 1983 hinauszuschieben.

Wer diesen Beschluß fassen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen BGL und Abg. **W i l l e r s**)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

**Gesetz zur Änderung des Bremischen Personalvertretungsgesetzes und des Gesetzes über die Errichtung und die Aufgaben einer Anstalt des öffentlichen Rechts — Radio Bremen**

Antrag der Fraktion der FDP  
vom 25. Mai 1982  
(Drucksache 10/821)

1. Lesung

Wir verbinden hiermit:

(C)

(D)

**(A) Gesetz zur Änderung des Bremischen Personalvertretungsgesetzes**

Antrag der Fraktion der SPD  
vom 9. Juni 1982  
(Drucksache 10/836)

1. Lesung

Wir kommen zur ersten Lesung über die beiden Gesetzesanträge.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete von Schönfeldt.

Abg. v. Schönfeldt (FDP \*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Gestatten Sie mir zu Beginn der Begründung für unsere Anträge einige wenige grundsätzliche Anmerkungen! Meine Fraktion legt Wert auf die unmißverständliche Feststellung, daß es der FDP bei der Vorlage dieser Anträge zum gegenwärtigen Zeitpunkt und in früheren Jahren nicht darum geht oder ging, gegen die Mitbestimmung in irgendeiner Form sich zu stellen. Die FDP bekennt sich, und sie hat das auch in der Vergangenheit getan, zu einer Mitbestimmung der Bediensteten auch im öffentlichen Dienst.

Ich bitte die Kollegen dieses Hauses, auch die Vertreter der Personalräte, uns künftig abzunehmen, daß es uns bei der Vorlage dieses Gesetzes um eine verfassungsrechtliche Bereinigung beziehungsweise um den Ausdruck unserer verfassungsrechtlichen Grundauffassung geht. Wir wollen uns sachlich auseinandersetzen über die rechtliche Auffassung, über einige Bestimmungen in diesem Gesetz, und wir wehren uns dagegen, daß uns unterstellt wird, die FDP betreibe hier eine Antimitbestimmungskampagne und nehme dieses Gesetz zum Vorwand.

Ich appelliere noch einmal, wie wir das auch in der Vergangenheit getan haben, insbesondere an die Personalräte, insbesondere an den Gesamtpersonalrat,

(Vizepräsident Schmidt übernimmt den Vorsitz.)

weil wir in der Vergangenheit den Eindruck gewonnen haben, daß gerade von dieser Stelle neben einer Auseinandersetzung mit unseren rechtlichen Argumenten eine Menge Parteipolitik betrieben worden ist, und wir meinen, daß der Personalrat dies künftig nicht tun sollte.

(Beifall bei der FDP)

Ich hoffe, mit meiner Begründung etwas dazu beitragen zu können. Noch eines vorab, meine Damen und Herren! Wir wollen mit unseren Vorschlägen, das darf ich auch generell sagen, im wesentlichen die Ausgestaltung des Minderheitenschutzes verbessern, wir wollen dies unter anderem durch eine etwas flexiblere, kürzere Amtszeit erreichen, und wir haben im wesentlichen durch unseren Änderungsvorschlag die Absicht, die Entscheidungen der

\*) Vom Redner nicht überprüft.

Exekutive künftig rechtlich besser abzusichern, als es bisher der Fall war. (C)

Das Hauptproblem bei unseren Vorschlägen ist die Frage nach den Grenzen parlamentarischer und politischer Verantwortlichkeit. Im einzelnen, meine Damen und Herren, wird dies zum Ausdruck gebracht in den Vorschriften des Paragraphen 13. Da schlagen wir Ihnen, wie Sie wissen, ein anderes Wahlverfahren vor.

Wir sind der Auffassung, daß in weiten Kreisen politischer Verantwortlichkeit sich die Einsicht durchsetzt, daß das Höchstzahlverfahren nicht das ideale Verfahren ist und daß das Verfahren Hare/Niemeyer durchaus in der Vorstellung vieler Gegner von früher an Boden gewonnen hat, ein Verfahren, das vor allen Dingen dem Minderheitenschutz Rechnung trägt. Dies ist ein gerechteres Verfahren, das inhaltlich an der Qualität einer Wahl gar nichts ändert, sondern lediglich ein anderes Auszählverfahren bedeutet, mit dem wir zu einem gerechteren Ergebnis und insbesondere zu einem Minderheitenschutz kommen.

Wir wollen in Paragraph 15 entgegen der bisherigen Gesetzeslage zur Wahl des Personalrats ein günstigeres, gerechteres Quorum der Unterschriften erreichen. Wir wollen auch erreichen, daß die in den Dienststellen vertretenen Einzelgewerkschaften zum Zuge kommen.

Wir sind der Auffassung, es liegt ein Verstoß gegen das Prinzip der Chancengleichheit vor, wenn kleine Organisationen praktisch von der Wahl ausgeschlossen werden, und nach dem geltenden Gesetz ist das immer dann der Fall, meine Damen und Herren, wenn zur Kandidatur zu einem Personalrat mit mehr als zehn Mitgliedern mehr Unterschriften notwendig sind. (D)

Wir meinen, daß mit unserem Vorschlag — ein Zwanzigstel der wahlberechtigten Gruppenangehörigen im Gegensatz zu der bisherigen Regelung, die ein Zehntel vorsah — dem Gedanken der Chancengleichheit Rechnung getragen wird. Dieses unverhältnismäßig hohe Quorum unterliegt sicherlich auch bei Ihnen verfassungsrechtlichen Bedenken, und wenn das der Fall ist, sollten Sie unserem Vorschlag zustimmen.

Über die Amtsdauer ist hier auch schon viel gesprochen worden. Das ist kein Punkt, den wir erfunden haben, sondern es herrschte seinerzeit weitgehend Übereinstimmung in diesem Hause, insbesondere zwischen der CDU und uns, darüber, daß die Amtszeit von drei Jahren günstiger sei, flexibler sei, mehr Demokratie im Bereich der Personalräte zulasse.

Die Koppelung an die Legislaturperiode von vier Jahren ist nicht gewollt von den Personalräten und kann auch nicht gewollt sein. Wenn man mir sagt, das sei praktikabel, dann bringen Sie die Personalräte in eine zu große Nähe zu der Regierungsverantwortlichkeit. Warum sollen die Personalräte nicht wie andere Mitbestimmungsgremien, die auch

(A) eigene Regeln haben hinsichtlich ihrer Wahlperioden, entsprechend auch dem Betriebsverfassungsrecht eine kürzere Wahlperiode haben?

Meine Damen und Herren, diese Frage ist, wie gesagt, so gravierend nicht, aber wir glauben, daß auch dadurch mehr Demokratie, mehr Fluktuation, mehr Wechsel möglich ist, und der Hinweis darauf, daß man einen Personalrat abwählen könnte, ist in diesem Zusammenhang wenig hilfreich.

Weiterhin haben wir, wie auch die SPD in ihrem Antrag, vorgeschlagen, den Paragraphen 25 Absatz 1 zu streichen. Insoweit besteht Konsens.

Nun, meine Damen und Herren, zum Paragraphen 52, wenn Sie so wollen, eine Kernregelung, die wir Ihnen vorschlagen, in Anlehnung an die Bundesregelung! Wir wollen unterstreichen, feststellen, verfassungsrechtlich absichern, meine Damen und Herren, daß es eine Regierungsverantwortung gibt, daß es im Rahmen unserer parlamentarischen Demokratie ganz wesentlich darauf ankommt, daß die Exekutive vom Parlament kontrolliert werden kann, und zwar die Exekutive allein. Es darf und soll nicht möglich sein nach dem Willen des Verfassungsgesetzgebers, daß Zweifel bestehen über die Alleinverantwortlichkeit der Exekutive.

(B) Deswegen wollen wir in Paragraph 52 Absatz 2 ganz klar herausstellen, daß in den Bereichen, in denen Entscheidungen, die wegen ihrer Auswirkungen auf das Gemeinwesen wesentlicher Bestandteil der Regierungsgewalt sind — und dann führen wir es konkret aus, was wir damit meinen, nämlich insbesondere Entscheidungen in personellen Angelegenheiten der Beamten, über die Gestaltung von Lehrveranstaltungen im Rahmen des Vorbereitungsdienstes einschließlich Auswahl der Lehrpersonen und in organisatorischen Angelegenheiten —, diese Verantwortlichkeiten nicht den Stellen entzogen werden dürfen, die der Volksvertretung, das heißt dem Parlament, verantwortlich sind.

Ich wiederhole es noch einmal, wir wehren uns dagegen, wenn wir diese Regelung zur Klarstellung der Verantwortlichkeit aus verfassungsrechtlichen Gründen einführen wollen, daß uns damit das Pflaster der Mitbestimmungsfeinde angeheftet wird, denn, meine Damen und Herren, wir lassen ja die Paragraphen 63, 65 und 66! Der Katalog der Zuständigkeiten des Personalrats in den sozialen, personellen und organisatorischen Angelegenheiten bleibt erhalten, nur wird er ganz eindeutig, wie es für ein Gesetz erforderlich ist, beschränkt auf diesen Katalog.

Das Problem, das entstehen könnte, daß es sich hier um eine verfassungsrechtliche Unsicherheit in Einzelfällen handelt, daß sich Entscheidungen dahinter verstecken können, daß derjenige, der verantwortlich ist, sich hinter dem Personalrat verstecken könnte, ist ausgeschlossen, wenn eine solche rechtliche Klarstellung entsprechend der Bundesregelung aufgeführt wird.

(Beifall bei der FDP)

Bitte treiben Sie mit solchen Vorschlägen keine Parteipolitik gegen die Verfasser dieses Entwurfs! (C)

Nächster Punkt: Wir wollen in dem Bereich der Einigungsstelle natürlich dann in Konsequenz unserer Vorstellungen eines Paragraphen 52 eine Änderung herbeiführen. Wir wollen den Katalog der Paragraphen 63, 65 und 66 so bestehen lassen, wir wollen aber den Hinweis auf eine jetzt für uns unbefriedigende Regelung in Paragraph 52 gestrichen haben.

Dann haben wir Ihnen vorzuschlagen, daß die Vertreter der Bediensteten in den Verwaltungsräten, meine Damen und Herren, nicht das Vetorecht haben sollen, das sie jetzt haben. Auch dies entspricht nicht einer mitbestimmungsfeindlichen Einstellung der FDP, sondern dies ist ein verfassungsrechtliches Problem, denn diese Regelung bedeutet laut Gutachten des Innenministeriums, nochmals wieder eingeholt, letztlich, meine Damen und Herren, daß die Alleinentscheidung der Vertreter der Bediensteten in diesem Bereich institutionalisiert wird. Dies ist nicht mehr paritätische Mitbestimmung, sondern hier wird anstelle der Verantwortlichkeit der dafür zuständigen Stelle durch das Vetorecht praktisch in zwei Fällen ein Alleinvertretungsrecht festgeschrieben im Bereich der Verwaltungsräte.

(D) Meine Damen und Herren, dem werden Sie sich nicht entziehen können in dieser rechtlichen Problematik, denn ich weiß aus der Geschichte dieses Paragraphen, das ist nachzulesen, daß der Senat ursprünglich der gleichen Auffassung gewesen ist und daß es lediglich eine politische Entscheidung gewesen ist, das Vetorecht auf diesem Weg einzuführen. Wir haben Zitate, die sind auch hier schon vorgetragen worden, nach denen politische, jetzt im Hause nicht mehr vertretene Mandatsträger erklärt haben, wir haben das — lediglich, füge ich jetzt ein — getan, um den Gewerkschaften und den Arbeitnehmervertretern entgegenzukommen.

Nur, meine Damen und Herren, damit lösen Sie keine rechtlichen Probleme, sondern Sie schaffen sie. Dieses Gesetz sollte sich davor hüten, diese Probleme nicht zu lösen, weil dann der Konflikt programmiert und institutionalisiert ist. Wir sind der Auffassung, durch Ihre Regelung ist ein solcher Konflikt programmiert.

Meine Damen und Herren, ein wesentlicher Punkt ist die Frage im Paragraphen 52 Absatz 3, nämlich die Frage nach dem Tendenzschutz im künstlerischen Bereich, ebenso wie wir es für Radio Bremen geregelt haben wollen. Ich bin guten Mutes, daß diese Frage so kontrovers hier nicht diskutiert wird. Die CDU hat eine solche Forderung in ihrem Programm. Wir haben in den Gesprächen und in den Auseinandersetzungen über diese Vorschrift eigentlich nur Zustimmung erhalten bis hin in die letzte Sitzung der Deputation für öffentliches Dienstrecht. Herr Willipinski hat gesagt, dieses Anliegen sei berechtigt, man wolle allerdings mit einer innerbetrieblichen Regelung, wie immer sie ausfallen möge, eine entsprechende Lösung finden.

(A) Nur, meine Damen und Herren, wenn die Personalvertretungsmaterie gesetzlich regelungsbedürftig ist, dann sollte man sie auch regeln und sollte nicht, weil es einem politisch nicht paßt, über den Umweg einer betriebsinternen Regelung einen solchen Tendenzschutz einführen.

(Beifall bei der FDP — Abg. L a h m a n n  
[FDP]: Richtig! Offenes Visier!)

Meine Damen und Herren, dieser Tendenzschutz ist gewünscht, ist in Bremerhaven anhand eines akuten Problems gefordert, und wir wissen, daß in Bremerhaven diese Frage aktueller ist denn je. Mir ist berichtet worden, daß der neueste Spielplan im Bremerhavener Theater wesentlich unter der Ägide der alten Regelung, nämlich mit großem Einfluß des Personalrats, zustande gekommen sein soll, und, welch groteske Situation, die Dramaturgie distanziert sich von dem Spielplan! Das müssen Sie sich einmal vorstellen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP)

Sie distanziert sich und sagt, das ist nicht unser Spielplan!

(Abg. B e c k m e y e r [SPD]: Das ist der  
Spielplan des Intendanten!)

(B) Das ist doch wirklich eine Zwiespaltung der Auffassung, was Kunst ist. Ich habe vieles gelernt, Herr Beckmeyer, auch an der Bremer Universität, was man alles machen kann in den Bereichen von Mathematik bis Kunst mit Hilfe von Soziologie und sonst etwas.

(Abg. B e c k m e y e r [SPD]: Aber wir  
haben doch noch einen Intendanten im  
Hause!)

Aber es muß doch so bleiben, daß die Organisation von Spielplänen und die Entscheidung, was künstlerisch gewollt und künstlerisch aktuell ist,

(Abg. B e c k m e y e r [SPD]: Die sind alle  
zufrieden bei uns!)

dem dazu Berufenen vorbehalten bleibt.

Aber wenn es so ist, daß die dazu Berufenen nicht nur protestieren, sondern sich sogar distanzieren von ihrem eigenen Produkt, das plakatiert an den Wänden hängt, dann sind wir weit gekommen mit der Kunst. Sie erweisen dem Gedanken der Mitbestimmung einen schlechten Dienst, wenn Sie so etwas zulassen.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Schmidt:** Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Leinemann.

Abg. Anneliese **Leinemann** (SPD): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Herr von Schönfeldt, wenn Sie meinen, daß Ihre Anträge keine politischen Anträge seien, dann weiß ich allerdings

(C) nicht, warum Sie die Anträge in dieser Form vertreten haben, denn sachlich begründet sind nur zwei Änderungen, die vorgenommen werden sollten, weil das Bundesverfassungsgericht in beiden Fällen entschieden hat. Alle anderen Änderungen, die Sie angeführt haben, sind rein politischer Natur und haben überhaupt nichts damit zu tun, daß wir an dieser Stelle etwas ändern müssen.

(Beifall bei der SPD — Abg. L a h m a n n  
[FDP]: Das hat er gerade zu erwähnen versucht!)

Ich bin sehr froh darüber, daß das Bremische Personalvertretungsgesetz ein so lebendiges Gesetz ist.

(Beifall bei der SPD)

Daß es dazu häufig Anträge gibt und daß wir über das Gesetz hier diskutieren, finde ich sehr gut, denn nur mit Gesetzen, die lebendig sind, kann man auch wirklich arbeiten.

(Beifall bei der SPD)

(D) Darum haben wir in der Vergangenheit durch Gesetz die Mitbestimmungsrechte der Angestellten, Arbeiter und Beamten im öffentlichen Dienst auch ständig verbessert. Wir haben niemals beabsichtigt, Veränderungen am Gesetz vorzunehmen, durch die es in irgendeiner Form zu einer Verschlechterung kommt. Antragsteller für die Änderungsvorschläge waren in der Vergangenheit der Deutsche Gewerkschaftsbund mit seinen Einzelgewerkschaften ÖTV, GEW, HBV und GdP, die Deutsche Angestelltengewerkschaft und der Deutsche Beamtenbund. Dabei haben die Erfahrungen mit dem Personalvertretungsgesetz und die dazu inzwischen ergangene Rechtsprechung eine wesentliche Rolle gespielt.

(Präsident D r . K l i n k übernimmt wieder  
den Vorsitz.)

Insbesondere das letztere, nämlich die Rechtsprechung, ist auch der Grund unseres heute vorliegenden Antrags. Das Bundesverfassungsgericht hat am 23. März 1982 beschlossen, und ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren: „Paragraph 48 Absatz 3 Satz 1 des Bremischen Personalvertretungsgesetzes vom 5. März 1974, Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen Seite 131, ist mit Artikel 3 Absatz 1 des Grundgesetzes unvereinbar und damit nichtig, soweit danach Wahlvorschläge für die Wahl zum Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadtgemeinde Bremen von einem Zehntel der wahlberechtigten Gruppenangehörigen unterzeichnet sein müssen.“

Zur Erläuterung, hierbei handelt es sich um Wahlvorschläge für die Wahl zum Gesamtpersonalrat. Nach dem bisherigen Paragraphen 15 Absatz 4 des Bremischen Personalvertretungsgesetzes muß der Wahlvorschlag von einem Zehntel der wahlberechtigten Gruppenangehörigen unterzeichnet sein. Seit 1974 wird bei der Wahl zum Gesamtpersonalrat die

(A) Kandidatenliste nach diesem Verfahren aufgestellt. Es gab 1974 keine Beanstandungen.

Bei der Personalratswahl 1980 hat die Deutsche Angestelltengewerkschaft einen Wahlvorschlag für die Gruppe der Angestellten eingereicht, der von 1 156 wahlberechtigten Angestellten unterzeichnet war, 1 848 — es waren damals 18 480 Angestellte im bremischen öffentlichen Dienst — waren erforderlich. Damit war also der Wahlvorschlag mit nur 1 156 Unterschriften ungültig und wurde vom Wahlvorstand zurückgereicht. Dagegen hat sich jetzt die Deutsche Angestelltengewerkschaft mit Erfolg gewehrt.

Die SPD-Fraktion beantragt daher die Änderung des Paragraphen 15 des Bremischen Personalvertretungsgesetzes, da im Beschluß des Bundesverfassungsgerichts zu Paragraph 48 Bezug genommen wird auf den Paragraphen 15. Außerdem schlagen wir vor, das ist auch eine Gesetzesänderung, die wir aufgrund der Rechtsprechung vornehmen möchten, den Paragraphen 25 zu ändern. Hier hat das Bundesverfassungsgericht schon vor einiger Zeit festgestellt, daß die Abberufung einzelner Personalratsmitglieder durch eine Personalversammlung nicht möglich sein darf. Das ist für verfassungswidrig erklärt worden.

Wir beantragen daher in unserem Antrag nur, das sage ich ganz deutlich, die Paragraphen 15 und 25 zu ändern. Die Änderung des Paragraphen 26 ist eine logische Folgerung aus der Änderung des Paragraphen 25 und nur Gesetzestechnik.

(B) Wir bitten ferner darum, daß das Gesetz am Tag nach seiner Verkündung in Kraft tritt, und wir machen damit noch keine Aussage, wann eine Neuwahl der Angestelltenvertreter zum Gesamtpersonalrat zu erfolgen hat. Hierüber wird am 28. Juni nach unserer Information das Verwaltungsgericht der Freien Hansestadt Bremen entscheiden, und wir werden selbstverständlich dieser Entscheidung folgen. Spätestens muß allerdings die Aufstellung der Kandidaten Ende 1983 so erfolgen, daß nach dem neuen Gesetz verfahren wird.

Dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion werden wir in keinem Punkt zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt für uns überhaupt keine Veranlassung, im Bremischen Personalvertretungsgesetz etwas zu ändern, weil es ein so gutes Gesetz ist, daß es außer diesen beiden anstehenden Paragraphen überhaupt keine Beanstandungen gab.

(Beifall bei der SPD)

Hier ein gänzlich neues Auszählverfahren, nämlich anstelle des von d'Hondt das von Hare/Niemeyer einzuführen, wäre etwas ganz neues und das erste Mal in einem Personalvertretungsgesetz.

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Das spricht noch nicht dagegen!)

Ich bin zwar auch dafür, daß Bremen vorn ist, wenn es um fortschrittliche Dinge geht, dies wäre aber ein Rückschritt, und darum wehrt sich meine Fraktion dagegen.

(Beifall bei der SPD)

Bei der Änderung des Paragraphen 15 nicht von 100 Gruppenangehörigen, wie im SPD-Vorschlag, sondern von nur 30 auszugehen und diese Zahl festzulegen, ist weder überzeugend noch durch Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vorgegeben.

(Zuruf des Abg. v. S c h ö n f e l d t [FDP])

Das Bundesverfassungsgericht, lieber Herr von Schönfeldt, befürwortet ausdrücklich eine Regelung, die Minderheiten, aber keine Einzelpersonen berücksichtigt.

(Abg. L a h m a n n [FDP]: 30 sind auch keine Einzelperson!)

Das ist der Unterschied zwischen FDP- und SPD-Antrag. Der Beschluß des Bundesverfassungsgerichts geht davon aus, daß hier nur ernst zu nehmende Gruppen und ernst zu nehmende Bewerber in einen solchen Vorschlag aufgenommen werden sollen, keine Einzelpersonen, und darum sind wir für 100 Gruppenangehörige. Bei jetzt fast 20 000 Angestellten im bremischen öffentlichen Dienst dürfte die Unterschriftsleistung von 100 wohl auch wirklich keine Schwierigkeit machen.

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Aber die DAG nehmen Sie auch nicht ernst!)

Doch, die nehmen wir sehr ernst!

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Aber sie darf keine Vorschläge machen!)

Die Deutsche Angestelltengewerkschaft hat sich diesem Vorschlag nicht widersetzt. 100 Gruppenangehörige sind auch für die DAG realistisch.

Die Verlängerung der Amtszeit der Personalräte von drei auf vier Jahre wurde 1974 vor der Novellierung des Personalvertretungsgesetzes von einigen Personalräten ebenfalls verlangt, Herr von Schönfeldt, da gebe ich Ihnen recht. Wir haben damals ein Anhörungsverfahren durchgeführt, darin wurde gerade über die Amtszeit sehr kontrovers diskutiert. Allerdings haben Vertreter der Personalräte, die diese Arbeit etwas länger kennen, uns gefragt, wenn tatsächlich reduziert werden sollte auf drei Jahre, wann wir denn die Amtszeit der jetzigen Abgeordneten reduzieren würden. Dann wären da ja auch drei Jahre ausreichend.

(Abg. W e d e m e i e r [SPD]: Die reduzieren wir auf 30 Jahre!)

In schwierigen Ämtern braucht man immer eine gewisse Einarbeitungszeit. Die ist auch für Personalräte erforderlich.

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

(A) Wir bleiben also hier bei vier Jahren.

(Abg. v. Schönfeldt [FDP]: Sagen das die Betriebsräte auch?)

Ja! Wir haben jetzt erneut die Personalräte befragt, und da haben alle, auch die, die früher einmal für drei Jahre waren, gesagt, erst die Erfahrung hat uns gezeigt, daß vier Jahre erforderlich sind.

(Zuruf von der FDP)

Betriebsräte? Wir sind hier beim PVG!

Der Antrag der FDP, Änderung des Paragraphen 52 und der folgenden Paragraphen mußte ja einmal kommen. Die FDP-Fraktion möchte hier die Mitbestimmungsrechte der Personalräte wesentlich einschränken. Ich möchte fast so weit gehen, nachdem ich Sie eben gehört habe, Herr von Schönfeldt, zu sagen, Sie wollen hier einige Rechte beseitigen, und das ist schon sehr schlimm.

Wir waren immer gemeinsam für ein fortschrittliches PVG. Jetzt wollen Sie tatsächlich aus dem Mitbestimmungsrecht ein Mitwirkungsrecht machen. Ihre Vorschläge bedeuten einen Rückschritt für alle Beschäftigten im bremischen öffentlichen Dienst.

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Quatsch!)

Aber natürlich! Wenn Sie von Radio Bremen und der Allzuständigkeit sprechen und Teile der Mitbestimmung bei den Orchestern, bei Radio Bremen und beim Theater entfallen lassen wollen, dann haben Sie, glaube ich, die letzte Zeit nicht richtig verfolgt. Wenn in Bremerhaven in der Praxis etwas anderes geschehen ist, als im Gesetz steht, ist das doch kein Grund, das Gesetz zu ändern.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Vorschläge bedeuten einen Rückschritt für alle Beschäftigten. Die SPD-Fraktion spricht sich hier im Parlament wie an jeder anderen Stelle außerhalb dieses Hauses für die volle und ungeteilte Mitbestimmung aus.

(Beifall bei der SPD)

Für uns bleibt die gleichberechtigte Mitbestimmung und Mitverantwortung der Personalräte erhalten. Mitbestimmung heißt für uns allerdings auch Mitverantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden uns weiterhin mit den Gewerkschaften für uneingeschränkte Mitbestimmung einsetzen. Damit wird das Bremische Personalvertretungsgesetz auch in Zukunft das fortschrittlichste im Bundesgebiet sein.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Klein.

**Abg. Klein (CDU):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich beginne mit dem Antrag der SPD und habe gleich die Genugtuung, Frau Kollegin, daß ich zum Ausdruck bringen kann, daß wir einen Teil Ihres Antrags mitmachen, und zwar stimmen wir den Ziffern 2 und 3 Ihres Antrags zu. In diesen Ziffern ziehen Sie die Konsequenzen aus dem sogenannten Mundgeruchsurteil des Bundesverfassungsgerichts, und wenn Sie dann in Absatz 2 des neu vorgeschlagenen Paragraphen 25 noch eine Übergangsregelung finden für den Fall der Auflösung des Personalrats, so halten wir das für zweckmäßig.

Allerdings, Frau Kollegin Leinemann, scheint uns Ihr Versuch in Ziffer 1 Ihres Antrags, die Konsequenz aus einem anderen Bundesverfassungsurteil zu ziehen, nämlich in Sachen Quorum für den Wahlvorschlag, nicht hinreichend tauglich zu sein. Da bitten wir kurz um Ihre Aufmerksamkeit, denn es geht ja darum, nun die verfassungskonformen Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu ziehen.

Sie hatten ursprünglich ein Quorum von einem Zehntel der Wahlberechtigten für den Wahlvorschlag ohne Höchstzahl. Wir hatten damals in der Abschlußberatung 1974 das Quorum ein Zwanzigstel mit der Höchstzahl 30, übrigens ein Antrag, dem sich jetzt die FDP-Fraktion dadurch angeschlossen hat, daß sie diesen Antrag wörtlich hier vorlegt. Ich kritisiere das nicht, aber ich wollte das nur klarstellen.

Das Bundesverfassungsgericht hat erklärt, ein Quorum von einem Zehntel ohne Höchstzahl ist verfassungswidrig, und Kern der Begründung ist, Frau Kollegin Leinemann, bei einem solchen Quorum passiere es, daß man mehr Unterschriften der Gruppenangehörigen für einen Wahlvorschlag brauche, als man für einen Sitz im Personalrat selbst benötige. Genau dies müssen Sie also jetzt bei einer Abhilfевorschrift berücksichtigen.

Da muß ich Ihnen leider sagen, Frau Kollegin Leinemann, Ihr Vorschlag berücksichtigt das nicht, denn wenn Sie jetzt wiederum ein Zehntel vorschlagen mit der Höchstzahl 100 Unterschriften für einen Wahlvorschlag, dann kann es ohne weiteres passieren, daß Sie wiederum mehr Unterschriften brauchen für den Wahlvorschlag, als Sie Stimmen brauchen für das Mandat im Personalrat.

(Beifall bei CDU und FDP)

Zunächst möchte ich Ihnen aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts die entscheidende Passage in Erinnerung rufen. Ich darf mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten zitieren.

„Das Unterschriftenquorum von mindestens einem Zehntel der zum Gesamtpersonalrat Bremen wahlberechtigten Gruppenangehörigen stellt darüber hinaus noch aus einem anderen Grund eine übermäßige Beschränkung der Allgemeinheit und Gleichheit der Personalratswahl dar. Es werden nämlich hierdurch sogar Wahlbewerber vom Wahlvorgang

(C)

(B)

(D)

(A) ausgeschlossen, die schon nach der Zahl der für ihren Wahlvorschlag beigebrachten Unterschriften ernsthafte Aussichten auf einen Sitz im Gesamtpersonalrat hätten. So hätte die Antragstellerin des Ausgangsverfahrens nach den Grundsätzen der Verhältniswahl d'Hondt bei den angefochtenen Personalratswahlen selbst dann einen Sitz im Gesamtpersonalrat Bremen erreicht, wenn bei sonst unverändertem Stimmverhalten nur diejenigen, die den Wahlvorschlag der Antragstellerin unterzeichnet hätten, ihr auch bei den Wahlen ihre Stimme gegeben hätten. Dies war aber absehbar, da der Grenzwert der Erfolgchancen bei zehn zu besetzenden Sitzen und normaler Wahlbeteiligung jedenfalls unter zehn Prozent lag und die Antragstellerin zudem bei den vorangegangenen Wahlen zum Gesamtpersonalrat noch zwei Sitze errungen hatte."

Jetzt kommt der entscheidende Satz: „Eine Regelung, die einen derart absehbaren Wahlerfolg einer offensichtlich ernst zu nehmenden Bewerbergruppe vereitelt, indem sie diese gar nicht erst zur Wahl zuläßt, kann nicht durch den Zweck geboten sein, das Gewicht der Wählerstimmen durch Ausschluß aussichtsloser Wahlvorschläge zu sichern. Nur zu diesem Zweck aber ist ein Unterschriftenquorum für Personalvertretungswahlen zulässig. Es darf jedenfalls nicht dazu benutzt werden, an sich aussichtsreiche Minderheiten zugunsten stärkerer Bewerbergruppen von vornherein um die Chance zu bringen, die ihnen nach dem Verhältniswahlrecht zustehenden Sitze zu erringen.“

(B) Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, wenn Sie diese klaren Sätze des Bundesverfassungsgerichtsurteils ernst nehmen, müssen Sie von Ihrem Vorschlag herunter, denn jetzt brauchen Sie bei einer Behörde mit 1 000 Wahlberechtigten immer noch zehn Prozent, also 100 Unterschriften. Sie brauchen aber, wenn Sie jetzt elf Mitglieder in den Personalrat wählen, weniger als 100 Stimmen, um ein Mandat im Personalrat zu bekommen.

Sie können sich nicht auf andere Länder berufen, wo größere Behörden sind und wo eine Gewerkschaft ohnehin kein Quorum braucht, sondern Sie müssen jetzt im Licht der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts eine korrekte verfassungskonforme Änderungsregelung vorschlagen, und das ist Ihnen nicht ganz gelungen.

(Beifall bei der CDU)

Ich bitte die Herren Juristen der SPD-Fraktion — das ist an sich ja eine ganz einfache Sache —, doch noch einmal nachzudenken und hier jetzt nicht den Fehler zu machen, dieses höchste deutsche Gericht nicht hinreichend zu berücksichtigen bei einer wesentlichen gesetzgeberischen Aktion.

Deswegen, meine Damen und Herren, kommen wir natürlich auf unseren alten Vorschlag zurück, ein Zwanzigstel mit der Höchstzahl 30, und ich finde, es ist ein günstiger Zufall, daß die FDP ihn sogar vorlegt. Wir sind in diesem Punkt einig, wir

(C) machen diesen Vorschlag mit und freuen uns, daß durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts unser alter Vorschlag wiederum zum Leben erweckt wurde und bestätigt worden ist.

Meine Damen und Herren, damit verlasse ich den SPD-Antrag und komme zur FDP. Auch hier habe ich noch eine erfreuliche Mitteilung zu machen. Ich habe gerade gesagt, daß wir uns Ihrem Vorschlag zu Paragraph 15 anschließen. Ihren Vorschlag zu Paragraph 13 Absatz 2, das Wahlverfahren Hare/Niemeyer anzuwenden, machen wir auch mit.

Ich habe mir erlaubt das Wort „Hähr“ auszusprechen. Ich habe gestern den ganzen Tag überlegt, ob es „Hare“ heißt oder „Hähr“ heißt, habe mir dann ein kleines phonetisches Gutachten erstellen lassen, das war außerordentlich kompliziert.

(Abg. K u n i c k [SPD]: Das Musical heißt Hair!)

Man kann sich ja nicht immer nur mit Kuhlmann und Rust beschäftigen!

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, dieser Hare ist ein Engländer, und zwar ein englischer Verfassungsjurist des vorigen Jahrhunderts.

(Abg. K u n i c k [SPD]: Walliser ganz genau!)

(D) Der Name heißt eigentlich Hase, aber das englische Wort Hase wird „Hähr“ ausgesprochen, obwohl ein i nicht darin ist. Also, ich neige dazu — bitte, Gegenvorschläge werden beurteilt! —, dieses Verfahren „Hähr/Niemeyer“ zu nennen. Es berücksichtigt die Minderheiten besser.

In dem Zusammenhang darf ich mir auch noch den Ausdruck des Wunsches erlauben, daß diese Koalition in Bonn es noch schaffen möge, das Wahlverfahren Hare/Niemeyer einzuführen, vor allem, was die Berücksichtigung der Überhangmandate bei Bundestagswahlen angeht, denn das wäre eine Stärkung des bremischen Interesses im nationalen Parlament. Wir schließen uns also diesem Vorschlag an.

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Die schafft dies und noch mehr, Herr Kollege!)

Meine Damen und Herren, auf der Seite zwei des Antrags der FDP, wo es beginnt mit dem Paragraphen 52, werden Vorschläge gemacht, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang stehen mit den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts. Das übrige, was wir bisher besprochen haben, waren praktisch bis auf Hare/Niemeyer Konsequenzen aus zwei Urteilen des Bundesverfassungsgerichts, die partiell das bremische Personalvertretungsgesetz für ungültig erklärten.

Jetzt aber, auf der Seite zwei Ihres Vorschlags, meine Damen und Herren von der FDP, schicken Sie sich an, im Ergebnis, das darf ich sagen, herrschendes Personalvertretungsrecht in Bremen einzu-

(A) schränken. Sie kommen dabei ebenfalls zurück auf Anträge der CDU-Fraktion in diesem Hause aus dem Jahr 1974.

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Der FDP ebenfalls! Wir haben damals Anträge gestellt!)

Wir haben Gelegenheit genommen, dazu Stellung zu nehmen im Oktober des vergangenen Jahres aus Anlaß eines Antrags der FDP-Fraktion, einen nichtständigen Ausschuß einzusetzen mit dem Ziel der Überprüfung des Gesetzes auf seine Verfassungskonformität. Sie behaupteten, wesentliche Vorschriften seien verfassungswidrig.

Aus Anlaß dieser Debatte haben wir bereits Gelegenheit genommen, darauf hinzuweisen, daß wir keine Veranlassung sehen, auf unsere alten Anträge zurückzukommen und insoweit das Personalvertretungsgesetz in Bremen zu ändern. Es bleibt bei dieser Haltung.

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Warum eigentlich?)

Sie müssen dafür Verständnis haben, meine Damen und Herren von der FDP, den Beratungsplan bestimmt immer noch die CDU-Fraktion. Wenn wir sagen, wir haben keine Veranlassung, ist das eine Aussage, die Sie sicherlich als gute Demokraten respektieren wollen.

(Beifall bei der CDU — Abg. L a h m a n n [FDP]: Können Sie die auch begründen? Gibt es dafür einen Grund?)

(B)

Selbstverständlich!

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Welchen?)

Den ich genannt habe, daß der Beratungsplan von uns bestimmt wird, und nicht von Ihnen!

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Aha! Das ist eine leere Hülse, Herr Kollege! — Abg. N e u m a n n [CDU]: Dann müssen Sie sich beide aber gut verstehen, Herr Lahmann!)

Hinzu kommt folgendes: Sie müssen ja die aktuelle politische Diskussion sehen.

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Führen Sie das einmal aus!)

Herr Präsident, ich bitte, das rote Licht hier nicht so ernst zu nehmen! Ich mache das in einem Beitrag!

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Wie lange würden Sie noch brauchen, Herr Klein?

Abg. Klein (CDU): Fünf bis zehn Minuten höchstens!

**Präsident Dr. Klink:** Der Abgeordnete Klein braucht noch fünf Minuten. Ich glaube, wir ersparen uns dann eine zweite Wortmeldung! — Bitte sehr, Herr Klein!

Abg. Klein (CDU): Das wäre mir sehr lieb!

Herr Kollege Lahmann, Sie müssen ja die aktuelle Situation in Bremen sehen.

(C)

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Ja, klar!)

Wir haben eine Finanz- und Wirtschaftskrise, und wir beide stehen in einem schwierigen Abwehrkampf gegenüber den globalen Einsparungsvorschlägen des Senats, was also unter Mißbrauch der Fluktuation die globale Einsparung angeht.

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Jetzt kommen Sie gleich auf den Ölschock, wie?)

Wir wollen also Aufgabenkritik ernst genommen sehen, wir wollen eine Aufgabentlastung, das darf ich doch sagen, wir wollen also organisch einsparen. Wer ist denn da unser Bundesgenosse? Wer hat denn das Wort Aufgabenkritik mit in die Debatte geworfen? Der Personalrat und vor allen Dingen der Gesamtpersonalrat!

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Na, na! Vorsichtig!)

Wir möchten nicht — das ist ein Grund zum Beispiel, Sie fragten nach dem Grund — in diesem wichtigen produktiven Kampf zur Zeit unwesentliche Nebenkriegsschauplätze eröffnen. Wir möchten in diesem Kampf dem Personalrat den Rücken stärken

(Beifall bei CDU und SPD)

und nicht durch Nebenkriegsschauplätze den Anschein erwecken, als würden wir ihm in den Rücken fallen. Ist das nicht eine politische Begründung?

(D)

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Das ist durch das Ohr gebrannt, Herr Kollege!)

Lassen Sie mich noch etwas anderes sagen, Herr Kollege! Die künstlerische Freiheit! Glauben Sie, wir würden das Ausüben der künstlerischen Freiheit nicht ernst nehmen?

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Offenbar ja!)

Ich habe das damals schon gesagt, wir haben ja auch die GmbH-Lösung für Bremerhaven vorgeschlagen, und Sie haben sich ihr verweigert, obgleich wir Ihnen den Sitz im Aufsichtsrat angeboten haben.

(Abg. N e u m a n n [CDU]: Was, das wissen wir gar nicht! — Abg. L a h m a n n [FDP]: Haben Sie Sitze anzubieten?)

Ja, doch, natürlich! Sie haben zunächst ohne Begründung abgelehnt. Der Antrag ist in der Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven diskutiert worden, und daraufhin haben wir insistiert und gefragt, warum seid ihr denn nicht dafür, ihr seid doch genauso liberal wie wir, künstlerische Freiheit!

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Wie kommen Sie denn darauf?)

(A) Ich habe das nachgelesen! Dann hat Herr Dr. Illig-  
ner gesagt, Sie wären ja auch nicht vertreten. Dann  
hat zum Schluß Herr Ebel vorgeschlagen, daß für  
den Fall der GmbH-Lösung wir der FDP einen Sitz  
abgeben.

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Auch das half  
nichts! — Abg. Lahmann [FDP]: Das  
wäre Mauschelei gewesen!)

Auch das hat nicht geholfen. Also, das ist eine  
Möglichkeit! Die andere Möglichkeit ist aber jetzt  
eröffnet, und das ist, Herr Kollege Lahmann, der  
Schwerpunkt meiner Ausführungen zu diesem  
Punkt.

Wir haben jetzt ein rechtskräftiges Urteil des  
Bundesverwaltungsgerichts. Danach ist es unter der  
Herrschaft des Bremischen Personalvertretungsge-  
setzes mit der Allzuständigkeit des Personalrats —  
übrigens vom Bundesverwaltungsgericht in gar kei-  
ner Weise rechtlich angezweifelt — möglich, die  
künstlerische Freiheit voll auszuüben für den Grund-  
rechtsträger Intendanten.

Das ist ausdrücklich anerkannt mit der Konse-  
quenz, daß unter der Herrschaft des jetzt gültigen  
Personalvertretungsgesetzes in Bremen der Inten-  
dant sagen kann, Frau A singt nicht Aida, sondern  
Frau B. Wenn deswegen Frau A ausscheiden muß,  
hat das personalrechtliche Konsequenzen, die nicht  
mehr mitbestimmungsfähig sind. Ich habe die For-  
mulierungen des Bundesverwaltungsgerichts hier.  
(B) Wenn Sie mir diese Aussage nicht abnehmen, werde  
ich diese klaren Worte des Bundesverwaltungsge-  
richts zitieren.

Unter der Herrschaft dieses Gerichtsurteils — ein  
Pyrrhussieg übrigens für die dortigen Antragsstel-  
ler — sehen wir den von uns geforderten Ten-  
denzschutz bereits bei einer ordentlichen Abwägung  
zwischen dem Sozialstaatsprinzip und der künstle-  
rischen Freiheit gewährleistet.

(Abg. Lahmann [FDP]: Das ist eine  
Selbsttäuschung, Herr Kollege!)

Das erleichtert es uns, diesen alten Antrag, den Sie  
jetzt wiederum stellen, nicht

(Abg. Kaufmann [CDU]: Zu überneh-  
men!)

zu befürworten.

(Abg. Lahmann [FDP]: Wir wollen den  
Tendenzschutz, und Sie lehnen ihn ab! —  
Abg. v. Schönfeldt [FDP]: Wie ist  
das bei der Einstellung der Dame?)

Meine Damen und Herren, damit enthalten wir  
uns zu sämtlichen Anträgen der FDP ab Seite zwei,  
die nicht im Zusammenhang stehen mit Konse-  
quenzen aus den Urteilen des Bundesverfassungs-  
gerichts und des Bundesverwaltungsgerichts mit der  
Ausnahme dieser Änderung des Wahlrechts. Wir

enthalten uns, Herr Kollege, und ich bin der Über-  
zeugung, daß (C)

(Abg. Lahmann [FDP]: Damit alles of-  
fen bleibt!)

eine solche Entscheidung zwar nicht das Verständ-  
nis oder die Billigung der FDP-Fraktion finden wird,  
daß aber eine solche Entscheidung bei der über-  
wältigenden Mehrheit der Betroffenen verstanden  
wird als ein politisches Signal, mit uns gemeinsam  
diese schwierigen, wirtschafts- und finanzpolitisch  
schwierigen Zeiten zu meistern.

(Abg. Lahmann [FDP]: Durch Tendenz-  
schutz!)

Dazu möchten wir eigentlich Sie, Herr Kollege  
Lahmann, auch aufrufen. — Ich darf mich bedanken!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort  
der Abgeordnete Adamietz.

Abg. Adamietz (BGL)\*: Herr Präsident, meine  
Damen und Herren! Wenn auch bei der Ausein-  
andersetzung mit diesen Gesetzesvorschlägen, die  
uns hier vorliegen, der Eindruck entstehen kann,  
das sei eine Spezialmaterie, bei der nur noch Per-  
sonalräte und Juristen durchfinden, meinen wir,  
daß hierin soviel Grundsätzliches liegt, daß man  
dieses Grundsätzliche auch benennen muß, (D)

(Abg. Lahmann [FDP]: Sehr richtig!)

und zwar an erster Stelle und auch hauptsächlich.

Tatsächlich geht es darum, daß der bremische  
Landesgesetzgeber geradezu eine verfassungsge-  
richtlich auferlegte Pflicht hat, tätig zu werden, und  
wir werden natürlich auch uns daran zu beteiligen  
haben, dieser Pflicht nachzukommen. Aber es geht  
natürlich auch um politische Vorgänge, die sind doch  
eigentlich das in diesem Landesparlament Wichtige  
und natürlich auch Interessante. Ich meine, das  
sollte man sich vor Augen halten.

Da ist der Beitrag der Kollegin von der SPD-  
Fraktion doch sehr bemerkenswert und auch nützlich,  
um daran anzuknüpfen.

(Abg. Lahmann [FDP]: Dürftig!)

Hatte sie nicht eben noch ausgeführt, dieses Bremi-  
sche Personalvertretungsgesetz sei das fortschritt-  
lichste Gesetz im Bundesgebiet, sei es bisher ge-  
wesen und solle es auch bleiben? Das klingt sehr  
gut, das klingt richtig nach sozialdemokratischer  
Programmatik.

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Das ist so-  
zialdemokratische Programmatik!)

\*) Vom Redner nicht überprüft.

- (A) Das ist sozialdemokratische Programmatik! Vielen Dank für diesen Hinweis, mir wäre er wichtig, aber Ihnen wird er sicherlich auf die Füße fallen!

(Heiterkeit bei der SPD)

Im selben Atemzug sagen Sie, wir sind immer für das Fortschrittliche, aber dieses Zählverfahren Hare/Niemeyer, auch nur etwas für Eingeweihte, das sei etwas Rückschrittliches. Meine Damen und Herren, ohne jetzt in die Einzelheiten zu gehen, wir haben gerade im Hinblick auf Wahlrechtsstreitigkeiten schon sehr häufig vorgetragen — im Hinblick auf die Frage Fraktionsstatus, im Hinblick auf die Frage Vertretung in Ausschüssen —, daß es mit dieser Mathematik, mit diesem Rechenverfahren seine eigene Bewandnis hat. Adam Riese sozusagen ist noch jedem geläufig, der berühmte Herr d'Hondt schon gar nicht mehr, und bei Hare/Niemeyer streitet man sich sogar noch, wie man das ausspricht.

Meine Damen und Herren, jedenfalls kann man eines feststellen: Das Rechenverfahren, das hier im Parlament existiert, das auch in den meisten Wahlgesetzen existiert, das auch im Bremischen Personalvertretungsgesetz existiert, dieses Wahlverfahren nach d'Hondt ist eines, das die großen Gruppen bevorzugt.

Wenn man dieses Rechenverfahren anwendet, kann es passieren, daß eine große Gruppe überproportional vertreten ist und eine kleine Gruppe nicht. Mit anderen Worten schließlich, Minderheiten werden benachteiligt, das ist der Kern der Sache. Dieses Verfahren Hare/Niemeyer, sehr kompliziert auch, stellt den Versuch dar, Minderheiten etwas besser zu repräsentieren, etwas näher an die wirklichen Wähleraussagen heranzuführen.

Interessant ist, daß im Bundestag für die Besetzung von Ausschüssen 1969, glaube ich, dieses Hare/Niemeyer-Verfahren eingeführt worden ist, interessanterweise doch wohl mit den Stimmen der SPD-Bundestagsfraktion. Interessant ist, daß man jetzt auch überlegt, für die Bundestagswahlen, die allgemeinen Wahlen also, die letztlich zur Stellung der Bundesregierung führen sollen, dieses Hare/Niemeyer-Verfahren anzuwenden.

Da erklärt nun die SPD-Landtagsfraktion des Landes Bremen, das Hare/Niemeyer-Verfahren sei rückschrittlich! Ich empfehle ihr, daß sie zum Bundestag, zu ihrer Bundestagsfraktion geht und ihr erklärt, daß sie bloß einmal von diesen Versuchen ablassen sollte, das Hare/Niemeyer-Verfahren, das so offenbar rückschrittliche, für die allgemeinen Wahlen einzuführen!

(Zuruf von der SPD: Gute Idee!)

Meine Damen und Herren, im Klartext heißt das, rückschrittlich soll sein, was Minderheitspositionen, was abweichende Meinungen von den großen Gruppen, letztlich auch von den Etablierten, von der mit absoluter Mehrheit hier vertretenen SPD zum Beispiel, zum Ausdruck bringen soll. Das ist der politische Hintergrund solcher Aussagen.

In diesem Zusammenhang kann man das einfach nur ergänzend anführen, wenn dann auch gesagt wird, das Bundesverfassungsgericht habe eine Entscheidung getroffen zugunsten ernst zu nehmender Bewerber.

(Abg. Professor Dr. Holl [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Einen Moment, Herr Dr. Holl, ich führe das eben zu Ende!

Damit seien nur ernst zu nehmende Gruppen gemeint. Nein, auch Einzelbewerber, meinen wir, können sehr ernst zu nehmende Bewerber sein und können auch Erfolg haben, wie in vielen Wahlen, ob das Betriebsratswahlen sind oder andere Wahlen, es sich ja zeigt.

Auch Einzelbewerber sollten Sie nicht ausschließen. Sogar in manchen Kommunalparlamenten, etwa in Niedersachsen, ist es zulässig, daß Einzelbewerber kandidieren und auch gewählt werden. Wenn Sie das nun wiederum abqualifizieren, zeigt das nur wieder, welche Vorstellung Sie von demokratischer Repräsentation haben. Nur ist völlig klar, das bleibt Ihnen dann im Hals stecken, wenn Sie einmal bange, über die Fünf-Prozent-Hürde zu kommen, und nach den Meinungsumfragen sind Sie ja auf dem besten Weg in diese Richtung.

(Beifall bei der BGL — Lachen bei der SPD — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Herr Adamietz, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage von Herrn Professor Dr. Holl anzunehmen?

Abg. Adamietz (BGL): Ja!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr, Herr Professor Dr. Holl!

Abg. Professor Dr. Holl (FDP): Herr Kollege Adamietz, würden Sie bitte in Ihrer Argumentation den Gesichtspunkt mit aufnehmen, daß bei der Anwendung dieses Zählverfahrens, um das es jetzt geht, nicht zuletzt auch die zahlenmäßige Repräsentation Bremens in Bonn verstärkt werden könnte?

Abg. Adamietz (BGL): Ich bin Ihnen sehr dankbar für diesen Hinweis. Er macht einmal mehr deutlich, daß die SPD ohne politische Hintergründe nur rücksichtslos gerade ihren eigenen aktuellen Vorteil verfolgt bei der Anwendung von Verfahren. Wenn es ihr nützt, wischt sie sämtliche sonstigen Verfahrensregelungen vom Tisch, ob das die Geschäftsordnung betrifft, ob das die Behandlung von Tagesordnungspunkten betrifft, alles wischt sie beiseite, weil sie einen aktuellen einzelnen Vorteil für sich sieht.

Sie berücksichtigt gerade nicht die politischen Hintergründe — ich nehme Ihren Hinweis auf, und Herr Klein hat es, glaube ich, auch angedeutet —, daß etwa die politische Repräsentation Bremens sich dadurch in Bonn erhöhen würde. Das ist ihr

(A) egal, da kennt sie nur ihre kleinkarierte Partei-schiene. Ihre Sorge ist nämlich größer, daß vielleicht dieser zusätzliche Abgeordnete von einer anderen Partei kommen könnte, und deswegen verzichtet sie lieber darauf, daß ein weiterer bremischer Abgeordneter nach Bonn entsandt wird. Meine Damen und Herren, das ist also der politische Hintergrund.

Wenn man dann hört, daß Frau Leinemann auch noch ausführt, sozusagen mit vor Stolz geschwellter Brust, warum wir diese Debatte hier führen, nämlich es sei doch ein sehr lebendiges Gesetz, wenn man darüber so häufig debattiere, dann allerdings muß man sich doch schon ein bißchen befremdet hinter dem Ohr kratzen — ich tue das einmal hier jetzt —, denn was heißt denn das? Warum beschäftigen wir uns hier mit diesem Personalvertretungsgesetz? Warum ist denn gerade das Bremische Personalvertretungsgesetz das Personalvertretungsgesetz, das das Bundesverfassungsgericht am meisten beschäftigt hat, einmal vom Senat angerufen — Herr Bürgermeister Koschnick ist ja nicht da, er hat leidvolle Erfahrungen, damals war er noch Parlamentarier — und dann von Betroffenen, die kandidiert haben und in Personalräten waren?

Das ist unser Thema und deswegen hier sozusagen so lebendig, weil das Bundesverfassungsgericht gesagt hat, ihr habt die Verfassung verletzt. Wenn das eine Begründung ist, warum ein Gesetz lebendig ist, daß man permanent die Verfassung verletzt oder wenigstens dreimal, dann allerdings vielen Dank für eine solche Lebendigkeit!

(B)

(Beifall bei BGL und FDP)

Was soll denn der Bürger sich eigentlich vorstellen, wenn man als Begründung, warum man Debatten führt und warum das im Parlament so lebendig ist, eben darauf hinweisen muß, daß das Bundesverfassungsgericht gesagt hat, ihr macht da nicht nur Fehler, das ist nicht unzumutbar, das ist nicht eine falsche politische Auffassung, sondern das ist gegen das Grundgesetz?

Meine Damen und Herren, im Prinzip betone ich ganz klar, es ist keine Schande, ein Gesetz zu machen, das vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt wird. Da sind manchmal sehr komplizierte Auslegungen der Verfassung dabei. Natürlich macht nach meiner Auffassung auch das Bundesverfassungsgericht so etwas wie Rechtspolitik. Es ist nicht im politisch freien Raum anzusiedeln, das ist als solches auch keine Schande. Es gibt auch genug Kritik, auch ich habe meine Kritik an Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, aber dann muß man auch einmal hinsehen, was denn der Kern der Aussage des Bundesverfassungsgerichts ist, warum etwas verfassungswidrig ist.

Da kann man — Frau Leinemann hat mir dankenswerterweise eben noch einmal den Leitsatz zur Verfügung gestellt — den Tenor der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zitieren. Darin heißt es nämlich: „Diese Regelung des Bremischen Personalvertretungsgesetzes ist mit Artikel 3 Ab-

satz 1 des Grundgesetzes unvereinbar und damit nichtig.“ (C)

Das klingt sehr nüchtern und juristisch! Aber was ist denn Artikel 3 Absatz 1? Was steht denn in diesem Artikel? Meine Damen und Herren, ich habe es extra noch einmal herausgesucht. Ich trage das Grundgesetz sozusagen in der Hand und nicht nur unter dem Arm. Ich lese vor, Artikel 3 Absatz 1: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.“

Meine Damen und Herren, das ist die Ohrfeige, die diese SPD-Mehrheit hier bekommt: Sie hat den allgemeinen Gleichheitssatz verletzt. Dieses Gesetz ist nicht irgendwo, weil es so kompliziert ist, nichtig, sondern weil der Gleichheitssatz, der Satz „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich“ von diesem Gesetz verletzt wird.

Meine Damen und Herren, welcher Bankrott der Sozialdemokratie, daß sie den allgemeinen Gleichheitssatz hier anfügen muß,

(Beifall bei BGL und FDP)

um zu erklären, es ist eine lebendige Debatte über ein solches Gesetz, wenn das Bundesverfassungsgericht dem Landesgesetzgeber eine solche Ohrfeige erteilt! Meine Damen und Herren, das, meine ich, muß man schon aus politischen Gründen berücksichtigen.

Wir können im übrigen nur noch auf einzelne Punkte hinweisen, ich will das in aller Kürze tun. Das alles kommt ja nicht von ungefähr. Wir haben einen hervorragenden, inzwischen erschienenen großen Kommentar zum Bremischen Personalvertretungsgesetz von Professor Großmann, Präsident des Bremischen Landessozialgerichts, und anderen. Wenn man ihn einmal zu diesen Vorschriften heranzieht, dann findet man über viele Seiten Ausführungen gerade zu der Verfassungswidrigkeit dieser Regelung, wie das Bundesverfassungsgericht sie auch jetzt beanstandet hat.

Da sind Rechenbeispiele, die genau diesen Punkt aufgreifen, daß nämlich tatsächlich ein Unterschriftenquorum verlangt wird, das so hoch ist, daß man mit weniger Stimmen nacher im Personalrat sogar vertreten wäre. Mit anderen Worten, das Quorum für die Kandidatur ist höher als für den Wahlerfolg.

Das kann in der Tat nicht richtig sein. Dann allerdings würde man eine solche Wahl zur Farce machen. Nur der Nachweis der Ernsthaftigkeit einer Kandidatur darf durch ein solches Quorum gefordert werden.

Gerade die Personalratswahlen sind doch nicht so anonym wie allgemeine politische Wahlen, sondern da kennt doch jeder jeden in der Dienststelle. Wenn einer kandidiert, macht er das auch nicht aus Spaß, sondern dann ist schon eine ernsthafte Überlegung dahinter, und man wird auch nur kandidieren, wenn man sich ernsthafte Chancen ausrechnet.

Wenn man dann noch dieses Unterschriftenquorum verlangt, müssen sich die anderen Mitglieder dieser Dienststelle, die Mitarbeiter, bekennen und

(D)

- (A) werden zugeordnet, zu dem einen oder dem anderen zu halten. Alles das ist schon ein Grund, solche Quoren möglichst niedrig anzusetzen.

Wir halten auch den allgemeinen Grenzwert für richtig, daß die Unterschriften von höchstens einem Zwanzigstel der jeweiligen Wahlberechtigten zu verlangen seien. Ein Zwanzigstel sind fünf Prozent, das ist sozusagen eine Assoziation zu dieser berühmten Fünf-Prozent-Hürde und wirklich das allerhöchste, was man vertreten kann. Wie schließen uns da der CDU und der FDP an.

Wir meinen auch, daß absolut die Zahl 30 ausreichen sollte und nicht 100, obwohl sicherlich in anderen Gesetzen — auch im Bundespersonalvertretungsgesetz — diese Zahl 100 enthalten ist, aber vielleicht auch für viel größere Dienststellen eigentlich gemeint ist.

Dann meinen wir — und da schließen wir uns auch dem eben zitierten Kommentar von Professor Großmann und anderen an —, daß tatsächlich das Mindestanfordernis von drei Unterschriften problematisch sein kann in kleinen Dienststellen, in denen vielleicht nur drei Gruppenangehörige sind, die aber trotzdem berechtigt sind, im Personalrat vertreten zu sein, die also, wenn sie kandidieren, sogar nach den sonstigen gesetzlichen Bestimmungen nicht nur die Chance, sondern sogar die Gewißheit haben, im Personalrat mit einem Mitglied vertreten zu sein.

- (B) Es müßten dann aber bei einer Kandidatur alle drei Mitglieder dieser Gruppe sich bekennen und nicht nur wählen, sondern auch vorher — sozusagen nicht in einer geheimen Wahl — mit ihrer Unterschrift öffentlich bekunden, wie sie zu wem stehen. Das halten wir für unangebracht.

Die SPD-Fraktion hat schon signalisiert, daß sie den FDP-Antrag insgesamt ablehnen wird, und wir denken, daß gar keine große alternative Abstimmung stattfindet. Ich möchte, damit das parlamentarisch auch Nägel mit Köpfen sind, nicht um vorzupreschen — ich gestehe das Erstgeburtsrecht der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion in diesen Fragen gern zu —, einen Änderungsantrag stellen, Herr Präsident, und zwar zu dem SPD-Antrag. Wir meinen, das muß in diesen Antrag eingebracht werden, weil darüber abgestimmt wird.

In Ziffer 1, in der es um die Änderung des Paragraphen 15 Absatz 4 geht, wollen wir, daß statt „einem Zehntel der wahlberechtigten Gruppenangehörigen“ es heißt „einem Zwanzigstel“. Wir wollen, daß gestrichen wird das Erfordernis „jedoch mindestens von drei Wahlberechtigten“, und wir wollen, daß statt der 100 wahlberechtigten Gruppenangehörigen jetzt 30 wahlberechtigte Gruppenangehörige gesagt wird.

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Ein Zwanzigstel?)

Ein Zwanzigstel!

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Was noch?)

Wir lassen entfallen dieses Erfordernis „jedoch mindestens von drei Wahlberechtigten“, das ist nicht nötig. Es kann in kleinen Dienststellen ausreichen, daß einer das macht. Die Ernsthaftigkeit einer Kandidatur in einer solchen Dienststelle ist allein dadurch, daß jemand sich exponiert, eigentlich deutlich gemacht, und die Zahl 100 streicht man und reduziert auf 30.

Wer das im einzelnen nachlesen will, der mag das in dem zitierten Kommentar tun. Da sind die Rechenbeispiele, da sind die Erforderlichkeiten, und da sind auch die verfassungsrechtlichen und politischen Hintergründe in ausgezeichneter Form, wie ich meine, ausgebreitet. Das ist für die Eingeweihten sicherlich ausreichend.

Wir werden den SPD-Antrag in dieser Form, wie er vorgelegt ist, deswegen auch nicht mitmachen. Wir stehen einigen Änderungen des FDP-Antrags positiv gegenüber, aber wir halten es dann auch, ohne daß das von dem Antragsteller irgendwie nachteilig ausgelegt werden mag, für müßig, wenn die Mehrheitsfraktion erklärt, sie wolle das alles nicht, daß wir da im einzelnen in die Debatte noch einsteigen.

(Beifall bei der BGL)

**Präsident Dr. Klink:** Herr Abgeordneter Adamietz, ist das ein offizieller Änderungsantrag?

(Abg. A d a m i e t z [BGL]: Ja!)

Als nächster hat das Wort Herr Senator Fröhlich. (D)

**Senator für Inneres Fröhlich:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wollte nur zwei Bemerkungen machen! Erstens: Die Änderung, wie sie von der Fraktion der SPD hier vorgetragen worden ist, Herr Klein, deckt völlig das Bundesrecht ab, das heißt, das ist im Bundespersonalvertretungsgesetz ebenfalls enthalten.

(Abg. K l e i n [CDU]: Es ist gerade der Fehlschluß, daß das einfach übertragbar sei!)

Warum nicht?

(Abg. K l e i n [CDU]: Erstens hat der Bund größere Gruppen!)

Seit wann?

(Abg. K l e i n [CDU]: Zweitens gibt es im Bund das Quorum für Gewerkschaften nicht!)

Wir haben das im einzelnen geprüft. Hier liegen wir voll im Bundesrecht und kommen auch dem Urteil entgegen, das da gefällt worden ist zu der Frage dieser Quoren.

Zum anderen wollte ich noch sagen, es ist hier diskutiert worden über die Wahlverfahren, d'Hondt und Hare/Niemeyer. Tatsächlich wird auch in Bonn über die Frage eines neuen Verfahrens diskutiert. Ich bin einmal gespannt, wie in Bonn im Bundesrat Ihre Partei dazu stehen wird. In den Ausschüs-

(A) sen sieht es anders aus, als Sie es hier dargestellt haben.

Wir haben auch eine Berechnung für Bremen vorgenommen. Nach dem Verfahren Hare/Niemeyer würde sich eine andere Zusammensetzung dieses Parlaments nicht ergeben. Wir haben bei den Personalräten das auch einmal berechnet, sowohl beim Gesamtpersonalrat als auch bei der Senatskommission für das Personalwesen. Es gäbe keine andere Sitzverteilung.

Ich möchte hier zumindest darauf hinweisen, damit man nicht meint, daß man mit einem neuen Verfahren eine völlig andere Sitzverteilung bekäme, sondern es würde sich in den meisten Fällen daran gar nichts ändern, es ist nur ein anderes Rechenverfahren. Bei der Größenordnung 17 Millionen zu 700 000 ergäbe sich in der Tat eine Veränderung zugunsten Bremens, wenn man etwa an die Bundestagsmandate heranginge.

Da darf ich Ihnen sagen, Herr Abgeordneter Adamietz, auch die Landesregierung und die SPD würden es begrüßen, wenn wir mehr Abgeordnete in Bonn hätten als zur Zeit. Da spielt es keine Rolle, welcher Partei die angehören. Das darf ich Ihnen auch einmal sagen. Das war insofern von Ihnen eine falsche Unterstellung gegenüber der SPD. Wir haben sie bisher immer unterstützt, auch wenn sie anderen Parteien angehörten.

(Beifall bei der SPD)

(B) **Präsident Dr. Klink:** Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Leinemann.

Sie haben den Änderungsantrag gehört. Würden Sie bitte darauf auch eingehen!

Abg. Anneliese **Leinemann** (SPD): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Lassen Sie mich erst noch einmal grundsätzlich etwas sagen, bevor ich auf die Änderungsanträge eingehe! Ich glaube, hier ist einiges, Herr Klein, mißverstanden worden.

In unserem Paragraphen 15 Absatz 4 heißt es, jeder Wahlvorschlag müsse von einem Zehntel der wahlberechtigten Gruppenangehörigen unterzeichnet sein. Im Bundesverfassungsgerichtsurteil ist zwar Bezug genommen worden auf die Wahl zum Gesamtpersonalrat, aber der Paragraph 48, das habe ich in meinem ersten Redebeitrag schon gesagt, bezieht sich auf den Paragraphen 15, also gilt das auch bei der Wahl der Personalräte.

Sie müssen davon ausgehen, daß wir nur eine einzige Dienststelle haben, in der rund 2000 Beschäftigte sind, das ist der Senator für Bildung. Alle anderen Dienststellen sind wesentlich kleiner. Die überwiegende Anzahl der Dienststellen hat 200 Beschäftigte.

Aber gehen wir ruhig einmal von der größten Dienststelle aus, von 2000! Von diesen 2000 sind rund 800 Angestellte, und von den 800 Angestellten müssen 80 den Wahlvorschlag unterschreiben, das heißt ein Zehntel. Das heißt nicht, daß sie einer Gewerkschaft angehören müssen, sondern ein Zehn-

tel heißt, daß 80 von 800 unterschreiben müssen, daß sie den Wahlvorschlag für den Kandidaten X oder die Kandidaten X, Y, Z unterstützen. Das ist so realistisch, daß jeder Personalrat in ganz Bremen Ihnen sagen wird, das macht überhaupt keine Schwierigkeiten! Ich weiß das aus Erfahrung, ich war selbst 13 Jahre Personalratsvorsitzende.

Die meisten Dienststellen haben aber rund 200 Beschäftigte. Wenn davon 80 Angestellte sind, müssen sie acht Unterschriften bringen, das ist ein Zehntel. Acht Unterschriften zu bringen für einen Kandidaten ist überhaupt nicht schwierig. Wer etwas anderes sagt, der kennt die Praxis im bremischen öffentlichen Dienst nicht, und ich bitte Sie, hier einfach von der Realität und von der Praxis auszugehen!

Aber ich mache Ihnen einen Vorschlag, Herr Klein. Wir — die SPD-Fraktion — haben uns das von der Praxis her überlegt und haben auch mit den Personalräten diskutiert. Wir haben heute die erste Lesung. Wir sehen zur Zeit keine Veranlassung, unseren Antrag zu ändern. Wir sind aber gern bereit und haben uns eben auch in der Fraktion abgestimmt, uns das bis zur zweiten Lesung mit den entscheidenden Gremien, Gewerkschaften, Gesamtpersonalrat, Juristen und Personalräten erneut zu überlegen.

(Beifall bei CDU und FDP — Abg. Klein [CDU]: Das ist schon immerhin etwas!)

Heute können wir zu keiner anderen Überzeugung kommen. (D)

Dann wollte ich gern noch eingehen auf die anderen Änderungsanträge, die Herr Adamietz gestellt hat. Auf das Zehntel, Herr Adamietz, bin ich eingegangen. Sie wollten streichen, daß ein Wahlvorschlag von mindestens drei Wahlberechtigten unterzeichnet sein müsse. Ich halte es nun wirklich für das mindeste, was man in einer Dienststelle erwarten kann, daß drei Leute unterschreiben. Diese drei Wahlberechtigten brauchen ja nicht einmal dann den Herrn Adamietz zu wählen, sondern die drei sollen nur unterschreiben, daß sie grundsätzlich dem Wahlvorschlag zustimmen, und das ist nun wirklich realistisch, da gibt es nun wirklich keine Schwierigkeiten.

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Sind Sie bereit, Frau Leinemann, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. Anneliese **Leinemann** (SPD): Ja, gern!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr, Frau Stieringer!

Abg. Karin **Stieringer** (CDU): Darf ich noch einmal auf den Kommentar der drei Sozialdemokraten Großmann, Münch und Rohr verweisen, wo ausdrücklich gesagt wird auf Seite 240, daß durch dieses Erfordernis der drei Unterschriften ein Wahlbewerb praktisch unmöglich gemacht würde, und zwar wird ausdrücklich auf kleine Dienststellen Bezug genommen? Es ist durchaus möglich, daß der eine

- (A) Mann in einer kleinen Dienststelle der Engagierte ist, wenn Sie das zur Kenntnis nehmen würden!

Abg. Anneliese **Leinemann** (SPD): Liebe Frau Stieringer, ein Kommentar ist ein Kommentar und kein Gesetz! Wenn ein einzelner Bewerber nur seine eigene Unterschrift bekommt, dann würde ich allerdings sagen, wenn die Dienststelle so klein ist, dann liegt das nicht nur daran, daß man Minderheiten nicht gern berücksichtigen möchte, sondern dann ist das einfach unrealistisch, daß dieser eine dann auch tatsächlich gewählt würde. Also, dieses Argument zieht überhaupt nicht.

(Beifall bei der SPD)

Dann heißt es weiter, in jedem Fall genüge die Unterzeichnung durch 100 wahlberechtigte Gruppenangehörige, das ist bezogen auf den Gesamtpersonalrat. Da haben Sie gefordert, Herr Adamietz, 30 Unterschriften. Das meinte auch Herr Klein. 100 Unterschriften sind wirklich nicht schwer zu bringen bei 18 000 beziehungsweise jetzt fast 20 000 Wahlberechtigten. Davon 100 Unterschriften, nicht für eine Wahl, sondern für einen Wahlvorschlag, die bringe ich Ihnen aus einer einzigen Dienststelle.

(Abg. **Adamietz** [BGL]: Ja, Sie werden gewählt!)

Das also zu Ihren Anträgen, die wir insgesamt ablehnen! Zum Antrag der CDU-Fraktion habe ich erklärt, daß wir bis zur zweiten Lesung uns das gern noch einmal durch den Kopf gehen lassen würden, und falls wir ebenfalls zu der Überzeugung kommen, daß hier eine Änderung erfolgen sollte von einem Zehntel auf ein Zwanzigstel, werden wir das in der zweiten Lesung berücksichtigen.

(B)

Grundsätzlich möchte ich aber zu der FDP-Fraktion noch etwas sagen. Wenn Sie meinen, daß durch Ihren Antrag keine Mitbestimmungsrechte eingeschränkt oder abgeschnitten werden, dann muß ich doch für all die, die den Gesetzestext nicht vorliegen haben, noch einmal sagen, daß ich sehr wohl meine, daß, wenn Sie im Paragraphen 52, der jetzt aussagt, daß der Personalrat das Mitbestimmungsrecht in allen sozialen und personellen Angelegenheiten hat, das Wort „allen“ streichen, das eine wesentliche Einschränkung ist. Wenn Sie wirklich die Allzuständigkeit der Personalräte einschränken wollen, werden Sie bei uns auf Granit beißen. Das werden wir auf keinen Fall mitmachen.

(Beifall bei der SPD — Abg. **Lahmann** [FDP]: Warten Sie erst einmal ab!)

Dann zum Verfahren der Einigungsstelle! Da wissen Sie ganz genau, daß alles in der Schlichtungs- und Einigungsstelle sehr praktisch und gut abläuft und auch nicht eingeschränkt werden sollte.

Sie wollen auch im Zusammenhang mit den sozialen Angelegenheiten das Wort „insbesondere“ streichen und wollen damit die Mitbestimmung der Personalräte in sozialen Angelegenheiten, ebenso wie in personellen und organisatorischen Ange-

legenheiten, beseitigen. Aber das sind unsere Grundsätze, daran werden wir niemals rütteln lassen! Solange Sozialdemokraten in irgendeinem Bundesland mitzubestimmen haben und mit an entscheidender Stelle stehen, werden sie von den Mitbestimmungsrechten der Personalräte sich ganz bestimmt nichts nehmen lassen! Dafür treten wir ein, und dafür werden wir auch weiter kämpfen!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete von Schönfeldt.

Meine Damen und Herren, es ist mir von der CDU mitgeteilt worden, daß sie abschnittsweise Abstimmung beantragt.

Abg. **v. Schönfeldt** (FDP \*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich auf einige Dinge eingehen, die hier vorgetragen worden sind! Herr Senator Fröhlich, Sie irren, wenn Sie meinen, daß der Entwurf der SPD übereinstimmt mit Bundesrecht, beziehungsweise wenn Sie sagen, für unsere Anträge gebe es keinen Anlaß. Wir haben in unserem Entwurf zusätzlich festgestellt, daß die Anwesenheit von Gewerkschaften in Dienststellen honoriert werden soll. Wir haben, darauf bitte ich zu achten, auch auf seiten der Gewerkschaften, zusätzlich eingeführt, daß die Gewerkschaften die Möglichkeit haben — neben den anderen Quorenregelungen — von sich aus berücksichtigt zu werden. Das heißt bei uns, daß zur Wahl des Personalrats die wahlberechtigten Bediensteten sowie jede in der Dienststelle vertretene Gewerkschaft Wahlvorschläge machen kann, und dies ist doch ein ganz großer Vorteil, ein Entgegenkommen und eine progewerkschaftliche Haltung.

(C)

(D)

(Beifall bei der FDP)

Zweitens, meine Damen und Herren: In der weiteren Diskussion hat sich ergeben, daß die Regelung mit dem Zwanzigstel, daß die Regelung mit den 30 Gruppenangehörigen so falsch nicht gewesen sein kann, und ich wiederhole daher nun auch, unterstützt dankenswerterweise von Frau Leinemann, daß in unserem Antrag nichts anderes verborgen ist als das Bemühen um einen größeren Minderheitenschutz.

(Beifall bei der FDP — Abg. **Stelljes** [SPD]: Sie möchten gern vier haben! — Abg. **Lahmann** [FDP]: Nein, zwei Jahre!)

Drittens, Frau Leinemann, frage ich Sie, warum Sie zusammen mit den Personalräten die Abgeordneten fragen wollen, ob sie ihre Legislaturperiode von vier auf drei Jahre reduzieren wollen. Fragen denn die Betriebsräte, die eine dreijährige Wahlperiode haben, dies auch? Ich glaube gar nicht, daß es einen Personalrat oder ein Mitglied eines Personalrates gibt, das diese Frage Ihnen gestellt ha-

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) ben kann, denn diese Frage ist nach meinem Dafürhalten ein Irrwitz. Es gibt doch viele Mitbestimmungsgremien, die sehr wohl drei Jahre amtieren. Also, da ist die Parallele zu sehen. Das ist kein zwingender Grund. Die Frage hat kein Personalrat gestellt, die haben Sie gestellt.

Letztlich, meine Damen und Herren, möchte ich noch einmal auf den von Ihnen bewußt mißverständenen Paragraphen 52 eingehen. Dieser Paragraph 52 beschreibt doch nur in seinem Absatz zwei das, was Sie alle als demokratische Abgeordnete in einer repräsentativen Demokratie praktizieren müssen, wenn Sie nicht gegen die Verfassung verstoßen wollen.

Die Feststellung, daß dieses Parlament die verantwortliche Exekutive kontrollieren muß und nur diese kontrollieren kann und darf

(Beifall bei der FDP)

und daß die politische Verantwortung bei der Exekutive liegt, werden doch die Personalräte auch nicht bestreiten. Dies ist doch ein Bekenntnis zum Grundgesetz, und deswegen schreiben wir in Paragraph 52 Absatz 2, ich wiederhole das nochmal: Entscheidungen, die wegen ihrer Auswirkungen auf das Gemeinwesen wesentlicher Bestandteil der Regierungsgewalt sind, insbesondere die Entscheidungen in den dann aufgeführten Angelegenheiten, dürfen nicht den Stellen entzogen werden, die der Volksvertretung verantwortlich sind.

(B)

(Abg. Lahmann [FDP]: So ist es!)

Dies ist das Einmaleins des Verfassungsrechts unseres Grundgesetzes.

Nur weil wir das hier festschreiben, müssen wir, Frau Leinemann, in den Paragraphen 63, 65 und 66 das Wort „insbesondere“ streichen, weil ja nach Ihrer Lesart dieser Katalog, der dort aufgeführt ist, nur Beispiele enthält, und nach unserem Verständnis ist es ein fest eingegrenzter Katalog von Zuständigkeiten.

Ein Letztes, Frau Leinemann! Wenn in den Paragraphen 63, 65 und 66 des alten Gesetzes Zuständigkeiten des Personalrats festgelegt worden sind — so wollten Sie es ja auch, sonst hätten Sie es nicht hineinschreiben müssen —, dann ist es doch nach meiner Überzeugung ein Irrwitz, daß dann eine weitere Bestimmung kommt, die diesen Katalog der von Ihnen gewollten Zuständigkeiten des Personalrats wieder in Frage stellt und dann festlegt, nämlich in dem jeweils dritten Absatz, daß diese Allzuständigkeit davon nicht berührt wird.

Das heißt, Sie heben durch den bisherigen Gesetzeswortlaut das, was Sie vorher gesagt haben, nämlich Festschreibung von Zuständigkeiten, wieder auf, weil Sie Bezug nehmen auf eine vorangegangene Vorschrift und sagen, der Personalrat sei doch in allen Dingen zuständig. Dies ist gesetzes-technisch und verfassungsmäßig angreifbar, und deswegen wollen wir hier eine klare Regelung.

(C) Nun, meine Damen und Herren, zu dem Beitrag von Herrn Klein! Herr Klein, Sie erfreuen uns, mich besonders, weil ich Sinn für solche Dinge habe, durch die Art und Weise, wie Sie mit einer unübertroffenen Überzeugungskraft, mit einer Miene, die einem das Herzblut förmlich zum Rinnen bringt — man möchte im Moment sogar aufstehen und Sie beglückwünschen nach der Rede —,

(Beifall bei der CDU)

Dinge vortragen, an die Sie, und so kenne ich Sie auch schon, es sind ja nur magere sieben Jahre, selbst offensichtlich nicht glauben,

(Beifall bei der FDP und SPD — Abg. Neumann [CDU]: Das ist aber ein Ding!)

denn wie Sie vortragen, ist zwar äußerlich gekonnt, was Sie hier vortragen, widerspricht aber dem an anderer Stelle von Ihnen selbst nachgewiesenem Intellekt.

Ich weiß nicht, ob die Art und Weise nicht überstrapaziert wird, in der Sie mit uns hier verfahren. Sie müssen doch der Wahrheit die Ehre geben und ganz klar feststellen, daß im Jahr 1974 in der Tat die CDU-Fraktion nach einer sehr intensiven Debatte, in der unser Parteifreund Dr. Graf hier ganz wesentliche und hervorragend ausgearbeitete Verfassungsprobleme dargelegt hat, die CDU-Fraktion in der zweiten Lesung dieses Gesetzes unter Bezugnahme auf die Ausführungen von Herrn Dr. Graf ihre Haltung in der ersten Lesung geändert hat und gerade diese Paragraphen, die wir jetzt beschreiben, vorgelegt hat, vehement vertreten hat und als einzig verfassungsrechtlich denkbare hier eingeführt hat.

(D)

(Abg. Lahmann [FDP]: So war es!)

So müssen wir doch miteinander umgehen.

Zweitens, meine Damen und Herren, haben Sie heute

(Zuruf des Abg. Klein [CDU])

eine politisch-taktische Linie zu erkennen gegeben, die doch nichts anderes bedeutet, als daß angesichts eines bevorstehenden Wahltermins die CDU wie alle anderen im Hause auch

(Abg. Lahmann [FDP]: Häschen in der Grubel)

nichts unternimmt, was ihr womöglich die eine oder andere Stimme in dem Bereich kosten würde.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, dies ist legitim, aber ich weiß nicht, ob wir mit dieser Taktik gut beraten sind, ob es nicht viel richtiger ist, in einem solchen Bereich auch zu diesem Zeitpunkt — und der Zeitpunkt ist nicht erst heute, sondern liegt schon länger zurück — ganz klar und eindeutig zu sagen, und ich wiederhole das an die Adresse der Personalräte, wir wollen hier nicht eine Beschnei-

(A) dung von Mitbestimmungsrechten generell einführen, wir wollen nur anhand der traurigen Erfahrungen, die wir mit diesem Gesetz gemacht haben, dafür sorgen, daß eine klare Regelung eingeführt wird.

Meine Damen und Herren, wenn von Aufgabenkritik die Rede ist, ist dies ein Teil der Aufgabenkritik, wenn Sie so wollen. Dies ist ein Teil der Aufgabenkritik, nämlich der Verteilung der Verantwortung in diesem Staat. Es geht nicht an, daß wir womöglich eines Tages feststellen, daß junge Leute und andere in diesem Land uns vorhalten, wir verwischten unsere Verantwortung, wie in allen anderen Bereichen heute zu beobachten ist, auch im öffentlichen Dienst, indem wir uns hinter Verantwortlichkeiten eines anderen versteckten, sondern wir bekennen uns gerade jetzt, da die Zeiten schwierig sind, zu einer ganz klaren Regierungsverantwortung und wollen der Regierung ermöglichen, daß sie diese Verantwortung mit einem guten Gesetz wieder aufnehmen kann.

(Beifall bei der FDP)

Wir sehen es doch an dem Beispiel Bremerhaven, meine Damen und Herren, wir sehen es doch an der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts,

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Ja, sehr richtig!)

(B) Herr Klein, zu welchen Irritationen die unsichere Rechtslage führt. Sie sind doch gut beraten gewesen, als Sie in Ihrem Programm 1979 noch geschrieben haben, daß der Tendenzschutz in das Gesetz müsse.

Sie haben, Herr Klein, zitiert, und ich zitiere dasselbe, ich zitiere auch das Bundesverwaltungsgericht. In diesem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts steht expressis verbis, was zu geschehen hat. Darin steht nämlich: Nach dem Sozialstaatsprinzip kann auch diese Regelung nicht dazu führen, daß die der öffentlichen Verwaltung immanenten und ihr verfassungsrechtlich nicht entziehbaren Verantwortungsbereiche auf Gremien verlagert werden, die keine Verantwortung tragen.

Hier heißt es wörtlich beim Bundesverwaltungsgericht: „Der Personalrat kann daher nicht in Bereiche vordringen, für deren Beurteilung er nicht den erforderlichen Sachverstand besitzt und für die er nicht die mit den Maßnahmen verbundene Verantwortung tragen kann.“

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Das ist Tendenzschutz! — Zuruf des Abg. Klein [CDU] — Abg. L a h m a n n [FDP]: Dann müssen Sie es auch in das Gesetz hineinschreiben!)

Herr Klein, das ist der Tendenzschutz! Dann muß man doch erkennen —

(Abg. Klein [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

ich möchte dies eben zu Ende führen —, daß dieser Auftrag des Bundesverwaltungsgerichts für uns

bindend ist. Jetzt ist doch die Frage, warum wir das denn nicht ins Gesetz schreiben, sofern wir das respektieren!

(Beifall bei der FDP)

(C) Ein Letztes, meine Damen und Herren! Wie sieht die CDU das Problem im Radio-Bremen-Gesetz? Ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten den Bericht des nichtständigen Ausschusses zur Erarbeitung eines neuen Radio-Bremen-Gesetzes. Meine Damen und Herren aus der CDU-Fraktion, hören Sie zu, was dort auch von Ihnen vertreten worden ist! Da heißt es auf Seite fünf unter Ziffer 6.3:

„Eine tiefgreifende Meinungsverschiedenheit zwischen der SPD einerseits und der CDU und FDP andererseits bestand in der Anwendung des Bremischen Personalvertretungsgesetzes auf Radio Bremen, insbesondere über die bereits jetzt gültige Mitbestimmung des Personalrats bei Einstellungen und Entlassungen von Beschäftigten.“

Jetzt kommt die Haltung der CDU: „Während die SPD auch schon in ihrem Entwurf nichts an der bestehenden Rechtslage ändern wollte, trat insbesondere die FDP für die Einführung eines sogenannten Tendenzschutzes in das Radio-Bremen-Gesetz ein. Die CDU schloß sich dieser Auffassung im wesentlichen an. Danach sollten die vorwiegend mit künstlerischer Tätigkeit Beschäftigten sowie für die unmittelbar mit der Ausgestaltung von Programminhalten befaßten Mitarbeiter von der Mitbestimmung des Personalrats ausgenommen werden.“ Meine Damen und Herren, das ist der Bericht vom 24. 4. 1979!

(D) Ich meine, diese Taktik, Herr Klein, ist legitim. Diese Taktik ist aber durchsichtig. Ich habe, glaube ich, jetzt Boden für Sie wieder gutgemacht im Bereich des öffentlichen Dienstes, indem ich Gelegenheit genommen habe, Ihre eigentliche richtige Haltung wieder hervorzuheben, und ich garantiere Ihnen, es wird Ihnen nicht schaden. Im Gegenteil, man wird mir danken und sagen, die CDU hat ja doch diese Positionen, die hier letztlich auch von Ihnen hätten vorgetragen werden müssen.

Ich fasse noch einmal zusammen, meine Damen und Herren! Ich sehe es so wie Frau Leinemann. Ein Gesetz ist natürlich dazu da, daß man über erkannte Schwierigkeiten in der Praxis, über verfassungsrechtliche, meinetwegen schon festgestellte oder sich ankündigende Schwachstellen eines Gesetzes diskutiert, und zwar jederzeit. Das können wir Gott sei Dank in diesem Hause.

Nur, meine Damen und Herren, noch einmal der Appell an Sie: Die parteipolitische Polemik gegen diejenigen, die sich diese Gedanken gemacht haben zu dem Gesetz, geht völlig fehl an den Zielen und Absichten der FDP. Sie haben gesprochen, Frau Leinemann, von dem Granit, den Sie nicht beißen oder doch beißen wollen. Ein Kollege von mir sagte eben, er kenne jemanden, der auch auf Granit gebissen hatte, der habe zum Zahnarzt gemußt, und das sei wahnsinnig teuer geworden. Ich möchte an

- (A) Sie appellieren, halten Sie noch etwas zurück bei dem Biß auf diesen Granit, es könnte auch für Sie sehr, sehr teuer werden!

(Beifall bei der FDP)

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, wir haben in der Frage des Minderheitenschutzes hier schon erfreulich an Boden gewonnen. Wir werden den Antrag der SPD — und da bitte ich um abschnittsweise Abstimmung — lediglich in den Ziffern 2, 3 und 4 mittragen. Wir bitten, über die Ziffer 1 eine getrennte Abstimmung herbeizuführen. Wir bleiben bei unserem Vorschlag, Minderheitenschutz für Einzelgewerkschaften, Gruppenzahl 30 und Unterschriftenquorum ein Zwanzigstel.

Wir werden uns deswegen auch bei dem Antrag von Herrn Adamietz der Stimme enthalten. Das ist ja ein Änderungsantrag, durch den Sie diesen Minderheitenschutz noch weiter senken wollen. Wir wollen uns dabei enthalten. Wir wollen durch unsere Stimmabgabe zu unserem Vorschlag auch für die später womöglich einsetzende Beratung deutlich machen, daß wir dies für die richtige Lösung halten. — Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Adamietz.

- (B) Abg. **Adamietz (BGL)\*:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich ergreife nicht noch einmal das Wort, um mich an internen Profilierungsproblemen innerhalb der Opposition zu beteiligen, sondern ich möchte mich mit dem auseinandersetzen, was hier als Gesetz natürlich verabschiedet werden wird, und da hat die SPD-Fraktion schon signalisiert, wie das aussehen soll.

Mich interessiert speziell noch einmal der Gesichtspunkt des Minderheitenschutzes, die Frage, ob drei Unterschriften erforderlich sein sollen, um überhaupt kandidieren zu können. Das klingt nun tatsächlich ein bißchen, als ob man praxisfern wäre. Frau Leinemann hat das hervorragend ausgebreitet, und ich muß auch zugeben, daß ich sicherlich nicht so einen Einblick in die Praxis habe wie sie, allerdings glaube ich, daß ich lesen kann, und ich kann auch das, was andere, die praktische und theoretische Erfahrungen haben und ausbreiten, verarbeiten.

Wenn man sich das betrachtet, sieht das sogar mit der Frage des Minderheitenschutzes anders aus. Ich möchte zwar auch verstärkt Minderheitenschutz, der kann sogar dazu führen, daß diese Regelung sogar Mehrheiten benachteiligt, Mehrheiten, die dadurch nicht entstehen können oder sich ausdrücken können, weil parteipolitische Orientierung, um nicht zu sagen Filz, gerade auch hier nach 30, 40 Jahren SPD-Herrschaft natürlich sozialdemokratischer Filz, das nicht zuläßt.

\* ) Vom Redner nicht überprüft.

Ich will Ihnen ein praktisches Beispiel geben. In einer Kleindienststelle sind fünf wahlberechtigte und zugleich wählbare Personen einer Gruppe, nehmen wir einmal an, drei eingeschriebene Sozialdemokraten mit Parteibuch, einer einhundertfünfzigprozentiger Kader, wie man ihn in den Personalräten immer wieder trifft, ohne denen nun zu nahe zu treten. Er mag auch in der Bürgerschaft sitzen oder sonstwo. Nein, da kann er ja nicht wegen der Inkompatibilität, aber das wissen die manchmal nicht so genau.

Nehmen wir also einen solchen Hundertfünfzigprozentigen an, und der kandidiert natürlich. Nehmen wir an, da ist auch ein grün angehauchter Bediensteter da, der sich ein paar Gedanken gemacht hat und gesagt hat, so geht das nicht, ich möchte eigentlich auch kandidieren, und vielleicht ist dort noch einer, der ist völlig parteilos, auch nicht angehaucht, und der überlegt nun, was ist für die Dienststelle, für meine Interessen in dieser Dienststelle am besten.

Dann haben wir also eine solche Kombination, hier — ich nenne ihn ruhig so — ein Grüner, und dort der hundertfünfzigprozentige Sozialdemokrat. So, wer kann denn nun kandidieren?

Erfahrungsgemäß ist es in vielen Wahlen doch so, daß gerade Sozialdemokraten Zweifel haben an der Politik ihrer Partei, an der Politik ihrer Regierung, an der Politik ihrer Parlamentsfraktion,

(Beifall bei der BGL)

zum Beispiel an den Sparbeschlüssen mit dem Rasenmäher, wie das zu Recht hier schon in vielen Debatten ausgeführt worden ist.

Nehmen wir an, daß zwei dieser drei SPD-Mitglieder in dieser Dienststelle im Grunde die Nase voll haben von der SPD-Politik und auch sagen, wir wollen eigentlich diesen Personalratskandidaten gar nicht wählen. Sie würden in einer geheimen Wahl vielleicht sogar diesen Grünen wählen. Nur so kommen doch die Stimmen für Grüne in den Wahlen immer zustande, weil die Leute der SPD davonlaufen!

(Abg. **Tepperwien [SPD]:** Schreib doch einmal ein Buch darüber!)

Nehmen wir an, daß auch dieser vierte oder fünfte, wie man ihn nennen will, der Parteilose sagt, er wolle auch einmal frisches Grün dort hineinbringen. Dann hätten wir ein Ergebnis, daß die Abstimmung vier zu eins gegen diesen einhundertfünfzigprozentigen SPD-Kader ausginge.

Aber nun die Frage, wer darf denn kandidieren? Nach Ihrem Gesetzesvorschlag darf nämlich der andere erst gar nicht kandidieren, denn welches eingeschriebene SPD-Mitglied dürfte es wagen, die Kandidatur dieses Grünen zu unterstützen? Drei Unterschriften sind allein für die Kandidatur erforderlich. Da würde natürlich der einhundertfünfzigprozentige Kader der SPD seine Liste einreichen, und welches SPD-Mitglied würde wagen, nicht die-

(C)

(D)

(A) se Liste, sondern sogar den anderen Vorschlag zu unterschreiben!

(Abg. Tepperwien [SPD]: Jetzt müssen Sie uns noch sagen, welche Liste das ist!  
— Glocke)

Damit ist klar, es wird gerade in den kleinen Dienststellen der Zwang zur parteipolitischen Offenlegung ausgeübt, eine Verletzung des Wahlgeheimnisses, eine Verletzung sogar von Mehrheiten!

(Beifall bei BGL und FDP)

Meine Damen und Herren, das ist nicht von mir erfunden. Lesen Sie bitte den bereits zitierten Kommentar von Großmann, Mönch und Rohr, Seite 241, Randziffer 85! Hier steht in Abrundung:

„Statt einer echten Wahl muß eine Einigung auf einen Kandidaten stattfinden, damit überhaupt ein Personalrat gebildet werden kann. Das wird oft praktikabel sein,“ — heißt es hier — „entspricht jedoch nicht dem Gesetz, das von der Bildung des Personalrats durch echte Wahl ausgeht.“

(B) Es gibt noch mehr Beispiele, die kann man noch variieren. Ich verweise nur wieder auf diesen Kommentar. Beispielsweise in einer Dienststelle mit 24 Bediensteten möchte die Gruppe der Arbeiter, die aus drei Bediensteten besteht, von denen aber nur einer wahlberechtigt ist, einen Wahlvorschlag einreichen. Die Gruppe hat einen Anspruch auf Vertretung im Personalrat, weil sie nämlich wenigstens ein Zwanzigstel aller Bediensteten umfaßt. Paragraph 13 Absatz 5 Satz 1:

Der Verstoß gegen den Gleichheitssatz liegt auf der Hand, heißt es im Kommentar, denn entgegen dem in Paragraph 13 vorgeschriebenen Minderheitenschutz läßt eben diese Regelung des Paragraphen 15 Absatz 4 Satz 2 einen Wahlvorschlag von weniger als drei Wahlberechtigten nicht zu und weicht damit willkürlich von einem tragenden Grundgedanken des Gesetzes ab.

Ich zitiere weiter: „In einem überschaubaren Wahlbereich muß auch kleineren Gruppierungen und Einzelpersonen der Zugang zum Mandat offenstehen.“ Es folgt ein Verweis auf bundesverfassungsgerichtliche Entscheidungen.

Hiervon ist der Gesetzgeber, wir selbst also, bisher ausgegangen, indem er Kleingruppen unter den Voraussetzungen des Paragraphen 13 Absätze 1 und 5 einen Vertretungsanspruch im Personalrat zuerkannt hat. Die gegenteilige Lösung ist eine Verletzung der vom Gesetz selbst statuierten Sachgesetzlichkeit, nämlich des Minderheitenschutzes, und damit ein typischer Verstoß gegen den Gleichheitssatz.

Ich betone noch einmal, was ich eben sagte, die Sozialdemokraten, die vor 100 Jahren unter dem Banner „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich“ angetreten sind, die immer wieder gerade den Gleichheitssatz gegenüber dem Freiheits- und Eigentumssatz der bürgerlichen Verfassung als das

(C) Fortschrittliche für den Sozialstaat ins Feld führten, zuzusagen gegen die Formel des Rechtsstaates angewendeten, meine Damen und Herren, die Sozialdemokratie ist es hier, die gerade diesen Gleichheitssatz — ich will mich vorsichtig ausdrücken — mißachtet.

Aber auch dann — wiederum nachzulesen in diesem Kommentar —, wenn eine Kleingruppe drei Wahlberechtigte aufweist, ist doch das Erfordernis, daß alle drei unterschreiben müssen, praktisch eine hundertprozentige Offenlegung! Wo ist denn da noch ein Wahlgeheimnis? Nichts mehr ist davon vorhanden!

Nun sagen Sie mir nicht, daß das nicht vorkommen kann! Gerade Sie haben eben ausgeführt, daß wir in Bremen nur eine Dienststelle mit 2000 Beschäftigten haben. Wir haben in der Tat viele kleine Dienststellen, wo so etwas durchaus möglich ist. Das können Sie nicht ausschließen, und deswegen wäre, und so schließt auch der Kommentar, im Hinblick auf alles dies der Landesgesetzgeber gut beraten, wenn er möglichst bald das ändern würde, wenn er das Quorum zum Beispiel auf ein Zwanzigstel ermäßigen und die Mindestzahl von drei Unterschriften beseitigen würde.

Deswegen, meine ich, ist deutlich geworden, daß es hier sehr wohl um politische Fragen geht. Im Kern und im Hintergrund macht dieses eine Problem mit den drei Unterschriften die Problematik der Parteipolitisierung dieser Dienststellen, dieser Personalräte deutlich. Anderswo sind das die Betriebsräte. Überall, wo überhaupt Menschen sich äußern können, die betroffen sind, die irgendwo mitbestimmen wollen, findet diese Parteipolitisierung statt, indem man sich bekennen muß, indem man unterschreiben muß, wofür man einsteht.

In Wirklichkeit ist es doch so, daß die Leute gerade das nicht wollen, daß die Leute im Grunde sagen, mag da jemand kandidieren, gut, wir überlegen uns das. Wir überlegen uns auch, ob wir den wählen, aber es ist doch etwas anderes, ob ich vorher diese Kandidatur unterstützen muß.

(Unruhe — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, ich bitte um mehr Aufmerksamkeit für den Redner! Es ist wirklich sehr schwierig, den Beratungen zu folgen!

Abg. **Adamietz (BGL):** Ich persönlich bin der Meinung, daß es, wenn ich sage, jemand darf kandidieren, noch keinen Rückschluß zuläßt, ob ich dann auch diese Partei auch wählen werde, aber es ist in der Praxis, und darauf stellen Sie doch ab, so, daß tatsächlich die Leute, die Sympathisanten einer politischen Richtung oder einer Gewerkschaft oder eines Kandidaten sind, diese Unterschrift leisten.

Es ist in der Praxis noch viel häufiger so, daß diejenigen, die nicht dieser Richtung angehören, sehen, wer bei wem unterschrieben hat und ob nicht auch einer der eigenen Partei da unterschrieben

- (A) hat. So kenne ich doch gerade auch die SPD, die dann immer darauf sieht, wer bei den Grünen mitmacht und feststellt, der hat ja noch ein SPD-Parteibuch oder hat beim letztenmal wenigstens noch bei der SPD mitgemacht.

Was Sie in der Tat wollen, ist die parteipolitische Offenlegung des Bekenntnisses des einzelnen, und damit wollen Sie den Wechsel, das Abstandnehmen von Ihrer Politik ausschließen. Das ist der politische Hintergrund. Gerade in den kleinen Dienststellen, in denen jeder jeden kennt, ist es viel wichtiger, daß die Leute davon einmal ein bißchen herunterkommen, daß sie nicht dazu gezwungen werden, alles in jedem Einzelfall pauschal offenzulegen, sondern sie müssen auch einmal punktuell sagen können, hier hat der eine recht, aber in einer anderen Frage hat der andere recht.

Sie aber wollen diese parteipolitische Festlegung, und da können Sie dann auch sagen, das machen wir nur über Gewerkschaften, das ist dann eine Soße, wenn Sie dann immer in der Gewerkschaft auch Ihre Parteirichtung durchsetzen. Daß Sie damit scheitern, sehen Sie an so gravierenden Fragen und gravierenden Auseinandersetzungen wie etwa der Fusion von Vulkan und AG „Weser“. Das werden wir ja heute noch verhandeln.

(Beifall bei der BGL)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

- (B) Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, als erstes rufe ich den Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 10/821, auf, und zwar ist abschnittsweise Abstimmung beantragt worden. Ich gehe davon aus, daß wir über die Paragraphen 13, 15 und 23 jeweils getrennt und über den Rest insgesamt abstimmen.

Wer dem Paragraphen 13 des FDP-Antrags in der vorgelegten Fassung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, diese Fassung ist abgelehnt.

Wer der vorgelegten Fassung des Paragraphen 15 des FDP-Antrags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD)

Stimmhaltungen?

Damit ist auch die vorgelegte Fassung des Paragraphen 15 abgelehnt.

Ich rufe nunmehr den Paragraphen 23 in der vorgelegten Fassung auf. (C)

Wer diesem Paragraphen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, auch Paragraph 23 ist damit abgelehnt.

Nunmehr rufe ich den Rest des Antrags, das sind die Paragraphen 25, 52, 59, 61, 63, 65, 66, 68 sowie Artikel 2 und Artikel 3, auf.

Wer diesem Teil des Antrags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD)

Stimmhaltungen?

(CDU)

Meine Damen und Herren, auch dieser Teil des Antrags ist abgelehnt. Ich stelle fest, damit ist der gesamte Antrag abgelehnt.

Nunmehr kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksachen-Nummer 10/836, Neufassung. Hierzu ist vom Abgeordneten Adamietz ein Änderungsantrag vorgelegt worden, und zwar bezieht sich der Änderungsantrag nur auf die Ziffer 1 a. Da soll, statt „einem Zehntel“ neu „einem Zwanzigstel“ eingefügt werden; es soll gestrichen werden „jedoch mindestens von drei Wahlberechtigten“; statt „100“ soll neu eingefügt werden „30“. Dies ist der Änderungsantrag. Ich lasse zunächst über diesen Änderungsantrag abstimmen. (D)

Wer dem Änderungsantrag des Abgeordneten Adamietz zum Antrag der SPD-Fraktion seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, BGL und Abg. Willers)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD)

Stimmhaltungen?

(FDP)

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Wir kommen nunmehr zum Antrag der SPD-Fraktion selbst. Auch hier ist abschnittsweise Abstimmung beantragt worden. Sind Sie einverstanden, daß ich über Ziffer 1 eine Abstimmung vornehme, dann über die Ziffern 2, 3 und 4 zusammen eine Abstimmung und als letzte Abstimmung über

- (A) Artikel 2, oder könnte das gleich in den zweiten Abstimmungsvorgang einbezogen werden?

(Zurufe)

Das kann also mit einbezogen werden!

Besteht Klarheit über das Abstimmungsverfahren? — Dann werden wir so verfahren.

Wer der Ziffer 1 im Artikel 1 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, FDP, BGL und  
Abg. Willers)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Ziffer 1 von Artikel 1 ist angenommen.

Ich rufe nunmehr die Ziffern 2, 3 und 4 des Artikels 1 sowie Artikel 2 auf.

Wer diesem Teil des Antrags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, dann ist dieser Teil ebenfalls angenommen.

(Einstimmig)

- (B) Damit ist der gesamte Antrag Drucksache 10/836 — Neufassung — angenommen.

Meine Damen und Herren, damit ist das Gesetz in erster Lesung beschlossen.

#### **Verurteilung von Rüstungsexportbeschlüssen der Bundesregierung und von Werbemaßnahmen der Landesregierung für die Fregatte Bremen**

Antrag (Entschließung) des Abgeordneten Willers vom 3. Juni 1982  
(Drucksache 10/825)

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bremische Bürgerschaft teilt die von Bürgermeister Koschnick geäußerte Meinung, daß der Frieden unteilbar ist.

Sie ist allerdings der Auffassung, daß dies in gleicher Weise für die Friedensarbeit zutrifft. Wer für den Frieden arbeiten will, kann glaubhaft nicht gleichzeitig für Abrüstung eintreten und eine weitere Hochrüstung befürworten.

Die Bremische Bürgerschaft schließt sich der Aussage der Friedensforschung an, daß jede weitere Produktion und Verbreitung von Kriegsgerät das Kriegsrisiko erhöht und unkalkulierbarer macht.

Darum verurteilt die Bürgerschaft den Beschluß der Bundesregierung von Anfang Mai 1982, mit dem u. a. der deutsche Waffenexport auch in Spannungsgebiete legalisiert werden soll, sofern dies den „vitalen Interessen“ der Bundesrepublik entspricht.

Die Bürgerschaft mißbilligt ferner die vielfältigen Maßnahmen des Senats, mit denen er psychologische Kriegsvorbereitungen trifft, wie neuerdings dadurch, daß das Kriegsschiff Bremen als Werbeträger für

Bremen eingesetzt wird. Dies ist besonders instinktiv in einer Zeit, in der mit der Falklandkrise die ganze Absurdität des Krieges erneut deutlich geworden ist.

Willers

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Willers.

Abg. Willers: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit diesem Antrag möchte ich eine Debatte in dieses Haus tragen, vor der sich heute niemand mehr drücken kann. Ich möchte, daß auch Sie Stellung nehmen, hier verbindlich und öffentlich, in Ihrer Eigenschaft als Volksvertreter zu zwei Themen, die zwar überall sonst, aber in der Regel eben nicht hier im Hause diskutiert werden.

Es ist bezeichnend, daß sich dies Parlament bisher offenbar für die weltweit diskutierten Fragen von Frieden und Abrüstung nur wenig kompetent gefühlt hat. Ich denke aber, wir können auch als Landesparlament nicht unter diesen Fragen hindurchtauchen, ganz besonders dann nicht, wenn hier bei uns in Bremen sozusagen von allerhöchster Stelle sehr aktiv im Sinne einer weiteren Militarisierung unseres Staates agitiert wird.

Ich möchte, daß Sie Position beziehen zum skandalösen Beschluß der Bundesregierung in Sachen Waffenexport und daß Sie Bürgermeister Koschnicks Verhalten mißbilligen, mit dem er das Kriegsschiff Bremen als Werbeträger für unsere Stadt hochjubelt hat.

(Abg. Neumann [CDU]: Nur bedauerlich, daß es nicht in Bremen geschah!)

Als ich am 1. Juni die Bremer Presse gelesen habe, habe ich geglaubt, mich in Kaisers Zeiten zurückversetzt zu fühlen.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das warst du doch noch gar nicht!)

Trotzdem kann man sich das vorstellen, Herr Wedemeier,

(Abg. Wedemeier [SPD]: Deine Großmutter war einmal ganz begeistert!)

wenn man sich einmal die Mühe macht, die Geschichte zu lesen, und darauf komme ich gleich noch. Da wurde lang und breit darüber berichtet, mit welchem Eifer Väter mit ihren kleinen Söhnen auf den Bordkanonen der Fregatte Bremen herumkletterten. Da wurde man informiert darüber, daß man das Konterfei dieses tödlichen Kriegsapparates auf Bierkrügen, Sweatshirts und Minipostern nach Hause tragen konnte. Für diese Mordmaschine hat Herr Bürgermeister Koschnick für uns alle die Patenschaft übernommen, und die dazugehörige Urkunde machte die Maschinisten dieses Gerätes zu unseren Botschaftern in Blau in aller Welt. Nicht genug damit! Die Senatskanzlei beauftragte einen Werbefachmann, um — Zitat —: „In der Geschäftswelt Bremens und in der Bevölkerung um Sympathie für den

(C)

(D)

- (A) neuen Träger des Namens der Hansestadt zu werben“.

(Abg. Gassdorf [CDU]: Sind die bei Ihnen nicht gewesen?)

Immer noch nicht genug mit der Geschmacklosigkeit! Die Gattin des Bürgermeisters war sich nicht zu schade, nachdem sie das Schiff schon getauft hatte, sich nun auch noch zum Korvettenkapitän ehrenhalber ernennen zu lassen. Das alles passierte, während im Südatlantik in einem absurden Mini-krieg gleichzeitig Hunderte von jungen Leuten auf ähnlichen Schiffen zerfetzt wurden, verbrannten oder ertranken. Ich kann dies nur eine widerliche Instinktlosigkeit nennen.

Ich habe mich gefragt, wie es eigentlich kommen kann, daß ein Mann wie Hans Koschnick und eine Partei wie seine SPD, die vorgibt, eine antimilitaristische Tradition zu haben, derart in Kaisers Zeiten und noch weiter zurückfällt. Nachdem ich meine Geschichtskennntnisse ein bißchen aufgefrischt hatte, ist mir klargeworden, daß diese Partei eine Kontinuität im Machen derselben Fehler hat, daß sie trotz zweier Weltkriege noch immer nicht dazugelernt hat, daß ihre Verhaltensweisen immer noch aus deutsch-nationalen Quellen gespeist werden und daß sie sich immer noch an einer Art mythologischer Verklärung militärischer Stärke beteiligt und daß sie ihre Fehler immer und immer zu wiederholen bereit ist.

- (B) Diese Vorwürfe treffen nicht nur die SPD, aber sie besonders, weil keine andere Partei so nachdrücklich den Anspruch erhoben hat, Friedenspartei zu sein und von so vielen Hoffnungen in dieser Richtung getragen worden ist. 1912 hat der alldeutsche Bremer Historiker Dietrich Schäfer, nach dem in Bremen eine Straße benannt worden ist, in einem Aufruf des Deutschen Wehrvereins geschrieben — ich zitiere —:

„Europa hat eine Friedenszeit wie die seit 1871 noch nicht gesehen. Aber wir müssen uns auch klar sein, daß die Segnungen des Friedens, die Früchte hingebenden Fleißes, uns nur erhalten bleiben können, wenn wir jederzeit bereit und fähig sind, sie zu verteidigen. Ohne Sinn für die Waffen, ohne die Kraft der Waffen keine Sicherung der Arbeit! Es ist nicht wahr, was die Kulturschwärmer lehren, daß die Künste des Friedens entscheiden über die Zukunft der Völker. Entscheidend ist, ob ein Volk unter allen Umständen zu hindern vermag, daß ihm fremder Wille aufgezwungen wird, ob es imstande ist, nötigenfalls auch den eigenen draußen zu anerkannter Geltung zu bringen. Dazu bedarf es der Kriegstüchtigkeit und der allgemeinen Wertschätzung aller Tugenden und Leistungen, die geeignet sind, sie zu sichern.“

Aktualisieren Sie dieses Zitat einmal in Sprache und Jahreszahl, und Sie können es Hans Apel oder den beiden Bonner Helmut in den Mund legen, ohne daß das jemand merkt! Auch Bürgermeister Koschnick hat in der ihm eigenen moderaten Art,

wie man heute in der Presse lesen kann, auf einen Brief empörter Bremer sinngemäß noch einmal gesagt, daß, wer den Frieden will, für den Krieg rüsten muß. (C)

(Bürgermeister Koschnick: Jetzt lügen Sie nun wirklich! — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Ich weise den Ausdruck „lügen“ zurück!

(Bürgermeister Koschnick: Das können Sie nicht, Herr Präsident, denn der Brief liegt vor! Der Brief liegt vor, er kann es vorlesen!)

Abg. Willers: Herr Bürgermeister, ich beziehe mich auf den heutigen Presseartikel, in dem unter anderem steht:

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das ist die Frage, was wir uns noch alles bieten lassen müssen!)

„sondern sie gibt uns durch ihre Existenz die Bundeswehr — —“.

(Zuruf von Bürgermeister Koschnick — Beifall bei SPD und CDU — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Herr Bürgermeister, diesen Ausdruck, der jetzt zum Schluß gefallen ist, habe ich nicht gerügt. Ich habe den ersten gerügt. (D)

Abg. Willers: Herr Bürgermeister, ich beziehe mich auf den heutigen Presseartikel im „Weser-Kurier“, da steht: „Die Bundeswehr gibt uns durch ihre Existenz erst die Chance, auf weitere Entspannung und Friedenssicherung hinzuwirken,“ — und so weiter — „Sicherheit und auf Frieden gerichtete Politik. Für diese Ziele leistet auch die Bundeswehr ihren Beitrag.“ Entschuldigen Sie bitte, aber das ist meine Wertung dieses Beitrages! Sie können das berichtigen. Ich nehme an, daß Sie dazu Stellung nehmen wollen.

Zwei Jahre nach dem, was Dietrich Schäfer 1912 geschrieben hat, war dann Krieg. Die SPD bewilligte in der ganzen Kriegszeit 1914 bis 1918 die Kriegskredite mit, auch dann, als längst klar war, daß dies kein Verteidigungs-, sondern ein Eroberungskrieg war. Dieses Verhalten war dann übrigens auch der Grund für die Spaltung der Partei, die Genossen machen ja nicht nur uns, sondern auch sich selbst kaputt.

Reichskanzler Friedrich Ebert ging aus Angst vor der Revolution ein Bündnis mit den alten militärischen Machtapparaten ein, von dem sich die SPD dann nie wieder ganz gelöst hat.

Als Eduard Bernstein auf dem Weimarer Parteitag 1919 wagte — 1919! —, von der deutschen Kriegsschuld zu reden, und eine der Wahrheit verpflichtete Politik seiner Partei forderte, wurde er schon da von seinen Genossen, ein Jahr nach Kriegsende, ausgelacht.

(A) 1928 zog die SPD mit der Parole „Erst Brot, dann Kriegsschiffe“ in den Wahlkampf. Sie errang einen großen Wahlerfolg, nicht zuletzt dank der massiven Unterstützung der damaligen pazifistischen Bewegung. Kurz nach Machtantritt beschloß dann das Kabinett Hermann Müller als eine ihrer ersten Taten den umstrittenen Bau des Panzerkreuzers A. Das hatte katastrophale Folgen, denn damit verlor die SPD ihre Glaubwürdigkeit als Vorkämpfer für die sozial Schwachen und als Widerstandsbewegung gegen die militärische und politische Reaktion. Der Koalitionsfähigkeit halber hatte sie ihre Wähler verraten. Kommt Ihnen das nicht bekannt vor?

Nach 1933, in der Emigrationspresse wurden alle diese Fehler dann eingesehen, als die Lichter in Deutschland für eine Weile ausgegangen waren. Nach dem Krieg ging es dann mit dem Schwenk von „nie wieder“ zur Wiederbewaffnung weiter.

Mit dieser Art von Politik programmieren die Strategen der SPD auch immer wieder den eigenen Abstieg, sie geben Grundsatzpositionen zugunsten ihrer Koalitionsfähigkeit auf und bereiten letztlich doch nur dem Neokonservativismus das Bett. Vor genau dieser Situation stehen wir heute auch wieder.

Zurück zu dem, was ich in meinem Antrag psychologische Kriegsvorbereitung genannt habe, die unser Bürgermeister betreibt!

(Abg. Schmidt [SPD]: Das ist ja unerhört! — Zurufe von der CDU: Das ist doch Quatsch!)

(B)

Was ich damit meine, hat Kurt Tucholsky 1927 in einem Feature „Kopenhagener krabbeln auf ein Kriegsschiff“ besser beschrieben, als ich es kann. Er schildert dort Jungen, die ihren Spaß an der Sache haben, und ich zitiere:

„Das ganze Kriegsschiff war ein Spielzeug für sie“, für die Jungen. „Sie hampelten darauf herum und hätten es am liebsten auseinandergelegt und wieder zusammengesetzt, den Kapitän inklusive. Der Kapitän war nicht zu sehen, und so unterblieb das, leider.“

Einen sah ich, der drehte ununterbrochen am Winkerapparat, er sah nicht einmal hin, was er da zusammenwinkte, er drehte nur. Er hatte sich vor der kleinen Maschine hinge kniet, sein Kopf war ganz rot vor Anstrengung, und in diesem Badeschwamm von Jungenhirn war nur der einzige Gedanke: Wenn ich hier unten drehe, dann dreht sich das da oben, und jetzt bin ich Kapitän, und ich winke dem bösen Feind.

So entsteht die Lust am Krieg. Kriegsschiffe spazierenfahren lassen, das ist eine der besten Kriegsreklamen, die es gibt. Hat man schon je erlebt, daß ein richtiger Junge vor einem so herrlich blinkenden Apparat nach der sittlichen Idee des Ganzen fragt? Das tun nicht einmal Erwachsene, Professoren, Kriegsberichterstatter, Redakteure. Warum sollten es die Knaben tun? Sie wissen nur, es ist groß, bunt und stahlgrau, und wenn man unten dran dreht, dann bewegt sich oben etwas, und wofür das Ganze

gemacht ist, ist ihnen vollkommen gleichgültig, wenn es sie nur unterhält, wenn es ihnen nur gefällt. „Nehm se Kriech, det hebt ihnen!“ Und das bleibt fürs Leben, Kindereindrücke haften. Und weil niemand dieser Generation, was so leicht wäre, in der Schule den Krieg so zeigt, wie er wirklich ist, springt der Funke über.“

Ich unterstelle Herrn Koschnick keine Mordlust oder Böswilligkeit,

(Abg. Schmidt [SPD]: Aber ihr beschmeißt ihn mit Dreck!)

aber ich behaupte, daß er und seine Partei aus reinem Opportunismus, ohne geschichtliches Denken und nur der eigenen Machterhaltung wegen so handeln, wie sie handeln. Sie werden am eigenen Anspruch gemessen, und an dieser Meßlatte versagen Sie.

Zum anderen Thema meines Antrags! Ganz schlimm ist, was Anfang Mai in Bonn beschlossen worden ist. Das Bundeskabinett will künftig dem Interesse an der Zusammenarbeit mit verbündeten Staaten bei der Produktion von Panzern, Flugzeugen und anderen Kriegswaffen „grundsätzlich“ Vorrang einräumen vor ihrer restriktiven Waffenexportpolitik. Waffen dürfen wie bisher im Prinzip uneingeschränkt in NATO-Länder und ihnen gleichgestellte Staaten exportiert werden, in andere Länder nur, wenn aufgrund besonderer politischer Erwägungen Ausnahmen allgemeiner Art festgelegt werden oder im Einzelfall vitale Interessen der Bundesrepublik für eine ausnahmsweise Genehmigung sprechen.

Wenn man alle Verklausulierungen und Schönfärbereien abzieht, bleibt, daß mit diesen neuen Richtlinien zum Waffenexport nun endgültig mit einer weiteren Ausdehnung des Waffengeschäftes der Wiederbewaffnung anderer Länder Tür und Tor geöffnet werden, ohne Rücksicht auf Verluste, es dürfen nur nicht die eigenen sein. In den Richtlinien heißt es unter anderem unter Punkt vier:

„Für deutsche Zulieferungen von Teilen (Einzelteilen der Baugruppen), die Kriegswaffen oder sonstige Rüstungsgüter sind, ist das Kooperationsland ausfuhrrechtlich Käufer- und Verbrauchsland und, soweit es sich um als Kriegswaffen eingestufte Teile handelt, auch Endverbleibsland. Wenn diese Teile durch festen Einbau in das Waffensystem integriert werden, begründet die Verarbeitung im Partnerland ausfuhrrechtlich einen neuen Warenursprung. Solchen Zulieferungen stehen keine zwingenden Versagungsgründe entgegen.“

Im unbürokratischen Klartext heißt das: Damit nach außen hin der Schein einer friedliebenden Macht gewahrt bleiben kann und nicht der richtige Eindruck entsteht, die Bundesrepublik liefere Waffen in Spannungsgebiete, können die Waffen in unverdächtigen Kooperationsländern mit weniger Schwierigkeiten zusammengesetzt und von dort ausgeliefert werden. In den Papieren steht dann nicht mehr Ursprungsland Bundesrepublik, und der Schein ist

(C)

(D)

(A) gewährt. Solchen Zulieferungen stehen keine zwingenden Versagungsgründe entgegen!

Mit dieser verlogenen Politik kann die Bundesrepublik zu jedem, aber auch wirklich jedem Kriegsfall ihren Rüstungsbeitrag liefern, und das tut sie ja bisher auch schon. Wir arbeiten uns Schritt für Schritt in die Spitze der rüstungsexportierenden Länder der Welt. Unsere militärischen Güter stehen totalitären Regimen wie Südafrika oder Argentinien ebenso zur Verfügung wie ihren Gegnern, Israel ebenso wie der PLO.

Die Motive dieser Politik? Vitale Interessen! Zwar stehen in den Richtlinien für den Waffenexport viele schöne verschleierte Worte, unter anderem, daß beschäftigungspolitische Gründe keine ausschlaggebende Rolle bei Entscheidungen spielen dürfen. Aber sehen wir doch einmal die Praxis an: In fast allen Wirtschaftsbranchen ist das Wachstum an die Decke gestoßen. Der Tag, an dem nichts mehr geht, ist in erkennbare Nähe gerückt. Rüstung ist da ein Ventil, die Agonie zu verlängern und unangenehme Grundsatzzuschiebungen weiter hinauszuschieben. Im übrigen steht ja auch nicht in den Richtlinien der Bundesregierung, daß an Rüstung nicht noch sehr gut verdient werden darf.

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Ihre Redezeit ist abgelaufen!

(B) **Abg. Willers:** Herr Präsident, ich bitte noch um zwei oder drei Minuten Redezeit, das würde mir eine zweite Wortmeldung ersparen.

**Präsident Dr. Klink:** Ist das Haus einverstanden, daß wir zwei oder drei Minuten verlängern? — Bitte sehr!

**Abg. Willers:** Wenn Vulkan über den Deister zu gehen droht, wird flugs noch ein kleines Fregattchen hergezaubert, mit dessen Hilfe Luft bis zur nächsten Wahl geschaffen und das Nachdenken über Sinn und Unsinn des herkömmlichen Schiffbaus abgeschaltet werden kann.

Rüstung und Export von Rüstungsgütern ist die ideale systemimmanente Verschleißbranche, in der sich die Verantwortlichen den Bedarf immer wieder selbst schaffen können. Das ist das letzte Wachstumsreservoir.

Der Kampf gegen diese uns alle letztlich vernichtende Logik wird nun Gott sei Dank nicht mehr allein von der Friedensbewegung geführt. Endlich hat auch in bremischen Betrieben und anderswo bei den Belegschaften eine Diskussion über Rüstungskonversion begonnen. Es ist gut, daß diese Diskussion von unten kommt. Das ist der einzige Weg, um von dieser zerstörerischen, arbeitsplatzvernichtenden Verschleiß- und Rüstungsproduktion und zur Herstellung sozial vernünftiger Güter zu kommen.

Wer gestern abend im dritten Programm die Debatte über Rüstungskonversion verfolgt hat, der konnte sich außer von einem neuen Bubenstück des Fernsehjournalisten Herrn Borchers davon überzeugen,

gen, daß viele Vertrauensleute und Betriebsräte in der Rüstungsindustrie nicht mehr bereit sind, kritiklos hinzunehmen, was sie produzieren. (C)

Als ich im März während der Haushaltsdebatte darauf hingewiesen habe, wie wichtig es ist, solche Bemühungen von unten zu unterstützen, da wußte Herr Kunick damals nichts Besseres, als mich mit dem mehrfachen Zwischenruf „Panzerwannen“ zu unterbrechen. Damit wollte er wohl ausdrücken, daß die Kollegen zu blöd sind und nur ihren Job im Auge haben und letztlich doch bereit sind, alles zu produzieren, wenn nur die Kasse stimmt.

(Abg. K u n i c k [SPD]: Das ist eine dümmliche Unterstellung, Herr Kollege, die ich Ihnen aber nicht übelnehmen kann!)

Herr Kunick, ich hoffe, daß Sie inzwischen Ihre Meinung dazu berichtigt haben. Die Kollegen denken nämlich sehr viel weiter als Sie, und ich glaube auch, daß die Kollegen inzwischen wissen, daß sie sich bei dieser schwierigen Sache nur auf sich selbst verlassen dürfen und nicht auf Gewerkschaftsbürokraten wie Herrn Weinkauff, der sich jetzt wie der Swinegel nach dem Motto „ik bin all door“ an die Spitze dieser Angelegenheit setzen will.

(Abg. S c h m i d t [SPD]: Dann lesen Sie einmal die Beschlüsse von 1977, die in München gefaßt worden sind!)

Ja, was haben Sie denn in der Zwischenzeit getan, Herr Schmidt? Was hat die Gewerkschaftsbürokratie wirklich getan, um diese Diskussion — — (D)

(Abg. S c h m i d t [SPD]: Mehr als dümmliches Geschwätz!)

Daß das jetzt passiert, das ist doch nicht Ihr Verdienst, das haben Sie doch nicht angeleiert!

(Abg. S c h m i d t [SPD]: Aber genau!)

Ach, Herr Schmidt! Das ist gegen den Widerstand der Gewerkschaftsbürokratie langsam in den Betrieben von unten gewachsen!

Die geschichtslose Scheinlogik von Rüstung und sogenannter Sicherheitspolitik ist nicht durch moralische Appelle allein zu überwinden. Es bedarf praktischer und kleiner Schritte, auch hier in Bremen. Wenn Sie, meine Damen und Herren, sich dieser Einsicht weiter verweigern, werden Sie in Kürze dafür die Quittung erhalten, und wir kämpfen dafür, daß nur Sie es sind, die dann die Quittung erhalten, und nicht wieder Millionen unschuldiger Menschen! — Danke!

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Koschnick.

**Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wollte erst die Redner der Fraktionen sprechen lassen, aber hier sind ja so massive Angriffe gefahren worden,

- (A) noch abgesichert durch den Präsidenten der Bürgerschaft, daß ich sofort Stellung nehmen muß.

Der Abgeordnete Willers beruft sich auf einen Zeitungsartikel im „Weser-Kurier“, und zwar auf einen Brief, den ich geschrieben habe an einige Damen und Herren, die Bedenken hatten gegen Maßnahmen, die der Senat in bezug auf die Patenschaftsübernahme der Fregatte Bremen eingeleitet hat. Dieser Brief ist in der Presse nur zum Teil veröffentlicht, er liegt im übrigen ganz vor. In keiner Weise, Herr Präsident, kann aus dem Artikel des „Weser-Kurier“ herausgelesen werden, daß ich geschrieben habe, „wer für den Frieden ist, rüste für den Krieg“. Wer das hier so vorträgt, der lügt. Ich bleibe dabei!

(Starker Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Ich berufe mich dabei nicht auf eine formale Begründung, weil derselbe Abgeordnete von verlogener Politik spricht. Ich sage, aus meinem Brief und auch aus dem Zeitungsartikel ist nicht herauszulesen, daß das meine Position ist, nicht einmal in einer weitgespannten Interpretation. Ich nehme für den Senat und für mich als Person nicht mehr hin, daß wir hier in diesem Parlament ungerügt als Kriegstreiber dargestellt werden!

(Erneuter starker Beifall bei SPD, CDU und FDP — Abg. Adamietz [BGL] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

- (B) **Präsident Dr. Klink:** Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

**Bürgermeister Koschnick:** Nein, Herr Adamietz kann sich hinsetzen! Ich denke nicht daran! Jetzt rede ich im Augenblick! Er kann sich melden und dann seine Meinung sagen. Aber jetzt rede ich!

Ich will mich im einzelnen nicht dazu äußern,

(Abg. Willers: Schadel)

ob Bürger in unserem Lande nicht sehr differenziert über die Patenschaftsübernahme nachdenken dürfen und auch eine entgegengesetzte Meinung darüber haben können, ob die Patenschaftsübernahme für die Fregatte Bremen durch den Senat richtig oder falsch ist. Ich akzeptiere hier jede aufrichtige Meinung, wie ich wiederum für mich in Anspruch nehmen muß, daß man auch meine Entscheidung respektiert.

Ich habe selbstverständlich keine Bedenken dagegen, daß ich in dieser Sache kritisiert werde. Diese Kritik muß ich ertragen. In einer offenen Gesellschaft gibt es unterschiedliche Auffassungen, genauso wie ich hinnehmen muß, daß meine Frau in diese Kritik einbezogen wird. Sie hat das Schiff getauft, wie Sie wissen, und sie ist von der Mannschaft mit einer freundschaftlich gemeinten Scherzsurkunde bedacht worden, doch diese Urkunde wird ein bißchen zu ernst genommen. Gleichwohl ist die Kritik zu diesem Vorgang zu ertragen, aber die grundsätzlichen Fragen, die hier angesprochen sind, möchte ich gern aus meiner Sicht darstellen.

Friedenspolitik, meine Damen und Herren, verlangt eine umfassende Strategie. Hier genügen weder kraftstrotzendes Muskelspiel noch eine individualistische pazifistische Grundströmung allein. Verteidigungsausgaben, Waffen und Soldaten sind doch nur ein Beitrag zur Sicherheit und, wie die Geschichte Deutschlands beweist, nicht der wichtigste Beitrag.

Friedenspolitik muß davon ausgehen, daß keine Strategie der Friedenssicherung ohne Risiken ist. Doch eines haben wir hoffentlich gemeinsam gelernt: Friedenswillen, der nur von den guten Absichten einer Seite ausgeht, reicht nicht aus, sondern beide Seiten müssen bereit sein, aufeinander zuzugehen und nicht — und sei es nur verbal — aufeinander einzuschlagen.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Die Friedensbereitschaft und die Rüstungsbeschränkung westlicher Staaten nach 1933 hat uns nach 1945 erkennen lassen, daß Friedfertigkeit allein keine richtige Antwort auf die drohende Machtentfaltung unter Hitler war. Die geschichtliche Erfahrung zeigt andererseits, daß eine Überbetonung von Verteidigungsaspekten und die Vernachlässigung einer im Einklang mit den geschichtlichen Entwicklungen stehenden Strategie des Ausgleichs und der Verständigung die Risiken erhöht.

Sozialdemokratische Friedenspolitik war immer antimilitaristisch — aber nie pazifistisch in dem Sinne, daß Sozialdemokraten die Verteidigungsbereitschaft und Verteidigungsfähigkeit verneint hätten. Sozialdemokratische Friedenspolitik war immer eine Politik, die die Risiken des wahren Ausgleichs, des realistischen Entgegenkommens und der Zusammenarbeit für geringer veranschlagt hat als die Risiken einer sogenannten Politik der Stärke.

Rüstungsverminderung morgen setzt Rüstungskontrolle heute voraus. Strategische Stabilität muß genutzt werden, um Überrüstungen zu verhindern. Das gemeinsame Ziel sollte sein, Sicherheit in Europa — und hoffentlich in der Welt — auf gewünschtem niedrigeren Niveau von Waffen- und Mannschaftsstärken zu erreichen. Deshalb ist mehr Transparenz schon bei der Rüstungsplanung und deren rechtzeitige gegenseitige Kontrolle notwendig. Rüstungskontrolle kann, wenn sie realistisch gemeint ist, nicht einseitig erfolgen, sondern muß durch gegenseitige Vereinbarung verbindlich geregelt werden. Daß hier große Schwierigkeiten bestehen, insbesondere bei den beiden Weltmächten, aus der Angst, es könnte anstelle von sachgerechter Kontrolle Spionage betrieben werden, wissen wir alle. Dennoch sagen wir: Ohne Kontrolle kein Vertrauen!

Die Politik eines den Frieden sichernden Gleichgewichts verbietet deshalb das Streben nach Überlegenheit, sie verbietet aber auch die Hinnahme eigener Schwäche. Rüstungskontrolle darf deshalb nicht erst bei vorhandenen Waffensystemen einsetzen, sondern sie muß Rüstungsvorgänge schon

- (A) vor der Abschätzbarkeit waffentechnischer Möglichkeiten auf dem Reißbrett erfassen.

Wer im übrigen in der heutigen Welt die zunehmende Verstärkung der Rüstung als wachsende Gefährdung des Weltfriedens betrachtet, wird bei mir nicht auf Widerspruch stoßen. Ich gehöre zu den Politikern, die nicht nur über die Notwendigkeit von Rüstungsbegrenzungen reden, sondern die in vielen Gesprächen mit verantwortlichen Politikern in Ost und West daran arbeiten, Mißtrauen abzubauen, Offenheit in Sicherheitsfragen zu verstärken und den Boden für — hoffentlich Erfolg versprechende — Abrüstungsgespräche vorzubereiten.

(Beifall bei der SPD)

Die Bundesregierung hält mit den seit Mai 1982 vom Kabinett verabschiedeten Richtlinien für den Rüstungsexport an ihrer bisherigen Politik weiterhin fest. Diese Richtlinien schließen auch kriegswaffennahe Rüstungsgüter wie Anlagen ein. Hinzu kommt ein Konsultationsverfahren bei Waffen, die in gemeinsamer Produktion der Nato-Partner hergestellt wurden. Überdies dürfen Lieferungen nicht zur Erhöhung von Spannungen beitragen.

Weiter hat der Bundeskanzler den Fraktionen des Deutschen Bundestages ein Erörterungsverfahren angeboten, bevor Waffenexporte größeren Umfangs durch den Bundessicherheitsrat genehmigt werden. Der Oppositionsführer im Bundestag hat dieses Verfahren ausdrücklich begrüßt.

- (B) Gleichwohl habe ich Bedenken, daß auch heute noch arbeitsmarktpolitische Aspekte dabei stärker gesehen werden als die friedensstabilisierenden Momente begrenzter Rüstungsausfuhr. Genehmigungen von Exporten außerhalb der Nato sollen nach Auffassung der Bundesregierung nur erteilt werden, wenn vitale Interessen der Bundesrepublik berührt werden, die von außen- und sicherheitspolitischer Relevanz sind. Lösungen in diesem Sinne sollten nach meiner Meinung rigider gefaßt werden. Die Bundesrepublik könnte sich dann viel stärker heraushalten aus den Spannungen in dieser Welt.

Sicherheit und Frieden sind im Geflecht der Beziehungen zwischen den Staaten unteilbar, und zwar Sicherheit miteinander und nicht gegeneinander. Die Vertreter einer sozialliberalen Sicherheits- und Friedenspolitik sprechen daher nicht ohne Grund von der Sicherheitspartnerschaft.

Einer solchen auf Sicherheit und Freiheit gerichteten Politik dient unser Verteidigungsbündnis. Für diese Ziele leistet unsere Bundeswehr ihren Beitrag, und hierin ist auch der Auftrag der Bundesmarine und somit der Fregatte Bremen begründet.

Unsere Wehrpflichtarmee sichert der Politik einen erpressungsfreien Raum zur Ausformung gegenseitig getragener und akzeptierter Friedenspolitik. Sie bedroht keine Nachbarn, und sie wird auch nicht für eine aggressive Politik eingesetzt, sondern sie gibt uns durch ihre Existenz erst die Chance, auf weitere Entspannung und Friedenssicherung hinzuwirken. Zugleich verlangt dieser Dienst von den wehrpflich-

- tigen Mannschaften wie von den länger dienenden (C) Freiwilligen einen Einsatz, der es verdient, angemessen gewürdigt zu werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich jedenfalls würdige diesen Dienst, und ich will durch die Patenschaft deutlich machen, daß unsere Bevölkerung in Bremen sich sehr wohl zu diesem Dienst auf und mit der Fregatte Bremen bekennt, auch wenn sie sich in Einzelfragen der Politik differenziert entscheidet.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Für die Ordnung im Hause, und das ist unbestritten, ist der Präsident verantwortlich.

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Schatz.

Abg. **Schatz (CDU)\*:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben den Antrag des Herrn Willers vorliegen, nach dem dieses Landesparlament sich mit verschiedenen Themen beschäftigen soll, für die es im Grunde keine Einfluß- oder Entscheidungskompetenzen hat. Das haben wir auch schon bei früheren Debatten dieser Art gesagt. Für Bremen wichtige Beratungspunkte werden wir aus Zeitmangel auslassen müssen, und wenn ich mir die Tagesordnung ansehe, wird dies auch dieses Mal der Fall sein.

Nach diesem Antrag sollen wir folgende Beschlüsse fassen: Wir sollen eine aus dem Zusammenhang gerissene Meinung von Bürgermeister Koschnick teilen, wir sollen über Abrüstung sprechen und über Hochrüstung, wir sollen uns einer Aussage der Friedensforschung anschließen, wir sollen einen Beschluß der Bundesregierung über Rüstungsexporte verurteilen, und wir sollen als einziges eventuell für Bremen zuständiges Thema mißbilligen, daß die neueste Fregatte der Bundesmarine den Namen Bremen auch ins Ausland trägt. Dies sei psychologische Kriegsvorbereitung.

Wer als Antragsteller so viele Themen in einem Debattenpunkt zusammenträgt, ist vielleicht selbst erst einmal alles losgeworden, was ihm auf der Seele lag und was sich bei ihm angesammelt hat, kann aber nicht erwarten, daß sich eine einigermaßen erschöpfende Debatte ergibt. Wir haben eben die Begründung von Herrn Willers gehört, und ich muß sagen, die Ausführungen waren sehr wenig sachlich,

(Abg. Jackisch [CDU]: Das war eine Unverschämtheit!)

ausschließlich polemisch und überdreht.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Ich selbst muß mich aus Zeitgründen darauf beschränken, einige wenige Themen dieses Antrags anzusprechen. Die demokratischen Freiheiten und

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) sozialen Errungenschaften in unserem Land werden wir nur erhalten können, wenn es uns gelingt, die äußere Unabhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland zu wahren. Dies setzt Frieden in Freiheit voraus. Frieden gründet sich aber auf Sicherheit. Die CDU-Fraktion ist der Auffassung, daß die Sicherheit von West und Ost auch auf einem wesentlich niedrigeren Stand der militärischen Rüstung beider Seiten gewährleistet werden könnte. Eine Offenlegung der militärischen Potentiale in Ost und West könnte ein grundlegender Beitrag zur Erreichung dieses Zieles sein.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU ist für eine Politik der ausgewogenen und kontrollierten Abrüstung und Rüstungsbegrenzung. Für uns gilt so viel Abrüstung wie möglich, so viel Sicherheit wie nötig. Dies schließt jede einseitige Abrüstung aus und auch, daß keine Produktion von Rüstungsgütern mehr erfolgt, wie es Herr Willers in seinem Antrag fordert.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat am 10. Februar 1981 — ich betone, 1981! — einen Grundsatzbeschluß zum Rüstungsexport gefaßt, und ich möchte diesen gern zitieren:

„Die CDU/CSU hält eine weltweite Beschränkung des Rüstungsexports unter Einschluß der UdSSR und ihrer Verbündeten für notwendig und fordert die Bundesregierung auf, alle Anstrengungen zu unternehmen, um eine international kontrollierte Vereinbarung dieser Art zu erreichen. Solange politische Konfliktregelungen und vertragliche internationale Rüstungsbeschränkungen nicht erreicht sind, muß sich unser Rüstungsexport nach den vitalen Interessen der Bundesrepublik Deutschland an einer weltweiten Sicherung des Friedens und der Freiheit unserer Verteidigungsfähigkeit und unserer wirtschaftlichen Lebensgrundlagen richten.“

Eine international kontrollierte Vereinbarung über den Rüstungsexport ist leider bis heute nicht zustande gekommen. In den neuesten Exportrichtlinien der Bundesregierung sind die Beschlüsse der CDU/CSU-Fraktion aber teilweise mit eingegangen.

Herr Willers will nach den Beschlüssen der Bundesregierung beziehungsweise des Bundessicherheitsrates anscheinend keinerlei Export von Rüstungsgütern mehr. Da bleibt nur zu fragen, ob er auch gelegentlich an die 1,8 Millionen Arbeitslosen denkt, wobei diese Zahl sich mit Sicherheit noch erhöhen würde, wenn jeder Waffenexport unterbliebe.

(Abg. Willers: Denken Sie doch einmal an die Toten, die die Rüstung hervorruft!)

Zunächst ist es so, daß die Ausgewogenheit der Rüstung erhalten bleiben muß. Die Bundesrepublik Deutschland liegt in der Liste der Rüstungsexporture wechselweise an fünfter oder sechster Stelle in der Welt, wobei ich hinzufügen möchte, wir haben dieses Thema bei einer früheren Diskussion über die Entwicklungshilfe schon einmal angesprochen, es hat sich einwandfrei ergeben, leider auch in der

dritten Welt, daß, wenn wir keine Waffen liefern, es überhaupt für die Länder, die Waffen haben wollen, keinerlei Schwierigkeiten bedeutet,

(Abg. Wilhelms [CDU]: Sie woanders zu bekommen!)

irgendwo in der Welt diese Waffen zu bekommen.

Ich möchte aber auch erwähnen, daß der Umfang der Waffenexporte bei weitem überschätzt wird. Nach den neuesten Zahlen, die mir vorliegen, ist der Durchschnitt der Waffenexporte eine Milliarde DM pro Jahr. Wenn wir uns überlegen, daß glücklicherweise und erfreulicherweise die Bundesrepublik im Jahr im Durchschnitt zwischen 350 und 400 Milliarden DM exportiert oder exportieren kann, muß ich sagen, dann bedeutet das also, daß dieser Anteil zwischen 0,2 und 0,3 Prozent liegt. Ich wollte damit nur dem vorbeugen, daß gesagt wird, unsere ganzen Exportbemühungen werden weitgehend vom Waffenexport gestützt; das ist überhaupt nicht der Fall. Daß Waffenexporte an die Nato-Länder selbstverständlich sind, brauche ich wahrscheinlich nicht besonders zu betonen.

Zugegeben, schwierig ist allerdings die Definition von Spannungsgebieten oder nicht Spannungsgebieten. Wie schnell hier etwas ändern kann, beweisen Beispiele aus jüngster Zeit.

Ich möchte auch kurz eingehen auf die Fernsehdiskussion von gestern abend im dritten Programm. Sie kam aus Kiel und nannte sich eine Bürgerversammlung. Ich war auch über diese Berichterstattung etwas erschrocken, denn es hat sich da doch aufgezeigt, wie wenig Bundesgenossen die Bundesregierung mit ihren Entschlüssen selbst bei Persönlichkeiten der eigenen Partei hat. Auch das muß man einmal feststellen.

Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt zum letzten Absatz des Antrags von Herrn Willers kommen. Die CDU-Fraktion hätte es gern gesehen, wenn auch schon die Indienststellung der Fregatte Bremen nicht in Wilhelmshaven, sondern hier in Bremen, stattgefunden hätte.

(Beifall bei der CDU)

Bürgermeister Koschnick hat allerdings dem Bundesverteidigungsministerium mitgeteilt, daß er darauf keinen Wert legt, wohl in Erinnerung an den 6. Mai 1980.

Inzwischen war das Schiff in Bremen zu Besuch, und es wird auch bald ausländische Häfen besuchen. Wir sind sicher, daß es im Ausland so freundlich aufgenommen wird, wie wir ausländische Kriegsschiffe hier bei uns in Bremen begrüßen.

(Beifall bei der CDU)

Daran stört sich Herr Willers und nennt dies psychologische Kriegsvorbereitung. Diese Besuche sind ein seit vielen Jahren geübter internationaler Brauch und sollten unbedingt beibehalten werden. Gerade jetzt sind zur Kieler Woche 30 Kriegsschiffe aus zwölf Nationen als Gäste. Eine absurde Idee,

(C)

(B)

(D)

- (A) daß dies der psychologischen Kriegsvorbereitung dienen soll!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Bundeswehr ist ein Teil unserer demokratischen Gesellschaft und in sie voll integriert. Es sollte keine Gelegenheit ungenutzt bleiben, um Berührungspunkte zwischen aktiven Soldaten und der Zivilbevölkerung zu schaffen und zu nutzen. Deshalb begrüßen wir es sehr, daß das Land Bremen die Patenschaft für die neue Fregatte Bremen der Bundesmarine übernommen hat.

(Beifall bei der CDU)

Es wird hoffentlich zu vielen Kontakten zur Bremer Bevölkerung kommen. Die Soldaten der Fregatte Bremen sollen wissen, daß sie in ihrer Patenstadt Bremen jederzeit gerngesehene Gäste sind.

Den Antrag des Abgeordneten Willers lehnen wir ab.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Richter.

(Abg. Gassdorf [CDU]: Jetzt muß noch eine Fregatte Bremerhaven her!)

- (B) Abg. Richter (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal ist es in der Tat richtig, daß dieser Entschließungsantrag sehr verschiedenartige Aspekte miteinander vermengt. Ich will mich dabei aber nicht lange aufhalten, weil ich mich einen Moment mit der Begründung des Kollegen Willers beschäftigen möchte, insbesondere unter dem Eindruck seines Beitrags, der uns hier auf eine Tour d'horizon über die Kriegskredite von 1914/1918 bis hin in die Gegenwart gebracht hat anlässlich eines vorliegenden Entschließungsantrags, der für mich die grundsätzliche Frage aufwirft, ob dieses Landesparlament, das ja seine originären Zuständigkeiten hat, nicht besser daran täte, sich hauptsächlich um diese seine Zuständigkeiten zu bemühen. Es gibt ja, und das wissen Sie ja alle, ein Bundesparlament, das die originäre Zuständigkeit dafür eben hat, und das kümmert sich auch darum, und dort ist der Ort, wo an sich diese Auseinandersetzung, diese parteipolitische Auseinandersetzung, geführt werden sollte.

(Beifall bei FDP und SPD — Zuruf des Abg. Willers)

Herr Willers, ich glaube, daß das Motiv für Sie, das hier hineinzubringen, natürlich darin zu suchen ist, daß Sie in diesem anderen Parlament nicht vertreten sind.

(Abg. Willers: Das wird sich ja bald ändern, und dann sind Sie nicht mehr vertreten!)

Ich fürchte, Herr Willers, daß wir hier, wenn wir so weitermachen, Gefahr laufen, zu einem unverbind-

- lichen Debattierklub zu werden, und das ist dem Parlamentarismus insgesamt abträglich. (C)

(Beifall bei FDP, SPD und CDU)

Ich will nun zum Inhalt des Antrags kommen. Herr Bürgermeister Koschnick hat ja selbst, wie ich meine, sehr eindrucksvoll zu den hier erhobenen Vorwürfen Stellung genommen. Ich glaube, daß es — unabhängig davon, wie man zur Bundeswehr steht — kein Mißgriff, sondern eine Ungeheuerlichkeit ist, wenn jemandem in diesem Hause von einem Abgeordneten unterstellt wird, er betriebe psychologische Kriegsvorbereitung.

(Beifall bei FDP, SPD und CDU)

Ich möchte Sie bitten, sich einmal die Tragweite dieses Vorwurfs vor Augen zu führen! Psychologische Kriegsvorbereitung ist nämlich auch Kriegsvorbereitung, und das Wort psychologisch soll es uns nur leichter machen, das unwidersprochen hinzunehmen. Ich bin dazu nicht bereit!

(Beifall bei FDP, SPD und CDU — Abg. Kunick [SPD]: Herr Kollege, das wäre der Vorwurf eines Verfassungsbruchs!)

Überhaupt, meine Damen und Herren, wundere ich mich darüber, wie lange der Kollege Willers seine hochmütige Variante eines moralischen Alleinvertretungsanspruchs hier noch aufrechterhalten will.

(Beifall bei FDP, SPD und CDU)

(D) Meine Damen und Herren, ich sage ganz ausdrücklich, daß ich pazifistische Einstellungen nicht nur toleriere, sondern respektiere, aber niemand hat doch ein Recht, einen Andersdenkenden in die Ecke zu stellen, als würde das Eintreten für etwas anderes, als das, was ich will, letzten Endes Kriegsvorbereitung bedeuten!

(Beifall bei FDP, SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, eine grundsätzliche Sache, die hier bei Herrn Willers so ein bißchen nebenbei abgehandelt wurde! Wir sind ja die politische Auseinandersetzung gewohnt, wir haben auch die Möglichkeit durch das Instrumentarium der Geschäftsordnung dieses Hauses uns zu wehren, diese Möglichkeit hat auch jedes Senatsmitglied. Aber wenn Sie hier die Ehefrau eines Anwesenden angreifen, Herr Willers, dann halte ich es einfach für einen Schlag unter die Gürtellinie, denn diese Frau kann sich nicht wehren!

(Beifall bei FDP, SPD und CDU)

Der Kollege Willers unternimmt also in seinem Antrag und in seiner Begründung erneut den Versuch, diejenigen, die andere Meinungen vertreten als er, die zum Beispiel auch, das steht hier ja zwischen den Zeilen, für den Nato-Doppelbeschluß eingetreten sind, in die Ecke der Kriegstreiber zu stellen. Das steht ihm nicht zu, aber es ist auch unzutreffend. Die FDP hat diesen Doppelbeschluß gestützt, er war unter anderem auch Bestandteil des

- (A) FDP-Wahlprogramms 1980, und ich meine, es ist nachweisbar ersichtlich, daß dieser Beschluß das geeignete Instrument war, die UdSSR endlich zu den wichtigen, ernsthaften Abrüstungsverhandlungen zu bewegen, was vorher jahrelang nicht geklappt hat.

(Beifall bei der FDP)

Erinnern Sie sich: Über zwei Jahre war die Sowjetunion nicht an den Abrüstungsverhandlungstisch zu bekommen. Erst durch den Beschluß der Nato ist es nunmehr endlich zu den Verhandlungen gekommen.

Weiterhin erweckt Herr Willers mit der Formulierung in seinem Antrag den falschen Eindruck, Ziel und Ergebnis des Beschlusses der Bundesregierung vom 28. April, nämlich der politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern, sei die Legalisierung der Waffenlieferungen in Spannungsgebiete. Das ist nicht richtig. So, wie Sie es hier formulieren, sieht der Beschluß der Bundesregierung nämlich nicht aus.

Ausgangslage war die Schwierigkeit, daß das bis dahin geographisch begrenzt angewandte Kriterium der Spannungsgebiete sich zunehmend als untauglich erwiesen hatte. Deswegen beschloß die Bundesregierung diese neuen Grundsätze und führt darin ausdrücklich aus, daß es Bestreben der Bundesrepublik Deutschland ist, durch Begrenzung und Kontrolle des Rüstungsexports einen Beitrag zur Sicherung des Friedens zu leisten, denn wir wollen beim restriktiven Charakter unserer Rüstungsexportpolitik bleiben, wir wollen nicht die Waffenschmiede der Welt sein, und wir sind es auch nicht. Deshalb ist es problematisch, in diesem Problembereich der Beschäftigungspolitik den Ausschlag geben zu lassen. Ich meine, daß der Weg, den die Bundesregierung beschritten hat, ein besserer ist.

- (B) Auf der anderen Seite steht unser eigenes Sicherheitsbedürfnis, das insbesondere im Rahmen des nordatlantischen Bündnisses Exporte von Rüstungsgütern erforderlich macht. Daran, nämlich an unserem eigenen Sicherheitsbedürfnis, sollte sich die Entscheidung orientieren, und deswegen sind die vitalen Interessen der Bundesrepublik, von denen hier die Rede ist, auch eindeutig definiert, nämlich als außen- und sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung der Bündnisinteressen.

Die Entscheidung, ob Rüstungsgüter exportiert werden dürfen oder nicht, ist im Einzelfall oft eine Gratwanderung. Es ist sorgfältig abzuwägen, wie weit dadurch eventuell in der Welt vorhandene Spannungen verschärft werden könnten beziehungsweise wieweit unser eigenes Sicherheitsbedürfnis die Genehmigung erforderlich macht. Grundsätzlich gilt dabei: Unsere Rüstungsexportpolitik ist restriktiv, und sie bleibt restriktiv. Die Grundsätze der Bundesregierung dazu dienen der Klarheit. Wir begrüßen sie. Den Antrag des Kollegen Willers lehnen wir ab. — Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei FDP und SPD)

- Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Schmidt. (C)

Abg. Schmidt (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was müssen wir uns eigentlich noch bieten lassen, hat einer meiner Fraktionskollegen gesagt bei der Begründung dieses Antrags, als der Herr Willers sich hier Formulierungen bediente, die auch mit dem Antrag überhaupt nichts zu tun hatten. Die Instinktlosigkeiten, die er anderen unterstellt, sind ihm zurückzugeben in der Form, wie er sich hier in diesem Parlament benommen hat,

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

ohne dabei zu erkennen, daß er es eigentlich den demokratischen Parteien zu danken hat, daß er sich hier so artikulieren darf.

(Beifall bei SPD und CDU)

Wir müssen uns auch noch einmal daran erinnern, unter welchen Vorzeichen die sogenannte Bremer Grüne Liste die parlamentarische Arbeit hier 1979 aufgenommen hat, wie sie dieses Haus hier bezeichnet hat und zu welchen Zwecken sie dieses Haus benutzen wollte!

(Abg. Adamietz [BGL]: Wie denn?)

Lesen Sie Ihre eigenen Protokollaussagen nach! Dazu bin ich mir zu schade!

Ich bin auch zutiefst überrascht, wenn ich hier die Großmannssucht einiger einzelner Herren höre und in Vergleich dazu setze, was die Bundesvorsitzende der Grünen — jetzt weiß man nicht, welcher Schattierung das nun gerade ist, aber nach einer sehen sie ja alle — so sagt, wie sie sich ihre politische Arbeit für die Zukunft vorstellt. Sie können das im letzten „Spiegel“ nachlesen. Man will parlamentarische Mitarbeit, aber man lehnt parlamentarische Verantwortung ab. Man hat Sorge davor, etwa über zehn Prozent Stimmenanteil zu kommen, weil man dann ja entscheiden müßte im Parlament, was man tun wolle und was nicht. Dann stellt man sich aber hier hin und trägt Verleumdungen vor, nicht nur gegen Abgeordnete, nicht nur gegen gewählte Repräsentanten, die mit einer Stimmenmehrheit, Herr Willers, gewählt worden sind, von der Sie doch nur träumen können, und auch wenn es der geringste Abgeordnete einer anderen demokratischen Partei ist, weisen wir das zurück!

Ich habe auch überhaupt nicht verstanden, was Sie eigentlich mit Ihrem Flug in die Vergangenheit sagen wollten, ohne dabei den Mut zu haben, und das sollten Sie eigentlich gelernt haben, die Konsequenzen aufzuzeigen, die diese Sozialdemokratische Partei aus der Politik des neunzehnten Jahrhunderts gezogen hat. Meine Damen und Herren, die Diskussionen über EVG, über die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, haben doch deutlich gemacht, daß das, was als Großmannssucht den Deutschen immer unterstellt worden ist, von uns allen abgelehnt wurde, daß wir erkannt hatten, nur in einem Verbund von Gleichgesinnten, von gleichen demokra-

(D)

(A) tischen Staaten unsere Position überhaupt vertreten zu können und dabei das Offenhalten bei der Verbindung zum Westen auch zum Osten nicht zu gefährden.

Warum haben Sie, wenn Sie solche Dinge hier aufzeigen, wenn Sie hier Bernstein zitieren, wenn Sie Kautsky zitieren, warum haben Sie nicht den Mut, auch die Erkenntnisse, die wir jetzt haben und nach denen wir heute arbeiten, hier auch zumindest deutlich zu machen und nicht nach dem Grundsatz zu handeln, ein Eimer voll Dreck läuft zunächst schneller, als ein Körnchen Wahrheit wachsen kann? Das ist nämlich Ihre Methode, mit der Sie hier versuchen, Politik zu betreiben, und die wir nicht mitmachen!

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, man war schon etwas auf diese Diskussion eingestellt, wenn man den Leserbrief von Herrn Willers vor einigen Tagen im „Weser-Kurier“ gelesen hat. Das zeigt auch, keine Ahnung, aber davon sehr viel! Wenn er sich zumindest die Mühe gemacht hätte und einmal nachgeforscht, nachgelesen oder nachgefragt hätte, was eigentlich vor dem 10. Oktober 1981 an Friedensbewegungen und Friedenssicherungen überhaupt schon geschehen ist! Sie können die Beschlüsse der IG Metall von 1975 nachlesen.

(Abg. Willers: Papier!)

(B) Was machen Sie denn hier? Sie bringen leere Wort-hülsen, und nichts dahinter!

(Beifall bei der SPD)

Sie können die Beschlüsse des DGB-Bundeskongresses von 1978 nachlesen, und Sie hätten, Herr Willers, die Möglichkeit gehabt, sich in Hamburg am Besenbinderhof zu überzeugen, was dort getan wird, um das, was wir 1975 und 1978 gefordert haben, was politisch aber noch nicht durchgesetzt ist, nämlich die Schaffung eines Bundesamtes für Abrüstung, nun als ersten Schritt zu realisieren. Es wird überlegt, was anstelle von Rüstungspolitik, an Rüstungsaufträgen, an anderen Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden kann. Es war für mich, ich habe auch die Sendung gestern abend gesehen, erschreckend, als die sogenannte Friedensbewegung gefragt wurde, was sie denn nun an Alternativen aufzubieten habe, was sie an Lösungsvorschlägen bringen könne.

(Zuruf des Abg. Willers)

Der einzige, der Lösungsvorschläge bringen könnte, war Frank Teichmüller von der Bezirksleitung der IG Metall, der sagte, dann müssen wir eben den Mut haben zu sagen, daß man anstelle von Panzern Lokomotiven für den Nahverkehr herstellen kann. Von der sogenannten Friedensbewegung oder von denen, mit denen Sie sich identifizieren würden, ist keine einzige Alternative dazu aufgezeigt worden.

(Zuruf des Abg. Willers)

(C) Von daher muß man auch erkennen, daß es nicht nur in Bremen darum geht, alternative Produktionen zu überlegen, sondern daß es eine bundesweite Angelegenheit ist und daß man auch sicherstellen muß, daß dann nicht alle wieder etwas anderes, aber das gleiche tun wollen. Hier sind wirklich Strukturuntersuchungen notwendig, um sicherzustellen, daß Beschäftigung gesichert werden kann. Einem Gewerkschafter braucht man nicht deutlich zu machen, daß Rüstungspolitik kein geeignetes Mittel ist zur Sicherung der Beschäftigung, das wissen wir schon lange, und darauf konzentrieren wir uns auch überhaupt nicht.

(Vizepräsident Ehlers übernimmt den Vorsitz.)

Aber wir gehen diese Dinge an, und dann sollen diejenigen, die glauben, wir haben nicht genug oder nicht das Richtige getan, sich nicht hier hinstellen und sagen, ihr habt zu lange gebraucht, sondern dann sollen sie sagen, wie man es besser macht und was man konkret da auch tun kann.

Wir unterstützen das, wenn jetzt die Kollegen in den Betrieben selbst überlegen, was getan werden muß, und dazu haben wir ja diese Stellen eingerichtet. Wir bemühen uns auch in Bremen, eine solche Beratungs- und Förderungsstelle dazu zu bekommen.

(D) Nun zur Frage der Patenschaft! Meine Damen und Herren, wenn es zutrifft, wie eine Statistik des Statistischen Bundesamtes vor wenigen Wochen ausgewiesen hat, daß die Arbeitnehmerorganisationen in der Bundesrepublik rund zehn Millionen Mitglieder haben, dann heißt das, daß 50 Prozent der Arbeitnehmer gewerkschaftlich, ganz gleich in welcher Organisation, organisiert sind, das heißt mit anderen Worten, daß auch zumindest der gleiche Teil von gewerkschaftlich Organisierten den Dienst in der Bundeswehr leistet und daß wir auch den Dienstpflichtigen als Kollegen zu betrachten haben und ihn auch dementsprechend als Arbeitnehmer behandeln. Das heißt für uns, wir erkennen das Recht auf Kriegsdienstverweigerung an. Wir respektieren aber auch die Pflicht des Wehrdienstleistenden, weil er nämlich durch seinen Dienst die Voraussetzungen dafür schafft, daß wir uns weiterentwickeln können.

(Beifall bei der SPD)

Herr Willers, wenn Sie schon die Geschichte bemühen, nennen Sie bitte einmal einen Zeitraum, in dem der Bereich Deutschland, jetzt Bundesrepublik, oder Europa ohne Krieg war! Es hat in der Vergangenheit noch nie einen so langen Zeitraum gegeben, und das war nur möglich, weil auch Arbeitnehmer bereit waren, ihrer Verpflichtung nachzukommen, und weil wir gleichzeitig anerkennen, daß derjenige, der es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann, Kriegsdienste zu leisten, einen anderen Dienst verrichtet. Von daher wehren wir uns dagegen, daß eine Diffamierung derjenigen erfolgt,

(A) die sich zu dem Dienst innerhalb der Bundeswehr bekennen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Nun, meine Damen und Herren, zur psychologischen Kriegsvorbereitung! Wenn es einer größeren Instinktilosigkeit bedurft hätte, dann dieser Behauptung, wie sie hier aufgestellt worden ist! Ich will jetzt nicht die Tradition bemühen, aber, Herr Willers, wenn Sie mit dem gleichen Elan, mit dem Sie hier die Dinge aufgreifen, auch mindestens mit einem Wort Ihre Sympathie für diejenigen erklärt hätten, die unter Gefahr von Leib und Leben dafür eintreten, daß Schwerter zu Pflugscharen gemacht werden, hätten wir wahrscheinlich noch etwas Verständnis für Sie gehabt. Diesen Teil haben Sie völlig verschwiegen, und dabei haben Sie auch übersehen — das ist auch wieder eine wichtige Aussage Ihrer Bundesvorsitzenden —, daß es keine Einseitigkeit in Fragen der Rüstung geben kann, sondern daß gemeinsam vorgegangen werden muß.

(Abg. Willers: Das ist auch meine Meinung!)

Warum haben Sie dann nicht den Mut, auch anzuerkennen, wenn Sie schon die Unverschämtheit besitzen, die Frau des Bürgermeisters in einen Zusammenhang zu bringen mit dem, was in Falkland geschehen ist, warum haben Sie dann nicht den Mut, auch anzuerkennen, daß zur gleichen Stunde, in der wir hier diskutieren, sich namhafte und maßgebende Politiker in der UNO darum bemühen, die Abrüstung voranzutreiben und dafür die Voraussetzungen zu schaffen, daß der Frieden wirklich sicherer wird? Warum haben Sie nicht den Mut, auch das zu bekennen, und warum benutzen Sie hier nur die Dreckschleuder?

Meine Damen und Herren, die Sozialdemokratische Partei hat sich von Anfang an für eine Friedenssicherung ausgesprochen und dazu auch ihre Beschlüsse gefaßt. Ich stehe nicht an, auch nicht zu verkennen, daß zwischen dem, was wir in München beschlossen haben, und dem, was die Bundesregierung am 28. April als Grundsätze für den Rüstungsexport beschlossen hat, Unterschiede bestehen. Aber wir vertreten diese Auffassung der Bundesregierung, weil wir wollen, daß wir, gerade weil wir Nahtstelle zwischen diesen beiden Bündnissystemen sind, die Voraussetzungen dafür schaffen und eine Perspektive haben, daß Friedenssicherung erfolgen kann.

Meine Damen und Herren, wir sehen uns außerstande, einem solchen Antrag, wie er hier vorgelegt worden ist, die Zustimmung zu geben. Wir werden ihn deshalb ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Ehlers:** Das Wort hat der Abgeordnete Adamietz.

Abg. **Adamietz (BGL)\*:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen und gegenwärtige Präsident des Bundesrats hat in seiner Grundsatzklärung in der heutigen Debatte ausgeführt, ich zitiere: „Friedenspolitik verlangt eine umfassende Strategie.“

Meine Damen und Herren, wir unterstreichen das nachdrücklich, wir sind uns in dieser Frage sicherlich einig, wenn man das in dieser Allgemeinheit so zum Ausdruck bringt. Wir sind uns, glaube ich, auch einig, daß dann das entscheidende Problem darin besteht, diese Strategie zu erarbeiten. Das setzt das Entwickeln von realistischen Einschätzungen der politischen Möglichkeiten, das Entwickeln auch von Phantasie, das Zuhören, das Diskutieren, das Debattieren und sicherlich auch irgendwann das Entscheiden voraus.

Wir, wenn ich das so ausdrücken darf, bekennen uns zu diesem Vorgang, wir bekennen uns zu einer solchen Auseinandersetzung auch mit denjenigen, die eine andere politische Strategie zur Friedenssicherung haben, auch mit denjenigen, die heute etwa die Existenz von Armeen für notwendig erachten als eine Sicherheitspolitik in dieser Welt. Wir wollen uns daran beteiligen, wir erwarten dann aber auch, daß uns, die wir von einer anderen Grundeinstellung ausgehen, zugehört wird und daß man sich dann entsprechend nachdrücklich, aber auch sorgfältig und, wenn es erforderlich ist, auch behutsam damit auseinandersetzt.

Meine Damen und Herren, es gibt dieses geflügelte Wort, ich will es abwandeln, daß der Frieden zu wichtig ist, um ihn sozusagen der politischen Strategie nicht nur von Militärs, ja man muß wohl sagen, sogar von Politikern zu überlassen. Wir bekennen uns dazu, daß eine umfassende Strategie zur Friedenssicherung, Friedenserhaltung oder Friedensstärkung nur erfolgen kann auf einer Grundlage, daß die Bevölkerung eines Landes insgesamt — ich möchte natürlich anfügen, aller Länder — dahintersteht.

Ich glaube, daß die Völker aller Länder in der Tat eigentlich — und dieses „eigentlich“ unterstreicht schon die Problematik dieser ganzen Angelegenheit — den Frieden wollen. Eigentlich leiden sie darunter, eigentlich merken sie, wenn es Tote gibt, wie schrecklich das ist. Dennoch gibt es allenthalben Krieg, dennoch wird allenthalben auf der Welt Krieg gerechtfertigt.

Für uns ist die entscheidende Frage in dieser Debatte nicht, was psychologische Kriegsvorbereitung ist — ich werde zu diesen Worten gleich noch etwas sagen —, sondern die entscheidende Frage, die sich uns stellt, ist, was friedensfördern ist, wie ich mich verhalte, welche politische Haltung ich einnehme, welche politischen Entscheidungen ich treffe, um den Frieden zu fördern. Das ist in der Tat schon ein kleiner Unterschied.

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Die Kritik, die sich hinter dem Begriff „psychologische Kriegsvorbereitung“ verbirgt, sicherlich auch in falscher Weise verbirgt, kann nicht einfach in einen Topf geworfen werden mit einer umfassenden Strategie einer Friedensförderung.

Ich will ein Beispiel nennen. Das Erschreckendste für uns an dem Krieg um diese Inseln dort im Südatlantik und die 600 000 Schafe dort — und das ist nicht nur eine Falkland-Krise, wie Herr Willers beliebte zu formulieren —, in dem Menschen getötet wurden um eines Kriegsziels willen, das Erschreckendste an diesem Krieg war, daß nicht Militärs Waffen einsetzen, daß sie Ziele haben, wie man am besten dort ein Luft- oder Seelandemanöver macht, daß sie Raketen abschießen, um dem anderen die Schiffe zu versenken, und dabei Menschen tötet, daß Erschreckendste war die sogenannte Heimatfront in der westlichen Demokratie Großbritannien, aber auch in dem faschistisch-militaristisch regierten Argentinien.

Wir haben es hier nur aus der Zeitung, aus Presseberichten, Presseberichte der sogenannten Massenblätter in England etwa, in denen es vor Blut nur troff, in denen nicht das Erschrecken über das Töten von Menschen, auch über das Getötetwerden der eigenen Landsleute zum Ausdruck gebracht wurde, sondern wo man von den bloody Argies sprach, wo man Versenkungen von Schiffen mit Hunderten von Toten wie Heldentaten feierte, wo man es dem anderen eben heimzahlen wollte.

(B) Eine Regierung, ohne mich da in eine Wertung zu begeben, die politisch kaum noch eine starke Stellung hatte, die eine Nachwahl nach der anderen mit Glanz und Gloria verloren hatte, bekommt auf einmal wieder massenhafte Zustimmung und gewinnt wieder Wahlen, weil sie eben eine Blut- und Eisenpolitik betreibt.

Meine Damen und Herren, das ist das Erschreckendste an diesem Vorgang, daß im Jahr 1982 sogenannte aufgeklärte Völker und nicht nur ein paar verrückte Militärs das machen, die aber dann vielleicht politisch isoliert wären, die ihrer Ämter enthoben werden könnten oder ähnliches, wie dieser ehrenamtliche Außenminister zurückgetreten ist, als seine — ich unterstelle das einmal — auf Frieden gerichtete Außenpolitik in diesem Punkt gescheitert war, sondern wo eine psychologische Unterstützung der breiten Masse der Bevölkerung für diesen Krieg vorhanden ist. Die Tränen und die Trauer verbleiben bei den überlebenden Angehörigen der Soldaten, die dort umkamen. Für was? Für nichts und wieder nichts, das ist unsere Meinung!

Darüber müssen wir alle erschrecken, und da müssen wir auch die Frage stellen, ob das bei uns möglich ist, wenn uns ein Kriegsziel vor Augen gemalt wird, egal aus welchen Gründen, egal, ob man sagt, die Argentinier haben dort Rechte verletzt, sind mit Waffen einmarschiert und so weiter, mein verletztes Recht erfordert es, daß ich jetzt da auch mit Waffen hingehe, egal, wenn ich weiß, daß das eine faschistische Militärjunta da in Argentinien

war, die außenpolitische Ziele verfolgte. Ist es in England anders gewesen? Meine Damen und Herren, dieses Erschrecken gehört in diese Debatte. (C)

Dann muß man sich die Frage stellen, wie ich denn eigentlich eine Friedenshaltung in der Masse der Bevölkerung fördere, in den 80 oder 90 Prozent, die eine solche Kriegspolitik in England etwa unterstützt haben. Wie kann ich eine Politik machen? Nicht sicherlich mit einer plumpen Gegenüberstellung, indem ich jedem anderen psychologische Kriegsvorbereitung unterstelle! Aber wie kann ich denn erreichen, daß die Bevölkerung selbst sagt, das ist Wahnsinn dieser Krieg? Den wollen wir nicht! Wir werden politisch uns so verhalten, in Massen aufstehen, daß unsere Politiker, wenn die auf die Idee kommen sollten, einen Krieg zu führen, beiseite gefegt werden, wie in Argentinien jetzt die sieglosen Generäle, weil sie verloren haben, nicht weil sie Krieg geführt haben. Meine Damen und Herren, deswegen möchten wir eine umfassende Strategie im Hinblick auf die Haltung der Menschen selbst zu den Kriegen.

Ich will es an einem Beispiel nur sagen. Es fängt an mit einer Achtung des Kriegsspielzeugs, das fängt an in unserem alltäglichen Bereich, das ist dann auch nicht hohe Bundespolitik, sondern das fängt bei uns — und wir haben keinen Antrag dazu eingebracht, weil wir das auch nicht verordnen können per Landesgesetzgeber — damit an, daß wir in unserem alltäglichen Verhalten in jeder einzelnen Entscheidung, die wir treffen als Individuum, als Eltern etwa, wie wir mit den Kindern schon umgehen, uns diese Frage stellen: Was ist das eigentlich: Krieg? Was sind das eigentlich: Waffen? Wozu dienen die? (D)

Natürlich sagen wir dann, wenn wir so ein Kriegsspielzeug haben, einen Panzer, da machen wir doch keinen Unterschied, ob das nun ein Leopard ist oder ein T72 oder wie der heißt, hinter dem jetzt alle Geheimdienste her sind, um einmal einen zu fangen, ob das eine kleine Rakete ist, die nach SS20 aussieht oder nach Pershing, wir sind generell gegen alle Waffen. Wir unterscheiden nicht: Die Waffen sozusagen, die der Westen aufbaut, sind böse und die der Osten hat, sind gut, weil sie dem Fortschritt dienen. Wir sind gegen alle diese Waffen, ganz eindeutig.

Wir sagen, Frieden schaffen, das kann man nur ganz ohne Waffen. Das ist eine politische Strategie, die sehr schwierig ist, die wir aber für richtig halten und von der wir meinen, daß sie allein langfristig, sicherlich nicht auf kurze Sicht, aber langfristig friedensfördernd sein kann, weil langfristig in jedem einzelnen Individuum der Bevölkerung eine praktische Einstellung nicht nur im Hinblick darauf, daß er Friedenssehnsucht hat, sondern auch, wie er sie umsetzen kann im alltäglichen Leben, sich vollziehen kann.

Deswegen haben wir beispielsweise vor zwei Jahren in der Debatte, als hier ein argentinisches Kriegsschiff zu Besuch war, gesagt, wir mißbilligen

(A) das, nicht weil wir die internationalen Kontakte abbrechen wollen, nicht weil wir etwa Schiffsbesuche für falsch hielten, nicht weil wir meinten, Bremen als Handelsstadt könne es sich leisten, daß Schiffe hier nicht herkämen, sondern es war eben nicht ein Schiffsaustausch als solcher, es war vielmehr eben ein Kriegsschiff, ein Kriegssymbol, das hier angekommen ist. Wie tragisch sich die Entwicklung dann ausgenommen hat, sieht man doch, daß eben aus diesem selben Lande dann Krieg geführt wird.

Das meinen wir, daß wir uns in allen einzelnen konkreten Tagesfragen friedensfördernd verhalten müssen. Dann geht es allerdings nicht, wenn man sagt, wie der Bürgermeister Koschnick, daß hier eine individualistisch-pazifistische Grundströmung nicht reiche. Als isolierte Aussage würde ich das vielleicht sogar akzeptieren können, wenn er mir genau sagt, was er damit meint. Aber das Gefährliche daran ist eben, daß man hier eine solche Haltung doch irgendwo negativ eingrenzt, negativ sagt, das reicht eben nicht, das ist eben sozusagen die falsche Friedensauffassung, natürlich schon gar nicht individualistisch-pazifistisch. Als einzelner erreiche ich nichts, aber die Masse der Bevölkerung, die muß doch, so meine ich, pazifistisch gesonnen sein, wenn Krieg ausgeschlossen sein soll.

Meine Damen und Herren, dann reicht es natürlich auch nicht, wenn man eine politische Strategie fährt — und ich beziehe mich heute einmal auf die Nachrichten, die heute im „Weser-Kurier“ veröffentlicht sind —, die dann, wenn neue Vorschläge kommen, sofort gegenhält und die alten Rezepte eben wieder hochhält. Hier heißt es: „Deutsche Experten warnen vor einem Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen“. Während amerikanische Sicherheitsexperten, immerhin so hochkarätige wie der ehemalige Verteidigungsminister McNamara, wie der berühmte politische Berater McGeorge Bundy, wie George Cannon und Gerald Smidt, sagen, man sollte eine neue Strategie fahren, dann wird einfach schnell einmal eine Gegenantwort gemacht, deutsche Experten, die sehen das anders. Das ist eine ungenügende Auseinandersetzung mit dieser Problematik.

Es ist sicherlich ähnlich ungenügend, wenn man die politischen Probleme, die der Senat der Freien Hansestadt Bremen hat, schlichtweg hier in diesen Zusammenhang einordnen wollte und dann von psychologischer Kriegsvorbereitung spricht! Wir selbst teilen diese Formulierung in dem Antrag von Herrn Willers deswegen auch nicht. Wir sehen das ganz nüchtern, dieses Engagement bei der Fregatte Bremen ist für den Senat nicht Kriegsvorbereitung, das ist, glaube ich, überzogen. Zuviel der Ehre fast, könnte man sagen, für diesen Senat! Das ist schlichtweg parteipolitische Werbung. Der Senat hat es nötig, daß das Image Bremens, das so gelitten hat unter der Politik dieses Senats, irgendwo wieder werbekräftig ein bißchen aufgemöbelt wird, daß überhaupt das Wort Bremen noch irgendwo einmal erscheint.

Wir haben eben kein Passagierschiff Bremen mehr. Wir haben keine repräsentative sonstige Einrichtung, die den Namen Bremen nach außen trägt, vom Fußball einmal abgesehen. Das ist sozusagen der Hintergrund, dieser Senat fischt sozusagen händelnd nach allen Möglichkeiten, um werbewirksam das Wort Bremen einzubringen, womit er dann hofft, daß für ihn sozusagen da politisch etwas abfällt. Zuviel der Ehre in diesem Punkt!

Wir fürchten aber natürlich auch in der Strategie dieses Antrages eine falsche Einschätzung, wie die Front für Friedensförderung — ich will das ruhig einmal so ausdrücken — verbreitert werden kann. Der Antrag von Peter Willers scheint dieses Ziel nicht erreichen zu können, auch nach unserer Überzeugung, weil er natürlich gerade wieder, gewissermaßen wie Pawlowsche Reflexe, die anderen hier auffordert, sich vehement emotional dagegen zu wenden. Er bricht nicht diese Front des sich Gegenüberstehens in diesen politischen Strategien auf, er verhilft nicht zum Nachdenken, und deswegen halten wir selbst auch diesen Antrag nicht für eine Förderung dieser Friedensdebatte. Er dient dazu, sicherlich Positionen festzuklopfen, aber er dient nicht dem Aufbrechen dieser Positionen. Wir wären daran interessiert, daß diese Positionen aufgebrochen werden.

Ich möchte anfügen, dieser Prozeß ist ja im Gange, und das ist das eigentliche Thema einer solchen Debatte hier in diesem Landtag, wenn man nämlich sich ansieht, wie die Positionen in der SPD-Mehrheitsfraktion doch aussehen. Da ist diese Thematik ja Symbol für die Spaltung der SPD. Ich verweise hier auf dieses berühmte Stichwort 6. Mai, die einen sind im Stadion, sozusagen mit den Militärs, und die anderen draußen, gegen die Militärs. Der betreffende Senator ist heute hier nicht anwesend, er überläßt sozusagen der anderen Seite, dem Bürgermeister, das Feld allein. Das ist das Interessante an diesem Punkt.

Wenn der Bürgermeister in seiner Rede auch davon sprach —

(Glocke)

ich darf vielleicht noch zu Ende führen —, daß die strategische Stabilität genutzt werden muß, um Überrüstungen zu verhindern, so haben wir da genau dieses Konzept der Abschreckung, das ich neulich erst wieder in bester Manier in einer Veranstaltung von den DKP-Vertretern vorgeführt bekam, indem sie nämlich sagten, man müsse gegen die Nato-Nachrüstung sein, weil sie eben das Übergewicht der Nato herstelle. Gegen Gleichgewicht haben die aus dem Osten nicht einmal etwas, das sind dieselben Waffenstrategen, Gleichgewicht, Abschreckung, Frieden durch Waffen, wie Sie hier. Da sind Sie sich beide einig.

(Beifall bei der BGL — Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Das ist die eine Position, im Grunde Frieden durch Waffen.

(C)

(D)

(A) Dann gibt es aber trotzdem andere, die rufen auf, zur Friedensdemonstration nach Bonn zu fahren, ob das Herr Kunick ist, wenn ich mich recht entsinne, oder Herr Waltemathe von der SPD-Bundestagsfraktion und ähnliche. Diese Spaltung der SPD ist hier politisches Landesthema, weil sie nämlich verhindert, daß in diesem Lande friedensfördernde Maßnahmen koordiniert im Sinne einer umfassenden Strategie stattfinden.

So gebe ich das zurück, was Bürgermeister Koschnick am Anfang sagte, wenn man eine umfassende Strategie entwickeln will, dann muß man auch ein einheitliches Konzept haben, und dann kann man nicht als die die Regierung des Landes tragende Partei sozusagen eben zwei Strategien in einer Brust haben und umfassend eine Strategie gegen die andere stellen, die sich beide gegen Null aufheben.

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Abschluß betonen, der Abgeordnete Schmidt, der hier für die SPD-Fraktion gesprochen hat, hat bestimmte politische Positionen, auch Veränderungen offensichtlich nicht mitbekommen. Wir möchten noch einmal betonen, wir meinen das ernst, was wir sagen, und wir wollen auch politisch etwas erreichen. Wir wollen nicht nur lamentieren, aber auch nicht nur Etiketten ankleben und schimpfen.

Wir wollen auch, im Gegensatz sicherlich zu den Äußerungen von Frau Kelly von dieser Bonner Bundespartei, parlamentarisch-politische Verantwortung tragen. Wir werden das auch. Wir sind nicht diejenigen, die erst groß lamentieren und sagen, wir wollen in Parlamente, und die sich dann verweigern, im Gegenteil, wir sehen den Auftrag darin, dann etwas politisch zu erreichen, dafür nehmen wir dann auch Verantwortung auf uns. Das wird im Einzelfall so aussehen können, in dem anderen Fall so aussehen können.

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Herr Abgeordneter Adamietz, Ihre Redezeit ist abgelaufen!

Abg. Adamietz (BGL): Ja, ich komme zum Schluß!

Für uns geht es dann darum, gerade an einem solchen umfassenden Thema wie der Friedenspolitik mitzuwirken, daß wir friedensfördernde Maßnahmen, jeder für sich und da politisch, wo immer wir es können, gemeinsam durchführen. Wir wirken politisch im Landtag etwa, wenn ein solches Kriegsschiff uns besucht, indem wir das mißbilligen und den Senat auffordern, so etwas möglichst zu verhindern, bundespolitisch muß er das abklären. Für das Individuum erfolgt das etwa in der Weise, für sich selbst die Entscheidung, wie gehe ich selbst damit um, wie erziehe ich meine Kinder, wie ächte ich für mich persönlich für meinen Einflußbereich Kriegsspielzeug, um die schlimmste Geißel der Menschheit, den Krieg, das Töten der Menschen mit zu verhindern.

(Beifall bei der BGL)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort (C) der Abgeordnete Willers.

(Zuruf von der SPD)

Abg. Willers: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Keine Sorgen, meine Damen und Herren von der SPD, es geht ganz schnell!

(Abg. Kunick [SPD]: Sie machen uns keine! — Zuruf der Abg. Anneliese Leinemann [SPD])

Ich wollte nur zwei kurze Bemerkungen zu dem machen, was hier gesagt worden ist.

Zu Herrn Adamietz! Ich habe nicht gesagt, daß Herr Bürgermeister Koschnick psychologische Kriegsvorbereitungen will, ich habe sehr genau gesagt, daß das Wollen und das Tun unterschiedliche Dinge sind. Natürlich will er Bremen auch dadurch ins Gespräch bringen, daß die Fregatte Bremen genannt und mit Werbemaßnahmen gefeatured wird, das ist klar. Nur, was er damit erreicht, das ist etwas anderes, und über das, was er damit erreicht, habe ich geredet.

Sie haben hier, Herr Adamietz, zu den Friedensinitiativen, gesagt, daß Sie die anleiern. Ich warte darauf! Ich warte wirklich darauf. Ich möchte in dem Zusammenhang vielleicht noch einmal daran erinnern, wer damals den Antrag zur Fregatte Libertad hier eingebracht und begründet hat!

Zu Herrn Schmidt, und deswegen habe ich mich eigentlich gemeldet! Herr Schmidt, ich möchte etwas richtigstellen, eine Unterstellung, die Sie entweder aus Unwissen oder vielleicht auch absichtlich gemacht haben. Es ist nicht ganz klar herausgekommen, aber, Herr Schmidt, Sie haben so etwa ja gesagt: Warum, Herr Willers, haben Sie nichts zu „Schwerter zu Pflugscharen“ gesagt, das heißt, warum haben Sie nichts zu der Friedensbewegung in Osteuropa gesagt, oder warum haben Sie sich dazu nicht verhalten? (D)

Wenn Sie den Beitrag von Frau Kelly richtig gelesen hätten, wenn Sie die Beiträge der Grünen, die Politik der Grünen überhaupt besser kennen, dann wüßten Sie ganz genau, daß die Grünen unter dem Spruch „Schwerter zu Pflugscharen“ überall auftreten. Die Grünen und ich begreifen die Menschen, die in Osteuropa, insbesondere in der DDR, für den Frieden arbeiten, als unsere Brüder und Schwestern.

(Abg. Jaising [SPD]: Dann gehen Sie doch einmal dahin!)

Wir werden hier nur erfolgreich sein, das wissen wir auch, und nur einen politischen Fortschritt erreichen, wenn auch die Friedensbewegung in Osteuropa wächst.

(Zuruf des Abg. Kunick [SPD])

Dann können wir auch Abrüstungsschritte hier als Vorleistung fordern.

Wenn der Erosionsprozeß in Europa sich so fortsetzt wie bisher, daß in Ost und West der Wille

(A) wächst, sich nicht mehr unter die Machtblöcke unterzuordnen, die von der UdSSR und den USA angeführt werden, dann wird auch ein neutrales atomwaffenfreies und letztlich waffenfreies Europa möglich sein, was wir wollen.

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Adamietz.

(Abg. Lahmann [FDP]: Könnt ihr das nicht unter euch besprechen? — Abg. Kunick [SPD]: Das geht nicht mehr!)

Abg. Adamietz (BGL)\*: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich ergreife noch einmal das Wort zu einem Vorgang, der mit dieser Sache als solcher gar nichts zu tun hat, und deswegen, Herr Lahmann, können wir das auch nicht unter uns besprechen.

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Herr Abgeordneter Adamietz, wenn diese Sache mit dem Punkt nichts zu tun hat, dann sprechen Sie also nicht zur Sache, darauf möchte ich Sie hinweisen!

Abg. Adamietz (BGL): Herr Präsident, ja, weisen Sie mich darauf hin, aber hören Sie bitte doch vorher zu,

(Zuruf von der SPD: Nein!)

um festzustellen, worum es geht! Er hat mit der Debatte zu tun, und was mit der Debatte zu tun hat, hat ja wohl mit der Sache im Sinne der Geschäftsordnung zu tun. Er hat allerdings nichts damit zu tun, das war die Anspielung von Herrn Lahmann beim Vorübergehen zu mir, welche Position nun Herr Willers hat,

(B)

(Abg. Lahmann [FDP]: Unterschied in der grünen Bewegung!)

ja, welche Unterschiede da zwischen den einzelnen Grünen vorhanden sein mögen, wenn sie denn grün sind.

(Abg. Lahmann [FDP]: Das ist die Einschränkung!)

Meine Damen und Herren, es geht hier um etwas Grundsätzliches, und am Schluß dieser Debatte will ich das aufgreifen, nachdem wir sozusagen in der Sache selbst die Auffassungen ja auch hier umfassend erörtert haben. Das betrifft allerdings jetzt das Parlament als Ganzes. Deswegen bitte ich noch einmal um Ihre Aufmerksamkeit, sozusagen jenseits der politischen Differenzen!

Der Bürgermeister Koschnick hat zu Beginn seiner Ausführungen hier Stellung genommen, und er hat in vehementer Weise sich gegen die Unterstellung des Abgeordneten Willers gewehrt. Das ist sein gutes Recht. Er hat das aber in der Form getan, daß er erklärt hat — sinngemäß muß ich das jetzt zitieren, ich konnte mir das nur so eben stichwortartig

mitschreiben —, der Herr Willers habe ihm etwas unterstellt aus einem Artikel des „Weser-Kuriers“, aber aus diesem Artikel könne eine bestimmte Aussage eben überhaupt nicht hergeleitet werden. Wer etwas anderes behauptet, so Koschnick, der lügt.

(C)

Meine Damen und Herren, ich gestehe dem Bürgermeister Koschnick völlig zu, solche Erklärungen abzugeben, sich gegen Unterstellungen zu wehren, und die auch — ich sitze da sozusagen im Glashaus beziehungsweise praktiziere das ja selbst — in einer entsprechend klaren, deutlichen Sprache abgefaßt sind.

Herr Koschnick hat bei dieser Aussage den Beifall von den etablierten Fraktionen des Hauses bekommen. Man war sich darin einig. Der Präsident dieses Hauses griff nach der Glocke, ich habe sehr genau hingesehen, und hat dann sozusagen angesichts dieses Beifalls etwas schamhaft verlegen die Hand wieder zurückgezogen.

Meine Damen und Herren, ich halte das fest, daß die innere Sicherheit des Redners, daß eine Unterstellung eines anderen wirklich unwahr ist, und daß die Empörung darüber, auch die Empörung in der Bedeutung der Sache wegen des Inhalts der Unterstellung, daß diese beiden Umstände ausreichen, auch den Ausdruck Lüge in diesem Hause zu legitimieren.

(Beifall bei der BGL — Abg. Gassdorf [CDU]: Nein, das ist wohl etwas anders!)

Die schwache Erklärung des Präsidenten, daß er die Ordnung hier in dem Hause innehat, nachdem ein solcher Ausdruck gefallen ist, ändert ja nichts an der Tatsache, daß wir hier ja wohl offensichtlich die Parlamentarisierung des Ausdrucks Lüge erfahren haben.

(D)

(Beifall bei der BGL — Abg. Gassdorf [CDU]: Der Senat kann doch alles, das müssen Sie doch wissen!)

Wir, meine Damen und Herren, sind nicht Puristen — irgend jemand gebrauchte schon einmal dieses Wort vom Nonnenkloster, ich will da niemanden nun wieder hineinziehen —, aber wir sind der Meinung, wenn das so ist, dann müssen wir das auch so zur Kenntnis nehmen, dann ist das auch ein Präjudizium — —.

(Abg. Kunick [SPD]: Redezeitverschwendung!)

Das bitte, Herr Kunick, sehen Sie nicht als Zeitverschwendung an, denn die Zeit, die verbraucht wird mit den Ordnungsrufen, die wir dafür bekommen von diesem Präsidenten, der von Ihrer Fraktion ist, wenn wir einmal in völliger Sicherheit, daß etwas Unwahres gesagt wurde, und in völliger Empörung über diese Unwahrheiten das Wort Lüge gebrauchen, diese Zeitverschwendung ist viel schlimmer.

(Abg. Kunick [SPD]: Ich kann auch rufen, Sie Unrechtredner!)

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Es freut mich, daß Sie das zu Protokoll geben, Herr Kunick, was Sie alles sprechen können! Meine Damen und Herren, ich meine, daß wir diesen Vorgang aber festhalten sollen, beleuchtet er doch wiederum einmal die Unfähigkeit dieses Präsidiums, die Schwäche dieses Präsidiums dann, wenn eben Mitglieder der eigenen Partei sich unparlamentarisch nach den bisherigen Regeln verhalten.

(Beifall bei der BGL)

**Präsident Dr. Klink:** Es sei mir gestattet, dazu etwas zu sagen. Ich muß darauf eingehen, meine Damen und Herren. Wenn ich die Dinge richtig übersehe, waren die drei Abgeordneten der Bremer Grünen Liste nicht während der ganzen Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend. Es ist ihnen wahrscheinlich etwas entgangen, und darauf möchte ich hinweisen.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Ist die Debatte beendet? Vielleicht kann man das einmal feststellen! — Abg. Adamietz [BGL]: Wir haben das gehört!)

Sie waren zeitweise nicht da!

(Abg. Adamietz [BGL]: Wir haben aber trotzdem gehört! — Abg. Kunick [SPD]: Den Griff zur Glocke gehört!)

Es ist ein persönlicher — —.

(Abg. Adamietz [BGL]: Zwischenruf gekommen!)

(B)

Es ist das Wort der Lüge, an einen Abgeordneten gerichtet, vom Präsidium zurückgewiesen worden, und als dann die Formulierung kam, daß es die Unwahrheit sei, habe ich erklärt, daß dieser Ausdruck nicht gerügt wird. Es ist alter parlamentarischer Brauch, daß wir vom Präsidium nicht für den Wahrheitsgehalt einer Behauptung zuständig sind, aber wir fühlen uns zuständig, wenn ein Abgeordneter persönlich angegriffen wird, und das wird zurückgewiesen

(Zuruf des Abg. Adamietz [BGL])

und wurde heute zurückgewiesen, wenn es ein persönlicher Angriff war.

(Abg. Dinné [BGL]: Er bestätigt das doch gerade!)

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Entschließungsantrag des Abgeordneten Willers mit der Drucksachen-Nummer 10/825 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Abg. Willers)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und FDP)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab. (C)

Meine Damen und Herren, es ist der Vorschlag an uns herangetragen worden, daß wir die Tagesordnung noch verändern sollten, und zwar soll der Tagesordnungspunkt zwölf, der mit Tagesordnungspunkt 21 verbunden ist, jetzt unmittelbar in die Beratung einbezogen werden.

(Abg. Klein [CDU]: Vor Tagesordnungspunkt elf!)

Wollen wir das nach der Mittagspause machen?

(Abg. Klein [CDU]: Nach der Mittagspause, aber dann vor Tagesordnungspunkt elf!)

Dann sollten wir die Umstellung der Tagesordnung sofort beschließen.

Besteht Einverständnis darüber, daß wir nach der Unterbrechung die Tagesordnungspunkte zwölf und 21, die miteinander verbunden sind, zur Beratung aufrufen?

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Dann ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag). Wir kommen wieder zusammen um 14.30 Uhr. (D)

(Unterbrechung der Sitzung 12.53 Uhr)

\*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 14.30 Uhr.

**Präsident Dr. Klink:** Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Wir fahren in der Tagesordnung fort.

#### **Ständiger Bruch der Landeshaushaltsordnung**

Antrag der Gruppe der BGL  
vom 8. Juni 1982  
(Drucksache 10/831)

Wir verbinden hiermit:

#### **Bericht über die Haushaltslage nach dem Stand vom 31. März 1982**

Mitteilung des Senats vom 24. Mai 1982  
(Drucksache 10/819)

#### **Drucksache 10/831**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die nun auch vom SPD-Finanz-Experten Stäcker auf der Delegiertenkonferenz des SPD-Unterbezirks Bremen-West am 3. Juni 1982

(A) eingeräumten ständigen Bruch der Landeshaushaltsordnung zu unterlassen.

Adamietz und Gruppe der BGL

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Herr Adamietz, haben Sie sich als Antragsteller gemeldet?

Das Wort hat der Abgeordnete Adamietz.

(Abg. Adamietz [BGL]: Ich lasse ihm den Vortritt!)

Das Wort hat der Abgeordnete Klein.

Abg. Klein (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Damit das Haus sich bald etwas mehr füllt, habe ich als erster das Wort ergriffen!

(Heiterkeit)

Ich darf mich auch bedanken, meine Damen und Herren von der SPD, daß Sie schon so vollzählig hier pünktlich erschienen sind.

(Abg. Wedemeier (SPD): Herrn Klein wollen wir nie verpassen! — Abg. Kunick (SPD): Sollen wir Ihnen ein paar Beifallspender ausleihen? — Beifall bei der SPD)

(B) Nicht ausleihen, ich bin sicher, daß Sie von der mir heute morgen gerade attestierten Überzeugungskraft entsprechend profitieren werden, meine Damen und Herren, Kollege Kunick!

Meine Damen und Herren, wir haben ja den Antrag der Gruppe der BGL „Ständiger Bruch der Landeshaushaltsordnung“ mit dem Quartalsbericht zum Haushalt dieses Jahres verbunden. Ich möchte zunächst zum Quartalsbericht einige kritische Bemerkungen machen, weil ich diese verschiedenen Berichte über die Lage des Haushalts als Anlaß einer jeweiligen Station einer großen finanzpolitischen Debatte begreife, die dieses Haus führen muß, selbstverständlich um so schwieriger die finanz- und wirtschaftspolitischen Zeiten in Bremen sind.

Ich beschränke mich bei der Würdigung dieses Quartalsberichts, und zwar unter Einbeziehung auch des Vollzugs April — der Quartalsbericht selbst erstreckt sich ja nur auf die Zeit bis Ende März —, auf drei Bemerkungen.

Erstens, meine Damen und Herren, ist zu bemerken, daß bei den Steuern und dem Länderfinanzausgleich ein Einnahmenminus gegenüber dem Anschlag für die Zeit bis einschließlich April dieses Jahres von minus 6,5 Prozent zu beklagen ist. Ein besorgniserregendes Indiz, das im Zusammenhang mit dem zweiten Punkt meiner Aussage zu sehen ist, daß nämlich die Einnahmen der laufenden Rechnung — im wesentlichen werden daraus ja Personal- und Verwaltungsausgaben bezahlt — gegenüber dem Anschlag ein Minus aufweisen, diesmal bis Ende März dieses Jahres, von minus 103,8 Millionen DM!

(C) Zweitens, demgegenüber steht nicht eine entsprechende Verringerung der Ausgaben der laufenden Rechnung, sondern bei den Ausgaben der laufenden Rechnung — Personal- und Verwaltungsausgaben — haben wir sogar ein Plus von 1,1 Millionen DM. Sie kennen meine andauernde, sich verstärkende Kritik an der Steigerung, seit Jahren zu beobachtenden Steigerung des Defizits der laufenden Rechnung. Wir haben es eingeplant mit rund 400 Millionen DM. Ein schlagender Beweis der Strukturschwäche unseres Haushalts!

Nun haben wir zu beklagen, daß bei der Verschlechterung, der weiteren Verschlechterung der Einnahmesituation, sich die Einnahmen der laufenden Rechnung um 103,8 Millionen DM gegenüber dem Anschlag verringern, aber die Ausgaben gegenüber dem Anschlag sogar sich noch erhöhen. Wir haben hier eine zusätzliche Differenz von rund 105 Millionen DM. Meine Damen und Herren, das ist ein weiteres wichtiges Indiz dafür, daß wir uns immer noch auf dem finanzpolitischen Weg nach unten befinden. Hier wird wiederum bewiesen, daß wir noch im Niedergang uns befinden.

Drittens, und das ist das Schlimmste, was ich mitzuteilen habe aus Anlaß der Behandlung des Quartalsberichts, das Schlimmste ist die Lage der Abdeckung der Vorgriffe. Auch über die Vorgriffslage wird ja im Quartalsbericht einiges mitgeteilt. Meine Damen und Herren, wir waren bislang imstande, ein relativ großes Vorgriffskontingent Jahr für Jahr abzudecken, und zwar geschah die Abdeckung konkret durch die liquiden Mittel, die aus den Ausgaberesten resultierten. Nunmehr sind Ausgabereiste abgebaut worden, und wir sind nicht mehr imstande, den unabweisbaren Vorgriffsbedarf abzudecken.

(D) Das sieht zahlenmäßig wie folgt aus: Die Ausgabereiste belaufen sich auf 246,7 Millionen DM, die also auch zur Abdeckung von Vorgriffen als Liquidität zur Verfügung stehen, und die Vorbereitungen aus Vorgriffen der Vorjahre belaufen sich auf 213,1 Millionen DM. Wenn Sie dies substrahieren von dem verbliebenen Betrag der Ausgabereiste, wenn Sie also von 246,7 Millionen DM 213,1 Millionen DM abziehen, verbleibt ein Deckungspotential von 33,6 Millionen DM. Dieses Deckungspotential reicht nicht aus, auch ein Mindestmaß an zu erwartender Vorgriffsbelastung abzudecken. Beweis: Der Senat hat bereits 100 Millionen DM Vorgriffe für dieses Jahr angemeldet, und es sind bereits 38 Millionen DM Vorgriffe bewilligt worden, obwohl nur noch, wie ich vorgerechnet habe, ein Deckungspotential von 33,6 Millionen DM übrigbleibt.

Nun ist diese Anmeldung von 100 Millionen DM Vorgriffen sowieso zu wenig, das Doppelte wäre realistisch. Aber selbst diese angemeldeten Vorgriffe von 100 Millionen DM sind nicht mehr zu decken. Die 38 Millionen DM überschreiten bereits das Deckungspotential. 38 Millionen DM bewilligter Vorgriffe überschreiten bereits das Deckungspotential von 33,6 Millionen DM.

(A) Meine Damen und Herren, das ist eine außerordentlich ernste Situation. Wie werden denn nun die Vorgriffe bezahlt? Sie müssen ja bezahlt werden, denn ein Vorgriff ist ja nichts anderes als die Realisierung von Verpflichtungsermächtigungen im Haushalt. Bezahlt werden sie dadurch, daß man die Kassenkredite in Anspruch nimmt, die Kassenkredite, die Sie ja damals für diesen Haushalt von 400 Millionen DM auf 600 Millionen DM aufgestockt haben. Das ist eine weitere Ausdehnung der Verschuldung, daran ist nicht zu rütteln.

Es wird so sein, daß wir bei der Anmeldung des Senats mit 70 Millionen DM zusätzlich in die Verschuldung gehen, und wenn wir realistisch sind, wird sich erfahrungsgemäß das Vorgriffkontingent wesentlich aufstocken, wie ich meine, wahrscheinlich verdoppeln, so daß wir mit einer Größenordnung von 100 Millionen DM bis 150 Millionen DM zusätzlich in die Verschuldung gehen ausweislich der Zahlen der Finanzverwaltung, die ich hier wirklich pflichtgemäß korrekt berichtet habe als Grundlage meiner Berechnungen.

Damit bin ich bei der Verschuldung und beim Antrag der Gruppe der BGL. Meine Damen und Herren, es ist in der Tat so, daß wir ständig die Landeshaushaltsordnung im Zusammenhang mit faktischer Verschuldung verletzen. Im letzten Jahr haben wir de jure den Paragraphen 18 der Landeshaushaltsordnung nicht verletzt, de facto aber doch, weil wir eine alte Kreditermächtigung in die Barücklage genommen haben in einer Größenordnung von rund 100 Millionen DM. Ich habe das damals gerügt. In diesem Jahr haben wir offiziell den Paragraphen 18 der Landeshaushaltsordnung verletzt gegen die Stimmen unter anderem der CDU, indem wir uns 100 Millionen DM höher verschuldet haben, als Paragraph 18 das erlaubt. Erstmalig wurde die Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts vom Senat eingeräumt.

(B) Wir haben aber in Wirklichkeit in diesem Jahr diese Grenze noch um mehr als nur um 100 Millionen DM überschritten, weil wir Baranschläge, Einnahmeanschläge zur Kenntnis nehmen mußten — wir haben sie abgelehnt —, die in Wirklichkeit eine faktische Ausweitung der Verschuldung bedeuten.

Ich erinnere an den Einnahmeanschlag aus dem Verkauf von Anteilen an der Stadtwerke AG, da haben wir einen Einnahmeanschlag von 100 Millionen DM. Es sollte bis zur Sommerpause berichtet werden, wie dieser Einnahmeanschlag realisiert wird. Ich habe von einem solchen Bericht und einem entsprechenden Gutachten bisher nichts gehört. Für mich ist dieser Einnahmeanschlag nichts anderes als eine verbräunte Ausweitung der Verschuldung, zumal dann, wenn die Straßenbahn wirklich erwirbt, sie das auch nur durch Kredite machen kann, denn die Straßenbahn selbst ist ja nicht in der Lage, aufgrund ihrer großen betriebswirtschaftlichen Schwierigkeiten so etwas cash zu bezahlen.

Nun hat der Kollege Stäcker auf einem Parteitag der SPD, ich habe das aus Anlaß des Antrags der

BGL noch einmal nachgelesen, folgendes gesagt — ich darf diesen wesentlichen Satz zitieren —: „Haushaltsexperte Horst Stäcker warnte freilich schon am Donnerstag abend davor, die Landeshaushaltsordnung ständig zu brechen und die Kreditaufnahme zu erweitern.“ Meine Damen und Herren, ich bin nicht dabei gewesen, ich weiß nicht, ob Herr Kollege Stäcker das gesagt hat. Aber es ist dabei wichtig, daß hier ständig die Landeshaushaltsordnung gebrochen wird, und daß nach der Finanzplanverschuldung des Senats ein weiterer Bruch in Aussicht steht, das ist nicht zu bestreiten.

Ich räume die Wahrscheinlichkeit ein, daß sich Herr Kollege Stäcker, den ich als einen Hüter des Haushalts kenne, entsprechend geäußert hat. Er muß gegenüber den ideologischen Wünschen seiner Parteifreunde, die an der Machbarkeit und an den finanziellen Zwängen, wie Herr Senator Dr. Scherf immer wieder beweist, nicht orientiert sind, die Zuchtrute der finanzpolitischen, fiskalischen Zwänge auch in Parteitag schwingen.

(Beifall bei der CDU — Vizepräsident Ehlers übernimmt den Vorsitz.)

Deswegen, Herr Kollege Stäcker, da ich Ihnen das auch zutraue und da ich Ihnen für den Fall, daß Sie das so gesagt haben, auch mein Kompliment ausspreche, daß Sie bei dieser internen parteipolitischen Landschaft in der SPD den Mut aufgebracht haben, gegenüber diesem anderen Kreis, der ja vielleicht numerisch die Mehrheit hat, ein so mutiges Wort auszusprechen, haben Sie bitte Verständnis dafür, daß wir uns dem Antrag der Gruppe der BGL anschließen, weil wir zum einen im Interesse der Konsolidierung nicht wünschen, daß dieser ständige Bruch fortgesetzt wird, denn die Konsolidierung ist ja der erste Schritt zu einem Wandel der Finanz- und Wirtschaftspolitik, und da wir zum anderen Sie in Ihrer nicht zu unterschätzenden Rolle als Stabilisator eines völlig durcheinandergeratene ideologischen Feldes mit finanzpolitisch wirklich außerordentlich katastrophalen Konsequenzen stützen wollen!

(Beifall bei der CDU)

Sollten Sie es allerdings nicht so gesagt haben, wie es hier in der Tagespresse berichtet worden ist, denke ich, ist der Antrag gleichwohl nicht un schlüssig. Wir wollen den Bruch nicht, und im übrigen ist das, was Sie gesagt haben sollen, so richtig, daß Sie es ruhig hätten sagen dürfen! — Ich darf mich bedanken!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Ehlers:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Adamietz.

Abg. **Adamietz (BGL):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben diesen Antrag in

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) der Tat eingebracht, um gerade die finanzpolitische Verantwortung des Senats hier aufzuzeigen,

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

um aber auch die Verantwortung dieses Parlaments zu unterstreichen.

Wir haben bei den Haushaltsdebatten der vergangenen Jahre immer wieder auf die finanzpolitische, aber auch verfassungspolitische und verfassungsrechtliche Situation im Hinblick auf die Finanzplanung dieses Landes hingewiesen. Wir haben wiederholt auch gerade die Einhaltung dieses Paragraphen 18 der Landeshaushaltsordnung angemahnt, nicht weil wir meinen, daß dieser Paragraph nun das einzig richtige finanzpolitische Instrumentarium darstelle, sondern weil wir meinen, daß dann, wenn Sie solche Gesetze gemacht haben, Sie selbst jedenfalls allen Anlaß haben, diese Gesetze einzuhalten.

Hier ist es nun so, daß wir durch die Entwicklung im Lande Bremen feststellen mußten, daß Sie nicht einmal ihre eigenen Regeln einhalten, daß Sie nicht einmal ein finanzpolitisches Gebaren an den Tag legen können, das vor ihren eigenen Gesetzen standhält.

Wir haben in diesem Haus bereits verfassungsrechtliche Bedenken erhoben, wir haben auch diese verfassungsrechtlichen Bedenken in die Tat umgesetzt, und wir haben ja auch Anträge etwa hinsichtlich der Haushalte des Landes Bremen beim Bundesverfassungsgericht eingebracht.

(B)

Ich verhehle nicht, daß ich die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts bedauere und auch kritisiere,

(Abg. Lahmann [FDP]: Kann ich mir denken!)

daß es diesen Rechtsstreit, den wir dort vorgetragen haben, nicht in der Sache selbst entscheiden wollte.

(Abg. Lahmann [FDP]: Ein Mitglied, ja, das hielt ihn für sachlich unbegründet!)

Ein Mitglied, ja! Das Bundesverfassungsgericht meinte, das sei sozusagen eine Landesangelegenheit, die wir als einzelne Abgeordnete oder Gruppe von Abgeordneten nicht vor das Bundesverfassungsgericht bringen könnten, also hat es das aus formalen Gründen abgelehnt. Es wäre gut beraten gewesen, diesen Rechtsstreit aufzugreifen, um einmal das finanzpolitische und verfassungsrechtliche Gebaren des Bundes und der Länder auf dem Gebiet der Haushaltspolitik zu untersuchen und dort vielleicht einmal Grenzlinien im Hinblick darauf zu ziehen, was denn nun eigentlich die Rechtsregeln, die die Parlamente selbst aufstellen, zu bedeuten haben.

Mit Interesse haben wir deswegen auch vermerkt, daß die CDU nun im Bundestag

(C)

(Abg. Lahmann [FDP]: Das hat sie schon öfter gemacht!)

meint, eine Verfassungsklage könne, so zitiere ich das jetzt aus der Zeitung, eine Wende in der Finanzpolitik bringen. So hohe Ziele hatten wir uns damit gar nicht gesteckt, aber immerhin, es ist letztlich derselbe Sachverhalt insoweit, als deutlich gemacht wird, daß die Verschuldungspolitik zu Lasten späterer Generationen rechtlich ihre Fragwürdigkeit in den Verfassungen des Bundes und der Länder hat.

Meine Damen und Herren, dieser Antrag, den wir gestellt haben, soll den Senat, aufgerufen durch das Parlament, auffordern, diesen ständigen Bruch der Landeshaushaltsordnung zu unterlassen.

Wir meinen, daß es auch in der Tat bemerkenswert ist, wenn dieser ständige Bruch der Landeshaushaltsordnung durch den SPD-Finanzexperten, Herrn Stäcker, der durch vielerlei interessante Erklärungen über Finanzen, Finanzhaushalt, Steuern, Erklärung von Bilanzen und ähnliches hier im Hause ja schon aufgefallen ist, selbst konstatiert wird. Ich entnehme das aus dieser Zeitung, die ja auch Anlaß ist für unseren Antrag. Da wird Herr Stäcker so zitiert, daß er eben davor warnt, die Landeshaushaltsordnung zu brechen, insbesondere sie ständig zu brechen und die Kreditaufnahme zu erweitern.

(D)

Ich meine, daß die SPD-Fraktion dies zum Anlaß nehmen sollte, hier auch ein klares Wort zu sprechen, ob sie nun der Meinung ist, daß eine solche Warnung ehrenhaft ist, oder ob sie der Meinung ist, eine solche Warnung müsse doch schnell vertuscht werden. Herr Stäcker wird dann vielleicht gezwungen, davon abzurücken und zu erklären, es sei alles gar nicht so gemeint. Bedauerlich wäre es, denn der Sachverhalt dahinter bleibt ja ein und derselbe.

Der Sachverhalt bleibt, daß der Senat nicht in der Lage ist, eine koordinierte Finanzpolitik zu betreiben. Hintergrund der Debatte auf diesem Parteitag des Unterbezirks West war doch eine Auseinandersetzung, die letztlich gipfelte, gewissermaßen in einer personalisierten Form, zwischen den Senatoren Scherf und Thape.

Ich darf einmal aus den „Bremer Nachrichten“ wörtlich zitieren: „Ich bin im Senat kein Eunuch, sondern ein Vertreter der Sozialdemokraten, und ich pfeife darauf, was die Senatsdirektoren für durchsetzbar halten.“ Diese Worte des Senators für Soziales, Jugend und Sport Dr. Henning Scherf, ließen die 120 Delegierten auf dem Parteitag des Unterbezirks West der SPD aufhorchen und forderten den Finanzsenator, Bürgermeister Moritz Thape, zur Gegenrede heraus — Zitat —: „Die Politik wird bei uns nicht von den Senatsdirektoren, sondern von den Senatoren gemacht“, antwortete Thape und fügte hinzu, Scherf möge erst einmal sein Haus

(A) durchforsten." — Alles Zitate aus den „Bremer Nachrichten“ vom 5. Juni 1982!

Meine Damen und Herren, „ich bin im Senat kein Eunuch“, sprach Senator Scherf. Mit anderen Worten, andere sind es dort wohl, und er fuhr fort, „sondern ein Vertreter der Sozialdemokraten“. Meine anderen Herren Senatoren, sind Sie nicht Vertreter der Sozialdemokraten dort?

(Abg. O e i n g [CDU]: Die können Sie ja nicht fragen, die sind ja nicht da, es ist ja keiner da!)

Nur Herr Fröhlich steht hier Rede und Antwort.

Meine Damen und Herren, so etwas erklärt ein Senator und meint, er könne sich auf einem SPD-Parteitag damit profilieren. Er stellt im Grunde genommen die anderen Senatoren außerhalb der Partei, das merken die vielleicht gar nicht mehr so, aber immerhin, Herr Thape ließ sich das nicht bieten und brachte seine Reaktion an. Nun, seine Reaktion, worauf? Ich darf auch noch einmal aus den anderen Zeitungen zitieren: „Hier auf diesem Unterbezirksparteitag habe sich ein zähes innerparteiliches Ringen um das künftige Wahlkampfprogramm angedeutet.“ Das ist der Hintergrund, und die brisanten Thesen dieser Unterbezirkskommission — Zitat —:

„Da ist zum Beispiel von der Erhaltung und Ausweitung des öffentlichen Besitzes an wirtschaftlichen Unternehmen die Rede. Senat und Fraktionspitze hingegen überlegen zur Zeit, wie staatliches Eigentum (Stadtwerke) zur Deckung von Haushaltslöchern eingesetzt werden kann, bekräftigte Finanzsenator Moritz Thape, wer bremische Anteile nicht veräußern will, soll mir 250 Millionen DM zur Deckung der Haushaltslöcher bringen.“

(B) Meine Damen und Herren, da zeigt sich genau dieser Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit, dem Anspruch, eine Politik zu machen, die überall gern verkauft wird, daß man da etwas für den einfachen Mann tun wolle, und der Wirklichkeit, daß man die politische Verantwortung tatsächlich trägt, aber diese Ansprüche auch nicht umsetzt, aber auch nicht den Offenbarungseid leistet, daß es anders nicht geht, vielleicht in der Weise leistet, daß ein einzelner Senator, in diesem Fall der Finanzsenator, sagt, daß geht alles nicht, vielleicht auch, daß Herr Stäcker warnend einräumt, so geht das nicht weiter. Tatsächlich aber läßt man hier Senatoren oder andere Vertreter der Partei solche großen Töne — erlauben Sie mir, daß einmal so auszudrücken! — spucken.

Ich zitiere einmal aus dem Kommentar der „Bremer Nachrichten“ von Herrn Gerling: „In engagierter Rede befürwortete er, Senator Henning Scherf, vor den Delegierten des SPD-Unterbezirks West ein Papier zur Arbeitsmarktpolitik, in dem unverhohlen erklärt wird, die Sparmaßnahmen des Bremer Senats trügen zur Verschärfung der Krise, insbesondere im Hinblick auf die angespannte Beschäftigungssituation, bei.“

(C) Meine Damen und Herren, Klartext! Rede der SPD, und wenn man das in der Allgemeinheit nimmt, ja noch in Ordnung: Wir haben eine Krise, Hauptziel: Erhaltung von Arbeitsplätzen, Sicherung von Arbeitsplätzen, Politik für den Arbeitnehmer. Rede von Senator Scherf, seines Zeichens SPD, ehemals Landesvorsitzender: Die Sparmaßnahmen des Bremer Senats — SPD-Landesregierung mit absoluter Mehrheit und mit Herrn Senator Scherf darin — tragen zur Verschärfung der Krise bei. Sie tragen gerade im Hinblick auf die angespannte Beschäftigungssituation zur Verschärfung der Krise bei. Da sagt ein Senator, das, was wir machen, mildert nicht nur die Situation, das ist nicht nur eine Politik für die Arbeitnehmer, nein, im Gegenteil, sie trägt zur Verschärfung der Krise bei. Es ist ja schlimmer als das, was Graf Lambsdorff immer vorgeworfen wird.

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Der macht es ja auch richtig!)

Meine Damen und Herren, das ist der politische Hintergrund, und das ist die Situation einer Landesregierung, die meint, sich das erlauben zu können. Nicht von ungefähr kommt es, daß zwar solche Parolen dann bei einigen Parteimitgliedern aufgegriffen werden, sie sehen aber nicht, was der Zustand dieser Partei ist. Man mag ja inhaltlich diese oder jene Politik für richtig befinden, aber wenn ein Senat hingehen kann und sagt A, und ein Mitglied des Senats sagt B, dann allerdings, gute Nacht, Marie, denn dann weiß tatsächlich der Bürger nicht, was das eigentlich für eine Landesregierung ist, welche Politik sie nun tatsächlich macht.

(D) So kommt hier der Kommentator, Herr Gerling von den „Bremer Nachrichten“, auch, meine ich, zu Recht, wohl zu dem Schluß, daß solche Worte — ich zitiere —, „die eher auf das Herz als auf das Hirn wirken, zwar Balsam für die Parteimitglieder gewesen sein mögen, für einige, aber in der Sache sicherlich nichts bewirkt haben.“ Ich zitiere noch einmal: „Im Zusammenhang mit diesem Scharmützel auf Senatorenebene“ — meine Ergänzung, zwischen den Senatoren Scherf und Thape — „deutet derzeit alles darauf hin, daß die Partei an den Mahnungen Thapes länger zu knabbern hat, als sie aus dem Auftritt Scherfs Hoffnung schöpfen kann.“

Meine Damen und Herren, es ist in der Tat das Dilemma dieser Regierung, die meint, sie könne Verantwortung tragen, die meint, sie könne immer neue politische Kräfte von der Verantwortung fernhalten oder auf die nur mit dem Finger zeigen, daß die keine Verantwortung übernehmen wollten, nein, sie hat die Last der Verantwortung, sie ist aber nicht in der Lage, sie adäquat zu tragen.

Ich will das nur noch mit einem Blick auf die Mitteilung des Senats als Bericht über die Haushaltslage zum März 1982 abrunden. Das sind die drei Monate, die der Senat entgegen der Verfassung ohne Haushalt hier gewirtschaftet hat, indem die SPD-Fraktion ja die Haushaltsberatungen erst

(A) in den März vertagt hat. Wie sieht das nun in diesen drei Monaten aus, in drei Monaten, von denen wir alle wußten, wie wirtschaftlich die Sache in Bremen steht, wie finanzpolitisch Bremen am Ende steht, wo wir wußten, welche Ausgaben wir uns nicht leisten können, welche geringen Einnahmen wir haben, wo gerade der Grund für die Verschiebung dieser Haushaltsberatungen war, daß das alles eben so schwer abschätzbar sei, daß die düsteren Wolken am Himmel immer dunkler würden? Was hat man in diesen drei Monaten denn gemacht für ein Haushaltsgebaren?

Nur ein paar Punkte! Das Gesamtergebnis, die volkswirtschaftlichen Gesamteinnahmen sanken um 5,1 Prozent. Die Haushaltsanschlüsse 1982 sahen dagegen eine Steigerung von 6,1 Prozent vor. Mit anderen Worten, die Schere geht um über elf Prozent auseinander. Bei den volkswirtschaftlichen Gesamtausgaben wurde das Ergebnis um 4,3 vom Hundert überschritten. Die erwartete Einsparung von 0,7 vom Hundert konnte also erst recht nicht erwirtschaftet werden. Wiederum eine Schere, diesmal von fünf Prozent! Bei den Einnahmen der laufenden Rechnung, Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich ergaben sich natürlich auch Mindereinnahmen, und zwar von 6,8 vom Hundert.

Meine Damen und Herren, das sind die Hintergründe von drei Monaten Finanzpolitik, wo alle wußten, wie sehr Bremen finanzpolitisch am Ende ist, und dann ein lapidarer Satz des Senats: „Die Ursachen liegen einerseits in der konjunkturellen Situation und der ungünstigen Lage am Arbeitsmarkt, zum anderen in den Auswirkungen des Steuerentlastungsgesetzes 1981 und den Steuerrechtsänderungen der Vorjahre.“

(B) Meine Damen und Herren, das als Erklärung ist eine Bankrotterklärung, denn diese Ursachen waren uns alle bekannt, selbstverständlich können wir nicht die konjunkturelle Situation, die kapitalistische Krise und sonst etwas wegreden und wegdiskutieren und auch nicht durch Maßnahmen einmal eben so beseitigen.

Meine Damen und Herren, das als Erklärung ist eine Bankrotterklärung, denn diese Ursachen waren uns alle bekannt, selbstverständlich können wir nicht die konjunkturelle Situation, die kapitalistische Krise und sonst etwas wegreden und wegdiskutieren und auch nicht durch Maßnahmen einmal eben so beseitigen.

Aber wir können uns darauf einrichten als bremischer Gesetzgeber und bremische Landesregierung. Diese Situation kannten wir, die kannten wir 1981, und die kannten wir auch in den ersten drei Monaten 1982, und wir kannten das Steuerentlastungsgesetz 1981, und wir kannten auch die Steuerrechtsänderungen erst recht der Vorjahre sogar.

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung hat sich unfähig gezeigt, sich auf Realitäten überhaupt einzustellen, und dann ist es natürlich schön, wenn man dann auf Parteitagen Musik machen kann, indem man meint, man wäre für die Beschäftigten, die anderen aber, die auf diese Realitäten hinweisen, die seien ja offenbar gegen die Beschäftigten, gegen die Arbeitnehmer.

Ich meine, daß aus diesen Debatten, aus diesen Widersprüchen gerade in der Politik des Senats deutlich wird, wie unehrlich eigentlich hier die ver-

schiedenen Flügel der SPD agieren. Ich meine, daß das das politische Ergebnis dieser Debatte ist. (C)

(Beifall bei der BGL)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, bevor wir in der Beratung fortfahren, möchte ich nicht versäumen, auf dem Besucherrang eine Gruppe Soldaten des Panzerartilleriebataillons zu begrüßen. Ich begrüße die Zuhörer in unserem Kreis.

(Beifall)

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Stäcker.

**Abg. Stäcker (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Berichte über die Haushaltslage, auch wenn sie quartalsweise erfolgen, sind, wie der Kollege Klein mit Recht vermerkt hat, wichtige Stationen einer finanzpolitischen Debatte im Laufe eines Jahres. Ich habe dem nichts hinzuzufügen, obwohl ich bei seinen Komplimenten, die er dann so zwischendurch einstreut, immer sehr vorsichtig bin und sehr skeptisch, ob das dann auch wirklich so gemeint ist. Wir haben da heute morgen ja auch schon einiges dazu gehört.

(**Abg. Klein [CDU]:** Sie können sich darauf verlassen, daß ich das so meine, wie ich das sage!)

Das ist sehr freundlich von Ihnen!

Nun aber zur Sache selbst, und zwar zur Haushaltslage, und da auch gleich ein Wort zum Kollegen Adamietz! Er hat auch nur einen Teil, und das hat der Kollege Klein auch gemacht, der gesamten Situation beleuchtet. Der andere Teil, der dazu kommt, sieht dann, und das darf ich Ihnen auch sagen, anders aus. Er erklärt auch einiges, und ich will versuchen, das deutlich zu machen. (D)

Die ersten drei oder auch vier Monate, wenn wir den April mit einbeziehen, sind kein Maßstab für den voraussichtlichen Ablauf eines ganzen Jahres. Der Kollege Klein hat das schon hochgerechnet und hat dann am Ende eine Summe genannt, daß da wahrscheinlich bis zu 150 Millionen DM herauskommen werden. Dies läßt sich aus den ersten Monaten dieses Jahres in keiner Weise ableiten.

(**Abg. Kunick [SPD]:** Milchmädchenrechnung!)

Es ist und bleibt eine Milchmädchenrechnung, Kollege Klein!

Nicht zu übersehen ist, daß die Einnahmeseite uns allen Probleme bereitet, daß sie nicht den Erwartungen entspricht und daß auch tatsächlich die Einnahmen um fünf Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurückgeblieben sind. Aber dies ist unter anderem, und das sollte man hier auch sehr deutlich sagen, darauf zurückzuführen, daß zum Beispiel zum Stichtag, 31. März noch nicht verbuchte Verwahrbestände an Steuern vorhanden waren, die im Zusammenhang mit der Umstellung einer Finanz-

(A) kasse auf automatische Datenverarbeitung tatsächlich auch noch vereinnahmt wurden. Eine weitere Rolle spielen die Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich. Auch dies wird sich erst nach den drei Monaten im Laufe des Jahres einpendeln und wird sich auch, wie wir alle hoffen, entsprechend unserem Ansatz ausgleichen.

Auf der Ausgabenseite, das ist auch richtig, haben wir 4,3 Prozent mehr zu verzeichnen, das heißt also mehr ausgegeben. Aber auch hier ist nicht eine schlechte Finanzpolitik die Ursache dafür, sondern — ich sage Ihnen das, Kollege Adamietz, damit Sie dahinterkommen, was wirklich dahintersteckt — wir hatten im ersten Quartal zum Beispiel überproportional Zinsaufwendungen zu leisten, 39 Millionen DM, das sind gut 32 Prozent, wie Sie ja auch dem Bericht entnehmen können. Die waren fällig.

Ich darf noch ein weiteres Beispiel, was, glaube ich, auch nicht zum Nachteil der Arbeit in unseren Finanzämtern gerechnet werden kann, anfügen. Wir haben in diesem ersten Quartal zehn Millionen DM zusätzlich gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres zurückgeben können an diejenigen, die den Lohnsteuerjahresausgleich beantragt hatten. Die sind in diesem Berichtszeitraum mehr zurückgeflossen, während das sonst erst im Laufe eines Jahres erfolgt wäre. Diesmal ist die Bearbeitung schneller vor sich gegangen.

(B) Was die Haushaltslage selbst angeht, werden wir voraussichtlich erst Mitte des Jahres, wenn auch das erste Halbjahr beendet sein wird, zu einer besseren Einschätzung der Haushaltssituation und zu realistischen Zahlen kommen können.

Diese Sache ist nicht neu, Sie betrifft auch nicht, wie Sie das gern unterstellen möchten, Bremen allein, diese Situation trifft für alle Bundesländer, trifft auch für den Bund zu, und wir spüren das insbesondere dadurch, daß wir aus dem Länderfinanzausgleich zur Zeit weniger erhalten.

Es ist auch mit darauf zurückzuführen, daß wir nicht, wie der Kollege Klein sagte, eine Strukturchwäche unseres Haushalts haben, sondern daß wir insgesamt hier in unserem Land eine Strukturchwäche verzeichnen müssen und daß hier besondere Maßnahmen natürlich auch erforderlich sind.

(Vizepräsident Ehlers übernimmt den Vorsitz.)

Ein Wort zu den Vorgriffen und Resten! Auch dies ist, daraus mache ich ebenfalls kein Hehl, von der Entwicklung her nicht unkritisch zu sehen. Aber ob das so kommen wird, Kollege Klein, wie Sie das jetzt mutmaßen, muß dahingestellt bleiben, denn wir haben nicht nur für Vorgriffe die Reste aus den Vorjahren, sondern wir müssen auch abwarten, ob sich zum Beispiel aus 1982 weitere Reste bilden werden und wir damit dann über die Runde kommen. Es ist noch nicht gesagt, daß wir unbedingt Kassenkredite für Vorgriffe in Anspruch nehmen müssen. Das gilt es abzuwarten.

(Abg. Klein [CDU]: Sicher müssen wir!)

(C) Wir müssen, daran geht kein Weg vorbei, weiterhin leider dringend die notwendigen Sparmaßnahmen strikt durchführen, und wir müssen versuchen, müssen alles tun, um auf der Einnahmeseite auch zu Verbesserungen zu gelangen. Dazu können uns auch, wenn wir die notwendigen Unterstützungen geben, Verhandlungen auf Bundesebene weiterhelfen, ohne mehr dazu im Moment ausführen zu wollen.

Ich darf jetzt zu dem kommen, was hier in einem Antrag mit einem Zitat von mir den Niederschlag gefunden hat. Ich muß zunächst sagen, daß dieses Zitat unvollständig in der Presse wiedergegeben wurde. Tatsächlich habe ich folgendes gesagt: „Eine laufende Überschreitung der Investitionssumme durch die Nettokreditaufnahme muß dazu führen, die Landeshaushaltsordnung ständig zu brechen.“ Und diese beiden Wörter „laufende Überschreitung“ sind das Entscheidende.

Es geht mir darum, daß deutlich gemacht wurde, und ich will das hier auch noch einmal sagen, daß wir nicht ständig über Jahre hinweg Probleme bekommen mit dem Paragraphen 18 der Landeshaushaltsordnung. Wir haben völlig legitim, so wie das der Paragraph 18 in Ziffer 1 auch vorsieht, wegen der Abwehr der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts in diesem Haushaltsjahr den Paragraphen 18 außer Kraft gesetzt. Ob wir das auch weiterhin tun müssen, wissen wir heute nicht.

(D) Aber feststeht, daß wir dies nicht über Jahre praktizieren können und daß wir versuchen müssen, die Nettokreditaufnahme und die Investitionssumme in Übereinstimmung zu bringen.

Das ist die Situation, das habe ich ausgeführt, und davor habe ich gewarnt. Eine Warnung bedeutet, daß man dies versucht, gegenüber anderen, die sicherlich verständliche Wünsche haben, auch als verantwortlicher Finanzpolitiker deutlich zu machen, darauf hinzuweisen und vor Sonderwünschen, die berechtigt sein mögen, die aber wegen schwieriger Finanzlage nicht um jeden Preis realisiert werden können, zu warnen und vorzubeugen. Ich glaube, daß das legitim und auch richtig ist.

Sie, Kollege Adamietz, machen daraus in Ihrem Antrag eine Unterstellung. Sie nehmen das schon als ein Wort hin, das ein Sozialdemokrat dem Senat vorwirft, ständig die Landeshaushaltsordnung zu brechen. Dies ist falsch, dies ist nicht gesagt worden, und dies entspricht auch nicht den Tatsachen. Es wird von mir zurückgewiesen! Es bedarf deshalb von mir keiner Anmerkung, daß dieser Antrag von uns abgelehnt wird.

Ich möchte zum Schluß kommen und in Anlehnung an die vielen Kommentare zu einem hervorragenden Ereignis im Sport sagen: Da ist der grüne Abgeordnete A. blindlings in eine pressemäßig aufgezeigte Abseitsfalle hineingelaufen, sein Versuch,

(Abg. Adamietz [BGL] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

(A) zu einem Torerfolg zu kommen, ist gescheitert!"

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Ehlers:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Lahmann.

Abg. **Lahmann (FDP):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Obwohl der Kollege Stäcker vorhin in leicht vorwurfsvollem Ton gegenüber den Kollegen Klein und Adamietz darauf hingewiesen hat, daß sie nur einen Teil der Gesamtsituation dargestellt hätten, will ich mich ebenfalls auf einen Teil beschränken, schon deshalb, weil wir eine angespannte zeitliche Beratungslage haben und ja die Probleme, die wir finanzpolitisch immer wieder besprechen, bekannt sind. Die werden auch dadurch nicht richtiger, daß man sie dauernd wiederholt.

Ich halte deswegen wenig davon, meine Damen und Herren, den Bericht zur Haushaltslage über das erste Quartal ausführlich zu erörtern. Da kann man Prophetien anschließen, die optimistisch oder pessimistisch sind, positiv oder negativ, das sagt über das tatsächliche Ergebnis wenig aus. Es hängt mit der Rolle der jeweiligen Sprecher im Parlament zusammen, welche Prophetie sie ankündigen.

Der Bericht selbst ist von noch geringerer Aussagekraft für das Gesamtergebnis. Er bestätigt allerdings, was auch die letzten Haushalte insgesamt schon absichern, die Erkenntnis, die wir immer schon vorgetragen haben, daß finanzpolitisch die Richtung nicht stimmt, daß die bremische Situation nach wie vor von steigender Arbeitslosigkeit, von steigender Verschuldung und sinkender Investitionstätigkeit gekennzeichnet ist. Das ist ein Teufelskreis, der die Probleme nicht löst, sondern verschärft, wie auch immer Sie „verschärft“ in diesem Zusammenhang schreiben wollen. Vorhin wurde ja schon angeknüpft an Schriftdeutsch.

Meine Damen und Herren, Stichwort Verschuldung! Damit könnte man übergehen zu dem Antrag, den die BGL gestellt hat. Leider ist dieser Antrag dadurch gekennzeichnet, daß er sich nicht mit der Sache befaßt, sondern nur mit der Äußerung eines einzelnen Herrn auf einem SPD-Parteitag. Solche Äußerungen sind für uns kein Anlaß, sie ausführlich im Parlament zu erörtern, denn was einzelne Herren auf SPD-Parteitagen erklären, ist für uns völlig irrelevant. Es kommt noch, Herr Kollege Klein, erschwerend hinzu, daß, wie Herr Stäcker eben gesagt hat, das Zitat auch nicht ganz richtig verstanden worden ist.

Aber ich will unsere Auffassung über den Paragraphen 18 gern noch einmal darlegen: Wir haben eine Verschuldungsgrenze im Paragraphen 18 der Landeshaushaltsordnung, die bekanntlich darin besteht, daß die Schulden nicht höher sein dürfen als die veranschlagten Investitionen im Haushalt. Das hat seinen guten Sinn.

Nun ist problematisch, daß im Jahr 1981, darauf hat Herr Kollege Klein zutreffend hingewiesen,

zwar der Paragraph 18 formal eingehalten worden ist, aber die Verschuldungsgrenze überschritten worden ist, weil nämlich tatsächlich die Verschuldung in 1981 höher gewesen ist als die Ausgaben für Investitionen.

Dasselbe passiert im Jahr 1982, auch im Jahr 1982 soll erklärtermaßen die Verschuldung höher sein als die Ausgaben für Investitionen. Nach allen Plänen, die erkennbar sind, droht sogar für 1983 eine entsprechende Entwicklung, es besteht also wieder die Gefahr, daß die Neuverschuldung höher sein wird als die Ausgaben für Investitionen. Das ist der eigentlich finanzpolitisch gravierende Befund, daß also Bremen dazu ansetzt, in mehreren Jahren nacheinander mehr Kredite aufzunehmen, als Bremen für Investitionen einsetzt und dies, obwohl eben Investitionen dringend erforderlich wären, um der dramatisch ansteigenden Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, das ist der Punkt! Ich streite mich hier nicht so sehr über die Verletzung eines Paragraphen 18 der Landeshaushaltsordnung, und ich bin auch gern bereit einzuräumen, daß der Paragraph 18 der Landeshaushaltsordnung rechtsförmlich, Herr Kollege Adamietz, nicht verletzt ist, wenn die Kreditaufnahme in einem Jahr einmal höher ist als der Investitionsaufwand, vorausgesetzt, daß eine solche Ausnahme begründet werden kann mit einem finanzwirtschaftlichen Ungleichgewicht, wie es in diesem Jahr geschehen ist. Rechtsförmlich ist der Paragraph 18 dadurch nicht verletzt, gerade weil er ja für einen solchen Fall ausdrücklich eine Ausnahme vorsieht, so daß man also nicht sagen kann, es sei ein rechtsförmlicher Verstoß. Das einzuräumen bin ich gern bereit.

Ein rechtsförmlicher Verstoß wird dann daraus, wenn man diese Ausnahme, die das Gesetz vorsieht, zur Regel macht, wenn man also diese Ausnahme Jahr um Jahr wiederholt. Diese Gefahr allerdings würde dann auch einen Rechtsverstoß zum Gegenstand haben.

(Beifall bei der FDP)

Das allerdings ist die Gefahr, die hier im BGL-Antrag nicht aufgezeigt wird. Sie befassen sich mit einer Randfrage, die auch rechtlich noch falsch beantwortet wird in dem Antrag. Darum wird die FDP-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen. Wir müssen hier aber mit aller Deutlichkeit sagen, wenn wiederholt die Verschuldungsgrenze überschritten wird, dann liegt auch eine Rechtsverletzung vor, allerdings erst nach wiederholtem Verstoß.

Ein weiterer Punkt: Finanzpolitisch, meine Damen und Herren, darüber will ich auch gar keinen Zweifel auftreten lassen, argumentiere ich nicht in erster Linie mit Rechtsvorschriften, sondern finanzpolitisch muß man damit argumentieren, daß Bremen Spitzenreiter in der öffentlichen Verschuldung ist, trotz der dramatischen Situation auf den anderen Gebieten,

(C)

(B)

(D)

(A) die ich eben schon skizziert habe, und daß deswegen sachlich finanzpolitisch, auch wenn der Ausnahmetatbestand des Paragraphen 18 Absatz 2 vorliegen sollte, ein Überschreiten der Verschuldungsgrenze prinzipiell finanzpolitisch bedenklich ist, nicht rechtlich bedenklich, sondern sachlich bedenklich. Darum tritt die FDP-Fraktion, das haben wir auch in den Haushaltsberatungen immer wieder vorgetragen, dafür ein, von diesem rechtlich zulässigen Ausnahmetatbestand keinen Gebrauch zu machen, sich trotz aller Schwierigkeiten, die man hat, an die Verschuldungsgrenze zu halten.

(Beifall bei der FDP)

Das hängt eben damit zusammen, meine Damen und Herren, daß Bremen jetzt schon einen Schuldenstand von sieben Milliarden DM erreicht hat, das ist mehr als das ganze Haushaltsvolumen eines einzelnen Haushaltsjahres. Das ist dreimal so hoch wie die jährlichen Steuereinnahmen Bremens, soviel Schulden hat Bremen inzwischen! Das heißt zu deutsch, wir sind doch jetzt schon in einer Situation, in der wir neue Schulden aufnehmen müssen, um alte zurückzahlen. Daß das niemandem hilft, daß das ein Irrweg ist, daß das eine Politik ist, die in der Sackgasse enden muß, liegt zutage,

(Beifall bei der FDP)

(B) und wir können nur jedem dankbar sein, der auf den Ernst dieser Lage, wo auch immer, aufmerksam macht und der dazu beiträgt, daß diese Situation endet.

Meine Damen und Herren, um es noch einmal in einem Satz zusammenzufassen: Neue Schulden in Bremen lassen sich nach Meinung der FDP-Fraktion nur noch dann rechtfertigen, wenn damit rentierliche Investitionen bezahlt werden, die also zu einer Verbesserung der Wirtschaftsstruktur führen, zu mehr Einnahmen im Haushalt führen und damit zu einer Verbesserung der Haushaltsstruktur beitragen.

Diese grundsätzliche Linie, die die FDP auch zur Vorbereitung politischer Aussagen für das Wahljahr noch einmal in Leitlinien zusammengefaßt hat, diese Politik, meine Damen und Herren, vertreten wir konsequent in den letzten Haushalten und auch in Zukunft, weil wir davon überzeugt sind, daß nur durch eine solide Finanz- und Wirtschaftspolitik auch neue Arbeitsplätze geschaffen werden können und das soziale Netz gesichert werden kann.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Ehlers:** Das Wort hat Herr Senatsdirektor Stahl.

**Senatsdirektor Stahl:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Finanzpolitik ist offensichtlich im gegenwärtigen Zeitpunkt der Zentralpunkt aller Politik. Man muß nach Bonn sehen, man muß nach

Schleswig-Holstein sehen, man muß nach Niedersachsen sehen. (C)

(Abg. Erfurth [CDU]: Vor allem nach Bonn!)

Die Frage, in welchem Umfang Haushalte durch Kreditaufnahme gedeckt werden, ist der Zentralpunkt politischer Auseinandersetzungen, und die Frage, wie man Haushalte decken kann, wenn die Einnahmeseite sich eben nicht im gewünschten Maße bewegt, heißt doch, sich auf der Ausgabenseite so zu bewegen, daß man einen ausgeglichenen Haushalt ohne Überdehnung der Kreditlinie fahren kann.

(Beifall bei SPD und FDP)

Lieber Herr Lahmann, eines ist sicher — —

(Abg. Sagner [CDU]: Ja!)

Dies ist eine ungewöhnlich interessante Bemerkung vom rechten Flügel aus Bremerhaven! Ich bedanke mich für Ihren Zuruf!

Eines ist sicher, daß die Rückführung der konsumtiven Ausgaben inklusive der Rückführung der Personalausgaben ein ungewöhnlich schwieriger Prozeß ist, und dieser Senat nimmt für sich in Anspruch, daß er in den letzten Jahren in ungewöhnlicher Weise wie in keinem anderen Land dieser Bundesrepublik die konsumtiven Ausgaben so zurückgeführt hat, daß wir unseren Bürgern dabei erhebliche Belastungen zugemutet haben, und zwar nicht nur grundsätzlich, sondern ganz konkret. (D)

(Abg. Lahmann [FDP]: Es war auch nirgends so gesündigt worden!)

Es läßt sich trefflich darüber streiten, an welcher Obergrenze Kreditaufnahmen zu fixieren sind. Es läßt sich nicht mehr darüber streiten, daß die Belastungen, die ich auf der Ausgabenseite gegenüber dem Bürger habe, so zu verteilen sind, daß jeder Mann in dieser Gesellschaft einen angemessenen Beitrag dazu leistet, diesen Haushalt zum Ausgleich zu bringen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Dies sind die Debatten, die im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht nur in Bremen geführt werden. Wir nehmen für uns in Anspruch, daß wir dazu einen erheblichen Beitrag geleistet haben, und wir wären herzlich dankbar, wenn auch die einzelnen Mitglieder aus dem parlamentarischen Bereich bereit wären, dies mitzutragen, wenn es darum geht, es gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten und nicht im Grundsatz für das Sparen zu sein und im Einzelfall zu sagen, an dieser Stelle gilt es für mein Klientel nicht.

(Beifall bei SPD und FDP)

**Vizepräsident Ehlers:** Das Wort hat der Abgeordnete Adamietz.

- (A) Abg. **Adamietz** (BGL) \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn der Herr Abgeordnete Stäcker so viel politischen Mut hätte, daß er auch einmal eine Zwischenfrage annehmen würde, dann hätte ich mir diese Wortmeldung erspart.

(Unruhe bei der SPD)

Es geht mir zunächst einmal um die Aufklärung, und ich möchte gewissermaßen in einen Dialog mit Herrn Stäcker darüber eintreten, vielleicht kann er das in der geübten rhetorischen Form der Zwischenfrage — würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, daß — mit mir hier veranstalten, ich möchte in den Dialog darüber eintreten, ob denn seine Ausführungen nun so zu verstehen sind, daß er sich dann, wenn dieses offenbar nicht so ganz exakte Zitat aus der Zeitung aus dem Antrag weggelassen wird, also wenn ich den Teil „nun auch vom SPD-Finanzexperten Stäcker auf der Delegiertenkonferenz des SPD-Unterbezirks Bremen-West am 3. Juni 1982 eingeräumt“ — gemeint ist: ständiger Bruch der Landeshaushaltsordnung — weglasse, in der Lage sieht, diesem Antrag zuzustimmen.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Das können Sie vielleicht einfach mit einem Zwischenruf beantworten, dann nehme ich das falsche Zitat heraus, und dann können wir uns in der Sache unterhalten.

(B)

(Abg. **Wedemeier** [SPD]: Beantragen Sie das doch! Dann werden Sie schon sehen, was passiert!)

Wenn Sie nicht in der Lage sind, Herr Wedemeier, erstens Herrn Stäcker selbst überlegen zu lassen und zweitens auf eine solche Frage eine Antwort zu geben, dann, glaube ich, ist das schon Antwort genug!

Das gibt mir Veranlassung, dann doch noch zwei Dinge richtigzustellen. Zum einen meint Herr Stäcker, er müßte insoweit die Ausführungen über die Mitteilung des Senats korrigieren, nämlich den Bericht über die Haushaltlage, daß man da nicht vollständig gewesen sei. Er weist darauf hin, daß in diesem Bericht in der Tat steht, beispielsweise die Zinsfälligkeiten seien durch eine andere Struktur gekennzeichnet gewesen, und deswegen sei ein Einmaleffekt im Vergleich zum Vorjahr entstanden, nämlich besonders hoch. Da verschweigt er nun natürlich wieder die ganze Wahrheit oder sagen wir einmal die andere Hälfte der Wahrheit.

Die Zinsfälligkeiten wußten wir alle vorher, das nehme ich doch hoffentlich an, daß der Finanzsenator davon wußte, die waren also in die Planung einzustellen, dann mußte man sich also darauf einstellen, und dann ist das Interessante ja nicht der Vergleich zum Vorjahres-Ist, wie es tatsächlich 1981 abge-

\*) Vom Redner nicht überprüft.

laufen ist, denn wir wissen ja alle, daß 1981 die Zinsen tatsächlich anders aussahen als 1982. Das war mit ein Punkt der Finanzdebatten über das ganze Jahr 1981, daß wir gesagt haben, die Zinsausgaben, die ihr eingeplant habt, sind immer viel zu niedrig angesetzt. Ihr müßt viel mehr Zinsen zahlen, weil ihr euch viel zu hoch verschuldet habt, und das noch bei diesen hohen Zinsen! Also ist doch interessant der Vergleich zum Soll, zum Geplanten. Da muß man doch eigentlich solche andere Struktur, wie es heißt, einplanen.

Das ist hier nicht geschehen, und tatsächlich liegen doch die Zinsausgaben um rund 34 Millionen DM über dem zeitanteiligen Soll. Zeitanteilig heißt, auf die ersten drei Monate bezogen, und das allerdings bedarf schon der Erklärung und Rechtfertigung.

Zum anderen noch einmal der Punkt mit der Landeshaushaltsordnung! Wir wollen das gar nicht formalistisch sehen, aber, Herr Lahmann, diesen Unterschied zwischen formellem Recht und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten sehen wir da nicht so einfach. Ich glaube, da lügt man sich in die eigene Tasche, denn der Sinn dieser Regelung des Paragraphen 18 ist ja gerade, eine Grenze für finanzpolitische Willkürlichkeiten zu setzen. Wenn das formelle Recht dort verletzt ist, dann ist das auch ein Signal dafür, daß man auch finanzpolitisch ganz schön daneben liegt, das sollte der Sinn der Sache sein,

(Abg. **Lahmann** [FDP]: Ich habe versucht, es zu erklären, aber es ist mir nicht gelungen!)

(D)

nach Ihren eigenen Vorstellungen von Ihrer eigenen Wachstumsgesellschaft, das muß ich noch einmal anfügen!

Der Witz bei der Angelegenheit mit dem Paragraphen 18 der Landeshaushaltsordnung ist doch, daß in der Tat darin steht, Ausnahmen seien zulässig, und zwar nur zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Das ist die dubiose Formel, die damals eben die große Koalition in das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz und so weiter, auch ins Grundgesetz, hineingeschrieben hat. Aber, und das ist doch die Frage für uns, was heißt das denn? Was heißt denn gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht? Ist da auf einmal Bremen die Insel? Heißt das Bremer Gleichgewicht, wie das ja formuliert wurde? Was ist denn damit gemeint?

Diese Formel findet sich im Grundgesetz im Artikel 109 und im Haushaltsgrundsätzegesetz über die Finanzplanung, Paragraph 50. Sie findet sich im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz im Paragraphen 9 und im Paragraphen 15. Im ganzen Instrumentarium, was sozusagen konzertierte Aktion betrifft, Stabilitätsgesetz und ähnliches, magisches Viereck, findet sich immer diese Formel.

Was soll sie heißen? Gesamtwirtschaftlich heißt doch bundesgesamtwirtschaftlich, da ist doch nicht das einzelne Bundesland auf einmal eine Insel und

(A) kann sagen, bei uns ist das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht gestört, nebenan in Niedersachsen sozusagen aber nicht und im Bund auch nicht.

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Im Bund auch!)

Wenn das nämlich möglich wäre, dann wäre die ganze Planung ad absurdum geführt. Im Finanzplanungsrat sitzen der Bundesfinanzminister und die einzelnen Länderfinanzminister.

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Was glauben Sie, was der Bund gemacht hat?)

Na ja, der Bund macht das eben genauso! Da ist dann ja auch einmal die verfassungsrechtliche Frage zu stellen, Herr Lahmann!

Der Finanzplanungsrat hat jetzt gerade getagt. Man konnte sich auch wieder nicht auf die berühmten Eckwerte einigen, wobei das als politische Frage natürlich sehr interessant ist und bemerkenswert allerdings, daß man da nach unserer Auffassung immer noch mit so illusionären Zahlen wie drei Prozent Wachstum herumfummelt. Der Witz in diesem Finanzplanungsrat zwischen Bund und Ländern ist, wie denn in diesem Finanzplanungsrat ein Ergebnis herauskommen soll, das für Bund und Länder letztlich als Richtlinie verbindlich sein soll oder als Richtlinie Empfehlungscharakter haben soll. Immerhin, daran sollen sich alle halten.

(B) Der Senator Thape ist doch der, der immer gesagt hat, für Bremen können wir nicht realistische Zahlen nehmen, wir müssen unbedingt die unrealistischen Zahlen aus dem Finanzplanungsrat übernehmen. Wir haben ihn aufgefordert, er soll für Bremen einmal ein bißchen bessere Zahlen nehmen und sich nicht sozusagen blind an diese Zahlen des Bundes halten, die völlig illusionär für Bremen sind.

(Beifall bei der BGL)

Aber wenn auf einmal hier die Landeshaushaltsordnung gebrochen werden soll oder die Ausnahmeregelung in Kraft treten soll, dann auf einmal sagt man, da ist Bremen eine Insel, da hält sich Bremen nicht an diese Bundesempfehlungen, da können wir feststellen, in Bremen ist das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht gestört, im Bund aber nicht, und der Bund und die anderen Länder wären eigentlich gut beraten gewesen, wenn sie so etwas nicht mitmachen bei einem Bundesland.

Wenn nämlich jedes Bundesland für sich jetzt allein entscheiden würde, wann das Gleichgewicht gestört ist und wann es nicht gestört ist, dann allerdings haben sie ein Finanzplanungschaos, dann kann überhaupt keine konzertierte Aktion zwischen Bund und Ländern im Sinne eines finanzpolitischen Instrumentariums entwickelt werden, um eine solche Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts im Sinne des Grundgesetzes Artikel 109 zu beseitigen. Darin steht nämlich, Bundesinstrumente können eingesetzt werden, durch Bundesgesetz können etwa Regelungen für Kreditaufnahme geschaffen werden

(C) über Abschöpfung von Sondersteuern und so weiter. Alles das geht überhaupt nicht, wenn jedes Land beliebig entscheiden könnte, wann das Gleichgewicht gestört ist.

Damit wird auch deutlich, daß diese Regelung, die hier Bremen sozusagen angezogen hat, überhaupt nicht erfüllt ist, auch formalrechtlich nicht erfüllt ist, daß das schlichtweg eine Unwahrheit ist, ich will mich einmal vorsichtig ausdrücken, eine politische Behauptung, daß jemand also diesen Paragraphen als Ausnahmeregelung heranziehen könnte. Richtigerweise hätten hier, wie gesagt, Bund und Länder einschreiten müssen, sie hätten deutlich machen müssen, so geht das nicht, Bremen kann nicht allein eine solche Feststellung treffen und dann auf einmal Ausnahmeregelungen herbeizitiieren.

Tatsächlich ist es so, wenn eine solche Störung des Gleichgewichts festgestellt wird, dann allerdings bundesweit, dann allerdings muß sich auch Bremen da anpassen, völlig richtig, aber solange das nicht der Fall ist — —.

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Ist ja geschehen!)

Der Bund hat doch nicht gesagt, daß das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht gestört ist!

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Aber natürlich!)

Aber nein doch, aber doch nicht hier für den Bremer Landeshaushalt betreffend!

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Der Bund kann das für uns nicht erklären, nur für sich!)

(D) Ja sicher, aber dann muß es doch für alle verbindlich festgestellt werden und nicht für die Bremer Finanzplanung allein. Das ist der Unterschied, und deswegen ist auch der Paragraph 18 Landeshaushaltsordnung formalrechtlich verletzt. Das sollten Sie einsehen.

(Beifall bei der BGL)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung.

(Abg. D i n n é [BGL]: Übernimmt Herr Stäcker denn die Änderung?)

Er hat sich nicht geäußert, deswegen steht der Antrag unverändert.

Wer dem Antrag der Gruppe der BGL mit der Drucksachen-Nummer 10/831 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, BGL und Abg. Willers)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und FDP)

## (A) Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Im übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der Mitteilung des Senats, Drucksache 10/819, Kenntnis.

**Fusionsgutachten Bremer Vulkan/AG „Weser“**

Antrag der Gruppe der BGL

vom 8. Juni 1982

(Drucksache 10/830)

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Das nunmehr vorliegende, zu einem Drittel (entspricht einer halben Million DM) mit öffentlichen Mitteln finanzierte Gutachten zur Fusion der beiden Bremer Großwerften (Bremer Vulkan und AG „Weser“) ist vom Senat zu veröffentlichen, und zwar unter anderem auch deshalb, weil es Teilen der Angestellten dieser Werften bereits mit seinen Konsequenzen vorgestellt worden ist, während es den gewerblichen Arbeitnehmern, den übrigen Angestellten und ihren jeweiligen Vertretern vorenthalten wird. Die Bürgerschaft lehnt eine Information nach gesellschaftlichen Klassengrenzen entschieden ab und gibt mit diesem Beschluß dem Senat Gelegenheit, sich zu korrigieren.

Dinné und Gruppe der BGL

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Dinné.

- (B) Abg. Dinné (BGL)\*: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die bevorstehende Fusion der beiden Werften AG „Weser“ und Vulkan hat uns schon häufiger beschäftigt, und mittlerweile wiederholen sich die Anträge in der Weise, daß wir immer wieder auf dieses Fusionsgutachten abstellen. Bisher ist uns vom Senat immer entgegengehalten worden, das Gutachten gäbe es noch nicht, mittlerweile ist es aber so, daß das Gutachten vorliegt

(Senator Willms: Bei Ihnen?)

und daß Teile der Belegschaften, wie Sie aus unserem Antrag entnehmen können, in Kenntnis gesetzt worden sind, allerdings nur ausgewählte Teile, nämlich die sogenannten leitenden Angestellten nach dem Betriebsverfassungsgesetz. In dem Sinne ist unser Antrag auch zu verstehen.

Wir haben unseren Antrag deshalb so eingebracht, damit die SPD die Gelegenheit haben sollte, den Eindruck zu korrigieren, daß sie es möglich macht, daß sozusagen nur die auf der Kapitalseite und ihrer Interessen stehenden Leute in Kenntnis gesetzt werden über ihr zukünftiges Schicksal, während die breite Arbeitnehmer- und Angestellten-schaft in den entsprechenden Betrieben im Stich gelassen wird und im Dunkeln gehalten wird.

Ich möchte ganz kurz, bevor ich auf eine Enthüllung komme, noch einmal sagen, vor welchem Hintergrund sich das Ganze abspielt. Die Fusion

\*) Vom Redner nicht überprüft.

der Werften AG „Weser“ und Bremer Vulkan ist deshalb ins Gerede gekommen, weil die ständig steigende Produktivität, also immer mehr Leistung pro Arbeitsstunde und Mann, bei gleichbleibendem Absatz natürlich zu der Frage führt, ob wir mit der gleichen Arbeitskräftezahl immer noch rentabel weiterarbeiten können.

Normalerweise ist es so, daß bei gleichbleibendem Absatz und steigender Produktion kontinuierlich Leute entlassen werden müssen. Das hat natürlich im reinen Kapitalismus die unangenehme Eigenschaft, daß immer mehr Arbeitslose entstehen, so daß sich eine Partei wie die SPD zu Recht natürlich die Frage stellen muß, ob wir das immer so weitermachen können oder ob wir in irgendeiner Weise eingreifen müssen.

Das führt zu dieser Subventionspolitik, die meint, indem sie Subventionen an den verschiedensten Stellen vornimmt, also staatliche Gelder dort hineinpumpt, könnte man die Arbeitslosigkeit in irgendeiner Weise aufhalten. Das Endergebnis ist leider heute eine Beschleunigung der Rationalisierung, weil die Subventionen natürlich in Investitionen gesteckt werden und bei gleichbleibendem Absatz die Rationalisierung nur noch beschleunigt wird.

Wir sind also bei diesem Endergebnis wieder angelangt, daß die Arbeiter mit ihren sauer verdienten Steuergroschen die Vernichtung ihrer eigenen Arbeitsplätze finanzieren. Das ist SPD-Politik, wie sie sich heute im Jahr 1982 leider darstellt.

Jetzt ist die Frage aufgetaucht, wie bei dieser Großproblematik, muß man sagen, AG „Weser“ und Vulkan, bei der es um sehr viele Arbeitsplätze geht — mindestens um 3000 zu erhaltende oder zu vernichtende, je nachdem —, nun ein Verfahren gefunden werden kann, bei dem die Beteiligten einigermaßen wissen, was auf sie als Schicksal zukommt, und bei dem sie eventuell auch noch auf ihr eigenes Schicksal Einfluß nehmen können. Ich habe das alles in der letzten Sitzung schon entwickelt, ich will das nur stichwortartig noch einmal in Ihr Gedächtnis zurückrufen.

Da hat eine Besprechung zwischen dem Bürgermeister Koschnick, der nicht anwesend ist, weil er das Schicksal der Werftarbeiter offensichtlich doch nicht so ernst nimmt, wie er immer tut, auf der einen Seite und dem IG-Metall-Vertreter vom Steeg auf der anderen Seite kurz nach Weihnachten stattgefunden, in der sie sich verständigt haben, wie der eine sozusagen von staatlicher Seite das Geld locker macht und der andere sozusagen auf der Arbeitnehmerseite für Ruhe und Disziplin sorgt angesichts der Härten, die auf die Werftbelegschaft zukommen werden.

Die Werftbelegschaften selbst haben gesagt, sie würden sich an diesem Verfahren nur beteiligen, wenn drei Forderungen berücksichtigt würden. Die erste Forderung war, daß in diese Untersuchungen die Frage des Erhalts der Arbeitsplätze mit eingeht. Die zweite Forderung war, daß dann aber

(C)

(D)

(A) auch alle Werften im Land Bremen untersucht werden, nicht nur zwei, weil sonst die nächsten — wir kennen die ganze SUAG-Misere und so weiter — gleich wieder anstehen und wieder das ganze Karussell von vorn beginnt. Wenn untersucht würde, dann sollte alles untersucht werden.

Die dritte Forderung war die, daß einmal überlegt wird unter dem Stichwort Diversifikation, ob nicht alternative Produkte — Herr Kunick reagiert immer sofort darauf mit Panzerwannen, mehr fällt ihm an alternativen Produkten offenbar nicht ein — dergestalt in Betracht gezogen werden wie verbesserte Schiffe, damit Ölkatastrophen vor unserer Küste nicht eintreten, oder auch Produkte, die bisher unterbewertet worden sind aufgrund der Politik des BMFT, beispielsweise Wellen-Kraftwerke und ähnliches. Das ist alles schon einmal diskutiert worden, das steht auch in den Papieren der IG Metall. Sie können das dort alle nachlesen und wissen es sicher auch.

Die IG Metall hat am 29. 3. 1982 beschlossen, wenn diese Forderungen nicht erfüllt werden, erwartet sie von ihren Vertretern, insbesondere also von dem Herrn vom Steeg, daß sie aus diesem gemeinsamen Ausschuß, der dort gebildet worden ist, ausscheiden.

(B) Die Betriebsräte selbst sind konsequent gewesen, sie sind am 8. April 1982 tatsächlich ausgeschieden, weil sie gesehen haben, daß erstens ihre Forderungen nicht erfüllt werden und daß sie zweitens dort nur als Alibi und Feigenblatt sitzen für Dinge, die an ihnen vorbei beschlossen werden, für die sie nur noch sozusagen den Kopf hinhalten sollen in dem Sinne, sie hätten von allem gewußt, sie seien in der Kommission gewesen.

Meine Damen und Herren, heute ist die Situation die, daß das Gutachten vorliegt.

(Senator Willms: Bei Ihnen?)

Ja, es liegt mir vor, ich werde es gleich hochhalten, Herr Willms! Ich will auch gleich darauf hinweisen, daß der Herr Senator Willms offensichtlich die entsprechende Deputation hinter das Licht geführt hat, er hat da auch in einem Schreiben vom — wo haben wir es denn nun? — 15.6., also noch ziemlich aktuell, den Werften mitgeteilt, daß diese drei Forderungen in dem Gutachten berücksichtigt werden, also die Forderung, die Arbeitsplätze sollen mit in die Untersuchung eingebracht werden, alle Werften in Bremen sollen untersucht werden, und die Diversifikation ist ebenfalls angesprochen worden. Das hat er den Betriebsräten noch einmal geschrieben, wissend, daß das nicht der Fall ist, ich gehe davon aus, daß Herr Willms das Gutachten auch hat.

Weiterhin hat sein Senatsdirektor Dr. Hennemann auch dem Bürgermeister in einem Aktenvermerk vom 11. 6., also auch noch ziemlich aktuell, festgehalten, daß der Bürgermeister ganz beruhigt sein könne, die drei Forderungen seien in dem Gutachten berücksichtigt, und am 7. Juli, also in 14 Tagen,

werde das in der Senatsrunde entsprechend beraten werden. (C)

Meine Damen und Herren, ich werde Ihnen das Gutachten gleich etwas näher auseinanderplücken und auch hochhalten, damit Sie sehen, daß ich es auch habe. Jedenfalls ist dort vom Wirtschaftsminister gezielt falsch informiert worden. Auch der Bürgermeister wird falsch informiert. Ich gehe davon aus, daß er so dumm auch nicht ist und sich vielleicht auch schon einmal das Gutachten angesehen hat. Er bekommt einen Brief, in dem er vorinformiert wird, daß er späterhin immer sagen kann, also, hier ist der Brief, ich habe davon nichts gewußt. Es ist schade, daß er heute nicht hier ist, sonst würde er hier vorinformiert, daß in der Sitzung andere Dinge auf ihn zukommen, als sein zuständiges Wirtschaftsministerium ihm mitteilt.

Nun zur Sache selbst! Das Gutachten ist dick, untersucht alles Mögliche und kommt zu dem Ergebnis, daß im wesentlichen die im folgenden erläuterten Modelle dort untersucht werden. Ich will Ihnen die kurz vorstellen. Ich bitte auch die Presse, das einigermaßen genau mit zu verfolgen, weil ja immer gesagt wird, das Gutachten gibt es noch nicht, und wir können es niemandem vorstellen.

Ich bin der Meinung, daß die Presse aber in diesem Fall eine bestimmte Informationspflicht im Unterschied zu dem Kommentar zum Beispiel, der heute morgen von Radio Bremen von Herrn Dr. Siegel gesendet worden ist, hat, in dem glatte Informationsunterdrückung und Verfälschung stattgefunden hat. Das darf eigentlich nicht passieren in solchen Fällen, die wirklich breite Belegschaften angehen, die praktisch nur auf diesem Weg informiert werden können, weil es die SPD ja mit Manövern, die ich eben hier angedeutet habe und die Herr Willms sicherlich bestätigen wird, systematisch zu verhindern versucht, daß die Belegschaften in den Besitz dieser sie sicher existentiell interessierenden Informationen kommen. (D)

Es gibt also fünf verschiedene Modelle, die untersucht werden. Das erste Modell heißt das sogenannte Status-quo-Modell. Das Status-quo-Modell befaßt sich ausdrücklich mit der Situation der drei Werftplätze der AG „Weser“/Seebeck, also in Bremerhaven, dann mit der AG „Weser“/Gröpelingen, also hier im Bremer Westen, und dem Bremer Vulkan. Status-quo heißt also, das wird erhalten, und es wird im wesentlichen untersucht, welche Vor- und Nachteile das in Zukunft hinsichtlich Subventionen, Arbeitsplatzzerhaltung und was auch immer haben wird.

Dann kommt das zweite Modell, das heißt Autonomie. Das Modell geht davon aus, daß auch AG „Weser“/Seebeck, AG „Weser“/Gröpelingen und der Bremer Vulkan völlig aus ihren Konzernbindungen entlassen werden. Da wird untersucht, welche Vor- und Nachteile das hat. Das will ich nicht weiter darstellen, weil das Ergebnis nicht mehr so interessant ist.

(A) Das Modell drei nennt sich Tandem. Jeder kennt ein Tandemfahrrad, darauf sitzen zwei, in diesem Fall sitzen da auch nur noch zwei, nämlich die AG „Weser“ in Gröpelingen und der Bremer Vulkan, Seebeck wird entlassen, weil Seebeck als relativ rentabel und zukunftsfest angesehen wird. Da geht es darum, daß in Zukunft zwei Standorte koordiniert operieren sollen. Die entsprechenden Vor- und Nachteile werden da auch wieder untersucht.

Dann kommt das Modell vier, jetzt wird es weiter interessant, das Modell vier heißt Vegesack A, und Vegesack A besteht auch nur noch aus AG „Weser“/Gröpelingen und Bremer Vulkan, Seebeck ist entlassen. Den neuen Namen dieser Werft darf ich Ihnen auch schon vorstellen, der wird dort genannt, das heißt Weser-Vulkan AG, WVA, in dem Sinne wie früher Lloyd und Hapag, heißt das dann Hapag-Lloyd, und wir kennen alle das Schicksal dieser Fusion, der Name ist schon sehr bezeichnend.

Dieses Modell vier, Vegesack A, geht davon aus, daß der Werftplatz Gröpelingen aufgegeben wird, und nur noch der Werftplatz Bremer Vulkan bleibt übrig, und auch der Reparaturbetrieb wird eingestellt. Die Vor- und Nachteile werden wieder untersucht, unter anderem schon gleich der Vorteil, daß das Gelände dort günstig verkauft werden kann und daß man dort andere Standortansiedlungen betreiben könne. Das kommt auf die Belegschaften der AG „Weser“ zu, meine Damen und Herren.

(B) Es ist schade, daß der Kollege Willibert Brockmann nicht im Saal ist, der ja alter Mann der AG „Weser“ ist, der könnte seinen Kollegen einmal erzählen, was auf sie zukommt. Das würde ich unter Arbeitnehmerpolitik aus SPD-Kreisen verstehen, daß die wirklich die Kollegenkreise, aus denen sie stammen, auch einmal über solche Dinge informieren, die auf sie zukommen.

Dann kommt das Modell fünf, das scheint das Attraktivste zu sein. Das Modell fünf heißt Vegesack B. Was drohst du mir, Kollege Fluß?

(Abg. Fluß [SPD]: Ich habe nicht gedroht!  
— Zurufe von der SPD)

Das ist ja traurig, daß ausgerechnet, wenn Ihr Punkt an die Reihe kommt, Sie hinauslaufen, das wollen wir doch einmal festhalten!

(Zurufe von der SPD — Abg. Schmidt [SPD]: Das ist doch Ihre Masche mit der Befangenheit! — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Herr Abgeordneter Dinné, Sie wissen, daß wir einen Artikel 84 haben. Sonst berufen Sie sich immer auf den Artikel 84, wenn die Abgeordneten im Saal sind, wird ihnen der Vorwurf gemacht, daß sie sich im Raum befinden, und wenn sie nicht darin sind, werden sie beschimpft, daß sie draußen sind. Ich glaube, daß ist nicht fair!

Abg. Schmidt [SPD]: Was schert ihn seine Rede von gestern!

Abg. Dinné (BGL): Herr Präsident, Sie haben den Artikel 84 noch nie ernst genommen, aber wenn es um solche Dinge geht, wird er plötzlich aus der Kiste gezogen!

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Herr Abgeordneter Dinné, ich weise das zurück.

Abg. Dinné (BGL): Jedenfalls will ich Ihnen das Modell fünf vorstellen, Vegesack B. Das besteht auch nur aus AG „Weser“/Gröpelingen und Bremer Vulkan, allerdings in der Weise, daß das AG „Weser“-Gelände aufgegeben wird, also in Gröpelingen, und der Bremer Vulkan wird als einziger Schiffbauplatz übriggelassen, allerdings ausgebaut auch zum Reparaturbetrieb. Die Abwägung der Vor- und Nachteile dieses Modells ergibt dann, daß bei diesem Modell zwar noch investiert werden müßte, es aber die wenigsten Subventionen für die Zukunft erwarten ließe und daß im übrigen dort aber auch die stärksten Veränderungen in der Struktur des Arbeitsplatzangebots quantitativ und regional zu erwarten seien. Das heißt, bei diesem favorisierten Modell fünf wird es so sein, daß die meisten Wegrationalisierungen stattfinden.

Ich möchte Ihnen dann aus dokumentarischen Gründen vorlesen, was aus diesen Modellen nun gefolgert wird. Ich muß das hier einmal eben suchen.

(Abg. Gassdorf [CDU]: Sie müssen das andere dem Präsidenten geben, damit wir das auch bekommen!)

Nein, das ist zu wichtig, als daß der Präsident das in die Hände bekommen dürfte, das bekommen die Betriebsräte direkt! Ich kann auch sagen, daß sie es heute noch nicht haben, damit es klar ist, daß die Quelle nicht etwa dort ist, sondern die kommt anderswo her. Der Herr Wirtschaftssenator soll sich gut überlegen, woher das kommt.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Die Quelle kennen wir ganz genau, da nützt kein Reden, Herr Dinné!)

Ich will Ihnen dieses Dokument vorlesen, wie es nun in Zukunft weitergehen soll, damit die betroffenen Arbeiter und Angestellten wirklich wissen, was los ist!

Überschrift: „Weiteres Vorgehen und erforderliche Entscheidungen: Erstens, Akzente und Modifikationen durch die Kapitaleigner; zweitens, Entscheidung zur Weiterverfolgung der regionalen Kombinationslösungen, Tandem, Vegesack; drittens, Eliminierung der übrigen Alternativen; viertens, Fortführung gemäß vorliegender Vorgehensübersicht und Projektvorschlag, Quantifizierung der vorselektierten Modellvarianten, Sensitivitätstests, Einarbeitung von Restriktionen und Rahmenbedingungen; fünftens, Zwischenrepräsentationen an Len-

(C)

(D)

- (A) kungsgruppe, Hinweise für Modifikationen in bezug auf Parameter der Sensitivitätstests Anfang Juni!"  
(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abg. **Dinné (BGL):** Meine Damen und Herren, ich bin sofort fertig! Diesen Text hat sicher keiner von Ihnen so schnell mitbekommen können, das ist auch Absicht, deswegen werden solche Texte so geschrieben. Ich will nur sagen, daß unter Punkt zwei klar wird, daß nur noch diese zwei Lösungen — Tandem und Vegesack — übrigbleiben.

Unter Punkt drei wird ja gesagt, daß alle übrigen Möglichkeiten, und ich habe die fünf Modelle vorgetragen, eliminiert, also verschwinden gelassen werden, und es ist klar geworden, daß bei all diesen Untersuchungen nur drei Werften überhaupt in der Untersuchung waren. Es ist nicht der Fall, daß — etwa wie die Forderung der IG Metall-Entsanden in dieser Kommission lautete — alle Werften untersucht würden und daß die Forderung der IG Metall und auch der Belegschaften erfüllt würden.

Dann werden unter Punkt vier Sensitivitätstests vorgeschlagen. Meine Damen und Herren, Sensitivitätstests heißt in dieser unmenschlichen neuen Sprache, daß ausprobiert werden soll, wie die Arbeiter eigentlich auf diese Massenentlassungen, die aufgrund der Rationalisierung auf sie zukommen, reagieren, wie sensibel sie noch sind, solche Dinge wahrzunehmen.

- (B) (Abg. **Wedemeier (SPD):** Sensitivität ist das aber! — Abg. **Schmidt (SPD):** Und keine Sensibilität!)

Die Sensitivitätstests sollen die Sensibilität der betroffenen Arbeiter testen, das kann ich doch wohl so sagen, oder ist das irgendwie falsch, Herr Wedemeier? Auch wenn es Ihnen nicht paßt, es muß ja einmal ausgesprochen werden, weil es da wirklich um Schicksale geht und nicht um sozialdemokratische Verschleierungspolitik mit Nebelwerfen, Herr Wedemeier. Diese Sprache ist wirklich gezielte und vorsätzliche Nebelwerferei, um an der Wahrheit vorbeizukommen. Ich frage Sie ausdrücklich noch einmal: Glauben Sie denn, daß es nicht wirklich besser wäre, sich vor die Belegschaften zu stellen und das mit ihnen zu diskutieren? Warum gehen Sie beispielsweise Probleme wie Verkürzung der Arbeitszeit und ähnliche Dinge nicht einmal ernsthaft an?

(Glocke)

Ich komme zum Abschluß! Ich möchte nur noch sagen, daß die ganze Sache ab Juni laufen soll, daß ab 7. Juli — ich glaube, es hat sich jetzt etwas verzögert weil es doch wohl erst in den Senat soll, hier steht immer noch Anfang Juni — auch Bürgermeister Koschnick, wenn er nicht hier heute hat irgendwo zuhören können, Bescheid weiß und bis dahin immer noch das Wirtschaftsressort und nicht nur die Belegschaften, das ist ja schlimm ge-

nug, aber auch die entscheidende Regierungsspitze hinter das Licht geführt hat. Meine Damen und Herren, Herr Willms, ich bin sehr interessiert, wie Sie dazu Stellung nehmen werden. — Vielen Dank!

(Beifall bei der BGL)

**Präsident Dr. Klink:** Herr Abgeordneter Dinné, ich habe festgestellt, daß Sie von Herrn Dr. Siegel sagten, daß er Nachrichten unterdrückt und verfälscht.

Abg. **Dinné (BGL):** Jawohl, das wiederhole ich!

Dies ist ein Vorwurf, der gegen einen gerichtet ist, der hier nicht anwesend ist, der sich nicht wehren kann.

(Abg. **Adamietz (BGL):** Wie können wir uns denn wehren, wenn er so einen Kommentar spricht?)

Es entspricht allgemeinem parlamentarischen Brauch, daß man das nicht tut. Ich bitte darum, daß wir uns daran halten!

(Beifall bei der SPD — Abg. **Adamietz (BGL):** Das ist doch ein Bericht über eine Landtagssitzung gewesen! Herr Präsident, Sie sollten einmal den Landtag verteidigen!)

Das Wort hat Herr Senator Willms.

**Senator für Wirtschaft und Außenhandel und für Arbeit Willms:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, daß Herr Dinné sich mit seinen Ausführungen an den einen oder anderen Stellen selbst entlarvt hat. Wenn er hier zum Beispiel die Feststellung trifft, daß wir uns nur mit drei Werften in dieser Untersuchung beschäftigen, dann befindet er sich mit seinem Informationsstand in der Urzeit dieser Untersuchung, denn das beweist am besten, daß ihm wahrscheinlich nur ein Teil der Materialien in die Hand geraten ist.

Letzteres will ich allerdings nicht bezweifeln, nämlich daß es ihm in die Hand geraten ist. Sie haben eine hervorragende Möglichkeit, Karriere beim Geheimdienst zu machen, insbesondere weil Sie mit Ihrer Phantasie Ihre Vermutungen mit Halbwahrheiten in einer ganz hervorragenden Art und Weise mischen. Das würde Sie als Doppelagenten wahrscheinlich am besten einsetzbar machen.

(Beifall bei der SPD — Abg. **Adamietz (BGL):** Jetzt legen Sie einmal die ganze Wahrheit auf den Tisch!)

Aber nun einige Bemerkungen zur Sache, Herr Dinné! Bis zum heutigen Tag gibt es keine abschließende gutachtliche Aussage der mit der Erarbeitung beauftragten Wirtschaftsprüfungsunternehmen. Es gibt zur Zeit nur Basisuntersuchungen und ein erarbeitetes Grundlagenmaterial. Eine Veröffentlichung dieser Materialien, und das haben

(A) wir in der letzten Bürgerschaftssitzung Ihnen schon gesagt, werden wir allerdings nicht betreiben, weil sich wegen der darin enthaltenden Daten, die im Interesse der Unternehmen wohl der Geheimhaltung unterworfen werden müssen, eine solche Veröffentlichung wirklich verbietet.

(Abg. Dinné [BGL]: Das wird sowieso veröffentlicht!)

Zu diesen Basismaterialien ist nur des weiteren gesagt worden, welche Modelle untersucht werden können und untersucht werden sollen, das verwechseln Sie bereits mit der Lösung. Daß ein Gutachten, das noch nicht fertig ist, bereits einem Teil der Beschäftigten betroffener Werftunternehmen zur Diskussion vorgestellt werden kann, ist im übrigen eine objektive Unmöglichkeit. Sie verwechseln hier wirklich die Beschreibung der Aufgabe mit der Lösung, Herr Dinné. Mit anderen Worten, es gibt die Lösung nicht. Wir können und wollen sie hier auch nicht veröffentlichen, und die Aufgabe zu beschreiben und dabei das Basismaterial zu veröffentlichen — insbesondere Daten, die über die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen Vielfaches aussagen und damit den Unternehmen, wenn sie veröffentlicht würden, nur schaden würden — ist im Grunde genommen eine Unmöglichkeit. Ich kann nur sagen, Sie spielen in dieser Stelle wieder absurdes Theater.

(B) (Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Schmidt.

Abg. **Schmidt** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es bedarf nicht der Aufforderung von Herrn Dinné, sich den Belegschaften zu stellen und mit ihnen das zu diskutieren, was die wirtschaftliche Entwicklung als Notwendigkeiten im einzelnen erfordert.

Notwendig ist vielmehr zu verhindern, daß durch demagogische Formulierungen, Behauptungen, die durch nichts bewiesen sind, hier der Eindruck erweckt wird, als wenn bewußt gegen den Willen der Belegschaften, ohne Wissen ihrer Interessenvertretung und auch ohne Beteiligung der Gewerkschaften Entscheidungen vorbereitet würden, die sich verheerend auf die Arbeitsmarktsituation und auf die Beschäftigungsmöglichkeiten derjenigen, die in der Werft heute noch tätig sein könnten, auswirken würden. So stellen Sie hier etwas dar, und auch die Ankündigung, daß Sie immer wieder darauf zurückkommen würden, gibt uns Veranlassung, daß dann so zur Kenntnis zu nehmen, wie Sie es eigentlich verdienen, nämlich auf das, was Sie hier falsch vortragen, nicht zu reagieren.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Sie nennen fünf Modelle, es gibt sieben. Wenn Sie schon Informanten haben, dann suchen Sie sich bitte Ihre Informanten so aus, daß die Sie auch vollständig informieren, damit Sie hier vor dem Parlament das,

was Ihnen zugespielt worden ist, auch vollständig ausbreiten können. (C)

(Zuruf des Abg. Adamietz [BGL])

Sie reden von einem vorliegenden Gutachten. Ihnen genügt offenbar nicht, was der Wirtschaftsminister gesagt hat, und es wird Ihnen sicherlich nicht ausreichen, was ich Ihnen hier sage oder was andere, die unmittelbar beteiligt sein könnten, dazu zu sagen haben, daß es noch kein Gutachten gibt. Sie werden es nicht glauben und bei nächster passender Gelegenheit wieder den Antrag stellen, daß das vorliegende Gutachten Ihnen auch zugänglich gemacht werden soll.

Ich weiß nicht, ob Sie in Ihrer beruflichen oder politischen Tätigkeit jemals Gelegenheit hatten, einen langwierigen Vorgang, der Entscheidungen erfordert, gutachtlich vorbereiten zu lassen und diese Vorbereitung auch zu begleiten. Dann würden Sie wissen, wenn Sie selbst an der Auftragsvergabe beteiligt sind, daß Sie als Auftraggeber verlangen, Zwischenberichte zu bekommen, um zu überlegen, ob die Ausgangsposition, von der Sie ausgegangen sind, noch richtig ist oder ob zwischenzeitlich eingetretene Entwicklungen die Ausgangsposition so verändert haben, daß auch der Auftrag, den Sie erteilen wollen oder erteilt haben, entsprechend angepaßt werden muß. Zwischenergebnisse, und das ist den Arbeitnehmervertretern, die ernsthaft die Diskussion über diese Problematik führen wollen, auch bekannt, Zwischenergebnisse können zwar kritisch gewertet werden, sind aber keineswegs als abschließende Beratungsgegenstände anzusehen. (D)

Von daher gibt es kein Gutachten, daß jetzt hier vorzulegen ist. Ich verweise hierbei auch auf die Beratungen, die die Wirtschaftsdeputation in der letzten Woche durchgeführt hat. Ich bedauere sehr, daß Herr Kudella nicht an diesen Beratungen teilnehmen konnte, wahrscheinlich hätte dann seine Erklärung, die er am 22. Juni abgegeben hat, etwas anders ausgesehen. Der Senator hat sich in der Begründung, warum die Wirtschaftsdeputation die notwendigen anteiligen Mittel zur Verfügung stellen soll, immer wieder darauf berufen, auch auf die Zusage Ihres Fraktionsvorsitzenden, dann, wenn es schwierig würde, beteiligt zu sein. Wir sind übereingekommen, um das vorwegzunehmen, Herr Kudella, daß wir in der August-Sitzung uns diese Gutachten zu eigen machen werden, und zwar unter der Voraussetzung, daß bis zu diesem Zeitpunkt das Gutachten vorliegt.

Das heißt also mit anderen Worten, daß all das, was jetzt diskutiert wird, Zwischenstationen sind, um zu Entscheidungen zu kommen. Erst dann ist es doch möglich — so betrachtet es jedenfalls die Mehrzahl derjenigen, die sich intensiv mit dem Gutachten beschäftigen —, wenn das Gesamtmaterial vorliegt, daraus die notwendigen politischen Entscheidungen zu treffen. Dabei gehe ich davon aus, daß sowohl die Interessenvertretung, die Betriebsräte der Werften, als auch die Gewerkschaften daran beteiligt werden müssen.

(A) Ihre Forderung in diesem Zusammenhang für eine nationale Schiffs- und Werftpolitik kann nur unterstützt werden, wenn die Voraussetzung dafür geschaffen wird, daß wir uns eine Grundlage bereiten, um im nationalen und darüber hinausgehenden internationalen Wettbewerb auch bestehen zu können, und damit wir nicht schon regional einen solchen harten Wettbewerb betreiben, daß wir uns gegenseitig schaden dabei.

Im übrigen, meine Damen und Herren, ist diese Debatte im Detail schon vor acht Wochen in diesem Haus geführt worden. Ich habe vom Antragsteller keine anderen Begründungen für sein Begehren hier gehört, und auch die Feststellung des Wirtschaftssenators, daß es zwischenzeitlich kein abschließendes Gutachten gibt, das vorgelegt werden kann, hat sich nicht geändert.

Eines möchte ich Ihnen, Herr Kollege Kudella, wegen der Zusammenarbeit in der Deputation und auch in diesem Haus in dieser wichtigen Frage sagen: Wenn es möglich gewesen wäre, die 1978, 1979 und 1980 vorhandene Übereinstimmung in der Schiffs- und Werftbaupolitik der norddeutschen Länder auch noch in den Jahren 1981, 1982 und 1983 fortzuführen, wären die Ausgangspositionen für die Küstenregion und insbesondere für die Werften gegenüber dem Bund günstiger gewesen, und man hätte dann auch den Vergleich mit Nordrhein-Westfalen ziehen können. Nordrhein-Westfalen — die Sicherung der Kohleabgaben und die Bundeszuschüsse — mit einer Landesregierung sowie die Schwierigkeiten in der Küstenregion mit vier Landesregierungen mit unterschiedlichen Interessen machten es nicht möglich, hier die notwendigen Gemeinsamkeiten herzustellen.

(B) Jetzt die Frage: Glauben Sie es hilft, dann die Behauptung aufzustellen — ich darf Sie mit Genehmigung des Präsidenten zitieren —, im Parlament dafür die Hand zu heben, was in SPD-internen Zirkeln erarbeitet worden ist? Herr Kudella, das, was hier an Gemeinsamkeit vom Bürgermeister im März angeboten worden ist, das ist von Ihrem Fraktionsvorsitzenden aufgegriffen worden, wird ad absurdum geführt, wenn Sie jetzt auf irgendeinen Zug springen wollen,

(Abg. Kunick [SPD]: Der gar nicht da ist!)

von dem Sie meinen, er könnte noch irgendwen überholen. Grundlage ist doch, daß wir uns jahrelang gemeinsam bemüht haben, die Werftsituation zu verbessern, daß alles geschehen ist im Hinblick darauf, daß der angekündigte Boom im Schiffbau 1983 eintritt. Nunmehr steht fest, daß er für 1985 möglicherweise zu erwarten ist.

Jetzt ist es doch notwendig, die wirtschaftlichen Grundlagen dafür zu schaffen, daß wir uns dann nicht selbst außen vor gestellt haben, sondern noch in der Lage sind, als Mitbewerber auf dem internationalen Markt aufzutreten. Sie kennen die Zahlen. Herr Dinné wird Ihnen freundlicherweise den

Brief des Wirtschaftssenators an die Betriebsräte, den er hier zitiert hat, auch gern zur Verfügung stellen. Ich finde es im übrigen auch, gelinde gesagt, eigenartig, daß ein Schriftwechsel, der zwischen drei Personen geführt wird, dann in anderen Gremien ebenfalls kursiert, bekannt ist und im Parlament dann noch öffentlich gemacht wird. (C)

(Abg. Dinné [BGL]: Ja, nur so wird doch SPD-Politik klar!)

Man muß sich also beinahe noch hüten, dann irgendwelche Briefe zu schreiben.

Hier ist doch deutlich aufgelistet worden, mit welchem Ziel jetzt gearbeitet wird, was erreicht werden soll, um sicherzustellen, daß wir die Anschlußmöglichkeiten auch nach 1982 behalten können. Es ist weder eine Entscheidung für eine Fusion getroffen worden, noch für eines der Modelle, die Herr Dinné hier auszugsweise genannt hat.

(Abg. Adamietz [BGL]: Und dagegen? Eine Entscheidung dagegen?)

Es besteht für uns nur die Übereinstimmung innerhalb der Fraktion und all derjenigen, die sich mit diesen Fragen zu beschäftigen haben, daß wir Entscheidungen erst dann treffen, wenn uns die notwendigen und für Entscheidungen erforderlichen Unterlagen zur Verfügung gestellt werden. Um diese Unterlagen haben wir in Abstimmung mit den Arbeitnehmervertretern, in Abstimmung mit der zuständigen Gewerkschaft Sachverständige gebeten. Wir werden genauso, wie diese Unterlagen dann erstellt werden, vor der Entscheidung auch diese beteiligten Kreise hören und dann die Entscheidungen hier ins Parlament tragen, die dann erforderlich sind. — Danke schön! (D)

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Kudella.

Abg. Kudella (CDU)\*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde, daß diese Debatte bei aller Unterschiedlichkeit der Stellungnahmen doch einige Überraschungen zutage gefördert hat.

In der Sitzung der Wirtschaftsdeputation am 16. 6. — Herr Kollege Schmidt, ich möchte hier einfügen, ich habe an den Beratungen zu diesem Punkt noch teilgenommen, habe danach erst die Deputation verlassen —, in dieser Sitzung am 16. 6. hat Herr Senator Willms auf meine Frage, was denn nun an Gutachten vorliege, geantwortet, dies seien erst einmal nur Erhebungen, da seien einige betriebswirtschaftliche Daten zusammengefügt worden, und von einem Gutachten könne man überhaupt nicht sprechen. Herr Dinné hat offensichtlich ein Schriftstück, das mehr als das von Ihnen beschriebene Material beinhaltet.

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Es gibt offensichtlich Abgeordnete in diesem Haus, die auch mehr wissen als wir. Herr Dinné sagt, es gibt fünf Modelle, nein, sagt Herr Schmidt, ich weiß, es gibt sieben.

(Heiterkeit)

Also, er weiß auch schon etwas!

(Abg. Dinné [BGL]: Und das ist noch gelogen! — Zuruf des Abg. Gassdorf [CDU])

Ich kann mich über solche Verfahren, Herr Senator, nur wundern!

(Beifall bei der CDU)

Dieses Gutachten, was Sie in Auftrag gegeben haben, kostet immerhin 1,8 Millionen DM!

(Zurufe von der CDU — Beifall bei der BGL)

Wir zahlen jedoch nur ein Drittel davon. Sie haben dieses Gutachten bereits im Januar in Auftrag gegeben und die Deputation für Wirtschaft und Außenhandel, die zuständig ist, überhaupt erst am 16. 6. davon unterrichtet. Ich finde, meine Damen und Herren, wer sich so verhält, signalisiert doch geradezu, daß er ein schlechtes Gewissen hat!

(Beifall bei CDU und BGL)

(B) Meine Damen und Herren, wenn man dazu weiß, wohin möglicherweise der Zug gehen soll — siehe Äußerungen von Bürgermeister Koschnick, der ja in aller Öffentlichkeit von der Notwendigkeit einer Fusion gesprochen hat —, wenn man weiß, daß der SPD-Bundestagsabgeordnete und jetzige Staatssekretär in Bonn, Claus Grobecker, zwar in einem offiziellen Interview von Radio Bremen hehre Reden hält über Arbeitsplätze und ihre Sicherung bei den Werften, kaum das Mikrofon aber ausgeschaltet ist, die Wahrheit sagt, was er wirklich denkt, nämlich daß wir eine Werftholding von Bremen bis Bremerhaven brauchen und mit diesem Kleinkram uns nicht mehr abzugeben brauchen, dann liegt doch der Verdacht nahe, daß diese 1,8 Millionen DM für ein Gutachten nur noch eine Alibifunktion haben für das, was Sie innerhalb der SPD schon längst beschlossen haben, und dies werden wir nicht mitmachen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei CDU und BGL — Abg. Wedemeier [SPD]: Dummes Zeug!)

Das ist kein dummes Zeug, Herr Wedemeier, denn wenn solche Aussagen von Herrn Grobecker unwidersprochen im Raum stehen —

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das ist seine Meinung, die darf er wohl haben!)

gut! — und wenn Herr Koschnick von Fusion spricht, können Sie natürlich sagen, das ist Gro-

beckers Meinung, das ist Koschnicks Meinung, alles nicht unsere Meinung. (C)

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Hauptsache, Sie haben auch eine Meinung, Herr Kuddella!)

Natürlich, so bekommen Sie den Hals notfalls aus der Schlinge, bloß glaubwürdig, meine Damen und Herren von der SPD, ist das alles nicht!

Es ist doch geradezu absurd, sechs Monate mit der bloßen Information an die Parlamentarier zu warten, daß man ein Gutachten in Auftrag gegeben hat, meine Damen und Herren. Ich kann nur sagen, Sie tragen hier für ein schwieriges Stück Arbeit, was möglicherweise auch mit dem Verlust von Arbeitsplätzen verbunden ist, eine Verantwortung, der Sie mit Ihrem Verhalten im Vorfeld nicht gerecht werden.

(Beifall bei CDU und BGL)

Sie diskutieren in Ihren SPD-internen Zirkeln offensichtlich seit mehreren Monaten verbunden zum Teil mit Gewerkschaftern der IG Metall, die zum Teil wiederum gleichzeitig Funktionäre innerhalb ihrer Partei sind, intensiv über diese Materie. Wir bezahlen Gutachten aus Steuergeldern, und Sie lassen einen großen Teil dieses Hauses in der Diskussion völlig außen vor, werden dann eines Tages die Ergebnisse auf den Tisch legen und sagen, so, jetzt stimmt einmal ab, auch wenn keine Chance bestand, sich an dem Meinungsbildungsprozeß zu beteiligen. (D)

Ich finde dies um so bedauerlicher, weil wir Ihnen von seiten der CDU-Opposition wiederholt das Angebot gemacht haben, uns in den schwierigen Fragen bremischer Strukturpolitik an der Diskussion zu beteiligen, Ihnen zu helfen, auch in schwierigen Fragen mitzuhelfen, und Sie dennoch nicht den Ansatz des Versuchs machen, uns hier ein Stück entgegenzukommen, meine Damen und Herren. Sie fahren die Karre immer tiefer in den Dreck.

(Beifall bei der CDU — Abg. Lüerssen [CDU]: Wie in Bremerhaven!)

Weil dies alles so ist und weil der Gutachtenauftrag aus öffentlichen Geldern zu einem erheblichen Teil finanziert wird, werden wir uns dem Antrag der BGL anschließen, wobei ich hinzufüge, daß der Teil, der jetzt vorliegt, veröffentlicht werden sollte. Ich gestehe Ihnen dabei zu, daß die betriebswirtschaftlichen Daten nicht veröffentlicht werden sollten, weil ich nicht ausschließen kann, daß dies unter Umständen den Unternehmen schadet. Das will niemand. Aber alles, was sonst jetzt vorliegt, sollte veröffentlicht werden, damit dieser bittere Geschmack, der in der Diskussion entstanden ist, endlich vom Tisch kommt.

(Beifall bei der CDU)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Lahmann.

Abg. **Lahmann** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich kann Herrn Kollegen Kudella nur ebenso deutlich wie nachdrücklich widersprechen. Ich glaube, meine Damen und Herren, den Mitteilungen, die ich auf den Wegen, die mir zur Verfügung stehen, überprüft habe, daß ein Gutachten noch nicht vorliegt, das eine Entscheidungsgrundlage darstellen könnte in dieser schwierigen Frage. Insofern hat sich aus meiner Sicht die Beratungslage nicht verändert, seit wir am 12. Mai in diesem Haus über dieselbe Situation geredet haben.

Ich frage mich also, was überhaupt diese erneute Debatte in dieser Lage, die eine Entscheidung nicht zuläßt, soll. War da nicht jemand — waren das nicht sogar Vertreter der BGL? —, der das letzte Mal gesagt hat, was soll eigentlich dieses Fusionsgerede, das verunsichert doch nur, da doch diese schwierige Frage noch nicht entschieden werden kann? Habe ich mich da geirrt? Haben Sie das nicht gesagt, man sollte nicht so viel von Fusion reden? Und jetzt stellen Sie einen Antrag, in dem erneut über die Fusion geredet, ja schwadroniert wird, muß man gar sagen, ohne daß das auch nur ein kleines Stück weiterhilft!

(B) Wir sind jedenfalls nicht bereit, irgendwelches krauses Zeug, das womöglich in Vorbereitung eines Gutachtens produziert ist, einer Veröffentlichung zuzuführen. Wir wollen die endgültige Entscheidungsgrundlage haben.

(Beifall bei der SPD)

Dann allerdings wollen wir an der Entscheidung mitwirken, und zwar nicht hier in diesem Hause —

(Abg. **Dinné** [BGL]: Nein, um Gottes willen!)

nein, um Gottes willen, da haben Sie ganz recht, Herr Dinné, nicht hier in diesem Hause! —,

(Abg. **Dinné** [BGL]: In Ihrem Schlafzimmer!)

sondern in den Gremien, in denen solche Entscheidungen sinnvoll vorbereitet werden können.

(Beifall bei der SPD)

Das ist einmal der Unternehmensbereich, das mag die Regierung sein, aber das ist aus der Sicht des Parlaments die Wirtschaftsdeputation, die Finanzdeputation und meinetwegen, meine Damen und Herren, wenn dies als sinnvoll erscheint, ein kleinerer Kreis, zum Beispiel die Bürgerschaftsausschüsse, da ist so etwas zu beraten,

(Beifall bei der SPD)

und zwar dann, wenn man eine vernünftige Beratungsgrundlage hat. Darum werden wir auch diesen Antrag ablehnen. (C)

(Zuruf des Abg. **Gassdorf** [CDU] —  
Abg. **Wedemeier** [SPD]: Herr Gassdorf, das ist doch Ihre Meinung!)

Meine Damen und Herren, wo nun über Vor- und Nachteile von Fusionen, ohne daß eine vernünftige Entscheidungsgrundlage vorliegt, hier geredet wird, möchte ich doch zwei Anmerkungen machen dazu:

Ich glaube, daß kein Mensch heute, wenn er einigermaßen verantwortlich über diese Angelegenheit sich Gedanken macht und auch bereit ist mitzuwirken, die Fusion fordern kann und keiner sie auch völlig ausschließen kann, und kein Mensch kann, bevor nicht die Rahmenbedingungen feststehen, unter denen entschieden werden muß, sagen, auf welche Weise so viel wie möglich Arbeitsplätze gesichert, also gerettet werden können.

(Vizepräsident **Ehlers** übernimmt den Vorsitz.)

Daß das das gemeinsame Ziel aller Bemühungen ist, jedenfalls aller Bemühungen, die in diesem Hause hier ihren Ausgangspunkt nehmen, davon bin ich fest überzeugt.

(Beifall bei der FDP)

Es mag da verschiedene Wege geben, aber über das Ziel sollten wir uns doch einig sein. Darum, glaube ich, ist es weder sinnvoll, eine Fusionslösung herauszustreichen als einzige aller denkbaren Möglichkeiten, noch ist es zulässig, eine Fusion etwa zu verteufeln. Es könnte sein, daß auch Fusionslösungen in Betracht gezogen werden müssen, wenn man jedenfalls den Hauptanteil der Arbeitsplätze retten will. (D)

Allerdings, und das beobachte ich auch mit Sorge, meine Herren vom Senat, insbesondere an Sie gerichtet, scheint es unter den Anteilseignern, zu denen ja Bremen in Gestalt sozusagen des Senats im Moment auch gehört, Kapitaleigner zu geben, die eine bestimmte Fusion kleineren Umfangs für die einzige Lösung ansehen und offenbar in den vorbereitenden Überlegungen auch diese Lösung anstreben.

Ich bin fest davon überzeugt, daß es gefährlich wäre, den Zug in diese Richtung ohne Wiederkehr abfahren zu lassen. Ich kann nur warnen, auch diejenigen gerade, die in ihrer Eigenschaft als Mitglieder der Regierung die bremischen Interessen, Beteiligungsinteressen wahrzunehmen haben, etwa die Entwicklung in diese Richtung einseitig laufen zu lassen. Weil ich Befürchtungen habe, daß es durchaus Kapitaleigner gibt, die einseitig in diese Richtung denken, möchte ich einen Vorschlag machen, der eine Alternative darstellt zu den Fusionsüberlegungen, die nun so oder so in verschiedenen Formen durch die Presse gehen.

Ich darf mir vielleicht zuvor noch erlauben, auf die aktuelle Berichterstattung zum Thema Bremer-

(A) haven kurz einzugehen. Ich glaube in der Tat, daß in dieser Lage nicht nur Entscheidungsgrundlagen nötig sind —

(Abg. Wilhelms [CDU]: Von heute?)

von heute und gestern —, sondern auch sozusagen Ideen, weil ja eine schwierige, komplizierte Situation vorliegt und man nicht einseitig denken darf.

Wenn sie von gestern sprachen, befürchteten Sie, daß ich auf einen Brief der CDU in den Zeitungen zurückkomme?

(Abg. Wilhelms [CDU]: Nein, ich habe heute gemeint!)

Der Brief war gestern abgedruckt, ja gut, dann will ich doch mit dem gestrigen anfangen! Da sehe ich ja, daß ein Vertreter der CDU in Bremerhaven sich zu dem Problem der Fusion der Werften in Bremerhaven und der Untätigkeit des Senats auf diesem Gebiet erklärt. Ich habe mich bemüht, das sehr aufmerksam zu lesen, aufgefallen ist mir eigentlich nur, daß aus diesem Brief sich auch nicht der Gedanke an ein Konzept ableiten läßt, an ein alternatives Konzept womöglich,

(Abg. Wedemeier [SPD]: Daran denkt die CDU doch nicht!)

(B) gegenüber dem, was erörtert wird. Da werden nur Fragen gestellt, das mag verdienstvoll sein, aber wenn jemand an einem Platz, an dem das Problem nun schon lange auf dem Tisch liegt, Politik machen will, dann muß man eigentlich von ihm erwarten, daß er auch eigene Gedanken und eigene Ideen vorträgt. Statt dessen steht in diesem Brief, daß die Bremerhavener sich zusammenschließen müßten und daß von den Bremer Freunden, sagt der CDU-Kreisvorsitzende, die Lösung des Problems ja wohl nicht zu erwarten sei. Wenn das so zu verstehen ist, daß von der Bremer CDU die Bremerhavener CDU die Lösung des Problems nicht erwartet, so habe ich volles Verständnis dafür.

(Beifall bei FDP und SPD)

Im übrigen müßte ich doch sagen, und da sind wir uns in der FDP-Fraktion völlig einig, daß solche Bemerkungen, die sozusagen den regionalen Klassenkampf schüren, der Lösung eines Problems, an dem Bremerhaven und Bremen beteiligt sind, in keiner Weise förderlich sind.

(Beifall bei FDP und SPD)

Wirken Sie doch einmal auf Ihre Freunde ein!

Meine Damen und Herren, ich glaube, es sind Ideen nötig, und darum möchte ich einen Vorschlag machen.

(Abg. Wilhelms [CDU]: Ich dachte, daß Sie einmal auf den heutigen Artikel zu sprechen kommen!)

Richtig, einverstanden, Herr Kollege! Ich habe nichts dagegen, ganz recht! Da wurde berichtet von der SUAG-Hauptversammlung, auf der Hauptversammlung ist es ja offenbar ganz freundschaftlich zugegangen.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Offenbar ja!)

Der Vorstand scheint Eindruck erzielt zu haben, wenn ich das richtig sehe, mit der Schilderung einer Perspektive, die über die Aufträge, die im Augenblick von SUAG bearbeitet werden, hinausgeht.

(Abg. Wedemeier [SPD]: In denen wir offenbar nicht vertreten waren!)

Meine Damen und Herren, ich will überhaupt nicht mit meiner Auffassung hinter dem Berg halten, auch wenn das nicht jedem gefallen mag. Wenn nicht am Ende der Erledigung der Aufträge, an der SUAG jetzt arbeitet, ein Konzept mit einer wirklichen Zukunftsperspektive auf dem Tisch liegt, dann bin ich nicht mehr bereit, im Bürgerschaftsausschuß, im Haushaltsausschuß und in der Finanzdeputation mich dafür einzusetzen, daß mit Hilfe bremischer öffentlicher Mittel weitergewurstelt wird.

(Beifall bei FDP und SPD)

Es muß ein Konzept vorgelegt werden, an dem auch die Kapitaleigner selbstverständlich mitwirken. Aber dieses Stottern von einem Auftrag zum anderen, ohne daß die Perspektive tatsächlich entwickelt wird, ist auf die Dauer finanz- und wirtschaftspolitisch nicht zu verantworten.

(Beifall bei FDP und SPD)

Darum, glaube ich, ist mehr nötig als nur eine nebulöse Perspektive ohne eine Konsequenz, wie der ganze Zusammenhang dann in Zukunft konstruiert sein soll, auch mehr nötig als Aufforderungen an den Vorstand und an die Belegschaft, auch mehr nötig als Aufforderungen an die Mitglieder des Senats. Wir müssen alle versuchen, uns Gedanken zu machen. Ich will übrigens, Herr Wilhelms, Ihnen zum Beispiel nicht abstreiten, daß Sie sich Gedanken machen, keinem will ich das überhaupt abstreiten. Aber lassen Sie uns darüber sprechen, welche Möglichkeiten bestehen! Nur, daß wir das Problem immer weiter vor uns herschieben, ist nicht vertretbar.

Wer immer Ideen fordert, muß auch selbst einmal eine Idee vorzeigen. Ob ich eine gehabt habe, weiß ich nicht, wir quälen uns darum, aber das vorläufige Ergebnis dieser Überlegung will ich bei dieser Gelegenheit mitteilen, weil ich glaube, daß gerade auch gegenüber Fusionsüberlegungen, gegen Überlegungen einer Fusion von nur zwei Werften, eine aussichtsreiche Alternative meiner Meinung nach besteht, nämlich eine Alternative, tatsächlich die Schiffbauplätze an der Unterweser im Wettbewerb zu sichern.

(C)

(D)

(A) Das Modell sieht so aus: Alle Werften, die in Bremen arbeiten, die es in Bremen und Bremerhaven gibt, also im ganzen Land Bremen, gründen eine Dienstleistungsgesellschaft, an der also alle beteiligt sind. Diese Dienstleistungsgesellschaft soll bestimmte Funktionen für alle Werften übernehmen, die Werften bleiben aber selbständig. Ziel dieses Gedankens, meine Damen und Herren, ist, daß möglichst und wahrscheinlich ohne Einschränkung der vorhandenen Kapazitäten die Selbständigkeit aller Werften in Bremen gewährleistet bleiben kann, ein Versuch.

(Zuruf des Abg. Wedemeier [SPD])

Nein, das ist nicht die Grobecker-Lösung, ist nicht die Lösung einer Holding, wenn Sie das meinen! Ich will darstellen, wie das Modell zu verstehen ist. Ich glaube, daß in dieser Lösung durch die Gründung einer Dienstleistungsgesellschaft, an der alle bremischen Werften beteiligt sind, geradezu die Chance besteht, ohne Schrumpfung der Kapazitäten zu einer besseren, vielleicht vollständigen Auslastung sogar der Kapazitäten zu kommen.

Sie werden sagen: Das ist Zukunftsmusik, das liegt in der Ferne. Möglicherweise, meine Damen und Herren! Aber überlegen wir doch einen Moment, was diese Dienstleistungsgesellschaft tun könnte und zu welchen Kostenfolgen, zu welchen betriebswirtschaftlichen Vorteilen sie führen könnte! Diese Dienstleistungsgesellschaft sollte folgende Funktionen haben:

Erstens: Sie sollte das gesamte Marketing weltweit für alle Werften im Lande übernehmen, und zwar für alle Schiffstypen, für das Reparaturgeschäft, für das Umbaugeschäft. Die Experten wissen natürlich, daß das Marketing, das wegen des scharfen Wettbewerbs auf dem Schiffbaumarkt heutzutage weltweit betrieben werden muß, ein ungeheuer teures Unternehmen ist. Es kann nicht jede Werft, schon gar nicht die kleine Werft, weltweit präsent sein, um Aufträge zu akquirieren. Würde diese Funktion durch eine Dienstleistungsgesellschaft, also durch ein Instrument, das alle Werften, alle bremischen und Bremerhavener Werften unterhielten, wahrgenommen, so könnten Mehrfachkapazitäten auf diesem Gebiet vermieden werden. Es könnte eine größere Effizienz erreicht werden, es könnten Kosten gespart werden, und es könnte — natürlich unter der Voraussetzung, daß diese Dienstleistungsgesellschaft auch die hereingeholten Aufträge sachgerecht auf die vorhandenen Werftkapazitäten verteilt — unter besseren betriebswirtschaftlichen Möglichkeiten auch die Kapazitäten besser ausgenutzt werden.

Zweitens: Die weitere Funktion einer solchen Dachgesellschaft,

(Abg. Kunick [SPD]: Dachgesellschaft ist nicht richtig!)

eines solchen Dienstleistungsinstruments — —. Der Begriff Dachgesellschaft ist noch falsch, ja, Herr Kollege Kunick, (C)

(Abg. Kunick [SPD]: Ich finde das ja auch gar nicht so verkehrt, was Sie sagen!)

ich spreche jetzt nur von der Dienstleistungsgesellschaft, die eine reine Beteiligungsgesellschaft aller bremischen Werften wäre. Ich habe zwar mit Herrn Grobecker darüber nicht gesprochen, aber eines Tages könnte sie natürlich auch zu einer Holding weiterentwickelt werden, das will ich gar nicht ausschließen, aber das ist noch nicht der Vorschlag, der Weg könnte aber später dahin führen.

Zunächst einmal lassen Sie uns doch überlegen, ob nicht Funktionen, die bisher jede Werft für sich wahrnehmen muß, unter höheren Kosten für sich wahrnehmen muß, gebündelt werden können! Das wäre der Gedanke dieser Dienstleistungsgesellschaft.

Die erste Funktion also wäre das gemeinsame weltweite Marketing. Die zweite Funktion wäre die gemeinsame Projektfinanzierung beziehungsweise, die Bemühungen um die Projektfinanzierung zusammenzufassen. Das heißt, wer zum Beispiel mit Bundesinstanzen wegen eines Schiffs verhandelt, könnte das natürlich auch gleichzeitig für fünf weitere Aufträge tun. Man könnte also auch diese schwierigen Beratungen, wir wissen alle, wie kompliziert sie sind, zusammenfassen und wahrscheinlich zielbewußter arbeiten —

(Glocke)

(D)

Herr Präsident, ich bin gleich am Ende! — und damit womöglich auch erfolgreicher sein. Wir hatten neulich einen Fall, der wirklich nicht optimal gelaufen ist.

Drittens: Eine weitere Funktion ist, diese Dienstleistungsgesellschaft könnte sich auch mit der Entwicklung der Prototypen beschäftigen. Die Entwicklung von Prototypen, wir haben das etwa bei der Fregatte beim Vulkan erlebt, ist nicht nur technisch kompliziert und jedesmal Neuland für eine Werft, sondern führt ja auch dazu, daß ein bestimmter Mitarbeiterstab in Planung und Entwicklung aufgebaut werden muß, der, wenn der Prototyp fertig ist, arbeitslos wird, abgebaut werden muß, weil nicht zu erwarten ist, daß jede Werft pausenlos nacheinander neue und wieder neue Prototypen entwickeln muß. Daraus ergibt sich die Frage, ob nicht ein solches gemeinsames Instrument auch zur Entwicklung von Prototypen für alle Werften ein Team bilden könnte, das dann dauerhaft beschäftigt wäre und das den einzelnen Betrieb von Kosten der Planung und Entwicklung entlasten würde, insbesondere in Zeiten, in denen eine solche Planungs- und Entwicklungsabteilung nicht ausgelastet ist.

Viertens: Schließlich könnte eine solche Dienstleistungsgesellschaft einzelne Einkaufsfunktionen zentral für alle Werften wahrnehmen, also Stahl, Energie, Sauerstoff, sonstige Rohstoffe zentral be-

(A) schaffen mit Kostenvorteilen in einer solchen Zusammenfassung.

Meine Damen und Herren, ich bitte ernsthaft gerade den Senat, der Anteilseigner ist, nicht nur einseitig in eine Richtung zu denken — auch solche Gedankengänge nicht zuzulassen, wenn sie womöglich, wofür ich Anhaltspunkte habe, Herr Senator Willms, von anderen Kapitaleignern eingeschlagen werden sollten — und dieses Modell in die Überlegungen einzubeziehen, eben weil es den Vorteil hätte, daß die Werften von Gemeinkosten entlastet würden, Personalkosten im Bereich Planung und Entwicklung einsparen, gleichzeitig aber die Schiffbaukapazitäten insgesamt besser auslasten könnten, das heißt also, im Bereich der Arbeiter wahrscheinlich eine Personaleinsparung vermeiden könnten.

Das ist ein wichtiger Gesichtspunkt, weil so eben die Auslastung der Werftkapazitäten in Bremen und Bremerhaven jedenfalls die Chance hätte, verwirklicht zu werden. Darum, meine Damen und Herren, wäre ich wirklich dankbar, wenn Sie diesen Vorstoß unterstützen würden. Der Senat möge gerade eine solche Gesamtlösung offensiv in den Beratungen mit den Anteilseignern vertreten. Ich glaube, gerade wenn wir alle und auch der Senat daran interessiert sind, Arbeitsplätze zu sichern,

(Zuruf des Abg. W i l h e l m s [CDU])

dann wird es darauf ankommen, dieses Allgemeininteresse auch als Anteilseigner gegenüber den partikularen Interessen einzelner anderer Anteilseigner durchzusetzen. Ich fordere deshalb den Senat auf, in diesem Sinne wirklich zu kämpfen!

(B)

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Ehlers:** Das Wort hat der Abgeordnete Weinkauff.

Abg. **Weinkauff** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich meine, hier müsse einiges deutlich gesagt werden. Wir haben schon einmal vor acht Wochen über dieses Thema diskutiert. Zunächst möchte ich einmal dem Parlament eine Rüge erteilen.

(Abg. **Wedemeyer** [SPD]: Das kann nur der Präsident!)

Der Senat hat einen Untersuchungsauftrag an drei Firmen gegeben, und dieser Untersuchungsauftrag ist noch nicht fertig. Ich werde das im einzelnen noch erläutern. Heute will man schon auf diese noch nicht abgeschlossene Untersuchung eine Analyse erstellen. Das kann ja wohl nicht wahr sein!

(Abg. **Gassdorf** [CDU]: Wer wollte das denn?)

Ich kann verstehen, daß der eine oder andere schon ein bißchen nervös wird, und mir ist auch klar, daß einige dabei sind, hier ihr Süppchen zu kochen, obwohl das eine schwierige Sache ist. Deswegen habe

ich mich hier als Arbeitnehmervertreter zu Wort gemeldet. (C)

Erstens, und das will ich einmal positiv herausstellen, meine Damen und Herren von der CDU: Ich glaube, das gibt es in keinem anderen Land, daß der Bürgermeister eines Landes, eines SPD-regierten Landes an die Gewerkschaftsvertreter herantritt und sie bittet, solch eine Untersuchung zu begleiten, um die Belange der Arbeitnehmer einfließen zu lassen. Nennen Sie mir einmal ein Beispiel, wo es das in einem anderen Land gibt!

(Zuruf des Abg. **Gassdorf** [CDU])

Zweitens, was die Information anbelangt! Ich habe Ihnen das letzte Mal gesagt, daß es einen Lenkungsausschuß gibt, der aus einem ganz kleinen Kreis besteht, und einen Koordinierungsausschuß. Dieser Koordinierungsausschuß wird von den Betriebsräten der betroffenen Betriebe zusammengesetzt, der hat dreimal getagt, und darüber sind Informationen gegeben worden. Ich will auch gar nicht darauf bestehen, ob es nun fünf oder sieben Ergebnisse gibt. Der Einfluß der Arbeitnehmer ist, daß wir sagen, von den sieben Möglichkeiten können schon drei oder vier gleich vergessen werden, für uns kommen nur drei in Frage, weil aus der Sicht der IG-Metall die arbeitsmarktpolitische Komponente berücksichtigt werden muß, die Frage, daß alle Betriebe untersucht werden müssen

(Abg. **Lürssen** [CDU]: Dann wissen Sie das ja auch!) (D)

und daß nach Alternativen oder nach Diversifikationen gesucht werden muß. Ich will das hier noch einmal herausstellen.

Dabei gibt es folgende Feststellungen zu treffen: Das Endergebnis wird Mitte Juli vorliegen. Die Treuarbeit ist auch noch nicht fertig, das wird dann vorliegen, weil sie ja den ganzen finanziellen Bereich untersucht. Der Bereich von Kienbaum, der die anderen Werften untersucht, ist auch noch nicht fertig. Mitte Juli werden die endgültigen Ergebnisse vorliegen. Dann, meine ich, werden wir, wie hier angedeutet worden ist, nicht nur im Parlament, sondern auch in unseren Gremien der IG-Metall darüber beraten, was vorzuschlagen ist.

Ich halte es für verwerflich, daß man heute schon von Fusion spricht.

(Abg. **Kudella** [CDU]: Der Bürgermeister!)

Ich habe heute vormittag an der Aufsichtsratsitzung der AG „Weser“ teilgenommen. Da haben wir auch darüber gesprochen. Die Untersuchung, so wie sie heute vorliegt, gibt für die AG „Weser“ keine neuen Gesichtspunkte. Da sind wir der Meinung, das kann alles so bleiben, das ist da auch bestätigt worden.

(Lachen bei der BGL)

(A) Deswegen meine ich, sollte man mit Fusion und anderen Begriffen vorsichtig sein, dadurch werden nur die Arbeitnehmer verunsichert. Das sollten sich die Parlamentarier sehr wohl überlegen. Da wird von Fusion, Kooperation und so weiter geredet, wir als IG-Metaller haben darüber nicht gesprochen.

Ein Letztes dazu! Das ist ein Appell an alle und auch eine Feststellung: Wenn wir als IG Metall, weil uns das zum Teil vorgeworfen wird, bei dieser Untersuchung dabei sind, dann glauben Sie nicht, daß die Beratungsfirmen das so gern sehen. Wir sind da gewissermaßen als Aufpasser, das habe ich neulich auf einer Pressekonferenz gesagt. Wenn wir nicht von Anfang an dabei gewesen wären, wäre vielleicht auch einiges anders gelaufen. Deswegen bedanken wir uns beim Senat, daß wir die Möglichkeit hatten, unsere arbeitsmarktpolitische Komponente einfließen zu lassen!

Wir sollten nicht nervös werden. Das trägt nur zur Verunsicherung der Arbeitnehmer bei. Wir müssen erst das Ergebnis aller drei Firmen abwarten und dann überlegen, was wir machen können. Viele sagen, es sei zu spät, es ist aber nicht zu spät. Durch dieses Gerede von der Fusion wird eine große Unsicherheit in die Arbeitnehmerschaft getragen, und das nimmt man uns als Parlamentarier übel. — Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD — Abg. Ingeborg Förster [CDU]: Das war ja eine Meisterleistung!)

(B) **Vizepräsident Ehlers:** Das Wort hat der Abgeordnete Dinné.

Abg. Dinné (BGL \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst kurz mit Herrn Lahmann befassen. Herr Lahmann, ich glaube, irgendwie ist Ihnen noch nicht klar — das geht aus dem Gutachten hervor, das weiß jeder, das weiß Herr Lambsdorff, ich glaube, das wissen Sie auch —, daß das Problem der Werften ist, daß es bei einem stagnierenden Absatz — es sind ja nicht mehr Schiffe zu verkaufen, als im Moment verkauft werden können, obwohl die Kapazitäten größer sind — witzlos ist, Umorganisationen vorzunehmen in der Hoffnung, die Kapazitäten könnten erhalten werden. Das ist absoluter Blödsinn!

(Abg. Lahmann [FDP]: Nein, aber mehr Aufträge an Land zu ziehen!)

Mehr Aufträge?

(Abg. Lahmann [FDP]: Können Sie!)

Das kann man?

(Abg. Lahmann [FDP]: Ja, das kann man!)

Jetzt wird mar auch klar, warum Sie die Dachgesellschaft vorschlagen! Sie wollen nach der nächsten

\*) Vom Redner nicht überprüft.

Bürgerschaftswahl dort Direktor werden, weil Sie sich so für besonders gut halten. (C)

(Abg. Lahmann [FDP]: Das sind Dinné-Überlegungen, mit so etwas befasse ich mich nicht!)

Herr Lahmann, die Situation ist doch heute die, verdient wird doch nur am Reparaturbetrieb. Wenn Sie nun also Neubauten aufgrund der internationalen Wettbewerbsverzerrungen erstellen,

(Abg. Lahmann [FDP]: Haben Sie eigentlich zugehört?)

wie machen Sie das denn in Ihrer neuen Gesellschaft? Stellen Sie sich einmal vor, Sie wären dort Direktor und hätten das zu koordinieren! Da wird ein Schiff gebaut beim Vulkan und ein Schiff bei Seebeck, und bei beiden Schiffen werden je 30 Millionen DM minus gemacht. So ist doch der normale Weg. Verteilen Sie das in Ihrer Gesellschaft auf die AG „Weser“ und die übrigen auch?

Da ist Herr Grobecker schon wirklich wesentlich weiter, er hat schon gesagt, die sich daraus ergebenden Probleme sind eben Rationalisierungs- und Arbeitsfreisetzungprobleme, dafür machen wir einen Pool, und wir hoffen, daß wir diesen Pool besser finanzieren als normale Arbeitslosigkeit. Das ist doch der Gedanke dahinter. Da sind Sie sozusagen in archaischen Vorstufen befangen, mehr kann man dazu nicht sagen. (D)

(Abg. Lahmann [FDP]: Wahrscheinlich! Sie haben wohl nicht zugehört!)

Insofern will ich es mir schenken, darauf weiter einzugehen.

(Abg. Lahmann [FDP]: Da haben Sie recht!)

Ich finde es auch irgendwie erniedrigend, Herr Lahmann, ich darf es einmal so sagen, daß Sie wirklich Dinge, die in der Luft liegen, wie die Modelle, die von dieser Firma vorgetragen worden sind, einfach nicht zur Kenntnis nehmen wollen.

(Abg. Lahmann [FDP]: Doch! Ich nehme das schon zur Kenntnis!)

Der Senatsdirektor — ich weiß nicht, der Wirtschaftssenator hat ja nichts dazu gesagt — hat in einem Aktenvermerk vom — das Datum können Sie sich aufschreiben — 11. 6. 1982 an den Bürgermeister geschrieben: Das Gutachten liegt nunmehr vor, die Bedingungen der Betriebsräte sind erfüllt. Er hat sie ausdrücklich in der Aktennotiz noch einmal genannt. Damit Sie sie alle lernen, wiederhole ich es noch einmal: erstens, Arbeitsplatzzerhaltung, zweitens, alle Bremer Werften im Lande Bremen, und drittens, Diversifikation sind erfüllt, und wir werden uns im Senat am 7. Juli damit befassen.

(A) Stimmt das, Herr Dr. Hennemann, oder stimmt das nicht?

(Senatsdirektor Hennemann: Das ist falsch! Ich habe geschrieben, der Vertrag liegt vor!)

Gut! Dann lesen Sie uns doch den ganzen Brief einmal vor, sonst muß ich den nachher noch vorlesen, das hält uns alle ja so lange auf!

(Heiterkeit)

Das nächste ist doch, daß der Wirtschaftssenator den Betriebsvertretern das gleiche wieder geschrieben hat. Herr Wedemeier, damit Sie nicht immer meinen, ich würde aus einer Richtung informiert, will ich Ihnen einmal einen Brief vorlesen, der sich auch auf das Gutachten bezieht, allerdings jetzt nicht auf die vorliegende Gutachtensache, sondern auf die aus dem Gutachten bereits angelaufenen Sensitivitätsanalysen der Belegschaften. Da schreibt der Betriebsrat der AG „Weser“, ein Sozialdemokrat als Betriebsratsvorsitzender, Gott sei Dank einmal einer, der den Rücken gerade macht und auch ausgestiegen ist aus diesem Betrugsmanöver, das die SPD sich da ausgedacht hat:

„An den Wirtschaftssenator Karl Willms, betreffend die Sensitivitätsanalysen der Belegschaft.“ — da werden die Fragen, wieweit die auf solche Sachen reagieren und wie das überhaupt mit der Mitbestimmung ist, ob die Betriebsräte nicht viel zu frech sind und so weiter aufgerollt, ich lese noch einen Satz vor — „Nach der gerade erst gebannten Gefahr, die die Erfassung von Betriebsratskandidaten durch den Verfassungsschutz darstellte, sollte der Senat sehr schnell und eindeutig alle Verdachtsmomente, die ihn als an einer viel weitergehenden Untersuchung einiger Betriebsräte in diesem Lande beteiligt erscheinen lassen, aufklären und derartige Planungen von vornherein unterbinden.“

(Abg. Adamietz [BGL]: Hört, hört!)

Wörtliches Zitat des Betriebsrats AG „Weser“ an den Wirtschaftssenator! Ein Sozialdemokrat an eine sozialdemokratische Landesregierung, die ihn dort verschaukelt!

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Von wann ist der Brief?)

Der Brief ist schon vom Anfang des Jahres, als die Sensitivität bereits in den Voruntersuchungen ausgedrückt worden war. Herr Senator wird das ja bestätigen, nehme ich an.

Dann möchte ich noch ganz kurz sagen, ich will das Gutachten, was hier also vorliegt, nicht weiter auseinanderplücken, ich werde es Herrn Kudella fünf Minuten zu treuen Händen übergeben. Sie können sich das ansehen und davon überzeugen, daß es das Gutachten ist.

(Abg. Gassdorf [CDU]: Darf er uns das auch sagen, anschließend?)

Nein, er darf es sonst niemandem zeigen, weil die Sache mit den Informanten sonst zu kitschig ist! Sie dürfen das auch nicht kopieren, ich hole es mir nach fünf Minuten wieder. Sie können sich davon überzeugen, daß darin nur fünf Modelle sind und daß ausdrücklich die Punkte eins bis drei darin nicht enthalten sind. Es handelt sich um die Punkte, daß die Arbeitsplätze dort nicht als Rahmenbedingung aufgenommen worden sind, eine Forderung der IG Metall und der Betriebsräte, daß des weiteren nicht alle Bremer Werften untersucht sind, das können Sie ganz schnell sehen, das ist die zweite Forderung der Betriebsräte und der IG Metall, und die dritte Forderung war Diversifikation. Davon ist auch nichts darin zu sehen. Informieren Sie sich!

Ich mache das deshalb mit Ihnen, Herr Kudella, nicht, weil Sie mir so sympathisch sind, ich habe da an und für sich andere Richtungen und so,

(Heiterkeit)

aber weil ich gemerkt habe, daß der Herr Schmidt Ihnen ja regelrecht gedroht hat. Ist Ihnen das eigentlich aufgefallen? Er hat gesagt, wenn Sie sich nicht an diesen Diskussionen beteiligen, die aufgrund der SPD-Politik in eine nationale Katastrophe führen können, dann entziehen Sie sich einer Verantwortung, die also sozusagen gesellschaftliche Folgen hat, die unabsehbar sind.

Gerade, Herr Kudella und die ganze CDU, wenn Sie sich immer — und sei es auch nur durch Enthaltung — an den Machenschaften des SPD-Senats, der von den eigenen SPD-Betriebsratsvorsitzenden ja scharf kritisiert wird, beteiligen, dann sind Sie diejenigen, die im Grunde genommen die Handreichung machen, damit der ganze Laden den Abgrund hinuntergeht! Deshalb bitte ich Sie, daß Sie sich das einmal ansehen und sich davon überzeugen, daß das Gutachten da ist, und dann auch wissen, wie gründlich Sie hier angeschissen werden. — Vielen Dank!

(Beifall bei der BGL — Glocke)

**Vizepräsident Ehlers:** Herr Abgeordneter Dinné, ich habe vorhin schon überlegt, als Sie das Wort Betrugsmanöver gebrauchten, ob ich eingreifen sollte. Nun muß man wohl sagen, daß das ein Begriff ist, der hier im Haus sicherlich nicht das erste Mal gefallen ist, aber den letzten Ausdruck, den Sie hier gebraucht haben, weise ich als unparlamentarisch zurück.

(Abg. Kunicke [SPD]: Dann müssen Sie aber seine Sozialisation bedenken, Herr Präsident!)

Das Wort hat Herr Senator Willms.

**Senator für Wirtschaft und Außenhandel und für Arbeit Willms:** Wenn man noch nicht aus der Fäkalphase heraus ist, wie soll es denn anders laufen!

(Heiterkeit bei der SPD —  
Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

(C)

(B)

(D)

(A) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kudella, aus Ihrem heutigen Auftreten kann ich an und für sich nur den Schluß ziehen, daß es überhaupt nicht reicht, wenn man Ihnen in und außerhalb einer Deputationssitzung Aufklärung darüber zu geben versucht, wie bestimmte Vorgänge sich entwickelt haben. Sie wiederholen wie eine tibetanische Gebetsmühle Ihre Vorwürfe — auch nach Aufklärung. Es ist schlimm!

In dieser Deputationssitzung haben wir Ihnen gerade zum Kapitel Preis erklärt, daß dieser Preis, der ja vom Leistungsumfang, den die Unternehmen zu erbringen haben, abhängig ist, daß wir über diesen sehr, sehr lange mit den Unternehmen haben diskutieren müssen. Dieser Preis war auch deshalb nicht zu fixieren, weil wir mit den Unternehmungen über den Leistungsumfang sehr lange gesprochen haben und dies nicht zuletzt, weil einige Forderungen von seiten der IG Metall eingebracht werden sollten in die Untersuchung, die also auch mit abgesteckt werden mußten.

Das bestimmte dann letztendlich den Preis und versetzte uns überhaupt erst in die Lage, der Deputation einen präzisen Vorschlag zu machen, welchen Anteil dieses Preises wir bezahlen sollten. Solange der Preis nicht fixiert war, ging das gar nicht anders, und das erklärt im Grunde genommen dann auch das Vorlegen —.

(Abg. Kudella [CDU]: Aber der Auftrag ist im Januar erteilt worden!)

(B) Nein, der Auftrag ist aber unbestimmt erteilt gewesen! Er ist im Grunde genommen von der Auftragsfixierung bis hin zum Preis erst in den letzten Wochen festgelegt worden und deshalb also die späte Vorlage in der Deputation.

(Zuruf des Abg. Adamietz [BGL])

Ich glaube, Sie hätten das begriffen, aber Sie haben es offensichtlich jetzt noch nicht begriffen! Ich gebe es Ihnen zur Not schriftlich, oder lesen Sie das Protokoll nach!

Ich glaube aber, es muß zu den Arbeitsabläufen hier tatsächlich noch etwas gesagt werden, weil das offensichtlich für viele ein fremdes Kapitel ist. Wir haben drei Auftraggeber für dieses Gutachten, um das jetzt also wirklich einmal in epischer Breite vorzutragen. Das ist nicht bloß der Senat, es sind auch zwei Anteilseigner dabei, nämlich Krupp und Thyssen-Bornemisza-Europa. Diese haben einen bestimmten Auftrag gegeben, der zunächst einmal die Ermittlung entscheidungserheblicher Faktoren erforderlich machte.

Diesen Auftrag teilen sich im übrigen drei Unternehmen, nämlich die Firma Knight-Wegenstein, die Firma Kienbaum und die Treuarbeit. Das erklärt möglicherweise einen Großteil der Mißverständnisse, die bei Herrn Dinné aufgetaucht sind. Ihnen wird offensichtlich nur Material zugespielt, was aus einem Bereich kommt, nämlich die Untersuchungsergebnisse, die Knight-Wegenstein bei der Untersuchung des

ihr zulaufenden Arbeitsanteils — nämlich der Untersuchung des Bereichs AG „Weser“ und Vulkan — erarbeitet. Das ist Ihnen in die Hände geraten. Die Firma Kienbaum befaßt sich mit den anderen Unternehmen. Ich empfehle Ihnen, setzen Sie sich einmal auch auf die andere Fährte, dann wissen Sie gleich, daß wir nicht nur zwei Unternehmensbereiche untersuchen, sondern auch alle anderen!

Es gibt jetzt lediglich erst einmal diese Basis-sammlung, so habe ich das genannt, die Sammlung der Faktoren, die überhaupt in die Rechnung eingebracht werden können.

Der nächste Schritt ist der, daß man die Modelle, in die man überhaupt einsteigen will und mit denen man sich befassen will, festzulegen versucht. Das ist eine Aufgabe, die sich Lenkungsausschuß und Gutachter teilen. Dieser Lenkungsausschuß besteht aus den Auftraggebern, die ich Ihnen erst genannt habe, und der IG Metall. Die IG Metall läßt sich wiederum begleiten von dem Koordinierungsausschuß, den Herr Weinkauf hier vorgestellt hat. Jetzt diese Modelle mit Arbeitstiteln zu bezeichnen und zu sagen, diese Richtungen wollen wir einmal rechnen, überlegen, das ist das Aufstellung der Gleichung, ohne aber die Lösung zu haben, wenn Sie vielleicht in diesen mathematischen Denkweisen folgen können.

Dieses Durchrechnen und das Vorlegen von Ergebnissen, das fehlt bis zum heutigen Tage. Es ist aber die unbedingte Voraussetzung und Notwendigkeit, wenn man überhaupt in eine fundierte Diskussion einsteigen will, daß man erst einmal die Rechenmodelle vorliegen hat. Man muß erst die Rechenaufgabe aufschreiben, diese Aufgabe dann durchrechnen und das Ergebnis diskutieren. Letzteres könnten wir noch nicht, denn es gibt bis zum heutigen Tage nicht einmal die Faktoren, weil tatsächlich die beiden Unternehmen damit noch nicht zu Ende sind, die in die Untersuchung der Werften einsteigen, und weil — ein ganz entscheidender Faktor — die Treuarbeit, die insbesondere betriebswirtschaftliche Untersuchungsergebnisse hinzuzuliefern hat, auch da noch nicht eingestiegen ist.

Das ist die Situation, so wie sie sich heute darstellt. Mit anderen Worten, Sie führen hier tatsächlich ein Theater vor, das nur aus Halbweisheiten und Halbwahrheiten besteht.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Gassdorf.

Abg. Gassdorf (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich gehöre zu dem großen Kreis der Abgeordneten, die sich nur auf das beziehen können, was dem Haus vorliegt, und zwar auf den Antrag der Gruppe der BGL, da heißt es im ersten Satz, ich zitiere das: „Das nunmehr vorliegende, zu einem Drittel (entspricht einer halben Million DM) mit öffentlichen Mitteln finanzierte Gutachten zur Fusion der beiden Bremer Großwerften ist vom Senat zu veröffentlichen.“

(C)

(D)

(A) Ich stelle fest, nachdem ich zugehört habe, es hat gesprochen der Senator, er hat beim dritten Versuch dann endlich zugegeben, daß in der Tat mehr vorliegt, als er von Anfang an uns glauben machen wollte, daß es vorliegt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das ist die erste Erkenntnis! Der Senator kommt scheinbar mit diesen Informationen heraus, befaßt sich permanent mit Herrn Kudella, der genauso wenig weiß wie die meisten Abgeordneten dieses Hauses, insbesondere die der CDU-Fraktion, um anschließend zugeben zu müssen, daß er wieder einmal bei seiner Strategie erwischt worden ist, uns hinter das Licht zu führen oder nur scheinbar- und tröpfchenweise die Informationen zukommen zu lassen.

Nun müssen wir uns weiter ansehen, der Abgeordnete Dinné, der Antragsteller, hat von Anfang an nicht bestritten, etwas zu wissen, er hatte etwas in Händen und hat auch nie mehr behauptet als das, was er in diesem Antrag geschrieben hat, nämlich über ein Drittel der Daten zu verfügen, und er bittet, daß sie bekanntgegeben werden. Der Senator hat es nun bestätigt, diese Daten lagen vor, inzwischen hat er sie Herrn Kudella gegeben, der darf sich nun auch einlesen. Von daher hat dieses Teilergebnis in diesem Haus durchaus etwas gebracht, der Informationsstand hat sich angenähert.

(B) Eine weitere Bemerkung, die ich machen muß: Der Abgeordnete Weinkauf wußte auch etwas, er hat zwar uns gesagt, wir wollen hier nicht werten, aber dann kam er mit seiner Wertung. Er hat dann zugegeben, das wollte er wahrscheinlich gar nicht, er hat sich wohl versprochen, er kritisiert uns, haltet euch zurück, wir sind noch nicht soweit. Anschließend bekommen wir seine wertende Meinung vorgetragen.

Ähnlich war es mit dem Abgeordneten Schmidt, auch er wußte Bescheid. Ich räume ein, ein Teil der Sozialdemokraten ist ebenso nicht informiert wie die CDU-Fraktion insgesamt, aber das ganze Szenario ist, muß ich sagen, in höchstem Maße zu kritisieren. Ich hoffe, daß sich das hier nicht wiederholt, daß wir in dieser Weise, sagen wir einmal, so scheinbarweise der Wahrheit angenähert werden. Das kann nicht dem Stand des Hauses entsprechen.

Nun muß ich einmal eben ein Wort sagen zum Abgeordneten Lahmann. Herr Kollege Lahmann —

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Ich höre zu!)

gut! —, ich möchte Sie nur an folgendes erinnern: Sie haben Ihren Beitrag damit begonnen, daß Sie den Abgeordneten Dinné kritisierten und sagten, das verstünden Sie gar nicht, daß schon wieder diese Fusionsdebatte, von wegen, Sie sähen das nicht ein, es gebe ja gar nichts zu debattieren. Dann kam, lassen Sie mich das einmal so formulieren, der dicke Hund.

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Nein, wieso?)

Herr Lahmann muß sich sehr lange mit diesem Thema befaßt haben, (C)

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Natürlich!)

obwohl es doch eigentlich ein langweiliges war. Sie sind doch am Schluß mit Ihrem Werften-Unterweser-Sanierungs-Joker gekommen, mit dem möchte ich mich noch einen Augenblick lang befassen, Herr Kollege Lahmann.

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Bitte sehr, ja, ist gut, war kein Fusionsverschlagn!)

Nein, es war eigentlich mehr! Eigentlich war ihr Beitrag wert, noch einmal begutachtet zu werden, um anschließend in Gold und Silber eingegossen zu werden. Ich sage Ihnen eines, wenn das so einfach ist, wie Sie das hier dargestellt haben, müßten draußen schon sämtliche Telefone klingeln und alle Vorstände, alle Unterweserwerften darum bitten, eine Audienz bei Ihnen zu bekommen, damit es morgen so läuft, wie Sie es hier vorgeschlagen haben.

(Beifall bei der CDU — Abg. L a h m a n n [FDP]: So kann man das natürlich auch machen!)

Herr Lahmann, ich räume ein — Fair play — wenn das so wäre, würden sich alle freuen, wir auch, warum soll man das nicht neidlos anerkennen, aber soweit sind wir leider noch nicht, muß ich sagen. Deshalb nur zwei Beispiele:

(Abg. W e d e m e i e r [SPD]: Konstruktiv ist das nicht, was Sie hier sagen! — Abg. L a h m a n n [FDP]: Denken Sie man einmal erst darüber nach!)

(D)

Herr Lahmann, zu Finanzen äußere ich mich nie, aber zu diesem Bereich möchte ich mich äußern, weil ich darin ein bißchen stecke. Ich habe nichts vorzuschlagen, ich wollte nur fragen, ob ich Herrn Lahmann richtig verstanden habe.

Herr Kollege Lahmann, die Werften haben doch zwei Tätigkeitsbereiche, das eine ist das Reparaturgeschäft, das ist kurzfristig da, das kennen Sie auch. Meistens wird es keine Reparaturgeschäfte geben, die über Wochen und Monate dauern, meinetwegen ein Touristikschiff der Russen oder die Norway.

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Das kommt auch einmal vor, wie Sie sehen!)

Das kommt auch einmal vor, aber die Norway ist dann erst einmal durch, und eine andere Norway sehe ich noch nicht, also müssen wir uns ja mit morgen beschäftigen und nicht mit der gestrigen Norway, wenn Sie mir da wenigstens in diesem Punkt folgen! Ich wünschte, es gäbe noch mehr, aber es gibt diese Großreparaturen nicht, laßt uns also bitte Nägel mit Köpfen machen!

Das Reparaturgeschäft fällt kurzfristig an und wird von der Werft betrieben, die am nächsten daran ist, die Kapazitäten kurzfristig zur Verfügung hat. Es kann durchaus passieren, daß die eine oder andere

- (A) Werft dann sagt, der Vulkan möge bitte 200 Schweizer abgeben, da sie kurzfristig benötigt werden. Das ist der Poolgedanke im Wege des Reparaturgeschäfts, darüber kann man ja noch nachdenken.

(Abg. **Wilhelms** [CDU]: Das machen sie ja jetzt schon! Das ist nichts Neues!)

Das machen die jetzt schon, und das ist auch wirklich nichts Neues! Nun geht es ja noch um das Neubaugeschäft. Bekanntlich ist die AG „Weser“ voll auf Neubau ausgerichtet, der Vulkan in großen Teilen auch und andere Werften in Bremerhaven ebenfalls, mit Ausnahme Hapag-Lloyd, die eigentlich immer nur Reparaturgeschäfte betrieben haben. Herr Kollege Lahmann, warum hat denn das von Ihnen jetzt erneut vorgetragene Modell zum Beispiel im Zusammenhang mit der Europa gar nicht geklappt?

(Abg. **Wedemeier** [SPD]: Das wissen Sie doch genau, weil der Vulkan-Vorstand dazu zu — —! — Abg. **Kunick** [SPD]: Hochnäsig war!)

Ich frage den Kollegen Lahmann: War es damals so, daß der Bremer Vulkan der AG „Weser“ Teile des Auftrags mitgegeben hatte für die Europa, und ist es nicht auch richtig, daß die beiden Werften wohl noch heute vor Gericht liegen, weil die AG „Weser“, als ein großer Verlust erkennbar war, gesagt hat, wir ziehen uns daraus zurück?

- (B) (Abg. **Lahmann** [FDP]: Meinen Sie, daß das gegen das Modell spricht? Das ist doch Unfug!)

Herr Kollege Lahmann, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, das spricht deshalb dagegen, weil der Denkansatz von Anfang an falsch ist! Es gibt kein Schiff, das Sie hier als Neubau an eine deutsche Werft bekommen können, ohne daß dabei Verluste entstehen.

(Abg. **Lahmann** [FDP]: Das ist falsch! — Abg. **Wedemeier** [SPD]: Das ist wirklich falsch!)

Ja, bei Ihnen ist alles falsch, aber trotzdem ändert es nichts daran!

(Abg. **Lahmann** [FDP]: Das ist objektiv falsch, dann können Sie ja alle Werften schließen!)

Sie wollen ein Modell schaffen, ich sage ja, deshalb werden die Werften auch alle anrufen, weil die von Ihnen hören wollen, wie das nun geht. Ich wollte nur sagen, Herr Kollege Lahmann, es ist zwar ein Gag für Sie, daß Sie diese Gelegenheit benutzt haben, dieses Denkmodell nun vorzutragen. Aber bitte machen Sie das dann mit dem nötigen Ernst, mit dem nötigen Grundlagenmaterial und so ausgestattet, daß es, wie gesagt, Nägel mit Köpfen aufweist! Ich sehe weder Nägel noch Köpfe, und deshalb wollte ich

noch einmal darauf hinweisen, der Gag hat Ihnen im Moment recht gegeben! (C)

(Abg. **Lahmann** [FDP]: Das ist kein Gag!)

Aber verschonen Sie uns bitte mit Modellen, die nicht mehr sind als ein Gag! Funktionieren kann das Modell nicht, sonst — wie gesagt —, würden wir morgen mehr wissen, weil die Werftunternehmer bei Ihnen anrufen und sagen, laßt es uns gemeinsam machen! Lieber Herr Lahmann, bitte nicht so, kommen Sie mit seriösen Vorschlägen, und wir können darüber sprechen und auch in eine Diskussion eintreten!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen hier nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

(Abg. **Kudella** [CDU]: Ich wollte die Änderung des letzten Satzes ansagen!)

Bitte sehr, der Abgeordnete Kudella zur Geschäftsordnung!

Abg. **Kudella** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir beantragen, daß der letzte Satz wie folgt geändert wird. Es soll heißen, auch im Lichte dieser Debatte hier eben: „Die Bürgerschaft lehnt eine gefilterte Information entschieden ab“ und so weiter. Die Worte „Informationen an Gesellschaft in Klassengrenzen“ sollen durch „gefilterte Informationen“ ersetzt werden. (D)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, es ist uns also ein Änderungsantrag von der CDU eingereicht worden, der letzte Satz soll heißen: „Die Bürgerschaft lehnt eine gefilterte Information entschieden ab, und gibt mit diesem Beschluß dem Senat Gelegenheit, sich zu korrigieren.“

Wird dieser Änderungsantrag übernommen vom Antragsteller?

(Abg. **Dinné** [BGL]: Wir wollen erst einmal sehen, wie die SPD sich verhält!)

Ich lasse dann zunächst über den Änderungsantrag abstimmen.

Wer der Änderung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, BGL und Abg. **Willers**)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen FDP)

Stimmenthaltungen?

(SPD)

Ich stelle fest, die Änderung ist abgelehnt.

(Abg. **Adamietz** [BGL]: Wir haben uns entschlossen, diese Änderung zu übernehmen!)

(A) Ich habe vorher gefragt, ob Sie die Änderung übernehmen wollen. Jetzt ist darüber entschieden, auf solche Kaspereien lassen wir uns hier nicht ein.

(Beifall bei SPD und FDP)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den vorliegenden Antrag Drucksache 10/830.

Wer dem Antrag der Gruppe der Bremer Grünen Liste mit der Drucksachen-Nummer 10/830 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, BGL und Abg. Willers)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und FDP)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

(Abg. Adamietz [BGL]: Sie können aber trotzdem nicht an unserem eigenen Antrag herummanipulieren!)

#### Verführung von Kindern durch staatlich geförderte Spielautomaten

Antrag der Gruppe der BGL  
vom 8. Juni 1982  
(Drucksache 10/832)

(B)

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, umgehend die Spielautomaten für Kinder aus seinem Einflußbereich zu entfernen, um weiteren Schaden an der Entwicklung Heranwachsender zu verhindern.

Dinné und Gruppe der BGL

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Dinné.

Abg. Dinné (BGL)\*: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unser Antrag bezieht sich auf aktuelle Erfahrungen in bremischen Bädern und andernorts, und er wird, glaube ich, aus seinem Wortlaut an sich klar. Wir wollen nur sagen, daß zum Beispiel die Schulkonferenz des Gymnasiums An der Hamburger Straße einstimmig einen Antrag verabschiedet hat, den ich einmal vorlesen darf:

„Wir wenden uns entschieden gegen die Verführung unserer Schüler zum Spielen an elektronischen Spielautomaten in einer unserer Unterrichtsstätten.“ Dort also das gleiche! „Wir bitten, den zuständigen Senator für Soziales, Jugend und Sport zu veranlassen, daß der Spielautomat aus der Eingangshalle des Zentralbades entfernt wird.“

Ich darf mich jetzt auf einen Brief beziehen, der die Antwort des Sozialsenators auf diesen Antrag der Schule An der Hamburger Straße darstellt. Ich lese einmal einen Teil dieses Briefes vom 27. Mai

\*) Vom Redner nicht überprüft.

1982 vor. „Die öffentlichen Bäder sind wegen ihres hohen Personal- und Energieaufwandes in sehr starkem Maße von Zuschüssen der Stadtgemeinde Bremen abhängig. Durch Eintrittspreise wird höchstens ein Drittel der insgesamt entstehenden Kosten erwirtschaftet. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes werden auch von Kindern und Jugendlichen Eintrittspreise erhoben. Zusätzliche Einnahmen erzielt die Gesellschaft für öffentliche Bäder aus der Verpachtung von Kiosken, der Bereitstellung von Spiel- und Sportgeräten und“ — last not least — „der Aufstellung nicht jugendgefährdender Spielgeräte.“

Ich gehe davon aus, daß es zunächst Sache der Eltern ist zu entscheiden, ob sie ihren Kindern die Inanspruchnahme der verschiedenartigen Angebote in Frei- und Hallenbädern dadurch ermöglichen, daß sie ihnen Geld in die Hand geben. Kommen Kinder und Jugendliche im Verband einer Schulklasse oder als Sportgruppe, wird der Gruppenleiter unter Beachtung des Willens der Eltern zu entscheiden haben, ob und welche Spielangebote aufgenommen werden.“ Die Antwort des Sozialsenators geht noch weiter. Vor dem Teil der Antwort, den ich zitiert habe, wird vom Sozialsenator noch der Begriff Spielgerät so definiert — ich will das nicht alles vorlesen —, daß Spielgeräte von ihm nur als solche verstanden werden, die auch mit Geldgewinnmöglichkeiten verbunden sind. Also, diese Geräte, wie sie zum Beispiel im Zentralbad und andernorts stehen, in denen so Punkte aufeinander schießen, und es knallt, und es gibt Explosionen, und die Punkte fliegen auseinander, die werden nicht als Spielgeräte sondern die werden anscheinend als jugendförderndes Spielmaterial angesehen. Spielgeräte sind also nach Definition des Sozialsenators nur diejenigen Geräte, die mit Geldgewinnmöglichkeiten verbunden sind.

Meine Damen und Herren, auch der Hinweis darauf, daß Eltern oder Lehrer darauf Einfluß nehmen könnten, den halte ich regelrecht für infam. Erstens ist es so, das wissen Sie von Ihren eigenen Kindern auch, wenn dort eine Kindergruppe hinget und Sie geben Ihrem eigenen Kind kein Geld mit und die anderen spielen dort, fühlen die sich zurückgesetzt, und es entsteht der allgemeine Leistungs- und Konkurrenzdruck, wie es immer so schön heißt. Der endet oft damit, daß die Kinder nach Hause gehen und Geld klauen, weil sie einfach mithalten wollen. Erste Stufe also, der Sozialsenator erzieht Kinder zum Klauen.

Weiter ist es so, daß auch das Lehrpersonal,

(Abg. Stelljes [SPD]: Sind Sie noch ganz normal?)

meine Damen und Herren, keine Möglichkeit hat —. Ja, das kann man so sagen, das wissen alle Erzieher im Lande Bremen! Nur der Kollege Stelljes,

(Abg. Stelljes [SPD]: Das ist bei Ihnen zu Hause wohl so!)

der bekommt das in der heilen Welt von Bremen-Nord nicht mit!

(C)

(D)

(A) Des weiteren ist es so, daß das Erziehungspersonal, meine Damen und Herren, fast keinen Einfluß auf die Möglichkeit hat, die Kinder dort zu steuern. Wenn Sie dort einmal baden gehen sollten, werden Sie feststellen, daß es so ist, daß die Kinder in die Dusche schon hineingezerrt werden müssen. Kaum ist der Lehrer, der ja nicht alle im Blick haben kann, mit den ersten Kindern im Bad verschwunden und sieht noch einmal nach, was die anderen machen, stellt er fest, daß die wieder aus dem Duschaum gelaufen sind, sich eine Unterhose oder etwas anderes angezogen haben und dort unten oft im Hemd an diesen Automaten spielen. Jedenfalls dem Lehrer anzulasten, daß der entscheiden könnte, ob die da spielen oder nicht, ist genauso eine Infamie!

Wir sind im Grunde der Meinung, daß diese Form von öffentlich unterstützten Spielgeräten der Einstieg in die allgemeine Welt der Illusionen ist bis hin zu dem noch weiterführenden Spieltrieb, bei dem es dann natürlich auch um Geld geht, und diese Welt der Illusionen nehmen dann natürlich auch mit Drogen und Alkohol und so weiter ihr Ende.

(B) Meine Damen und Herren, was ich hier erzähle, klingt vielleicht ein bißchen kurzgegriffen, aber darüber sind sich im Grunde genommen die Pädagogen einig. Die Krönung dessen ist, genau wie mit der Frage der Spielhöhlen in der Böttcherstraße, ob zum Beispiel das bremische Staatsdefizit über solche Sachen auch noch finanziert werden soll. In dem Brief wird ja unverhohlen erklärt, daß die hohen Unkosten der öffentlichen Badeanstalten zum Teil mit diesen Dingen finanziert werden dürfen.

(Zuruf des Abg. J a i s i n g [SPD])

Ja, da stöhnt der Genosse Jaising, das habe ich gerade vorgelesen, das steht in diesem Brief, der stöhnt offensichtlich über seinen eigenen Sozialsenator! Genauso wie die Betriebsräte bei den geplagten Werften sich über ihre sozialdemokratischen Senatoren beschwerten, so stöhnt der Kollege Jaising über die Antwortschreiben, die der Sozialsenator auf einstimmige Elterngremienbeschlüsse von Schulen gibt.

(Abg. Gerhard Fischer [SPD]: Das wird langsam unerträglich, dem Gelabere noch zuzuhören!)

Vielleicht sagst du einmal etwas Handfestes dagegen!

(Abg. Gerhard Fischer [SPD]: Ich sage gleich etwas darüber, was die Kollegen im Betrieb über dich denken!)

Mach dir doch einmal Gedanken darüber, warum euch die Leute wirklich scharenweise weglaufen! Ihr macht doch eine solche Politik,

(Abg. Gerhard Fischer [SPD]: Das wird unerträglich!)

die wirklich nicht nur im Endergebnis in den Abgrund führt, sondern ihr erzieht die Leute ja schon

zum Abgrund, ihr erzieht die Leute zum Glücksspiel, und ihr erzieht die Leute dazu, daß eure Staatsdefizite überhaupt nur noch über Glücksspiele, teilweise jedenfalls, finanziert werden können. Das ist doch das Problem, was dahintersteckt! (C)

Aus den Gründen bin ich der Meinung, wir sollten die Landesregierung beauftragen, von dieser Art die Landesregierung beauftragen, von dieser Art zusehen, das soll abgeschafft werden, damit die Perspektiven, die sich dahinter eröffnen, nicht länger ungut im gesellschaftlichen Raum stehen. — Vielen Dank!

(Beifall bei der BGL)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Kietzer.

Abg. **Kietzer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist grundsätzlich davon auszugehen, daß Spielhallen oder Spielautomatenräume Gefährdungen für Kinder und Jugendliche darstellen.

(Abg. D i n n é [BGL]: Aha, sag das einmal den Genossen!)

Dem hat der Gesetzgeber durch Paragraph 7 Jugendschutzgesetz in der Fassung vom 27. 7. 1957 Rechnung getragen. Das Gesetz zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit bezeichnet als Spielautomaten Geräte, die mit Geld betrieben werden und Gewinne ausschütten können. An solchen Geräten ist Jugendliche das Spielen verboten. Solche Geräte sind aber nach allen uns vorliegenden Informationen in keiner Einrichtung der öffentlichen Hand in Bremen in Betrieb. (D)

(Beifall bei der SPD)

Es konnten in Bremen keine Automaten ausfindig gemacht werden, die aus nachweislich jugendgefährdenden Gründen ein gesetzliches Einschreiten zulassen. Eine Marktbeobachtung wird weiterhin von Mitarbeitern des Jugendamtes durchgeführt. Für den Antrag der BGL gibt es daher keinen Grund. Die SPD-Fraktion sieht ihn als überflüssig an und wird diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist allerdings richtig, daß mit der zunehmenden Anzahl der in der Öffentlichkeit aufgestellten Unterhaltungsautomaten der im Jugendschutzgesetz verankerte Schutzgedanke, der sich im Aufenthaltsverbot für Kinder und Jugendliche in Spielhallen konkretisiert, unterlaufen wird. Deshalb unterstützt die SPD-Fraktion die Bemühungen des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, eine Änderung des Jugendschutzgesetzes zu erreichen. Die auch vom Bundeskabinett in seiner Sitzung vom 2. Juni bereits beschlossenen Änderungen sehen hier zum Beispiel vor, Videospiegelgeräte dürfen

(A) nur in gewerblich genutzten Räumen aufgestellt werden, also zum Beispiel in Gaststätten,

(Abg. Dinné [BGL] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Spielgeräte, mit denen Gewalttätigkeiten gegen Menschen dargestellt werden oder die die Verherrlichung und Verharmlosung des Krieges zum Gegenstand haben, dürfen nicht an Orten aufgestellt werden, zu denen Kinder und Jugendliche Zutritt haben.

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. Kietzer (SPD): Nein, ich möchte meine Ausführungen zu Ende führen!

Aus diesem Grunde, Herr Dinné, sind die Automaten, die Sie vorhin auch angesprochen haben, im Zentralbad bereits entfernt worden.

(Abg. Dinné [BGL]: Was, vor zwei Tagen waren die noch da!)

Ja, da müssen Sie sich einmal erkundigen! Nach wie vor gilt, Spielhallen bleiben Jugendlichen verboten.

(Zurufe)

(B) **Präsident Dr. Klink:** Das Wort hat der Abgeordnete Kietzer! Im Augenblick hat nur der Abgeordnete Kietzer das Wort, sonst niemand! — Bitte sehr!

Abg. Kietzer (SPD): Nach wie vor gilt, Spielhallen bleiben Jugendlichen verboten und Spielautomaten mit Gewinnmöglichkeiten ebenfalls. Die SPD-Fraktion ist der Meinung, daß dieses Gesetz in seiner neuen Fassung einen weiteren Beitrag dazu leistet, daß Minderjährige vor bestimmten Gefährdungen geschützt werden. Wir Sozialdemokraten werden darauf achten, daß wie bisher in unserem Land der Jugendschutz ernst genommen und auch beachtet wird.

Es gibt sicherlich Anliegen in der Politik, die durch die Grünen glaubhafter vertreten werden als durch andere Parteien. Damit meine ich allerdings nicht Sie von der BGL. Wenn Sie sich jetzt hier als selbsternannte Jugend- und Tugendwächter profilieren wollen, ohne daß es dafür einen Grund gibt,

(Abg. Adamietz [BGL]: Warum haben Sie die Automaten dann entfernt, wenn es keinen Grund gibt? — Heiterkeit bei der CDU)

dann ist dies ein erneuter Beweis dafür, Herr Adamietz, daß Ihnen nicht nur die eigene Basis, sondern auch die Themen abhanden gekommen sind.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat der Wort der Abgeordnete von Schönfeldt.

(C) **Abg.v. Schönfeldt (FDP)\*:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Fraktion ist der Auffassung, daß solche Automaten, ob jetzt Unterhaltungsspielgeräte oder Glücksspielautomaten, natürlich nicht in die Räume gehören, die Kindern in der Regel zugänglich sind. Aus Jugendschutz- und pädagogischen Gründen ist, glaube ich, Einvernehmen in diesem Hause, daß dies unzulässig ist.

(Beifall bei der FDP)

Wenn der Senat in seinem Einflußbereich die Möglichkeit hat — was immer man darunter versteht, ich bin gefragt worden, ob so ein Automat auch im Rathaus stünde oder wo immer, wir werden vielleicht darüber Aufklärung bekommen —, wenn der Senat Einfluß hat, solche Geräte aus Räumen, die Kindern zugänglich sind, zu entfernen, so gehe ich davon aus, daß er das tun wird, er muß das tun. Sofern er das noch nicht getan hat, werden wir diesem Antrag zustimmen, ohne uns aber nun mit der Begründung, Herr Dinné, die Sie hier abgegeben haben, zu identifizieren. — Ich bedanke mich!

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Willers.

(D) **Abg. Willers:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte einen Aspekt schildern, der mich an der Angelegenheit besonders ärgert, nämlich den, daß der Senator, der für das Wohl unserer Jugend von Regierungsseite her verantwortlich ist und der sich immer wieder auch als Reparaturbetrieb im sozialen Bereich bei Jugendlichen und Kindern betätigen muß oder soll oder will, daß eben dieser Senator gleichzeitig im Aufsichtsrat der Gesellschaft für öffentliche Bäder ist. Da möchte ich einmal einen kurzen Vorfall, den mir ein Elternteil geschildert hat, hier zum besten geben. Ein Vater hat sich darüber aufgeregt, daß im Bereich der Gesellschaft für öffentliche Bäder solche Automaten stehen, und, Herr Kietzer, zur Aufklärung, es sind eben nicht alle Automaten entfernt worden, vielleicht die, in die man Geld steckt und aus denen man gelegentlich etwas herausbekommt, aber es gibt auch noch andere Automaten, die meiner Ansicht nach jugendschädigend sind. Also, dieser Senator ist, als ihm gesagt worden ist, wo solche Automaten stehen, sehr empört gewesen und hat gesagt, das sei ja eine Schweinerei, und da müsse er sofort tätig werden. Nach einer ganzen Reihe von Tagen hat derselbe Vater dann bei der Gesellschaft für öffentliche Bäder angerufen und gefragt, ob der Senator denn nun tätig geworden sei, und dort wußte man nichts davon, und bis heute ist auch nichts in der Richtung bekanntgeworden. Das ist diese Art von, ja das ist auch eine Art von Breitbandlüge der SPD.

(Abg. Gerhard Fischer [SPD]: Was heißt hier auch?)

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Ich meine, der Verweis darauf, daß beim Bundesminister für Jugend durch die Bremer SPD Unterstützung zu erwarten sei, daß ein Bundesgesetz geändert wäre, ist so eine typische Verschiebung des Problems auf höhere Ebenen. Das ist vielleicht gar nicht einmal nötig. Werden Sie doch einmal in dem Bereich tätig, in dem Sie selbst Einfluß haben, zum Beispiel Senator Scherf, indem er ganz kurz einmal eben bei der Gesellschaft für öffentliche Bäder interveniert und dafür sorgt, daß Killerautomaten — das sind diese Dinger, mit denen man so Gegner einen nach dem anderen abschießen kann — aus dem Waller Bad entfernt werden! Da steht nämlich so einer, mindestens da.

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort Herr Senatsdirektor Dr. Hoppensack.

(Abg. Adamietz (BGL): Ich denke, der Senator will den Senatsdirektoren nicht die Politik überlassen!)

**Senatsdirektor Dr. Hoppensack:** Das tut er auch nicht, Herr Abgeordneter! Aber Herr Senator Dr. Scherf ist im Augenblick auf dem Weg hierher, und deswegen müssen Sie mit mir vorlieb nehmen!

Zunächst einmal ist festzustellen, daß das Antwortschreiben, das Herr Dinné hier vorgetragen hat, der damals und auch noch heute geltenden Rechtslage entspricht, nämlich daß der Automat, der da in diesem Schreiben von der Briefschreiberin angesprochen worden ist, im Zentralbad tatsächlich zu denen gehört, die bis zum heutigen Tag vom Gesetz zugelassen sind.

(B)

Auf der anderen Seite ist richtig, und das ist eine Novität seit 14 Tagen, daß das Bundeskabinett eine Neufassung des Gesetzes zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit vorgelegt hat, wo gerade jetzt diese Automaten auch dann, wenn sie keine Gewinnmöglichkeiten bieten, die sich aber in für jedermann zugänglichen und damit auch für jugendliche zugänglichen Orten befinden, diese Automaten ebenfalls als unzulässig angesehen werden. Das ist der Entwurf, wie er jetzt vorliegt.

Darüber wird im Augenblick in den Ausschüssen, auch des Bundesrates, heftig gestritten. Es gibt Leute, die der Meinung sind und das auch mit gutem Grund sein können, auch Pädagogen, daß es durchaus auch zu vertreten sei, Jugendlichen solche Möglichkeiten nicht von vornherein abzuschneiden, also alles wegzuschützen, was überhaupt nur Gefahrenquellen auslösen kann, sondern sehr viel stärker die Bemühungen darauf zu richten, daß Kindern der sinnfällige Umgang mit so etwas ermöglicht wird.

(Beifall bei der SPD)

Sie kennen ja die Debatte mit den Pornoheften. Auch da gibt es eine heftige Diskussion der Fachwelt, ob man dadurch Schaden verhindern kann, indem man alles wegschützt, oder ob man nicht sinnfälligerweise einen angemessenen Umgang mit so etwas fördern soll, indem man eine kritische Auseinandersetzung fördert.

(C) Aber gut, hier ist ein Gesetzgebungsverfahren im Gange, und der Senator für Soziales, Jugend und Sport hat als Aufsichtsbehörde, auch Herr Senator Dr. Scherf als Vorsitzender des Aufsichtsrates, auf die Geschäftsführung der Gesellschaft eingewirkt, damit diese Geräte entfernt werden. Sie können davon ausgehen, daß Sie diese Dinge dort noch in dieser Woche nicht mehr antreffen werden. Damit sollte man vielleicht die Dinge auf sich beruhen lassen.

Im übrigen muß man hier einer Geschäftsführung, die gerade in den heutigen Zeiten aufgefordert ist, mit den vorhandenen Mitteln, auch mit den öffentlichen Zuschüssen, so sparsam wie möglich umzugehen, den Gedanken wohl zubilligen, ob man mit Apparaturen, die zumindest bis heute nicht verboten sind, vielleicht auch die Ertragslage der Gesellschaft etwas erträglicher machen kann. Nur ein Vergleich, auch wenn wir solche Argumente letztendlich nicht haben gelten lassen: Man könnte mit solch einem Apparat dafür sorgen, daß ein Arbeitnehmer in dieser Gesellschaft auf Dauer weiterhin einen Arbeitsplatz behält.

Ich will nur sagen, dieses Argument wird vertreten! Wir haben uns ihm aber nicht angeschlossen, Herr Dinné, bevor Sie sich an dieser Stelle weiter aufpumpen, sondern wir sagen, es sei wohl schlechterdings nicht vertretbar, auf der einen Seite einen Jugendschutz modern zu organisieren und auf der anderen Seite die Gesichtspunkte der Ökonomie durchschlagen zu lassen. Wir haben uns zu einem vernünftigen Jugendschutz entschlossen und darauf hingewirkt, daß diese Apparate entfernt werden.

(D)

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Ehlers.

Abg. Ehlers (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Dinné, gestatten Sie mir eine Vorbemerkung, bevor ich zu dem Antrag einige wenige Worte sage! Ich bin ein leidenschaftlicher Anhänger politischer Auseinandersetzungen, und ich glaube, das in mehreren Debatten, auch und gerade bei Auseinandersetzungen mit Herrn Senator Dr. Scherf, unter Beweis gestellt zu haben. Aber einem Senator hier zu unterstellen, er erziehe die Kinder zum Klauen, das halte ich für ausgesprochen geschmacklos!

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Ich finde, wir sollten als Demokraten auch die Regeln des Fair plays beachten.

(Beifall bei der SPD — Abg. Stelljes [SPD]: Der weiß doch gar nicht, was das bedeutet!)

Nun zum Antrag! Ich hatte ursprünglich die Absicht, im Auftrag meiner Fraktion dem Hause zu empfehlen, diesen Antrag an die Deputation für Jugendhilfe zu überweisen, um uns emotionslos und

- (A) in aller Ruhe über die Problematik, die der Antrag zweifellos beinhaltet, unterhalten zu können.

(Abg. Dinné [BGL]: Warum nicht hier?)

Ich sagte, das war die ursprüngliche Absicht meiner Fraktion! Da wir eben zur Kenntnis genommen haben von Herrn Senatsdirektor Dr. Hoppensack, daß die Gesellschaft für öffentliche Bäder angewiesen worden ist, diese Geräte zu entfernen — und mir ist nicht bekannt, daß es in anderen öffentlichen Einrichtungen solche Spielautomaten gibt, ich habe ausdrücklich noch einmal danach gefragt —, halten wir diesen Antrag für gegenstandslos. Wenn er nicht zurückgenommen wird, wird meine Fraktion sich der Stimme enthalten.

(Beifall bei CDU und SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dinné.

Abg. Dinné (BGL)\*: Ich habe jetzt leider nicht die letzten Informationen der Kollegin Brox. Der Kollege Kietzer hat uns eben erzählt, der Automat sei entfernt. Herr Dr. Hoppensack hat gesagt, er werde entfernt. Wir haben eben dort angerufen, da war er noch nicht entfernt. Da sagt der Kollege Fluß, die Steckdose sei aber schon weg. Frau Brox, was ist denn nun der letzte Stand?

(Abg. Stelljes [SPD]: Solche Kaspe-  
reien! — Glocke)

- (B) **Präsident Dr. Klink:** Wenn Sie nichts wissen, Herr Abgeordneter Dinné, dann sollten Sie an Ihrem Platz bleiben!

(Beifall bei SPD und FDP)

Abg. Dinné (BGL): Herr Präsident, die Dame, die ja öffentlich Bedienstete ist, ist angerufen worden, und hat aus ihrem Kabäuschen dort im Zentralbad geguckt und hat den Apparat dort noch stehen sehen. Das wirft ein entsprechendes Licht auf Aussagen von SPD-Parlamentariern, die uns erzählen, der Apparat sei schon weg!

(Beifall bei der BGL)

Das müssen wir doch einmal festhalten! Wenn der Kollege Fluß noch zur Ehrenrettung beiträgt und sagt, der Stecker sei weg, und wir überprüfen das — —.

(Abg. Stäcker [SPD]: Ich bin doch hier!  
— Heiterkeit — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Ich glaube nicht, daß der Abgeordnete Fluß oder der Abgeordnete Dinné den Abgeordneten Stäcker gemeint haben!

Abg. Dinné (BGL): Meine Damen und Herren, langer Rede kurzer Sinn: Wir freuen uns, daß dem Antrag entsprochen worden ist, und wir fanden es auch gut, was der Kollege Hoppensack gesagt hat,

\*) Vom Redner nicht überprüft.

bis auf eine Sache, die habe ich schon wieder vergessen, die werden wir noch prüfen, deshalb ziehen wir den Antrag zurück, die Angelegenheit ist erledigt. (C)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, der Antrag ist zurückgezogen. Damit erübrigt sich jede weitere Diskussion. Damit ist auch dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Abgeordnete Kunick.

Abg. Kunick (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die vereinbarten Sitzungsabläufe machen ja das Ende der Sitzung absehbar.

(Vizepräsident Schmidt übernimmt den  
Vorsitz.)

Wir möchten darauf hinweisen, daß wir in dieser Bürgerschaftssitzung noch den Tagesordnungspunkt 14, Gesetz zur Verlängerung der Mitgliedschaft in der Vollversammlung der Wirtschaftskammer sowie der Amtszeit der Vollversammlung der Wirtschaftskammer, behandeln müssen. Wir bitten, diesen Punkt vorzuziehen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Schmidt:** Meine Damen und Herren, Sie haben den Antrag des Kollegen Kunick gehört. Ich frage, ob das Haus einverstanden ist, daß wir den Tagesordnungspunkt 14 (D)

(Abg. Oeing [CDU]: Als letzten Punkt!)

und den Tagesordnungspunkt 15 vorziehen.

(Zurufe von der SPD: Ja!)

Wer dafür ist, daß wir diese Punkte vorziehen, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und FDP)

Ich stelle fest, das ist so beschlossen.

Dann rufe ich jetzt diese Tagesordnungspunkte auf.

**Gesetz zur Verlängerung der Mitgliedschaft in der Vollversammlung der Wirtschaftskammer sowie der Amtszeit der Vollversammlung der Wirtschaftskammer**  
Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und

FDP

vom 9. Juni 1982

(Drucksache 10/834)

1. Lesung

Wir verbinden hiermit

**(A) Nichtständiger Ausschuß Wirtschaftskammergesetz**

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP  
vom 9. Juni 1982  
(Drucksache 10/835)

Wir kommen zur ersten Lesung über den interfraktionellen Gesetzesantrag.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Adamietz.

Abg. **Adamietz** (BGL)\*): Meine Damen und Herren! Sie haben keinen Anlaß, sich darüber zu mokieren, daß ich hier das Wort ergreife.

(Abg. **Kunick** [SPD]: Nein, reden Sie doch!)

Sie sollten sich lieber einmal überlegen, in welcher Art und Weise Sie gerade, wenn man das einmal ein bißchen sagen darf, als Hinterbänkler Ihre parlamentarischen Pflichten ernst nehmen! Hier wird uns doch ein Gesetzentwurf vorgelegt, und es soll auch ein Ausschuß eingerichtet werden, ohne daß uns überhaupt eine Begründung dazu geliefert wird. Sie mögen vielleicht noch sagen, daß Sie das in den Fraktionen diskutiert haben, Tatsache aber ist, daß es den Abgeordneten, die nicht diesen drei etablierten Fraktionen angehören, nicht ermöglicht wird, sich ein Bild vom Sinn oder Unsinn der hier als Antrag gestellten Vorlagen zu machen.

**(B)**

Ich habe mich eben auch wieder zurückhaltend gemeldet, weil ich doch der Ansicht war, daß zunächst einer der Antragsteller hier die parlamentarische Pflicht erfüllt und den Antrag begründet, wenn denn schon nicht im Gesetzentwurf selbst, wie man das ja zulässigerweise machen kann, eine schriftliche Begründung enthalten ist. Ich meine, daß es hier genauso wieder ist wie mit der in der Presse so titulierten Lex Hartmann, daß hier interfraktionell Anträge abgestimmt werden, dann eingereicht werden, und dann ist man sich im klaren darüber, dann sind sie ja abgesegnet, dann braucht man sozusagen parlamentarische Gepflogenheiten überhaupt nicht mehr einzuhalten.

Ich fordere die Antragsteller auf, zunächst einmal wenigstens ein Wort als Begründung hier zu sagen, ein Wort auch dazu, warum ein solcher Ausschuß so eingerichtet wird, und warum dann zum Beispiel wir als politische Kraft wiederum nicht berücksichtigt werden, obwohl es Ihnen sicherlich möglich ist, obwohl Sie wissen, daß ein solcher Ausschuß keine Entscheidungskompetenz hat, obwohl Sie also wissen, daß es sehr wohl möglich ist, einen solchen Ausschuß einzurichten, der auch die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse im wesentlichen widerspiegelt, ohne daß er deswegen nun so ausgedehnt werden müßte, daß auch wir nach dem berühmten

\*) Vom Redner nicht überprüft.

Stärkeverhältnis von d'Hondt amtlich zu berücksichtigen wären. **(C)**

**Vizepräsident Schmidt:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Wedemeier.

Abg. **Wedemeier** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will die Begründung gern geben, warum ein Ausschuß eingesetzt werden soll. Die Wirtschaftskammer hat die drei Fraktionen angeschrieben und einen Gesetzentwurf vorgelegt zur Änderung des Wirtschaftskammergesetzes. Am 1. Oktober 1982 müßten nach dem geltenden Gesetz die Neubenennungen der Vollversammlung erfolgen. Deshalb hat die Wirtschaftskammer darum gebeten, dieses Gesetz möglichst schnell zu verabschieden. Die Wirtschaftskammer führt als Gründe für eine Gesetzesänderung an, die Stellvertreterregelung der ersten Durchführungsverordnung zum Wirtschaftskammergesetz solle in das Gesetz übernommen werden, um mögliche Zweifelsfragen und Streitfälle zu vermeiden. Weiter soll eine Neuregelung der Mitgliedschaft nach dem Kriterium Beschäftigungsort eingeführt werden und nicht nach dem Kriterium Wohnortprinzip, wie es bisher ist. Drittens soll nach den Vorstellungen der Wirtschaftskammer eine klarere Regelung des Entscheidungsverfahrens der Arbeitnehmerseite festgeschrieben werden.

Wir sind in der SPD-Fraktion der Meinung, daß man diese Wünsche nicht in der Schnelligkeit, in der die Wirtschaftskammer es gern hätte, beschließen sollte, sondern daß man sich dafür etwas mehr Zeit nehmen sollte, zumal es sein könnte, daß es unterschiedliche Auffassungen zu diesen Wünschen in den Fraktionen gibt. Es kommt auch noch hinzu, daß in den Fraktionen aufgrund der Kürze der Vorlage der Wünsche noch nicht genügend oder gar keine Zeit vorhanden war, diese Wünsche zu erörtern. Deshalb haben sich die drei Fraktionsvorsitzenden darauf verständigt, daß wir die Wünsche der Kammer in einem Ausschuß beraten und möglichst einen eigenen Gesetzentwurf aus dem Ausschuß heraus vorlegen. Darum der Antrag heute, einen solchen Ausschuß einzusetzen.

**(D)**

Die Amtszeit in der Wirtschaftskammer müßte allerdings, da am 1. Oktober Neubenennungen erforderlich sind, verlängert werden. Das Ganze wird aber nicht allzu lange dauern, da die Fragen nicht so brisant sind, daß man sich nach meiner Meinung nicht in kürzerer Zeit im Ausschuß einigen könnte. Der Ausschuß wird nach den Stärken der Fraktionen zusammengesetzt sein, Herr Adamietz, und hier ist es wie bei allen anderen Ausschüssen so, daß Sie eben aufgrund der Stärke, die die Gruppe jetzt hat, oder der, nachdem Herr Willers ausgeschieden ist, vorhandenen Schwäche, in diesem Ausschuß nicht vertreten sein werden. Das mögen wir bedauern, das ist aber ein Ergebnis der Bürgerschaftswahl, daran können wir nichts ändern.

Wir bitten um Zustimmung zu den hier vorliegenden Vorlagen und werden dann, wenn der Aus-

- (A) schuß fertig ist, den Gesetzentwurf des Ausschusses, der dann hoffentlich einstimmig verabschiedet werden kann, beraten können. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Schmidt:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Adamietz.

Abg. **Adamietz (BGL)\*:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin zunächst durchaus dankbar, daß uns hier eine Begründung überhaupt geliefert wurde, auch wenn es sicherlich schon bemerkenswert ist, daß man so etwas erst einmal anmahnen muß. In der Sache ist es allerdings so, daß wir hier wiederum ein Verfahren haben, in dem holterdiepolter schnell einmal eine Regelung durchgezogen werden soll,

(Abg. **Wedemeier [SPD]:** Eben nicht holterdiepolter!)

weil man — doch, Herr Wedemeier! — sich die Grundlagen, um die es hier geht, nicht rechtzeitig überlegt hat. Es ist doch so, daß wiederum ein Einzelfallgesetz gemacht werden soll, in dem die Amtsperiode von gewählten oder benannten Vertretern während des Laufes dieser Amtsperiode verlängert werden soll, und zwar einmalig.

- (B) Meine Damen und Herren, wir halten das für problematisch, und wir halten das sogar für verfassungsrechtlich unzulässig. Die Wirtschaftskammer ist immerhin durch die Verfassung vorgesehen und dann durch das Wirtschaftskammergesetz eingerichtet worden. Sicherlich steht es dem Landesgesetzgeber frei, dieses Wirtschaftskammergesetz zu ändern. Es ist aber etwas anderes, ob er nun eine Neuregelung trifft, ob er etwa eine Amtsperiode verkürzt oder verlängert und dann eine Regelung hat oder durchsetzt, die für die Zukunft auch gelten soll, oder ob er nicht für einen speziellen Einzelfall, für eine spezielle Zusammensetzung diese Verlängerung ausspricht, beispielsweise damit die Amtsperiode von einzelnen Mitgliedern, etwa des Präsidenten hier der Wirtschaftskammer, des Kollegen Weinkauff von der SPD, damit sozusagen amtlich verlängert. Wir halten das für unzulässig, wir halten das für unzulässig auch gegenüber den Entsendern der Delegierten für die Wirtschaftskammervollversammlung. Sie haben nämlich einen Anspruch darauf, sehr wohl jetzt neu zu wählen.

Die Regelungen, die hier nun getroffen werden sollen, damit zu begründen, daß man ja das Gesetz ändern wolle, das allerdings kann überhaupt niemanden überzeugen, denn die Frage, ob ein Gesetz grundsätzlich zu ändern ist, auch in den Verfahrensregelungen, die müssen wir im Parlament beantworten, da müssen wir sozusagen unsere parlamentarischen Pflichten erfüllen. Die können aber nicht dazu führen, daß wir dann beliebig Gesetze erst einmal sozusagen stückweise vorläufig so zu rechtbasteln, daß wir mit unseren Pflichten zurech-

- (C) kommen. Wenn wir meinen, hier müsse ein Ausschuß her, der müsse das erarbeiten, dann soll er das eben machen, und wenn der dann neue Verfahrensregelungen einführt, dann wird er das eben für die nächste Legislaturperiode, wie sich das gehört, auch einführen müssen. Aber man kann nicht so vorgehen, wie Sie das jetzt hier vorsehen.

Im übrigen möchte ich zu der Einrichtung des Ausschusses noch einmal bemerken, selbstverständlich ist uns bekannt, daß nach der Geschäftsordnung das Stärkeverhältnis der Fraktionen zugrunde gelegt wird. Wir beharren aber nach wie vor darauf, daß das nur eine Sache ist, die in der Regel gilt, grundsätzlich, Ausnahmen beständigen hier die Regel, und Sie haben alle Veranlassung, immer wieder auch darüber nachzudenken, wann endlich Sie sozusagen von diesem Prinzip oder von dieser Ausnahme Gebrauch machen. Gerade dann, wenn, wie hier beantragt, dieser Ausschuß zur Erarbeitung eines Gesetzentwurfes eingesetzt wird, also zur Vorbereitung der parlamentarischen Tätigkeit, gar nicht einmal als ständiger Ausschuß oder auch als Ausschuß, der einen konkreten schon vorliegenden Gesetzentwurf beurteilen soll, gerade dann müßte es eigentlich dem parlamentarischen Verfahren entsprechen, daß alle politischen Kräfte hier im Hause an der Erarbeitung dieses Gesetzentwurfes beteiligt werden.

Ich kann Ihnen dazu nur prophezeien, wenn dieser Ausschuß mit diesem Gesetzentwurf hier vor das Plenum tritt, werden Sie dann doch die Konsequenz haben, daß wir uns erstmals mit diesem Entwurf dieses Ausschusses zu beschäftigen und wir dann vor dem Plenum im Grunde Ausschubarbeit abzuwickeln haben. Das kann ja nicht der Sinn parlamentarischer Regeln sein. Wir lehnen deswegen beide Anträge ab.

(Beifall bei der BGL)

**Vizepräsident Schmidt:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Verlängerung der Mitgliedschaft in der Vollversammlung der Wirtschaftskammer sowie der Amtszeit der Vollversammlung der Wirtschaftskammer, Drucksache 10/834, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen BGL)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, das Gesetz ist in erster Lesung beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, daß bei der Begründung des Antrages von Herrn

\*) Vom Redner nicht überprüft.

**(A) Nichtständiger Ausschuß Wirtschaftskammergesetz**

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP  
vom 9. Juni 1982  
(Drucksache 10/835)

Wir kommen zur ersten Lesung über den interfraktionellen Gesetzesantrag.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Adamietz.

Abg. **Adamietz** (BGL)\*): Meine Damen und Herren! Sie haben keinen Anlaß, sich darüber zu mokieren, daß ich hier das Wort ergreife.

(Abg. **Kunick** [SPD]: Nein, reden Sie doch!)

Sie sollten sich lieber einmal überlegen, in welcher Art und Weise Sie gerade, wenn man das einmal ein bißchen sagen darf, als Hinterbänkler Ihre parlamentarischen Pflichten ernst nehmen! Hier wird uns doch ein Gesetzentwurf vorgelegt, und es soll auch ein Ausschuß eingerichtet werden, ohne daß uns überhaupt eine Begründung dazu geliefert wird. Sie mögen vielleicht noch sagen, daß Sie das in den Fraktionen diskutiert haben, Tatsache aber ist, daß es den Abgeordneten, die nicht diesen drei etablierten Fraktionen angehören, nicht ermöglicht wird, sich ein Bild vom Sinn oder Unsinn der hier als Antrag gestellten Vorlagen zu machen.

Ich habe mich eben auch wieder zurückhaltend gemeldet, weil ich doch der Ansicht war, daß zunächst einer der Antragsteller hier die parlamentarische Pflicht erfüllt und den Antrag begründet, wenn denn schon nicht im Gesetzentwurf selbst, wie man das ja zulässigerweise machen kann, eine schriftliche Begründung enthalten ist. Ich meine, daß es hier genauso wieder ist wie mit der in der Presse so titulierten Lex Hartmann, daß hier interfraktionell Anträge abgestimmt werden, dann eingereicht werden, und dann ist man sich im klaren darüber, dann sind sie ja abgesegnet, dann braucht man sozusagen parlamentarische Gepflogenheiten überhaupt nicht mehr einzuhalten.

Ich fordere die Antragsteller auf, zunächst einmal wenigstens ein Wort als Begründung hier zu sagen, ein Wort auch dazu, warum ein solcher Ausschuß so eingerichtet wird, und warum dann zum Beispiel wir als politische Kraft wiederum nicht berücksichtigt werden, obwohl es Ihnen sicherlich möglich ist, obwohl Sie wissen, daß ein solcher Ausschuß keine Entscheidungskompetenz hat, obwohl Sie also wissen, daß es sehr wohl möglich ist, einen solchen Ausschuß einzurichten, der auch die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse im wesentlichen widerspiegelt, ohne daß er deswegen nun so ausgedehnt werden müßte, daß auch wir nach dem berühmten

\*) Vom Redner nicht überprüft.

Stärkeverhältnis von d'Hondt amtlich zu berücksichtigen wären. (C)

**Vizepräsident Schmidt:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Wedemeier.

Abg. **Wedemeier** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will die Begründung gern geben, warum ein Ausschuß eingesetzt werden soll. Die Wirtschaftskammer hat die drei Fraktionen angeschrieben und einen Gesetzentwurf vorgelegt zur Änderung des Wirtschaftskammergesetzes. Am 1. Oktober 1982 müßten nach dem geltenden Gesetz die Neubenennungen der Vollversammlung erfolgen. Deshalb hat die Wirtschaftskammer darum gebeten, dieses Gesetz möglichst schnell zu verabschieden. Die Wirtschaftskammer führt als Gründe für eine Gesetzesänderung an, die Stellvertreterregelung der ersten Durchführungsverordnung zum Wirtschaftskammergesetz solle in das Gesetz übernommen werden, um mögliche Zweifelsfragen und Streitfälle zu vermeiden. Weiter soll eine Neuregelung der Mitgliedschaft nach dem Kriterium Beschäftigungsort eingeführt werden und nicht nach dem Kriterium Wohnortprinzip, wie es bisher ist. Drittens soll nach den Vorstellungen der Wirtschaftskammer eine klarere Regelung des Entscheidungsverfahrens der Arbeitnehmerseite festgeschrieben werden.

Wir sind in der SPD-Fraktion der Meinung, daß man diese Wünsche nicht in der Schnelligkeit, in der die Wirtschaftskammer es gern hätte, beschließen sollte, sondern daß man sich dafür etwas mehr Zeit nehmen sollte, zumal es sein könnte, daß es unterschiedliche Auffassungen zu diesen Wünschen in den Fraktionen gibt. Es kommt auch noch hinzu, daß in den Fraktionen aufgrund der Kürze der Vorlage der Wünsche noch nicht genügend oder gar keine Zeit vorhanden war, diese Wünsche zu erörtern. Deshalb haben sich die drei Fraktionsvorsitzenden darauf verständigt, daß wir die Wünsche der Kammer in einem Ausschuß beraten und möglichst einen eigenen Gesetzentwurf aus dem Ausschuß heraus vorlegen. Darum der Antrag heute, einen solchen Ausschuß einzusetzen! (D)

Die Amtszeit in der Wirtschaftskammer müßte allerdings, da am 1. Oktober Neubenennungen erforderlich sind, verlängert werden. Das Ganze wird aber nicht allzu lange dauern, da die Fragen nicht so brisant sind, daß man sich nach meiner Meinung nicht in kürzerer Zeit im Ausschuß einigen könnte. Der Ausschuß wird nach den Stärken der Fraktionen zusammengesetzt sein, Herr Adamietz, und hier ist es wie bei allen anderen Ausschüssen so, daß Sie eben aufgrund der Stärke, die die Gruppe jetzt hat, oder der, nachdem Herr Willers ausgeschieden ist, vorhandenen Schwäche, in diesem Ausschuß nicht vertreten sein werden. Das mögen wir bedauern, das ist aber ein Ergebnis der Bürgerschaftswahl, daran können wir nichts ändern.

Wir bitten um Zustimmung zu den hier vorliegenden Vorlagen und werden dann, wenn der Aus-

- (A) schuß fertig ist, den Gesetzentwurf des Ausschusses, der dann hoffentlich einstimmig verabschiedet werden kann, beraten können. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Schmidt:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Adamietz.

Abg. **Adamietz (BGL)\*:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin zunächst durchaus dankbar, daß uns hier eine Begründung überhaupt geliefert wurde, auch wenn es sicherlich schon bemerkenswert ist, daß man so etwas erst einmal anmahnen muß. In der Sache ist es allerdings so, daß wir hier wiederum ein Verfahren haben, in dem holterdiepolter schnell einmal eine Regelung durchgezogen werden soll,

(Abg. **Wedemeier [SPD]:** Eben nicht holterdiepolter!)

weil man — doch, Herr Wedemeier! — sich die Grundlagen, um die es hier geht, nicht rechtzeitig überlegt hat. Es ist doch so, daß wiederum ein Einzelfallgesetz gemacht werden soll, in dem die Amtsperiode von gewählten oder benannten Vertretern während des Laufes dieser Amtsperiode verlängert werden soll, und zwar einmalig.

- (B) Meine Damen und Herren, wir halten das für problematisch, und wir halten das sogar für verfassungsrechtlich unzulässig. Die Wirtschaftskammer ist immerhin durch die Verfassung vorgesehen und dann durch das Wirtschaftskammergesetz eingerichtet worden. Sicherlich steht es dem Landesgesetzgeber frei, dieses Wirtschaftskammergesetz zu ändern. Es ist aber etwas anderes, ob er nun eine Neuregelung trifft, ob er etwa eine Amtsperiode verkürzt oder verlängert und dann eine Regelung hat oder durchsetzt, die für die Zukunft auch gelten soll, oder ob er nicht für einen speziellen Einzelfall, für eine spezielle Zusammensetzung diese Verlängerung ausspricht, beispielsweise damit die Amtsperiode von einzelnen Mitgliedern, etwa des Präsidenten hier der Wirtschaftskammer, des Kollegen Weinkauf von der SPD, damit sozusagen amtlich verlängert. Wir halten das für unzulässig, wir halten das für unzulässig auch gegenüber den Entsendern der Delegierten für die Wirtschaftskammervollversammlung. Sie haben nämlich einen Anspruch darauf, sehr wohl jetzt neu zu wählen.

Die Regelungen, die hier nun getroffen werden sollen, damit zu begründen, daß man ja das Gesetz ändern wolle, das allerdings kann überhaupt niemanden überzeugen, denn die Frage, ob ein Gesetz grundsätzlich zu ändern ist, auch in den Verfahrensregelungen, die müssen wir im Parlament beantworten, da müssen wir sozusagen unsere parlamentarischen Pflichten erfüllen. Die können aber nicht dazu führen, daß wir dann beliebig Gesetze erst einmal sozusagen stückweise vorläufig so zu rechtbasteln, daß wir mit unseren Pflichten zurecht-

\*) Vom Redner nicht überprüft.

kommen. Wenn wir meinen, hier müsse ein Ausschuß her, der müsse das erarbeiten, dann soll er das eben machen, und wenn der dann neue Verfahrensregelungen einführt, dann wird er das eben für die nächste Legislaturperiode, wie sich das gehört, auch einführen müssen. Aber man kann nicht so vorgehen, wie Sie das jetzt hier vorsehen.

(C) Im übrigen möchte ich zu der Einrichtung des Ausschusses noch einmal bemerken, selbstverständlich ist uns bekannt, daß nach der Geschäftsordnung das Stärkeverhältnis der Fraktionen zugrunde gelegt wird. Wir beharren aber nach wie vor darauf, daß das nur eine Sache ist, die in der Regel gilt, grundsätzlich, Ausnahmen bestätigen hier die Regel, und Sie haben alle Veranlassung, immer wieder auch darüber nachzudenken, wann endlich Sie sozusagen von diesem Prinzip oder von dieser Ausnahme Gebrauch machen. Gerade dann, wenn, wie hier beantragt, dieser Ausschuß zur Erarbeitung eines Gesetzentwurfes eingesetzt wird, also zur Vorbereitung der parlamentarischen Tätigkeit, gar nicht einmal als ständiger Ausschuß oder auch als Ausschuß, der einen konkreten schon vorliegenden Gesetzentwurf beurteilen soll, gerade dann müßte es eigentlich dem parlamentarischen Verfahren entsprechen, daß alle politischen Kräfte hier im Hause an der Erarbeitung dieses Gesetzentwurfes beteiligt werden.

Ich kann Ihnen dazu nur prophezeien, wenn dieser Ausschuß mit diesem Gesetzentwurf hier vor das Plenum tritt, werden Sie dann doch die Konsequenz haben, daß wir uns erstmals mit diesem Entwurf dieses Ausschusses zu beschäftigen und wir dann vor dem Plenum im Grunde Ausschubarbeit abzuwickeln haben. Das kann ja nicht der Sinn parlamentarischer Regeln sein. Wir lehnen deswegen beide Anträge ab.

(Beifall bei der BGL)

**Vizepräsident Schmidt:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Verlängerung der Mitgliedschaft in der Vollversammlung der Wirtschaftskammer sowie der Amtszeit der Vollversammlung der Wirtschaftskammer, Drucksache 10/834, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen BGL)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, das Gesetz ist in erster Lesung beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, daß bei der Begründung des Antrages von Herrn

(A) Abgeordneten Wedemeier auch die zweite Lesung beantragt worden ist.

Wer dem Antrag — —.

(Zuruf des Abg. Adamietz [BGL])

Der Abgeordnete Wedemeier hat beantragt, daß dieses Gesetz so verabschiedet wird,

(Abg. Wedemeier [SPD]: Nein, das ist ein Mißverständnis, Herr Präsident!)

daß es auch noch wirksam werden kann. Herr Abgeordneter Wedemeier, wenn dieses Gesetz zum 1. Oktober wirksam werden soll, dann muß es jetzt verabschiedet werden. Verabschiedet werden kann es nur, wenn es in zweiter Lesung auch beraten worden ist. Die Amtszeit der jetzigen Mitglieder läuft am 30. 9. aus. Die Berufung müßte nach dem jetzt gültigen Gesetz zum 15. August erfolgen. Die nächste Sitzung der Bürgerschaft ist erst später. Wir stimmen hier noch nicht ab über den Gesetzesantrag, sondern nur über die Verlängerung der Amtszeit. Das muß auch in erster und in zweiter Lesung erfolgen, weil wir eine gesetzliche Regelung verändern. Ich bitte um Nachsicht, meine Damen und Herren, wir haben das eben erst beim Verlauf der Beratungen im Präsidium festgestellt, daß die zweite Lesung erforderlich ist!

(Abg. Dinné [BGL]: Die Nadeln werden immer heißer!)

(B) Das hat mit heißer Nadel überhaupt nichts zu tun! Es geht darum, ein in der Verfassung festgelegtes Organ funktionsfähig zu halten, nachdem bei den drei Fraktionen festgestellt worden ist, daß sie sich über die Änderung der gesetzlichen Regelung einig sind.

(Abg. Lahmann [FDP]: Wann läuft die Amtszeit aus?)

Am 30. 9.!

(Abg. Lahmann [FDP]: Wir haben die nächste Bürgerschaftssitzung am 1. September, das genügt doch!)

Herr Abgeordneter Lahmann, nach dem gültigen Wirtschaftskammergesetz und der Satzung muß die Berufung der neuen Mitglieder sechs Wochen vor Ablauf erfolgen. Wenn Sie heute eine Entscheidung fällen, daß Sie das Gesetz verlängern wollen, muß sie endgültig sein, weil sonst die Fristen zu laufen beginnen. Von daher habe ich den Vorschlag unterbreitet, die Verlängerung der Amtszeit auch in zweiter Lesung durchzuführen.

Dazu Herr Abgeordneter Adamietz!

Abg. Adamietz (BGL)\*: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieser kleine Vorgang macht deutlich, wie wirklich hier die parlamentarischen Regelungen sozusagen von Jongleuren benutzt werden, damit man dann zum Ziel kommen kann. Herr

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) Lahmann, für Sie mag das eine Kleinigkeit sein, aber Sie sollten auch einmal darüber nachdenken, wie man mit solchen Verfahrenstricks verfährt, wenn man dann anderer Meinung ist, wird man nämlich merken, worauf das hinausläuft. Immer dann, wenn man also inhaltlich übereinstimmt, dann macht man solche Tricks, daß es möglich ist.

Worum geht es denn hier? Hier geht es darum, wie der amtierende Präsident jetzt eben gesagt hat, daß man ein bestimmtes Ziel erreichen will, die Verlängerung dieser Amtszeit, und er hat dann noch ausgeführt

(Abg. Kunick [SPD]: Mit zulässigen Mitteln, Herr Kollege!)

— ja, mit zulässigen Mitteln, das ist Ihre Auffassung! —, daß es auch darum gehe, ein gesetzmäßig vorgesehene Organ funktionsfähig zu erhalten. Meine Damen und Herren, das Organ ist funktionsfähig, und auch wenn dieses Gesetz nicht verabschiedet wird, bleibt das Organ funktionsfähig, und es wird, wie ich eben erfahren habe, zum 15. August durch Neubenennung von Wahlvorschlägen auch für die nächste Amtsperiode wunderbar funktionsfähig sein, die beginnt dann am 1. Oktober. Gaukelt man uns doch hier nichts vor! Hier geht es doch nicht darum, daß ein funktionsunfähiges Organ womöglich droht und wir nun die Pflicht hätten, etwas zu tun, nein, Sie wollen eine Änderung herbeiführen, eine Änderung dieses funktionsfähigen Organes, und das wollen Sie holterdiepolter machen!

(D) Nun auf einmal haben wir Sie beim Fehler erwischt, nun haben Sie nämlich beantragt, daß es in erster Lesung geschieht, vielleicht auch mit dem Hintergrund, daß man dachte, in der September-Sitzung reicht das noch aus, und jetzt merken Sie auf einmal, sozusagen klammheimlich, daß das doch nicht geht, und da wird auch nicht einmal ein ordentlicher Antrag gestellt, da wird einfach sozusagen vom amtierenden Präsidenten einmal eben locker aus der Hand gesagt, jetzt gehen wir in die zweite Lesung.

Das können Sie gar nicht, nach der Geschäftsordnung geht das so gar nicht! Wir müssen das erst einmal schön auf die Tagesordnung setzen, und wir haben in der Interfraktionellen Besprechung in mehrfachen Sitzungen uns jetzt schon damit auseinandergesetzt, daß wir sogar vom Senat eine Begründung dafür verlangen, wenn er dringliche Gesetzentwürfe einbringt, daß er dann sagen soll, warum die in erster und in zweiter Lesung gleichzeitig am selben Tag verabschiedet werden sollen.

Der Hintergrund dieser Regelung, daß zwischen der ersten und zweiten Lesung — und so steht es ja in unserer Geschäftsordnung — mindestens eine Woche Zeit dazwischen liegen soll, ist doch gerade, daß man doch einmal Zeit haben soll, darüber nachdenken, ob das wirklich in dieser Art und Weise abgestimmt werden soll oder ob es vielleicht nicht nützlich ist, daß man noch eine Woche Zeit hat, viel-

(A) leicht auch Änderungen zu berücksichtigen oder die ganze Sache doch wieder zurückzuziehen. Das ist dann auch der Sinn, daß man dann so ein Gesetz eben nicht holterdiepolter verabschiedet.

Wenn Sie schon so wie heute morgen oder gestern morgen das mit dieser Lex Hartmann gemacht haben, und da mit der Begründung, die Zeit läuft uns davon — den Zeitdruck haben Sie ja selbst herbeigeführt —, dann ist es ja erst recht pervers, das jetzt hier durchzuführen, ohne noch überhaupt das auf die Tagesordnung zu setzen, ohne daß überhaupt noch ein entsprechender Antrag gestellt wird. Meine Damen und Herren, so können Sie wirklich nicht verfahren! Sie werden sehen, daß dieses Gesetz, wenn Sie mit solchen Verfahrensmängeln ankommen, mit diesen Verfahrensmängeln auch behaftet ist, ungeachtet noch der Bedenken, die ich wegen des Inhaltes dieses Gesetzes habe. Ich kann Ihnen nur anraten, daß Sie das Gesetz nicht in zweiter Lesung jetzt verabschieden und daß Sie zusehen, wie Sie anders aus der Bredouille kommen.

(Beifall bei der BGL)

**Vizepräsident Schmidt:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Es geht hier noch nicht um eine Gesetzesberatung, sondern nur um den Beschluß über die Verlängerung der Amtszeit der jetzigen Mitglieder. Ich hatte das Haus gebeten, damit einverstanden zu sein, daß wir wegen der Dringlichkeit auch die zweite Lesung durchführen.

(B) Wer damit einverstanden ist, daß wir auch die zweite Lesung über die Verlängerung der Mitgliedschaft, Drucksache 10/834, heute durchführen, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen BGL)

Stimmenthaltungen?

Dann stelle ich fest, das ist so beschlossen.

(Abg. D i n n é [BGL]: Das ist rechtswidrig!)

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Verlängerung der Mitgliedschaft in der Vollversammlung der Wirtschaftskammer sowie der Amtszeit der Vollversammlung der Wirtschaftskammer, Drucksache 10/834, in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(Abg. A d a m i e t z [BGL]: An so etwas beteiligen wir uns nicht!)

Ich stelle fest, das Gesetz ist in zweiter Lesung beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu der unter Tagesordnungspunkt 15 vorgesehenen Einsetzung des nichtständigen Ausschusses.

Dazu stelle ich fest, daß Ihnen die Vorschläge für die Benennung der Mitglieder dieses nichtständigen Ausschusses in hektographierter Form vorliegen.

Wer entsprechend dem Antrag der Fraktion der SPD, CDU und FDP vom 9. Juni 1982, Drucksache 10/835, über die Einsetzung eines nichtständigen Ausschusses zur Erarbeitung des Wirtschaftskammergesetzes nach der Ihnen vorliegenden Vorschlagsliste wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen BGL)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Einsetzung des nichtständigen Ausschusses und wählt die Mitglieder entsprechend der Vorlage.

Nach dem Zugriffsrecht stellt die SPD-Fraktion den Vorsitzenden.

Damit sind die Tagesordnungspunkte 14 und 15 erledigt.

Wir haben noch 20 Minuten Zeit. Ich schlage Ihnen vor, jetzt noch den Tagesordnungspunkt 13 a aufzurufen. Es handelt sich um den Antrag der Gruppe der BGL vom 8. Juni 1982 über das Sterbenlassen der Verbraucherberatung. Wird dem widersprochen?

(Zurufe: Ja!)

Ich stelle fest, dem wird nicht widersprochen. Dann rufe ich den Antrag auf.

#### Sterbenlassen der Verbraucherberatung

Antrag der Gruppe der BGL  
vom 8. Juni 1982  
(Drucksache 10/843)

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die Beratungsstelle für Verbraucherfragen nicht sterben zu lassen, weil dies eine der wirklich wirksamen Einrichtungen ist, die die breite Bevölkerung so informiert, daß sie ihre Interessen unabhängig von kommerzieller Werbung und anderen Mißweisungen wahrnehmen kann.

Adamietz und Gruppe der BGL

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Adamietz.

(C)

(D)

(A) Abg. **Adamietz** (BGL) \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Vizepräsident **Ehlers** übernimmt den Vorsitz.)

Wir beantragen hier, daß der Senat aufgefordert wird, die Beratungsstelle für Verbraucherfragen nicht sterben zu lassen. Das ist an sich schon ein bemerkenswerter Vorgang, daß wir uns genötigt sehen, einen solchen Antrag zu stellen. Wenn wir uns ansehen, wofür der Senat Geld ausgibt, wenn wir uns ansehen, welche Politik der Senat etwa im Bereich — das haben wir eben gehört — solcher Spiel- und Unterhaltungsautomaten macht, wo sonst Gelder zum Fenster hinausgeworfen werden, dann ist es schon interessant, daß nunmehr auch die Verbraucherzentrale hier Notrufe, Notsignale aussendet, daß sie nämlich tatsächlich auch bald ihre Pforten schließen müsse.

(Präsident **Dr. Klink** übernimmt wieder den Vorsitz.)

(B) Wir entnehmen einer Pressemitteilung der Verbraucherzentrale des Landes Bremen, daß hier die drohende Schließung für 1982 gerade einmal abgewendet werden konnte. Der Hintergrund für diese Mitteilung ist folgender: Von dem Etat in der Größenordnung von etwa 900 000 DM sind zunächst einmal vom Land Bremen zirka 230 000 DM abgezogen worden. Die übrigen Gelder sind insbesondere dadurch gekennzeichnet, daß sie etwa zur Hälfte durch Bundes- und zur anderen Hälfte durch Landesmittel aufgebracht werden. Bundesmittel aber werden nur soweit aufgebracht, wie auch eine entsprechende Größenordnung von Landesmitteln vorhanden ist. Das bedeutet, daß die Streichung, die Bremer Landesmittel betrifft, nun sich so auswirkt, daß auch das Bundeswirtschaftsministerium für 1983 seine Mittel entsprechend kürzen wird, und zwar in der Größenordnung von 80 Prozent. Von den jetzt noch verbliebenen rund 730 000 DM an Mitteln für die Verbraucherzentrale werden dann für 1983 vielleicht noch 450 000 oder 500 000 DM übrigbleiben. Das bedeutet eine wesentliche Gefährdung der Arbeit der Verbraucherzentrale.

Wir sind der Meinung, daß in unserer Gesellschaft, wenn schon überhaupt, dann eine solche Institution zum Nutzen der Verbraucher erforderlich ist, eine Institution, die dann tatsächlich einmal uneinflußt von Firmen, von Werbungsmaßnahmen, von Profitdenken einzelner Unternehmen den Verbraucher berät, wie schwierig das auch immer ist, wie schwierig das durch die Rechtslage erschwert ist, durch die Medien, durch die Kommunikationsprobleme, auch natürlich durch politische Einflußnahme. Wir sind deswegen der Meinung, eine solche unabhängige Informationsquelle für den Verbraucher darf nicht sterben gelassen werden. Deswegen fordern wir auch den Senat auf, entspre-

\*) Vom Redner nicht überprüft.

chende Schritte zu unternehmen, dafür Sorge zu tragen, daß diese Zentrale weiterarbeiten kann und daß sie dann unter Umständen auch zur Verfügung stehende Bundesmittel ausschöpfen kann. (C)

Um das ganz deutlich zu machen: Es geht auch nicht darum, daß man dort irgendwo noch ein Türschild anbringt und sagt, wir haben ja so eine Verbraucherzentrale, sondern diese Arbeit muß nachdrücklich unterstützt werden. Es geht also nicht darum, sie irgendwo als Alibi zu haben, sondern sicherzustellen, daß sie inhaltlich arbeiten kann, weiterarbeiten kann, ihre Arbeit noch ausdehnen kann. Wenn ich beispielsweise dieser Pressemitteilung entnehme, daß man den Abschluß von 1982, praktisch die Schließung für 1982 auch verhindern konnte, weil unter anderem der bisherige Geschäftsführer auf seine Position verzichtet hat — da mögen noch andere Hintergründe eine Rolle spielen, darauf will ich jetzt gar nicht eingehen —, dann wird aber deutlich, daß auch hier wiederum rein finanzielle Argumente vorgebracht werden, wobei es doch klar ist, daß eine Institution wie die Verbraucherzentrale mit vielen Mitarbeitern, mit einer umfangreichen Arbeit darauf angewiesen ist, einen ständigen Geschäftsführer zu haben und nicht nur Leute, die einmal eben hereinriechen, vielleicht vom Vorstand des Vereins oder von sonstigen Gremien. Mindestens, sagen wir einmal, wäre eine Halbtagsstelle da doch zu besetzen. Das sind Gelder, die notwendig sind, um diese Arbeit überhaupt zu gewährleisten. Das, meine ich, ist hier auch von der Landesregierung gefordert, daß sie das in dieser Weise unterstützt. (D)

Ich will jetzt an dieser Stelle auch wegen Ihrer Unruhe gar nicht mehr sagen, ich meine, daß ein entsprechendes klares Votum dem Senat hier vielleicht auch zeigen kann, was nottut.

(Beifall bei der BGL)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, wir haben noch etwa eine Viertelstunde Zeit. Wir wollten heute gegen 18 Uhr die Sitzung beenden. Ich bitte, daß wir uns mit den Redebeiträgen darauf einrichten!

Als nächster hat das Wort Herr Senator Willms.

**Senator für Wirtschaft und Außenhandel und für Arbeit Willms:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Durch meine sofortige Wortmeldung wollte ich der Bürgerschaft unnötige Phantomschmerzen ersparen, die der Antrag der Bremer Grünen Liste nach meiner Einschätzung verursachen könnte.

Der Senat läßt die Beratungsstelle für Verbraucherfragen nicht sterben! Zwar ist der Landeszuschuß an die Verbraucherzentrale in diesem Jahr gegenüber dem Vorjahr um etwa 233 000 DM gekürzt worden. Diese Kürzung wurde notwendig, um den Sparnotwendigkeiten der öffentlichen Haushalte Rechnung zu tragen. Das bedeutet allerdings nicht, daß die Verbraucherzentrale nur noch mit 50 Prozent ihrer Haushaltsmittel auskommen muß, denn

(A) sie erhält neben dem Landeszuschuß noch Zuwendungen des Bundesministers für Wirtschaft in der Größenordnung von zirka 325 000 DM und des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in der Größenordnung von etwa 137 000 DM. Darüber hinaus kann die Verbraucherzentrale noch mit eigenen Einnahmen in der Größenordnung von rund 20 000 DM rechnen sowie mit einem Gemeinkostenzuschuß von der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher wegen der Energieberatung in einer Größenordnung von 18 000 DM. Insgesamt stehen der Verbraucherzentrale in diesem Jahr unter Berücksichtigung der Kürzung des Landeszuschusses für ihre Arbeit 735 000 DM zur Verfügung.

(Abg. Adamietz [BGL]: Und nächstes Jahr?)

Trotz der erheblich gekürzten Landeszuwendungen konnten Kündigungen bei der Verbraucherzentrale vermieden werden. Hierbei war von ausschlaggebender Bedeutung, daß der Bundesminister für Wirtschaft seinen Zuschuß in alter Höhe weitergewährte. Er ließ jedoch keinen Zweifel daran, daß er 1983 seinen institutionellen Zuschuß für die Verbraucherzentrale entsprechend der Zuwendung des Landes auf der Basis 1981 anteilmäßig kürzen würde. Dies würde zu einer Verringerung des Bundeszuschusses auf rund 191 000 DM führen mit erheblichen Auswirkungen, insbesondere dann auch bei der Beschäftigungssituation der Verbraucherzentrale.

(B) Um diese Folgen zu vermeiden, hat die Verwaltung jetzt vorgeschlagen, den Landeszuschuß an die Verbraucherzentrale 1983 gegenüber dem jetzigen Haushaltsjahr um rund 97 000 DM zu erhöhen. Eine solche Erhöhung des Bundeszuschusses hat zur Folge, daß die Kürzungen des Bundeszuschusses sich in engen Grenzen halten und die Verbraucherzentrale in die Lage versetzt wird, die zwangsläufig anfallenden Kostensteigerungen im Haushalt aufzufangen. Die Haushaltsberatungen in der Deputation am 18. dieses Monats sind bereits mit einem entsprechenden Zahlenwerk geführt worden.

Nach allem kann man nur feststellen und damit auch Ihrer Behauptung zustimmen, daß die Beratungsstelle für Verbraucherfragen eine wirklich wirksame Einrichtung zur Information der breiten Bevölkerung in Verbraucherfragen ist. Der Senat wird sicherstellen, daß die Verbraucherzentrale ihre Aufgaben auch weiterhin wahrnehmen kann. Ich bin überzeugt, daß sich an dieser Stelle auch die alte deutsche Spruchweisheit bewahrheiten kann, daß Totgesagte das längste Leben haben.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Willers.

Abg. Willers: Meine Damen und Herren! Ich habe kein Interesse daran, daß Totgesagte mühsam län-

ger leben, sondern daß die Arbeit dieser Institution ausgeweitet wird, (C)

(Abg. K u n i c k [SPD]: Sie können da auch noch kochen lernen!)

weil ich sie wirklich wie Herr Adamietz für eine sehr wichtige Institution halte, die dem überwältigenden Druck, der auf die Bürger, auf die Konsumenten von kapitalinteressierter Seite ausgeübt wird, wenigstens ein kleines Gegengewicht entgegensetzen kann.

Ich bin nicht der Meinung, daß die Verbraucherzentrale, wie sie, jetzt ausgestattet ist, gut genug ausgestattet ist. Was im Moment in der Verbraucherzentrale abläuft, ist, daß der Betrieb einigermaßen nur dadurch aufrechterhalten werden kann, daß die Frauen, die dort arbeiten, mit sehr viel Engagement und Flexibilität und allen möglichen Tricks den Anforderungen gerecht werden, die an sie gestellt werden. Das ist auf die Dauer kein Zustand. Insofern wird es vielleicht doch ein langsames Sterben sein, wenn der Senat nicht mehr tut als was er jetzt vorgesehen hat. Das wäre nämlich, wenn es so gemacht würde, 1983 praktisch eine Fortsetzung des Status quo, etwa 700 000 DM, und das halte ich für zuwenig, es wäre zwar eine leichte Aufstockung, aber es wäre nicht der Stand von 1981. Ich denke, daß es notwendig ist, mindestens den Stand von 1981, das wären etwa 900 000 DM — zur Hälfte Bund, zur Hälfte Land —, wieder zu erreichen. Ich denke, daß das eben auch schon aus der Fürsorgepflicht des Senats für die dort Beschäftigten angebracht wäre. (D)

Ich sehe auch noch eine Gefahr, wenn dieser Stand nicht wieder erreicht wird, daß nämlich der Druck, daß für die Dienstleistungen der Verbraucherzentrale letztlich doch Gebühren eingeführt werden, stärker wird. Wenn das gemacht wird, dann wird die Verbraucherzentrale noch unattraktiver, als sie jetzt schon dadurch geworden ist, daß sie finanzielle Einschränkungen hat hinnehmen müssen, und dadurch, daß sie in den vierten Stock am Katharinenklosterhof ziehen mußte, was auch ein unzuträglicher Zustand ist.

(Abg. S c h m i d t [SPD]: Das ist aber nicht Schuld des Staates!)

Weil ich den Antrag der BGL für etwas unpräzise halte, erlaube ich mir, einen Änderungsantrag vorzubringen, der folgendermaßen lautet: „Der Senat wird aufgefordert, die Finanzausweisungen an die Verbraucherzentrale des Landes Bremen e. V. im Jahr 1983 wieder auf die Höhe des Jahres 1981 anzuheben. Mit dieser Maßnahme soll eine entsprechende Mitfinanzierung des Bundes gewährleistet und die wichtige und wirksame Arbeit der Verbraucherzentrale als von kommerzieller Werbung unabhängiges Institut sichergestellt werden.“ — Danke sehr!

(A) **Präsident Dr. Klink:** Herr Abgeordneter Willers, ist das ein Ergänzungsantrag, der hier als zweiter Absatz angefügt werden soll?

Abg. Willers: Nein, das ist ein Änderungsantrag.

**Präsident Dr. Klink:** Was ändern Sie denn da im Ursprungsantrag?

Abg. Willers: Eine ganze Menge! Wenn Sie die Anträge vergleichen, dann werden Sie es feststellen.

**Präsident Dr. Klink:** Das ist ein eigenständiger Antrag!

Abg. Willers: Das können Sie bezeichnen, wie Sie wollen!

**Präsident Dr. Klink:** Einen eigenständigen Antrag kann ich aber nicht annehmen! Das ist hier der Punkt!

Abg. Willers: Dann, Herr Präsident, betrachten Sie es als Änderungsantrag!

**Präsident Dr. Klink:** Das wollte ich ja nur wissen! Er könnte als zweiten Absatz das als Änderungsantrag deklarieren! Dann ist es ein Änderungsantrag!

Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Hänecke.

Abg. Marianne Hänecke (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dem Antrag von Herrn Adamietz und der BGL stimmen wir zu. Dem Antrag von Herrn Willers stimmen wir nicht zu, weil wir meinen, daß die Arbeit in der Verbraucherzentrale auch unter den jetzigen finanziellen Gegebenheiten möglich ist. Wir meinen, daß, auch wenn das Geld etwas knapper ist, hervorragende Arbeit geleistet werden könnte, wenn ein strafferes Konzept in der Verbraucherzentrale eingeführt werden würde und

(Beifall bei der CDU)

wenn die Öffnungszeiten der Verbraucherzentrale den Ladenöffnungszeiten angepaßt würden. Wenn nicht schon ab Freitag mittag dort geschlossen sein würde, würde man dem Verbraucher sicherlich mit den Beratungsangeboten sehr entgegenkommen. So etwas muß nicht unbedingt Geld kosten, sondern das erfordert eben, wie ich schon sagte, ein strafferes Programm.

Wir sind dafür, daß die Verbraucherzentrale ihre Arbeit fortsetzt,

(Beifall bei der CDU)

weil wir vom Grundsatz her der Meinung sind, daß der Verbraucher ein gleichberechtigter Partner in der Marktwirtschaft sein muß. Daher werden wir uns auch immer dafür einsetzen, daß Verbraucherarbeit geleistet wird.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Neujahr.

Abg. Neujahr (FDP \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Prinzip, Herr Kollege Adamietz, ist uns Ihr Antrag eigentlich sehr sympathisch, auch wir wollen den kritischen Verbraucher, auch wir wollen die Information, die der Verbraucher haben muß, um kritisch an die Dinge herangehen zu können. Ich habe das gleiche Zahlenwerk, das Herr Senator Willms eben vorgetragen hat, und ich habe, da wir nun seit Jahren, seit der Gründung eigentlich, ein Vorstandsmitglied stellen, unter anderem zur Zeit einen Rechnungsführer, zugesichert bekommen, unter den gegebenen Umständen sei die Verbraucherzentrale arbeitsfähig. Insofern, meine ich, erübrigt sich eigentlich Ihr Antrag. Er ist gegenstandslos geworden.

(Beifall bei FDP und SPD)

Die Verbraucherzentrale stirbt also nicht, und wenn Sie uns eine Ablehnung ersparen wollen, dann bitte ich Sie, den Antrag zurückzuziehen. Den Antrag von Herrn Willers, den wir jetzt kurzfristig beurteilen müssen, kann ich eigentlich mit der gleichen Argumentation zurückweisen. Nach dem jetzigen Stand ist die Verbraucherzentrale arbeitsfähig, Herr Willers, und das sollte uns genügen.

(Beifall bei FDP und SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Schmidt.

Abg. Schmidt (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die von Herrn Neujahr bereits genannten neuen Ansätze im Haushaltsplan 1983 geben der Verbraucherzentrale die Möglichkeit, ihre Aufgaben so wahrzunehmen, wie es im Interesse der Verbraucher erforderlich ist.

Der Umzug, verehrter Herr Willers, von der Carl-Ronning-Straße zum Katharinenklosterhof ist nicht Verschulden des Senators oder gar der Verbraucherzentrale, sondern das hat andere Gründe, das hat nichts zu tun mit der finanziellen Veränderung.

Eine Anhebung auf den Stand von 1981 halten wir nicht für möglich. Wir meinen aber, daß mit dem erhöhten Ansatz von 1983 gegenüber 1982 auch eine Straffung der Funktionen möglich wird und die Aufgaben erfüllt werden können, so daß eine Beratung über den Antrag von uns nicht für erforderlich gehalten wird. Wir lehnen den Antrag deshalb ab.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag des Abgeordneten Willers abstimmen.

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Wer dem Änderungsantrag des Abgeordneten Willers seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Abg. Willers)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und FDP)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, der Änderungsantrag des Abgeordneten Willers wird abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum Antrag der Gruppe der BGL.

Wer dem Antrag der Gruppe der BGL mit der Drucksachen-Nummer 10/843 seine Zustimmung ge-

ben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, BGL und Abg. Willers)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und FDP)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, auch dieser Antrag ist abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihnen allen einen erholsamen guten Urlaub. Falls Sie wegfahren, fahren Sie vorsichtig, und kommen Sie gesund wieder!

Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 18.01 Uhr)

(B)

(D)

**63. Sitzung**

am Mittwoch, dem 23. Juni 1982

**Inhalt**

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung . . . . .	4825
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung . . . . .	4825
Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung . . . . .	4825

**Fragestunde**

- |   |  |
|---|--|
| <p><b>1. Vollstudium bei gleichzeitiger Berufstätigkeit im öffentlichen Dienst</b><br/>Anfrage der Abgeordneten von Schönfeldt, Jäger, Lahmann und Fraktion der FDP vom 26. Mai 1982 . . . . . 4826</p> <p><b>2. Gesundheitsschädigung durch Formaldehyd</b><br/>Anfrage der Abgeordneten Karin Tuczek, Wedemeier und Fraktion der SPD vom 28. Mai 1982 . . . . . 4827</p> <p><b>3. Freie Kapazitäten beim Hansestadt Bremischen Amt Bremerhaven</b><br/>Anfrage der Abgeordneten Neujahr, Lahmann und Fraktion der FDP vom 28. Mai 1982 . . . . . 4828</p> <p><b>4. Atomkraftwerk Esenshamm</b><br/>Anfrage des Abgeordneten Dinné und Gruppe der BGL vom 8. Juni 1982 . . . 4828</p> <p><b>5. Kursverbund zur „Vorbereitung auf die Entlassung“ in der Justizvollzugsanstalt Bremen-Oslebshausen</b><br/>Anfrage der Abgeordneten Dr. Sieling, Neumann und Fraktion der CDU vom 9. Juni 1982 . . . . . 4830</p> | <p><b>6. Arbeitseinsatz von Strafgefangenen in den Strafvollzugsanstalten im Lande Bremen</b><br/>Anfrage der Abgeordneten Dr. Sieling, Neumann und Fraktion der CDU vom 9. Juni 1982 . . . . . 4832</p> <p><b>7. Mangelhafte Wahrnehmung der Interessen Bremens im Aufsichtsrat der Schichau Unterweser AG</b><br/>Anfrage des Abgeordneten Willers vom 9. Juni 1982 . . . . . 4833</p> <p><b>8. Nato-Seminar der Landeszentrale für politische Bildung</b><br/>Anfrage des Abgeordneten Willers vom 9. Juni 1982 . . . . . 4835</p> <p><b>9. Unterrichtsversorgung an der Berufsschule für Elektrotechnik</b><br/>Anfrage des Abgeordneten Willers vom 9. Juni 1982 . . . . . 4836</p> <p><b>10. Bereederungsvertrag zwischen dem Alfred-Wegener-Institut und der Hapag-Lloyd Transport und Service GmbH</b><br/>Anfrage der Abgeordneten Karin Tuczek, Töpfer, Beckmeyer, Wedemeier und Fraktion der SPD vom 15. Juni 1982 . . . . . 4836</p> <p><b>11. Parken auf Behindertenparkplätzen</b><br/>Anfrage der Abgeordneten Hede Lütjen, Wedemeier und Fraktion der SPD vom 15. Juni 1982 . . . . . 4837</p> |
|---|--|

**12. Gastschuldvereinbarung**

Anfrage der Abgeordneten Welke, Lahmann und Fraktion der FDP vom 15. Juni 1982 . . . . . 4837

**Aktuelle Stunde** . . . . . 4840

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechnungsprüfung in der Freien Hansestadt Bremen**

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP vom 9. Juni 1982  
(Drucksache 10/838)

1. Lesung

2. Lesung

Abg. Adamietz (BGL) . . . . . 4840

Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten . 4841

Abg. Adamietz (BGL) . . . . . 4841

Abstimmung . . . . . 4844

**Grundsätze zur Übernahme von Bürgschaften**

Antrag der Fraktion der CDU vom 25. November 1981  
(Drucksache 10/677)

**Ergänzungsbericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses zum Ausschlußbericht vom 11. Februar 1982 (Drs. 10/752) — Haushaltsjahr 1979 —**

vom 10. Juni 1982

(Drucksache 10/839)

D a z u

**Verschleuderung von 35 Millionen DM**

Antrag (EntschlieÙung) der Fraktion der CDU vom 22. Juni 1982  
(Drucksache 10/844)

D a z u

**Änderungsantrag des Abgeordneten Willers vom 23. Juni 1982**

(Drucksache 10/847)

**Bemerkungen im Ergänzungsbericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses vom 10. Juni 1982 (Drs. 10/839) — Haushaltsjahr 1979 —**

Antrag der Mitglieder des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses vom 10. Juni 1982  
(Drucksache 10/840)

**Richtlinien der Freien Hansestadt Bremen für die Übernahme von Bürgschaften**

Mitteilung des Senats vom 7. Juni 1982  
(Drucksache 10/837)

Abg. Stäcker, Berichterstatter . . . . . 4845

Abg. Klein (CDU) . . . . . 4847

Abg. Neujahr (FDP) . . . . . 4851

Abg. Adamietz (BGL) . . . . . 4854

Abg. Willers . . . . . 4857

Abg. Klein (CDU) . . . . . 4858

Abg. Kunick (SPD) . . . . . 4860

Abg. Lahmann (FDP) . . . . . 4866

Bürgermeister Thape, Senator für Finanzen . 4869

Abg. Wilhelms (CDU) . . . . . 4871

Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten . 4872

Abg. Klein (CDU) . . . . . 4875

Bürgermeister Thape, Senator für Finanzen . 4878

Abg. Beckmeyer (SPD) . . . . . 4879

Abg. Klein (CDU) zur Geschäftsordnung . . 4880

Abstimmung . . . . . 4880

**Gesetz zur Änderung des Vermessungs- und Katastergesetzes**

Mitteilung des Senats vom 29. März 1982  
(Drucksache 10/798)

2. Lesung . . . . . 4881

**Arbeitsplatzvernichtung durch weitere Fusionen in Bremen (hier: Bremische Gesellschaft und Beamtenbau)**

Antrag der Gruppe der BGL vom 13. Mai 1982  
(Drucksache 10/816)

Abg. Dinné (BGL) . . . . . 4881

Senator für das Bauwesen Meyer . . . . . 4882

Abg. Welke (FDP) . . . . . 4884

Abg. Kudella (CDU) . . . . . 4885

Abg. Dittbrenner (SPD) . . . . . 4885

Abg. Dinné (BGL) . . . . . 4886

Senator für das Bauwesen Meyer . . . . . 4887

Abstimmung . . . . . 4887

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 47 vom 3. Mai 1982**

(Drucksache 10/811) . . . . . 4888

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 48 vom 17. Mai 1982**

(Drucksache 10/818) . . . . . 4888

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 49  
vom 8. Juni 1982**

(Drucksache 10/833) . . . . . 4888

**Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des  
Landesbeirats für Jugendbildung . . . . . 4888**

Anhang zum Plenarprotokoll . . . . . 4889

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Fritz Fischer, Jäger, Ostendorff, Pflugradt.

**Präsident Dr. Klink**

**Vizepräsident Ehlers**

**Schriftführer Pötting**

**Vizepräsident Schmidt**

**Schriftführer Ravens**

---

Bürgermeister **Koschnick** (SPD), Präsident des Senats  
und Senator für kirchliche Angelegenheiten

Bürgermeister **Thape** (SPD), Senator für Finanzen

Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr **Brinkmann** (SPD)

Senator für Inneres **Fröhlich** (SPD)

Senator für Rechtspflege und Strafvollzug **Kahrs** (SPD)

Senator für Wirtschaft und Außenhandel und für Arbeit **Willms** (SPD)

Senator für Gesundheit und Umweltschutz **Brückner** (SPD)

Senator für Wissenschaft und Kunst **Franke** (SPD)

Senator für Soziales, Jugend und Sport **Dr. Scherf** (SPD)

Senator für Bildung **von Hassel** (SPD)

Senator für das Bauwesen **Meyer** (SPD)

---

Staatsrat **Dr. Weiss** (Senatskanzlei)

Senatsdirektor **Dr. Hennemann** (Senator für Wirtschaft und Außenhandel)

Senatsdirektor **Dr. Hoppensack** (Senator für Soziales, Jugend und Sport)

Senatsdirektor **Kulenkampff** (Senator für das Bauwesen)

Senatsdirektor **Stahl** (Senator für Finanzen)

---

Präsident des Rechnungshofs **Hartmann**

(A) Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung um 10.30 Uhr.

**Präsident Dr. Klink:** Die 63. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse recht herzlich.

Folgende Gruppen sind anwesend: eine Klasse der Berufsschule für Kfz-Gewerbe und Mechanik in Bremen, eine Gruppe der Volkshochschule Lilienthal, eine Gruppe Spätaussiedler, eine Klasse der Übungsfirma Schaffer und Sachs und ein Lehrgang der Landespolizeischule Bremen.

Ich begrüße die Zuhörer recht herzlich in unserem Kreis.

(Beifall)

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgenden Eingang bekannt:

Verschleuderung von 35 Millionen DM, Antrag (Entschliebung) der Fraktion der CDU vom 22. Juni 1982, Drucksache 10/844.

Dieser Entschliebungsantrag gilt gemäß Paragraph 31 Absatz 3 der Geschäftsordnung als dringlich und steht in wesentlicher Verbindung mit Tagesordnungspunkt 16, mit dem ich ihn daher zusammen aufrufe.

(B) Die übrigen Eingänge bitte ich dem verteilten Umdruck zu entnehmen.

#### I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

1. Studiengang Informatik  
Antrag der Fraktion der FDP  
vom 15. Juni 1982  
(Drucksache 10/841)
2. Bericht der Besuchskommission nach dem Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG) für die Jahre 1980 und 1981  
Mitteilung des Senats vom 14. Juni 1982  
(Drucksache 10/842)
3. Rundfunkgebührenstaatsvertrag und Staatsvertrag über einen Finanzausgleich zwischen den Rundfunkanstalten  
Mitteilung des Senats vom 21. Juni 1982  
(Drucksache 10/846)

Die Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) am 1. September 1982.

#### II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Erfahrungen mit der Gleitzeit  
Kleine Anfrage der Fraktion der FDP  
vom 23. Februar 1982  
(Drucksache 10/820)

D a z u

Antwort des Senats vom 24. Mai 1982

2. Kursangebote in den Justizvollzugsanstalten im Lande Bremen (C)

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 4. Mai 1982  
(Drucksache 10/828)

D a z u

Antwort des Senats vom 7. Juni 1982

3. Studienverlaufspläne für Studienfächer im Bereich der Lehrerbildung

Kleine Anfrage der Fraktion der FDP  
vom 5. Mai 1982  
(Drucksache 10/817)

D a z u

Antwort des Senats vom 17. Mai 1982

4. Jugendgefährdende Sekten (neue Jugendreligionen) in Bremen

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 19. Mai 1982

5. Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst

Kleine Anfrage der Fraktion der FDP  
vom 24. Mai 1982  
(Drucksache 10/829)

D a z u

Antwort des Senats vom 7. Juni 1982

#### III. Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung

1. Offener Brief des Instituts für leichte Flächentragwerke zu Architektur, Wohnungs- und Städtebau.
2. Schreiben der Ärztekammer Bremen zur Debatte in der 54. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) zum Thema „Arzneimittelindex“.
3. Schreiben von Herrn Paul Niederbockstruck zum Zustand der parlamentarischen Demokratie.
4. Schreiben von Herrn Klaus Busch zur Wümme-regulierung.
5. Schreiben des Betriebsrats Jugendvertretung Bremer Vulkan AG zum Lehrstellenangebot in Bremen.

Die Eingaben können bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionell Vereinbarungen zur Aussetzung beziehungsweise Verbindung von Tagesordnungspunkten sowie zum Schluß der morgigen Sitzung getroffen.

Besteht Widerspruch zu den interfraktionellen Vereinbarungen?

Das ist nicht der Fall. Dann sind sie so beschlossen.

Meine Damen und Herren, die Gruppe der BGL hatte ursprünglich für die gestrige Sitzung der Stadtbürgerschaft einen Antrag zur Verbraucherberatung eingebracht. Da dieser Antrag jedoch eine Landesangelegenheit betrifft, wird er im Rahmen dieser Landtagsitzung behandelt.

Der Antrag ist an die Abgeordneten als Drucksache 10/843 verteilt worden. Ich werde den Antrag entsprechend seinem Eingang nach Punkt 13 der Tagesordnung aufrufen.

(D)

- (A) Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich nicht versäumen, den Abgeordneten Rolf Lüersen und Ernst von Schönfeldt, die heute ihren Geburtstag begehen, die herzlichen Glückwünsche des Hauses auszusprechen.

(Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

### Fragestunde

Im Rahmen der Fragestunde sind 14 Anfragen frist- und formgerecht eingereicht worden.

Die erste Anfrage beschäftigt sich mit einem **Vollstudium bei gleichzeitiger Berufstätigkeit im öffentlichen Dienst**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten von Schönfeldt, Jäger, Lahmann und Fraktion der FDP.

Ich bitte den Abgeordneten von Schönfeldt, die Anfrage vorzutragen!

Abg. v. **Schönfeldt** (FDP): Wir fragen den Senat:

Erstens: Trifft es zu, daß es im öffentlichen Dienst des Landes Bremen Bedienstete gibt, die neben der Berufstätigkeit in ihrer Dienststelle ein Vollstudium an der Bremer Universität betreiben?

Zweitens: Wie groß ist die Anzahl, und auf welche senatorischen Bereiche verteilen sie sich?

- (B) Drittens: Ist der Senat der Auffassung, daß eine Berufstätigkeit im öffentlichen Dienst und ein gleichzeitiges Vollstudium an der Universität miteinander vereinbar sind?

**Präsident Dr. Klink:** Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Fröhlich.

**Senator für Inneres Fröhlich:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Gemäß einer Verwaltungsanordnung der Senatskommission für das Personalwesen vom August 1981 ist das Betreiben eines Studiums gegenüber der Beschäftigungsdienststelle anzuzeigen. In Fällen, in denen ein Vollstudium neben einer Vollzeitbeschäftigung im öffentlichen Dienst betrieben wurde, hat die Senatskommission für das Personalwesen auf ein Ende der dienstlichen Tätigkeit oder auf die Aufgabe des Studiums hingewirkt. Es gibt allerdings Teilzeitbeschäftigte, die zumindest in den Eingangssemestern ein Vollstudium neben ihrer Berufstätigkeit betreiben.

Die Problematik eines Vollstudiums bei einer gleichzeitigen Berufstätigkeit im öffentlichen Dienst war inzwischen auch Gegenstand eines verwaltungsgerichtlichen Verfahrens. Die Senatskommission für das Personalwesen hatte einer Professorin der Universität Bremen die Genehmigung für ein Studium in Marburg verweigert. Das Oberverwaltungsgericht lehnte eine vorläufige Genehmigung bis zum Abschluß des Gerichtsverfahrens ab, weil die Beamtin sich mit voller Hingabe dem Beruf zu widmen

- habte. Es sei durchaus zulässig, wenn der Dienstherr die Aufnahme des Studiums von einer Genehmigung abhängig mache. Die Professorin hat sich inzwischen exmatrikulieren lassen. (C)

Zu Frage zwei: Der Senatskommission für das Personalwesen sind derzeit vier Fälle bekannt, in denen teilzeitbeschäftigte Bedienstete einem Vollstudium nachgehen. Es handelt sich um Bedienstete aus folgenden senatorischen Bereichen: Wissenschaft und Kunst zwei Bedienstete, Gesundheit und Umweltschutz zwei Bedienstete.

Der Senat kann nicht ausschließen, daß es eine Dunkelziffer von öffentlich Bediensteten gibt, die ein Vollstudium betreiben, ohne ihrer Anzeigepflicht gemäß der obengenannten Verwaltungsanordnung nachzukommen. Um mögliche Dienstpflichtverletzungen aufzudecken, erwägt der Senat, die in Rechenzentren vorhandenen Bestandskarteien der öffentlich Bediensteten und der immatrikulierten Studenten mit Hilfe eines Sortierprogrammes zu vergleichen. Die Zulässigkeit dieser Ermittlung von öffentlich Bediensteten, die gleichzeitig einem Vollzeitstudium nachgehen, wird gegenwärtig — insbesondere unter datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten — überprüft.

Zu Frage drei: Der Senat ist der Auffassung, daß eine Berufstätigkeit im öffentlichen Dienst und ein gleichzeitiges Vollstudium grundsätzlich nicht miteinander vereinbar sind. Der Senat geht davon aus, daß ein Vollstudium den vollen Einsatz des Studenten erfordert und deshalb nicht ohne Beeinträchtigung einer hauptberuflichen Tätigkeit durchgeführt werden kann. (D)

Der Bürger, der den öffentlichen Dienst mit seinen Steuermitteln finanziert, darf erwarten, daß die öffentlich Bediensteten ihre Arbeitskraft uneingeschränkt für die Erledigung der öffentlichen Aufgaben einsetzen. Angesichts der angespannten Situation auf dem Arbeitsmarkt und der durch die Vielzahl der Studenten stark überlasteten Hochschulen ist es überdies nicht vertretbar, wenn einzelne sowohl einen Arbeitsplatz als auch einen Studienplatz für sich in Anspruch nehmen.

Bedienstete, die ein Vollstudium aufnehmen wollen, werden von der Senatskommission für das Personalwesen darauf hingewiesen, daß ihnen eine Beurlaubung unter Wegfall der Bezüge für sechs Monate gewährt werden kann, falls dienstliche Gründe nicht entgegenstehen. Nach Ablauf der sechs Monate muß sich der Bedienstete entscheiden, ob er das Studium oder sein Dienstverhältnis fortsetzen möchte.

Eine differenzierte Betrachtung ist nach Auffassung des Senats bei Teilzeitbeschäftigten geboten. In diesen Fällen ist das Vollstudium während der Eingangssemester regelmäßig noch mit der Berufstätigkeit zu vereinbaren. Auch wenn das Vollstudium neben einer Teilzeitbeschäftigung zugelassen wird, ist die Arbeitszeit ausschließlich entsprechend den dienstlichen Erfordernissen zu gestalten.

(A) **Präsident Dr. Klink:** Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Das ist nicht der Fall.

Dann ist die erste Anfrage erledigt. Ich bedanke mich bei Herrn Senator Fröhlich.

(Beifall bei SPD und FDP)

Die zweite Anfrage trägt die Überschrift „**Gesundheitsschädigung durch Formaldehyd**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Karin Tuczek, Wedemeier und Fraktion der SPD.

Ich bitte die Fragestellerin, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Karin Tuczek (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat Hinweise über gesundheitliche Schäden durch die in vielen Produkten enthaltenen Formaldehyde?

Zweitens: Sieht der Senat Möglichkeiten, auf ein Verbot oder eine starke Beschränkung der Verwendung dieser giftigen Substanzen hinzuwirken?

Drittens: Ist dem Senat bekannt, daß die Industrie dem Bundesgesundheitsamt eine Liste über Markenartikel, in denen Formaldehyd enthalten ist, nur unter der Voraussetzung mitgeteilt hat, daß diese Liste nicht veröffentlicht wird, und gedenkt der Senat, hiergegen etwas zu tun?

**Präsident Dr. Klink:** Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Brückner.

(B)

**Senator für Gesundheit und Umweltschutz Brückner:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Die gesundheitliche Bewertung des Problems durch den Senat stützt sich in erster Linie auf Ergebnisse einer Langzeit-Inhalationsstudie mit Formaldehyd an Ratten in den USA. Danach sind in den höchsten der insgesamt vier Formaldehyd-Dosierungsstufen — null, zwei, sechs und 15 Milligramm pro Kilogramm Atemluft — vermehrt Tumore des Nasenraums bei den Versuchstieren aufgetreten. In den niedrigeren Dosierungsbereichen wurden bei Ratten diese Veränderungen der Nasenschleimhaut nicht beobachtet. Inhalationsversuche mit Mäusen erbrachten grundsätzlich keine Anhaltspunkte für eine krebserzeugende Wirkung von Formaldehyd.

Auch Langzeit-Fütterungsversuche an verschiedenen Tierarten, in denen die inhalationsbedingten lokalen Reizwirkungen von Formaldehyd ausgeschlossen werden konnten, haben keine erhöhte Tumorfrequenz erkennen lassen.

Bei Menschen, die beruflich über lange Zeit höheren Formaldehydkonzentrationen ausgesetzt gewesen sind, wie Pathologen, Histologen, Anatomen, sind bisher Tumoren des Nasen-Rachenraumes nicht auffällig geworden. Dagegen sind Nieren- und Leberschädigungen bei chronischer Einwirkung von Formaldehyd möglich.

(C) Nach Kenntnis dieser Forschungsergebnisse sind ernsthafte Gesundheitsschäden offenbar erst in einer Konzentration von Formaldehyd in der Raumluft zu erwarten, in der der Aufenthalt für einen Menschen auf Dauer unerträglich ist.

Trotzdem nimmt der Senat alle Hinweise auf gesundheitliche Schäden durch Formaldehyd ernst, da nicht völlig auszuschließen ist, daß in seltenen Fällen auch bei geringerer Raumluftkonzentration bei Menschen allergische Reaktionen ausgelöst werden können.

Zu Frage zwei: Der Senat ist im Zusammenwirken mit den Bundesbehörden bemüht, mögliche Gesundheitsgefahren bei Anwendung von Bau- und Dämmstoffen sowie beim Gebrauch von Reinigungs- und Pflegemitteln und kosmetischen Mitteln vom Verbraucher abzuwenden.

Auf der Grundlage des vom Bundesgesundheitsamt empfohlenen Grenzwertes von 0,1 Milligramm Formaldehyd pro Kilogramm Raumluft — entsprechend 0,12 Milligramm pro Kubikmeter — hat der Senator für das Bauwesen mit Erlaß vom 19. 4. 1982 Technische Baubestimmungen über die Verwendung von Spanplatten hinsichtlich der Vermeidung einer unzumutbaren Formaldehydkonzentration in der Raumluft veröffentlicht.

Denselben Grenzwert hat der Senator für Gesundheit und Umweltschutz mit Erlaß vom 15. 6. 1981 für die Formaldehydkonzentration in der Innenraumluft von Wohn- und Aufenthaltsräumen, in denen sogenannte Ortsschäume verarbeitet wurden, festgelegt.

(D)

Bei kosmetischen Mitteln ist die Verwendungsmöglichkeit von Formaldehyd durch die nationale Kosmetikverordnung und die EG-Kosmetik-Richtlinie geregelt. So darf Formaldehyd in kosmetischen Aerosolpackungen überhaupt nicht enthalten sein, in sonstigen kosmetischen Mitteln, in denen Formaldehyd eine konservierende Aufgabe für das Kosmetikum selbst zu erfüllen hat, ist der Gehalt auf 0,2 Prozent begrenzt. In Mundpflegemitteln darf Formaldehyd bis 0,1 Prozent enthalten sein, und zwar nicht zum Zwecke der Konservierung des Erzeugnisses, sondern als keimtötender und keimwachstumhemmender Bestandteil in der Mundhöhle. Lediglich Nagelhärter dürfen bis 5 Prozent Formaldehyd als eiweißhärtende Wirksubstanz enthalten. Die Angabe von Anwendungsbedingungen und Warnhinweisen ist vorgeschrieben.

Der Senator für Gesundheit und Umweltschutz hat den Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit mit Schreiben vom 21. 12. 1981 aufgefordert, ähnliche Bestimmungen zur Kenntlichmachung und Anbringung von Warnhinweisen wie für kosmetische Mittel auch für sonstige Bedarfsgegenstände — Reinigungs- und Pflegemittel — zu erlassen, damit Mißstände der in verschiedenen Presseartikeln dargelegten Art unterbunden werden können.

Laut Antwortschreiben des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit vom 20. 1. 1982

(A) haben Arbeitsgruppen von Sachverständigen im Rahmen des „Programms Bedarfgegenstände“ begonnen, eine Bestandsaufnahme möglicher gesundheitlicher Risiken im Bedarfgegenstandsbereich durchzuführen. Eine besondere Arbeitsgruppe befaßt sich mit dem Bereich „gefährliche Haushaltsmittel“.

Nach Abschluß dieser Vorarbeiten sollten gegebenenfalls erforderliche Regelungen zum Schutz der Gesundheit ausgearbeitet werden.

Zu Frage drei: Nach Auskunft des Bundesgesundheitsamtes gibt es eine spezielle, nicht für die Öffentlichkeit bestimmte Liste formaldehydhaltiger Markenartikel nicht. Es ist jedoch richtig, daß dem Bundesgesundheitsamt von der Industrie freiwillig vertrauliche Angaben über die Rezepturen vielfältiger Markenartikel gemacht werden, um bundesweit die Informationszentralen für Vergiftungsfälle zu unterrichten. Hierzu sind auch Markenartikel, die Formaldehyd enthalten, zu rechnen.

Der Senat vertritt die Auffassung, daß die Industrie zur umfassenden Kennzeichnung und Offenbarung der Inhalte von Bedarfgegenständen im Sinne des Paragraphen 5 des Lebensmittel- und Bedarfgegenstandesgesetzes verpflichtet werden muß.

Er ist deshalb bereits — wie zu Frage zwei ausgeführt — beim Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit initiativ geworden.

(B) **Präsident Dr. Klink:** Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. Karin Tuczak (SPD): Ich möchte gern noch folgendes wissen: Die Forschung ist ja im Bereich der Tumore sehr intensiv betrieben worden. Sie haben gesagt, die Forschung sei nur auf Tumore gerichtet betrieben worden. Wäre es nicht zweckmäßig gewesen, die Forschung auch auf allergische Reaktionen auszuweiten, gerade weil da doch der Bereich anfängt, in dem es für Leute schädlich ist? Da bemerken sie erst, daß sie nicht ganz gesund sind, und reagieren auf diese Sachen mit Allergien!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator Brückner!

**Senator Brückner:** Die Forschung erstreckt sich auf alle drei Bereiche, mögliche Allergien, mögliche Nieren- und Leberschäden und mögliche Krebsgefahren in den Bereichen, in denen bei Untersuchungen bei Ratten Feststellungen waren, also im Nasen- und Rachenraum. Es ist nur dadurch, daß die Krebsgefahr hier am stärksten ist, darüber am meisten geschrieben und gesagt worden. Die Forschung erstreckt sich aber auf alle Bereiche.

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage?

(Abg. Karin Tuczak [SPD]: Danke schön!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist auch die zweite Anfrage erledigt.

Ich bedanke mich bei Herrn Senator Brückner.

(Beifall bei der SPD)

Die dritte Anfrage befaßt sich mit **freien Kapazitäten beim Hansestadt Bremischen Amt Bremerhaven**. Die Anfrage trägt die Unterschrift der Abgeordneten Neujahr, Lahmann und Fraktion der FDP.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Neujahr (FDP): Wir fragen den Senat:

Erstens: Ist dem Senat bekannt, daß das Hansestadt Bremische Amt Bremerhaven über frei werdende Kapazitäten für Bauleitungs- und Bauaufsichtsaufgaben im technischen Bereich verfügt?

Zweitens: Ist bei Kenntnis oder nach bestätigter Überprüfung dieser Feststellung geplant, frei werdende Kapazitäten des Hansestadt Bremischen Amtes Bremerhaven beim Ausbau der Hochschule Bremerhaven für Bauleitung und Bauaufsicht im technischen Bereich einzusetzen, um die Ortsnähe und Ortskenntnis des Amtes außer für Bauaufsicht auch im Hinblick auf die vom Amt später auszuführende Unterhaltung zu nutzen?

**Präsident Dr. Klink:** Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Brinkmann.

**Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr Brinkmann:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Die Personalausstattung des Hansestadt Bremischen Amtes Bremerhaven im technischen Bereich bemißt sich nach seiner originären Aufgabe, dem Bau und der Unterhaltung der Hafenanlagen. Soweit es diese Aufgabe zuläßt, wird das Hansestadt Bremische Amt Bremerhaven darüber hinaus in Amtshilfe bei der Planung und Durchführung von Hochbauten anderer bremischer Dienststellen in Bremerhaven tätig. Derzeit ist das in einigen Fachbereichen des Hochbaus möglich.

Zu Frage zwei: Es ist möglich, die insoweit verfügbaren Kapazitäten des Hansestadt Bremischen Amtes Bremerhaven beim Ausbau der Hochschule Bremerhaven im Rahmen der beim Hochbauamt liegenden Bauleitung und Bauaufsicht mit einzusetzen.

(Abg. Neujahr [FDP]: Danke schön!)

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist auch die dritte Anfrage erledigt.

Ich bedanke mich bei Herrn Senator Brinkmann.

Die vierte Anfrage in der Fragestunde betrifft das **Atomkraftwerk Esenshamm**. Die Anfrage ist unterschrieben von dem Abgeordneten Dinné und Gruppe der BGL.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Dinné (BGL): Wir fragen den Senat:

Ist der Betrieb des Atomkraftwerks bei Esenshamm — KKKU — in dem Maße gedrosselt worden, wie es den Wassertemperaturen und den damit verbundenen Auflagen entsprechen hätte?

(C)

(D)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Brückner.

**Senator für Gesundheit und Umweltschutz Brückner:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Auf Ihre Anfrage hat mir bei Weitergabe dieser Anfrage der zuständige Niedersächsische Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten folgende Antwort erteilt, die ich Ihnen übermittle.

Das Kernkraftwerk Unterweser ist seit der Inbetriebnahme im August 1979 so betrieben worden, daß die vorgeschriebenen Grenzwerte für das benutzte Kühlwasser — größte Aufwärmung 10 Grad Celsius, Höchsttemperatur 30 Grad Celsius — eingehalten wurden.

Kritischer Grenzwert war bisher ausschließlich die vorgesehene Höchsttemperatur des einzuleitenden Kühlwassers. Die Leistung des KKW wurde deshalb den Auflagen entsprechend zurückgenommen, das heißt, der Betrieb wurde gedrosselt.

Daneben — so die weitere Antwort des zuständigen Ministers aus Niedersachsen — ist im wasserrechtlichen Bescheid eine rechnerische Aufwärmspanne für das Weserwasser durch das KKW von 1,7 Grad Kelvin festgelegt. Nach den bisher zugrunde gelegten Rechenverfahren ist diese Aufwärmspanne an 18 Tagen in den zweieinhalb Jahres des Betriebes überschritten worden, im extremsten Fall bis zu drei Zehntel Grad Kelvin. Das bestehende Rechenverfahren ist aufgrund neuer Erkenntnisse der Zusammenhänge von meteorologischem Geschehen und hydrologischen Auswirkungen zwischenzeitlich verbessert worden. Danach wäre der Grenzwert für die Aufwärmspanne bisher nicht erreicht worden. — Soweit die Antwort des Senats durch die Übermittlung der Antwort des zuständigen niedersächsischen Ministeriums!

**Präsident Dr. Klink:** Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. **Dinné** (BGL): Herr Senator, wieweit haben Sie sich denn selbst Gewißheit verschafft, ob das richtig ist, und was sagen Sie dazu?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Brückner:** Wir sind auf die Angaben des zuständigen Ministeriums angewiesen, und ich gehe davon aus, daß die Angaben richtig sind. Soweit es die Drosselung des Werkes betrifft — bei dem Höchstwert des Kühlwassers, das eingeleitet wird, darf die Differenz nicht über zehn Grad sein zwischen Aufnahme aus der Weser und Einleitung, und die Temperatur insgesamt darf 30 Grad nicht übersteigen —, ist auch nach unseren Feststellungen und Angaben das Werk, glaube ich, an 135 oder 136 Tagen zurückgefahren worden, also gedrosselt worden.

Die andere Diskussion im zweiten Punkt mit der Aufwärmspanne ist eine schon im Wärmelastplan festgelegte Überarbeitung dieses Wärmelastplans

auf die rechnerischen Methoden, die zugrunde gelegt worden sind. Diese wird zur Zeit erarbeitet in der Arbeitsgemeinschaft Weser. Das Franzius-Institut in Hannover hat dazu ein Papier erstellt, das, glaube ich, in dieser oder in der nächsten Woche erörtert wird und das aller Wahrscheinlichkeit nach dazu führen wird, daß hier in bezug auf diese Aufwärmspanne für das Weserwasser neue rechnerische Daten zugrunde gelegt werden. Das ist aber der geringere Teil. Da war von 18 Tagen in zweieinhalb Jahren die Rede und nur ganz gering, drei Zehntel Grad Kelvin überschritten, die da möglicherweise nicht mehr in Frage kämen.

**Präsident Dr. Klink:** Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. **Dinné** (BGL): Habe ich das also richtig verstanden, daß Sie sich selbst überhaupt keine Kenntnisse verschafft haben, sondern Sie stützen sich immer nur auf die Niedersachsen beziehungsweise auf die durch Gerichtsverfahren festgestellten Rechenverfahren?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Brückner:** Nein, die Rechenverfahren, Herr Abgeordneter, sind nicht durch Gerichtsverfahren festgestellt, sondern im Wärmelastplan bereits 1974 festgelegt.

(Abg. **Dinné** [BGL]: Aufgrund von Gerichtsverfahren!)

Die sind wissenschaftlich außerordentlich schwierig, weil es im Tidebereich ist und weil es darum ging, eine natürliche Wärme, die es ja gar nicht mehr gibt in der Weser, nachträglich zu errechnen, und zwar noch im Tidebereich, wo das Wasser mit den Einflüssen sich bis zu 20 Tagen von dem, was passiert ist an einem Tag, hier noch verändert.

Die tatsächlichen Angaben in bezug auf die Abgaben durch Kühlwasser sind überprüfbar und sind so, wie sie vorgelegt worden sind, von uns als richtig angenommen unterstellt. Ich sehe auch überhaupt keinen Grund und auch gar keine Möglichkeit, daß jemand dort falsche Daten angibt, weder das Werk noch das niedersächsische Ministerium.

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte sehr!

Abg. **Dinné** (BGL): Herr Senator, wissen Sie denn, daß die Kerneckwerte für diese Wärmebelastung so sind, daß die Weser insgesamt nicht über 27 Grad aufgeheizt werden —

(Senator **Brückner**: 26!)

noch besser, 26 — und die Aufwärmspanne selbst 1,7 Grad nicht überschreiten darf?

(Senator **Brückner**: Das habe ich Ihnen gerade vorgelesen!)

Daraus folgt ja, wenn man sich nicht auf niedersächsische Angaben, sondern auf seinen eigenen Men-

(C)

(B)

(D)

(A) schenverstand verläßt, daß bereits, wenn die Einleitungstemperatur zehn Grad sein darf, ab 16 Grad die Betriebsleistung gedrosselt werden muß, damit keine Aufwärmspannen zustande kommen, die diese Eckdaten überschreiten?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Brückner:** Das habe ich schon mehrmals nacheinander versucht, Ihnen zu sagen. Ganz eindeutig und unbestritten ist von den vier Daten, daß die zehn Grad, die das Kühlwasser wärmer wieder eingeleitet werden darf, nachdem es aus der Weser entnommen ist, eingehalten werden. Ganz eindeutig ist, daß dabei keine 30 Grad überschritten werden, denn es könnte auch sein, daß das Weserwasser mit 22 Grad entnommen wird, plus zehn wären 32. 30 Grad sind das Maximum.

Diese beiden Meßgrößen werden generell eingehalten. Um sie einzuhalten, ist an etwa 130 bis 140 Tagen das Werk gedrosselt worden. Die zusätzliche Größe, 26 Grad darf die maximale Wesertemperatur nach der Durchmischung nicht überschreiten, steht in Verbindung mit dieser Durchmischung, nämlich was ist die rechnerische Aufwärmspanne von 1,7 Grad Kelvin. Da ist, als diese festgelegt wurde, rechnerisch eine natürliche Wärme der Weser zugrunde gelegt worden, die mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmt, so daß diese 1,7 Grad auch entstehen könnten, selbst wenn ein Atomkraftwerk gar nicht vorhanden ist.

(B) Weil schon damals unklar war und das die erste Berechnung eines Wärmelastplans für Wasser im Tidebereich auf dieser Welt überhaupt war, ist damals schon gesagt worden, das müsse aber überprüft werden mit den ständigen Messungen in Elsfleth und in Bremerhaven als den beiden Außenorten für das, was in der Weser passiert. Das liegt vor, das ist im Dezember im Franzius-Institut erstellt worden und hat dann hier mit langen Rechenmethoden Vorschläge gebracht, dieses Rechenverfahren zu ändern.

Auch wenn es geändert wird, bleibt mit Bestimmtheit eine Unsicherheit dieser Methode nach wie vor in bezug auf die Wirklichkeit des Wassers, weil man eine natürliche Temperatur, die zugrunde gelegt wird, jetzt nicht mehr rechnerisch genau ermitteln kann, wie das Wasser wäre, wenn überhaupt nichts darin wäre, aber sie wird dann der Wirklichkeit annähernder sein. So vermuten die Wissenschaftler, die das ausgearbeitet haben, und die Mitarbeiter meines Hauses sind der Meinung, daß diese Annäherung an die Verbesserung der wissenschaftlichen Werte sinnvoll ist.

**Präsident Dr. Klink:** Herr Abgeordneter Dinné, wie viele Zusatzfragen haben Sie noch?

(Abg. D i n n é [BGL]: Wahrscheinlich zwei!)

Ich bitte herzlich darum! Wir sind bei Frage vier, wir haben vierzehn Anfragen insgesamt, und die erste halbe Stunde ist vorbei! — Bitte sehr!

**Abg. Dinné (BGL):** Ich habe Ihren Worten eben entnommen, Herr Senator, daß Sie eigene Feststellungen getroffen haben, daß auch gedrosselt worden ist. Wie stellen Sie das denn fest als Bremer Landesregierung oder als Bremer Behördenleiter?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Brückner:** Nach Angaben der niedersächsischen Landesregierung! Das hatte ich vorhin aber schon einmal beantwortet.

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte sehr!

**Abg. Dinné (BGL):** Wenn das Ihre Feststellungsquelle ist, dann frage ich Sie, um Pfingsten herum hat die Weser ja die Temperatur, wie man dem Radio entnehmen konnte, von 22 Grad gehabt. Ist denn die Wasserschutzpolizei einmal angewiesen worden zu prüfen, denn aufgrund dieser 22 Grad Basistemperatur, die die Weser schon hatte, hätte der Betrieb eigentlich empfindlich gedrosselt sein müssen. Hat die Wasserschutzpolizei entsprechende Feststellungen gemacht, und was sagt die Landesregierung dazu?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

(D) **Senator Brückner:** Ich bin nicht darüber informiert, ob die Wasserschutzpolizei an diesem Tag irgendwelche Unternehmungen veranstaltet hat in Nordenham. Aber ich kann Ihnen schriftlich beantworten, wie an diesen Tagen das Werk gefahren worden ist und ob es gedrosselt wurde. Das habe ich jetzt für bestimmte Tage der letzten zweieinhalb Jahre nicht parat. Das würde ich Ihnen gern schriftlich beantworten. Um Pfingsten dieses Jahres!

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist auch die vierte Anfrage erledigt. Ich bedanke mich bei Herrn Senator Brückner.

(Beifall bei der SPD)

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf den **Kursverbund zur „Vorbereitung auf die Entlassung“ in der Justizvollzugsanstalt Bremen-Oslebshausen**. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Dr. Sieling, Neumann und Fraktion der CDU.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage vorzutragen!

**Abg. Dr. Sieling (CDU):** Wir fragen den Senat:

Bestehen Befürchtungen der Gruppen des Kursverbundes zur „Vorbereitung auf die Entlassung“ zu Recht, nach denen die an allen Montagabenden jeweils von 18 Uhr bis 21 Uhr zu diesem Thema stattfindenden Kurse zumindest zum Teil den Sparmaßnahmen des Senats geopfert werden sollen?

(A) Falls ja, wie begründet der Senat ein solches Vorgehen?

**Präsident Dr. Klink:** Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Kahrs.

**Senator für Rechtspflege und Strafvollzug Kahrs:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Geeignete Gefangene aus den bremischen Justizvollzugsanstalten werden in die offene Anstalt „Am Fuchsberg“ verlegt und dort speziell auf die Entlassung vorbereitet. Bei Gefangenen, die im geschlossenen Vollzug verbleiben müssen, wird diese Aufgabe durch hauptamtliche Kräfte wie Psychologen, Pädagogen und Sozialarbeiter sichergestellt.

In der JVA Oslebshausen wird darüber hinaus durch die Volkshochschule der Kursverbund „Vorbereitung auf die Entlassung“ angeboten. Der Kurs hat drei Untergruppen mit je elf Plätzen. Im Wintersemester 1982/83 können nur zwei der genannten Untergruppen weitergeführt werden. Diese Einschränkung ist darauf zurückzuführen, daß die Volkshochschule im Zuge der Haushaltsentwicklung und der Kürzungen von Finanzzuweisungen ihr Angebot gestrafft hat.

Für die Gefangenen des geschlossenen Vollzuges wird trotz dieser Einschränkung die Entlassungsvorbereitung weiter ausgebaut, da noch in diesem Jahr eine spezielle Entlassungsvorbereitungsgruppe mit zirka 20 bis 25 Plätzen in einem der Häuser der Justizvollzugsanstalt Oslebshausen eingerichtet werden soll.

**Präsident Dr. Klink:** Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

**Abg. Dr. Sieling (CDU):** Herr Senator, ist es richtig, daß gerade diese Konzeption der Kurse vor einhalb Jahren mit dem Preis der Gustav-Radbruch-Stiftung für Forschungsarbeiten auf dem Gebiete des Strafvollzuges ausgezeichnet worden ist und damals auch vom Senat der Freien Hansestadt Bremen besonders gewürdigt worden ist? Wie verträgt sich damit, daß diese Kurse eingeschränkt worden sind?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr, Herr Senator Kahrs!

**Senator Kahrs:** Ich habe Ihnen schon gesagt, Herr Dr. Sieling, wir werden versuchen, diese Einschränkung, die durch die Volkshochschule vorgenommen worden ist, durch eine eigene Gruppe, die mit den genannten Fachkräften bestückt wird, zu ergänzen und auch auszufüllen. Ich nehme nicht an, daß dadurch eine Einschränkung, eine Beeinträchtigung oder eine Verminderung in der Qualität der Vorbereitung auf die Entlassung stattfinden wird.

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte sehr!

**Abg. Dr. Sieling (CDU):** Sind Sie, Herr Senator, mit uns der Meinung, daß es gerade aufgrund der knappen Finanzen, die uns noch zur Verfügung ste-

hen, äußerst wichtig ist, einen angemessenen Teil von diesen Finanzen dafür einzusetzen, daß durch geeignete Maßnahmen während der Haft — Unterricht, Überwachungsmaßnahmen — beziehungsweise Betreuungsmaßnahmen nach der Haft erreicht wird, daß möglichst wenige der heute Inhaftierten demnächst wieder straffällig werden?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Kahrs:** Ich stimme Ihnen voll zu, Herr Dr. Sieling. Die Mittel, die wir aus unserem Ressort zur Verfügung stellen, werden auch nicht gekürzt, sondern bleiben in vollem Umfang erhalten, wie Ihnen bekannt ist.

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Zusatzfragen? — Herr von Schönfeldt, bitte sehr!

**Abg. v. Schönfeldt (FDP):** Herr Senator, ist eigentlich denkbar, daß jemand entweder vorzeitig oder nach Verbüßung der gesamten Haftstrafe aus dem geschlossenen Vollzug entlassen wird, ohne an einem solchen Kurs teilzunehmen?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr, Herr Senator!

**Senator Kahrs:** In besonderen Fällen, ja!

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte sehr!

**Abg. v. Schönfeldt (FDP):** Was verstehen Sie unter besonderen Fällen?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr!

**Senator Kahrs:** Die Fälle der vorzeitigen Entlassungen können natürlich eintreten, wenn nicht erwartet werden kann, daß eine vorzeitige Entlassung so unmittelbar bevorsteht, wenn zum Beispiel die Anstalt anders als das Gericht der Auffassung ist, daß ein Zweidrittelstrafgesuch nicht antragsgemäß beschieden werden wird, aber auch da passiert es relativ selten. Der andere Fall ist der, daß im Extremfall Entlassungsvorbereitungen — ich habe nur einen Fall im Auge — nicht gemacht werden können aus Gründen, die ich hier nicht vertiefen möchte.

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte sehr!

**Abg. v. Schönfeldt (FDP):** Stimmen Sie mit mir darin überein, daß tunlichst möglichst alle Entlassenen, egal aus welchem Grunde, an einem solchen Kurs oder überhaupt an einem solchen Training zur Vorbereitung der Entlassung teilgenommen haben müßten und daß im Sinne der Frage von Herrn Dr. Sieling die Konzeption eigentlich darauf ausgerichtet sein muß, diesen Kurs zu vermitteln?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr!

**Senator Kahrs:** Selbstverständlich, darum werden wir ja den geeigneten Versuch unternehmen, der auch realisierbar ist, diese eine Kursgruppe, die da ausfällt, durch eine anstaltsinterne Gruppe aufzufangen.

(C)

(B)

(D)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist die fünfte Anfrage ebenfalls abgehandelt.

Die sechste Anfrage hat den **Arbeitseinsatz von Strafgefangenen in den Strafvollzugsanstalten im Lande Bremen zum Gegenstand**. Die Anfrage trägt die Unterschrift der Abgeordneten Dr. Sieling, Neumann und Fraktion der CDU.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage vorzutragen!

**Abg. Dr. Sieling (CDU):** Wir fragen den Senat:

Wie viele Einsitzende befinden sich zur Zeit in den einzelnen Strafvollzugsanstalten im Lande Bremen? Wie viele Beschäftigungsplätze stehen diesen — getrennt nach Beschäftigungsarten — in den einzelnen Anstalten zur Verfügung, und in welchem Umfang sind diese Plätze zur Zeit besetzt?

**Präsident Dr. Klink:** Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Kahrs.

**Senator für Rechtspflege und Strafvollzug Kahrs:** Ich beantworte, Herr Präsident, meine Damen und Herren, diese Anfrage wie folgt:

Die Anzahl der Strafgefangenen in den einzelnen Justizvollzugsanstalten des Landes Bremen beträgt: In der JVA Oslebshausen 459, in der Jugendvollzugsanstalt Blockland 128, in der Untersuchungshaftanstalt Bremen 29 — ich bitte hierbei zu bemerken, daß das Strafgefangene sind, daß nicht nach Untersuchungsfangenen gefragt worden ist, daher die geringe Zahl —, in der JVA Bremerhaven 69, in der offenen Anstalt 104.

(B) Allen Strafgefangenen kann eine Beschäftigung ermöglicht werden. Im einzelnen stellt sich die Ausnutzung der Arbeitsplätze unter Berücksichtigung derjenigen Gefangenen, die krank sind oder sich im Urlaub, Ausgang oder auf einem Termin befinden, wie folgt dar: Dazu, meine Damen und Herren, habe ich Ihnen eine Tabelle auf den Tisch legen lassen, die ich jetzt nicht vorlesen möchte, die Sie aber wahrscheinlich schon gelesen haben.

**Präsident Dr. Klink:** Möchten Sie eine Zusatzfrage stellen? — Bitte sehr!

**Abg. Dr. Sieling (CDU):** Herr Senator, vielleicht darf ich zwei Fragen an die Tabelle knüpfen, die ich hier vorgelegt bekommen habe! In der Spalte fünf heißt es zu Oslebshausen 21 und Bremerhaven sieben Beschäftigungslose und Zugang. Daraus geht natürlich nicht die Aufspaltung hervor!

In Spalte zwei werden die Arbeitsmöglichkeiten zur Zeit angegeben. Sind diese Arbeitsmöglichkeiten immer voll da, oder hängen diese Arbeitsmöglichkeiten an den möglichen Plätzen ab von Aufträgen, die die Anstalt von außen bekommt? Wie steht es da mit den Aufträgen? Dann darf ich gleich noch anhängen: Ist aus dieser Tabelle zu entnehmen, daß es in keiner Bremer Anstalt arbeitsunwillige Einsitzende gibt?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr, Herr Senator Kahrs! (C)

**Senator Kahrs:** Das kann daraus nicht entnommen werden. Arbeitsunwillige gibt es immer. Die Einflußmöglichkeiten darauf sind relativ gering, Herr Dr. Sieling, wie Sie wissen. Zu Punkt fünf der Frage bin ich gern bereit, Ihnen eine Aufschlüsselung in der nächsten Deputationssitzung oder auch per Brief zu vermitteln, die habe ich jetzt nicht zur Hand.

Was den Punkt zwei angeht — Arbeitsmöglichkeiten in den Anstalten —, so hängt das natürlich sehr stark davon ab, inwieweit Auftraggeber von draußen Aufträge in die Anstalten hineingeben, um dort arbeiten zu lassen. Im gegenwärtigen Zeitpunkt kann festgestellt werden, daß die Auftragslage zwar ungünstiger geworden ist, wie entsprechend draußen auch, daß aber die angegebenen Arbeitsmöglichkeiten, wie sie dargestellt worden sind, noch bestehen. Ich hoffe, daß das so bleibt.

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte sehr!

**Abg. Dr. Sieling (CDU):** Eine letzte Frage! Herr Senator, wie wird bei einer schuldhaften Verletzung der Arbeitspflicht durch einen Einsitzenden reagiert?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr!

(D) **Senator Kahrs:** Regelmäßig wird mit Ordnungsmaßnahmen reagiert, die abgestuft sind. Ein letzter Zwang wird nicht ausgeübt, indem etwa besonders scharfe Maßnahmen angeordnet würden. Regelmäßig ist es auch so, Herr Dr. Sieling, daß eine ganz konsequente Durchsetzung der Arbeitspflicht auch schon deswegen nicht immer möglich ist, weil die Arbeitsleistung dann in einem derartigen Mißverhältnis zum Einsatz steht, daß das nichts bringt und auf der anderen Seite auch eher die Gefahr besteht, daß zuviel beschädigt wird. Da das wiederum nicht immer nachweisbar ist, bleiben erhebliche Probleme bestehen, die wir regelmäßig dadurch erledigen, daß versucht wird, mit nicht allzu straffer Hand das Problem zu lösen.

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte sehr!

**Abg. Dr. Sieling (CDU):** Habe ich Sie richtig verstanden, Herr Senator, es kann also ein Einsitzender durch schlechte Arbeit erreichen, daß er nichts zu tun braucht?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr!

**Senator Kahrs:** Das will ich so generell nicht bestätigen, Herr Dr. Sieling. Ich würde das eher am einzelnen Fall diskutieren wollen, dazu haben wir ja an anderer Stelle Gelegenheit. Wenn Sie mir jetzt einen Einzelfall nennen würden, dann könnte ich darauf eingehen.

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor, dann ist auch die sechste Anfrage erledigt.

(A) Ich bedanke mich bei Herrn Senator Kahrs für die erteilten Auskünfte.

Die siebte Anfrage steht unter dem Betreff „**Mangelhafte Wahrnehmung der Interessen Bremens im Aufsichtsrat der Schichau Unterweser AG**“. Die Anfrage ist unterschrieben vom Abgeordneten Willers.

Ich bitte den Abgeordneten Willers, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Willers: Ich frage den Senat:

Wird das Land Bremen im Aufsichtsrat der Schichau Unterweser AG — SUAG — immer noch durch diejenigen Beamten vertreten, die auch schon zum Zeitpunkt des Offenbarwerdens der Fehlkalkulationen beim Bau der Containerschiffe für die ZIM-Reederei die Interessen Bremens vertreten sollten?

Trifft es zu, daß das Land Bremen mit Stimmbindungsverträgen über eine Mehrheit der Stimmen der SUAG-Anteilseigner verfügt oder verfügte und daß die beiden als Senatsvertreter in den Aufsichtsrat entstandenen Beamten gleichzeitig Berater des Bürgerschaftsausschusses als Fachbeamte ihrer Behörden waren?

Ist dem Senat aufgefallen, und wenn ja, welche Schlußfolgerungen zieht er daraus, daß finanzielle Hilfsgesuche der SUAG, wie etwa Bürgschaften, immer in direktem zeitlichen Zusammenhang mit Wahlen und ähnlichen Terminen gestellt wurden, so daß der Eindruck aufkommen muß, daß der SUAG-Vorstand Senat und Bürgerschaftsausschuß politisch unter Druck setzen wollte?

(B)

**Präsident Dr. Klink:** Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Willms.

**Senator für Wirtschaft und Außenhandel und für Arbeit Willms:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die drei Fragen wie folgt:

Zu Frage eins: Bremen ist durch je einen Abteilungsleiter der Ressorts Wirtschaft und Außenhandel und Finanzen vertreten.

Zu Frage zwei: Bremen verfügte bis Ende 1981 über die Stimmenmehrheit, seither nicht mehr. Im übrigen: Ja!

Zu Frage drei: Der Zeitpunkt finanzieller Hilfsgesuche auch der Schichau Unterweser AG richtet sich nach der Marktlage und dem Stand von Auftragsverhandlungen.

Die Entscheidung über derartige Anträge erfolgt immer unter gleichen sachlichen und politischen Kriterien, das heißt beispielsweise unter dem Primat der Arbeitsplatzsicherung, jedenfalls aber unabhängig von zufälligen zeitlichen Zusammenhängen wie Wahlen oder ähnlichen Terminen.

**Präsident Dr. Klink:** Möchten Sie eine Zusatzfrage stellen, Herr Abgeordneter Willers? — Bitte sehr!

Abg. Willers: Herr Senator, wenn Sie hier bestätigen, daß das Land Bremen bis Ende 1981 durch die

Stimmbindungsverträge die Mehrheit im Aufsichtsrat hatte, ist dann nicht Ihre mehrfache Behauptung unter anderem in der Landespressekonferenz und anderswo, Bremen habe keinen Einfluß auf die Vorstandsentscheidungen gehabt, nicht eine Irreführung der Öffentlichkeit? (C)

**Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr, Herr Senator!

**Senator Willms:** Das ist keine Irreführung der Öffentlichkeit, denn es ist ein Unterschied zwischen Vorstandsverhalten und Mehrheiten in Unternehmen zu machen.

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte sehr!

Abg. Willers: Herr Senator, ist Ihnen bekannt, daß in anderen Unternehmen, zum Beispiel im Bereich des Salzgitter-Konzerns oder bei VW, der Aufsichtsrat bis hin zur Entlassung von Vorständen in die Geschäftspolitik der Unternehmen eingegriffen hat, wenn diese Unternehmen in finanziell ähnlich prekärer Lage waren wie die SUAG, und hatten die ZIM-Verträge im Verhältnis zur Kapitalausstattung von SUAG nicht ein derartiges Volumen, daß eine solche Einflußnahme eigentlich unabdingbar gewesen wäre?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr, Herr Senator!

**Senator Willms:** Einsetzung und Entlassung von Vorstandsmitgliedern sind originäre Aufgabe von Aufsichtsräten von Aktiengesellschaften, das steht schon im Aktiengesetz. Das ist in diesem Fall auch keineswegs anders. Daß hier Konsequenzen gezogen werden, aber erst nach einer sorgfältigen Prüfung der Vorgänge und auch der Verantwortlichkeiten, ist ein anderes Kapitel. (D)

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte sehr!

Abg. Willers: Dieses andere Kapitel interessiert mich aber dann, Herr Senator Willms! Wenn der Vorstand, wie Sie auch behauptet haben, den Aufsichtsrat über die Geschäftspolitik nicht ausreichend informiert hat, hätten dann nicht mindestens die Vertreter des Senats von ihren Senatoren irgend etwas an Konsequenzen fordern müssen?

(Senator Willms: Die Vertreter des Aufsichtsrats von ihren Senatoren!)

Ihre senatorischen Vertreter im Aufsichtsrat, hätten die Ihnen nicht einmal sagen müssen, was da schief läuft?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr, Herr Senator!

**Senator Willms:** Die Vertreter des Senats im Aufsichtsrat der SUAG haben eine Prüfung der Gesamtvorgänge veranlaßt, und wenn das Prüfungsergebnis des Abschlußprüfers vorliegt, wird es mit Sicherheit auch Schlußfolgerungen daraus geben.

**Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr, Herr Abgeordneter Willers!

- (A) **Abg. Willers:** Könnten diese Schlußfolgerungen auch lauten, daß die Senatsvertreter im Aufsichtsrat ausgewechselt werden?
- Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr!
- Senator Willms:** Das halte ich allerdings für eine etwas unlogische Schlußfolgerung. Wenn diese die Prüfung veranlaßt haben, sollen sie dann etwa wegen dieser Prüfung abgelöst werden? Das ist ihre originäre Pflicht. Nach meiner Einschätzung kann das Prüfungsergebnis doch nur auf die Kontrolle des Verhaltens des Vorstands hinauslaufen und Schlußfolgerungen in dieser Richtung bringen.
- Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte sehr!
- Abg. Willers:** Herr Senator, ist es richtig, daß der SUAG-Vorstand als Entscheidungsgrundlage für den Aufsichtsrat nie eine vollständige kaufmännische Kalkulation vorgelegt hat, sondern immer nur deren organisatorischen Teil?
- Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr!
- Senator Willms:** Da bin ich im Detail überfragt, Herr Willers, das muß ich Ihnen sagen, ich sitze nicht im Aufsichtsrat.
- Präsident Dr. Klink:** Herr Abgeordneter Willers, wie viele Zusatzfragen werden Sie noch haben?
- (**Abg. Willers:** Das kann ich im Moment noch nicht sagen!)
- (B) **Bitte sehr!**
- Abg. Willers:** Es handelt sich ja um einen nicht unwesentlichen Teil bremischer Haushaltspolitik! Herr Senator, halten Sie nicht selbst Ihre Antworten hier, die ja darauf hinauslaufen, daß Sie eigentlich so genau überhaupt nicht Bescheid wissen oder nicht informiert worden sind von Ihren Vertretern, für ausreichend in Anbetracht der Tatsache, daß es hier um Millionenbeträge geht, die Bremen gewissermaßen in den Sand gesetzt hat?
- Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr!
- Senator Willms:** Ich kann Ihnen doch beim besten Willen nicht sagen, was zu jeder Aufsichtsratsitzung nun im Detail vorgelegt worden ist, wie viele Seiten Papier und was auf diesen gestanden hat.
- Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte sehr!
- Abg. Willers:** Herr Senator, haben sich Ihre Senatsbeamten nicht einmal Gedanken darüber gemacht, daß der Vorstandsvorsitzende Noé vor einem Jahr behauptet hat, SUAG könnte auch ohne Fusion auskommen?
- Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr!
- Senator Willms:** Darüber haben sich mit Sicherheit nicht nur die Aufsichtsratsmitglieder, sondern viele andere mehr auch Gedanken gemacht, aber ich weiß nicht, in welchem Zusammenhang die zu diesem Komplex stehen.
- (C) **Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr, Herr Willers!
- Abg. Willers:** Wie haben Sie eine solche Aussage gewertet in Anbetracht der Tatsache, daß Sie ja wissen mußten, in welchem Zustand sich SUAG befand?
- Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr!
- Senator Willms:** Durch die Ereignisse ist doch im Grunde genommen, glaube ich, jedermann in diesem Saal davon überzeugt, daß diese Aussage jeder Grundlage entbehrt.
- Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr, Herr Willers!
- Abg. Willers:** Warum merken Sie, Herr Senator, so etwas erst so spät, warum wird jetzt erst geprüft, was da eigentlich alles im Aufsichtsrat vor sich gegangen ist, warum konnte das nicht vorher sein?
- Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr, Herr Senator!
- Senator Willms:** Es wird nicht geprüft, was im Aufsichtsrat vor sich gegangen ist, sondern es wird geprüft, warum der Vorstand zu einer Fehlkalkulation gekommen ist. Das ist nämlich die Ursache des ganzen Spektakels, über das wir uns hier unterhalten.
- (Beifall bei der SPD)
- Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte sehr!
- (D) **Abg. Willers:** Sind Sie — meine Abschlußfrage — nach wie vor der Meinung, daß die Vertreter des Senats im Aufsichtsrat nicht vorher hätten feststellen können, welche Geschäftspolitik der Vorstand verfolgt?
- Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!
- Senator Willms:** Wenn sie keine Ersatzfunktionen für den Vorstand wahrnehmen, und das haben sie auch nach dem Aktienrecht nicht zu tun, dann haben sie ihre Aufgaben bislang voll erfüllt.
- Präsident Dr. Klink:** Zu einer weiteren Zusatzfrage der Abgeordnete Wilhelms!
- Abg. Wilhelms (CDU):** Herr Senator, wer wird den Senat auf der Hauptversammlung der SUAG, die, glaube ich, morgen stattfindet, vertreten, und wie wird der Senat sich dort verhalten?
- Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!
- Senator Willms:** Unsere Vertreter im Aufsichtsrat sind dort!
- Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte sehr!
- Abg. Wilhelms (CDU):** Wie wird sich der Senat dort als ein bedeutender Anteilseigner verhalten?
- (**Abg. Beckmeyer [SPD]:** Wozu?)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Willms:** Sie wissen, daß auf dieser außerordentlichen Hauptversammlung zunächst einmal der Vorstand etwas zu sagen hat. Mit anderen Worten, alles das, was also passiert, ist im Grunde genommen Reaktion auf das Verhalten des Vorstands. Soll ich das jetzt alles hier vorempfinden?

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Das wird für Sie doch keine Überraschung sein!)

Nein, natürlich nicht!

**Präsident Dr. Klink:** Haben Sie den Wunsch, eine weitere Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. **Wilhelms** (CDU): Eine Zusatzfrage möchte ich doch noch gern stellen! Herr Senator, als das Land Bremen sich beteiligte in der letzten Legislaturperiode, war zumindest der Vorstandsvorsitzende Herr Noé schon bekannt als ein Vorstandsmitglied, das sich über Kuhlmann und Rust schon erheblich verkalkuliert hatte. Wenn man dann als Hauptgesellschafter, zumindest bis Ende 1981, mit Stimmverbindungsverträgen dort hineingeht, ist es denn nicht naheliegend nach den Erfahrungen, die alle diejenigen hatten, die sich schon länger damit beschäftigt haben, einschließlich der senatorischen Dienststellen, wirklich einmal ernsthafter, als man es getan hat, über eine Ergänzung oder eine Auswechslung des Managements der Schichau-Werft frühzeitiger, als es jetzt der Fall ist, nachzudenken?

(B) **Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Willms:** Um der Wahrheit die Ehre zu geben, Herr Wilhelms, muß man auch sagen, daß derselbe Vorstandsvorsitzende einen relativ prekären Auftrag, nämlich den Fährschiff-Auftrag, der ein beträchtliches Volumen hatte und bei dem wir allesamt ein bißchen Angst gehabt haben, positiv abgewickelt hat. Das ist ein anderes Verhalten.

(Abg. **Wilhelms** [CDU]: Das war aber nicht Gegenstand meiner Frage!)

Das muß aber gegeneinander abgewogen werden!

**Präsident Dr. Klink:** Zu einer weiteren Zusatzfrage der Abgeordnete Willers!

Abg. **Willers:** Herr Senator Willms, halten Sie es für angebracht, angesichts der auch von Ihnen hier bestätigten Inkompetenz oder mangelnden Einflußmöglichkeiten der Aufsichtsratsmitglieder des Senats bei SUAG, daß diese Beamten gleichzeitig Berater im Bürgerschaftsausschuß waren?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Willms:** Ich habe hier keine Inkompetenz der Aufsichtsratsmitglieder festgestellt, sondern ich habe festgestellt, daß sie nach unserer Auffassung kompetent sind, daß sie ihre Rechte und Pflichten im Aufsichtsrat wahrgenommen haben, und diese Wahrnehmung der Rechte und Pflichten

kollidiert in keinem Fall mit den Aufgaben, die sie als Beamte, zum Beispiel bei der Beratung von Bürgerschaftsanträgen, wahrzunehmen haben. (C)

**Präsident Dr. Klink:** Eine weitere Zusatzfrage? — Bitte sehr!

Abg. **Willers:** Herr Senator, würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, daß sich nach Ihren Antworten mir der Eindruck aufdrängt, daß der Senat im Aufsichtsrat der SUAG total versagt hat und offensichtlich auch nicht grundsätzlich in der Lage ist, einen einigermaßen cleveren Vorstand eines Betriebs zu kontrollieren?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Willms:** Erwarten Sie darauf eine Antwort, Herr Willers?

(Abg. **Willers**: Nein!)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Damit ist auch die siebte Anfrage erledigt. Ich bedanke mich bei Herrn Senator Willms für die erteilten Auskünfte.

Die achte Anfrage in der Fragestunde beschäftigt sich mit einem **Nato-Seminar der Landeszentrale für politische Bildung**. Die Anfrage ist unterzeichnet von dem Abgeordneten Willers.

Ich bitte den Abgeordneten Willers, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Willers:** Ich frage den Senat: (D)

Trifft es zu, daß die Landeszentrale für politische Bildung im Oktober 1982 gemeinsam mit der Bundeswehr ein Seminar über Sicherheitspolitik für Lehrer beziehungsweise Lehrerinnen veranstaltet, in dessen Rahmen ein Gratisflug für die Teilnehmer zum Nato-Hauptquartier nach Brüssel vorgesehen ist?

Bietet die Landeszentrale auch adäquate Veranstaltungen zur Friedenserziehung an?

**Präsident Dr. Klink:** Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator von Hassel.

**Senator für Bildung v. Hassel:** Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Die Landeszentrale für politische Bildung veranstaltet vom 5. 10. 1982 bis zum 8. 10. 1982 ein Seminar zur Sicherheits- und Friedenspolitik im Niels-Stensen-Haus in Worphausen und Brüssel. Die geplante Teilnehmerzahl beträgt 25, davon werden zwei Jugendoffiziere sein. Die Landeszentrale hat die Einladung an die Schulleitungen bremischer Schulen mit der Bitte übersandt, die Kollegen über die Möglichkeit der Teilnahme zu informieren. Am letzten Tag des Seminars werden die Teilnehmer nach Brüssel fliegen. Der Teilnehmerbeitrag für das Seminar beträgt 30 DM.

Zu zwei: Das Seminar umfaßt Probleme der Sicherheits- und Friedenspolitik. Die Teilnehmer sind Lehrer. Grundlage der Friedenserziehung in der Schule

(A) ist eine möglichst hohe Qualifikation der Lehrer, die diese Arbeit leisten. Insofern ist das Seminar Ausbildung von Lehrern für die Friedenserziehung. Das weist der Arbeitsplan des Seminars ausdrücklich aus.

Die Landeszentrale für politische Bildung veranstaltet vom 18. bis 22. Oktober 1982 mit dem Abendgymnasium eine Projektwoche zum Thema Friedenspolitik.

Es kann davon ausgegangen werden, daß die Landeszentrale wegen der Aktualität friedenspolitischer Zusammenhänge 1982 weitere Veranstaltungen zur Friedenserziehung durchführen wird.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte, Herr Willers!

**Abg. Willers:** Herr Senator, was mich an der Gelegenheit bedrückt, ist, daß hier mit erheblichem finanziellen Aufwand die Friedenserziehung in eine bestimmte Richtung betrieben wird. Halten Sie es nicht für angebracht, daß mit einem ähnlichen Aufwand Friedenserziehung auch in eine andere Richtung, zum Beispiel durch den Besuch eines Friedensforschungsinstituts, betrieben werden sollte?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator v. Hassel:** Erstens muß ich bedauernd feststellen, daß ich wahrscheinlich leider nicht in der Lage bin, Ihre persönlichen Bedrückungen zu mildern oder auszuräumen.

(B)

Zweitens, was die Kosten angeht, ist festzustellen, daß es sich bei dem Flug, der dort nach Brüssel durchgeführt wird, um einen ganz routinemäßigen Übungsflug irgendeiner Transporteinheit der Bundeswehr handelt, der sowieso durchgeführt würde und der insofern für die Gruppe, die da mitfliegt, keine Kosten verursachen würde.

Drittens weise ich darauf hin, daß der für die Landeszentrale für politische Bildung zuständige Senator für Bildung, der hier vor Ihnen steht, zu dem Stichwort Friedenserziehung auf die Schulen im breitesten Sinne bezogen in den letzten Monaten und Jahren, kann man eigentlich sagen, intensivste Aktivitäten unternommen hat, die man in dicken Stößen nachlesen, vorzeigen und — in den Schulen auch insofern bekannt — nachprüfen kann.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Damit ist auch die achte Anfrage erledigt.

Die neunte Anfrage befaßt sich mit der **Unterrichtsversorgung an der Berufsschule für Elektrotechnik**. Die Anfrage trägt die Unterschrift des Abgeordneten Willers.

Ich bitte den Abgeordneten Willers, die Anfrage vorzutragen!

**Abg. Willers:** Ich frage den Senat:

Trifft es zu, daß an der Berufsschule für Elektrotechnik Bremen zur Zeit rund 100 Stunden Unterricht pro Monat ausfallen?

(C)

Trifft es zu, daß es für die E-Technik-Fächer genügend Bewerber gibt?

Was gedenkt der Senat zu tun, um die Doppelmisere — Unterrichtsausfall auf der einen Seite, arbeitslose Berufsschullehrer auf der anderen Seite — zu beseitigen?

**Präsident Dr. Klink:** Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator von Hassel.

**Senator für Bildung v. Hassel:** Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: An der Berufsschule für Elektrotechnik werden in diesem Schuljahr 73 Teilzeitklassen Elektrotechnik unterrichtet. 50 von diesen Klassenverbänden erhalten den vollen Unterricht von zwölf Wochenstunden, neun werden mit elfeindrittel Wochenstunden in Blockbeschulung unterrichtet, sechs erhalten elf Wochenstunden Unterricht und acht Klassenverbände zehn Wochenstunden Unterricht, das heißt, auf zwölf Wochenstunden bezogen fallen in diesen Klassen insgesamt 28 Schülerwochenstunden infolge Lehrermangels aus. Zu ihrer Abdeckung würden — mit Rücksicht auf die Klassenteilung in dem Fach Laborübungen — insgesamt 35 Lehrerwochenstunden benötigt.

Zu zwei: Es trifft zu, daß für die Fachrichtung Elektrotechnik ausreichend Bewerbungen zur Abdeckung des Bedarfs vorliegen.

(D)

Zu drei: Mit Rücksicht auf die Bedarfssituation ist für die Berufsschule Elektrotechnik zum 9. 8. 1982 eine Zuweisung mit der Fachkombination Elektrotechnik/Sport vorgesehen.

**Präsident Dr. Klink:** Besteht der Wunsch, Zusatzfragen zu stellen? — Das ist nicht der Fall. Dann ist auch die neunte Anfrage erledigt.

Ich bedanke mich bei Herrn Senator von Hassel für die erteilten Auskünfte.

Die zehnte Anfrage betrifft einen **Bereederungsvertrag zwischen dem Alfred-Wegener-Institut und der Hapag-Lloyd Transport und Service GmbH**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Karin Tuczek, Töpfer, Beckmeyer, Wedemeier und Fraktion der SPD.

Ich bitte die Abgeordnete Frau Tuczek, die Anfrage vorzutragen!

**Abg. Karin Tuczek (SPD):** Wir fragen den Senat: Erstens, ist der Bereederungsvertrag zwischen dem Bremerhavener Alfred-Wegener-Institut für Polarforschung und der Hapag-Lloyd Transport und Service GmbH Bremerhaven für das im Bau befindliche Polarforschungsschiff Polarstern zwischenzeitlich abgeschlossen?

Zweitens, falls das zutrifft, ist die Bereederung durch Hapag-Lloyd mit der Auflage verbunden, daß der Vertrag nur Gültigkeit hat, wenn die Arbeits-

(A) plätze bei Hapag-Lloyd in Bremen verbleiben und nicht nach Hamburg verlagert werden?

Drittens, für den Fall, daß die ersten beiden Fragen mit Ja beantwortet werden, welche Konsequenzen wird der Senat daraus ziehen?

**Präsident Dr. Klink:** Das Wort zur Beantwortung der Anfrage hat Herr Senator Franke.

**Senator für Wissenschaft und Kunst Franke:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Nein! Der Vertrag ist bisher nicht abgeschlossen, da sowohl der Bund als auch Bremen als Zuwendungsgeber dem Entwurf des Vertrages bisher nicht zugestimmt haben, dies jedoch Voraussetzung für die Unterzeichnung ist.

Das Alfred-Wegener-Institut wird den Vertrag mit Hapag-Lloyd Transport und Service weiter verhandeln und abschließend die Zustimmung der Zuwendungsgeber Bund und Land einholen.

Zu zwei und drei: Mit der Erteilung des Zuschlags an die Firma Hapag-Lloyd Transport und Service für die Bereederung der Polarstern wurde vom Kuratorium des Alfred-Wegener-Instituts folgende Auflage verbunden:

„Der Vertragsreeder wird für die Dauer dieses Vertrages seinen Sitz und Geschäftsbetrieb in der Freien Hansestadt Bremen beibehalten und die dazugehörigen Einrichtungen für den Betrieb des Polarforschungs- und Versorgungsschiffes nutzen.“

(B)

**Präsident Dr. Klink:** Haben Sie den Wunsch — —.

**Senator Franke:** Ich bin noch nicht ganz am Ende!

Diese Auflage muß in dem Bereederungsvertrag rechtlich verbindlich und faktisch wirksam abgesichert werden, bevor der Vertrag die Zustimmung von Bremen erhalten und in Kraft treten kann.

**Präsident Dr. Klink:** Sind Sie jetzt zu Ende? — Gut! Zusatzfragen werden nicht gewünscht. Dann ist auch die zehnte Anfrage erledigt.

Die elfte Anfrage befaßt sich mit dem **Parken auf Behindertenparkplätzen**. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Hede Lütjen, Wedemeier und Fraktion der SPD.

Ich bitte die Abgeordnete Frau Lütjen, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Hede **Lütjen** (SPD): Wir fragen den Senat:

Trifft es zu, daß immer noch viele Autofahrer widerrechtlich auf Behindertenparkplätzen parken?

Hält es der Senat für vertretbar, daß Autofahrern für diese Parkverstöße statt der üblichen zehn DM in Zukunft 30 DM abverlangt werden?

Ist der Senat bereit, eine solche Regelung im Land Bremen einzuführen?

**Präsident Dr. Klink:** Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Fröhlich.

**Senator für Inneres Fröhlich:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt: (C)

Die Behörden des Landes Bremen haben unmittelbar nach Schaffung der erforderlichen gesetzlichen Voraussetzungen am 1. August 1980 auf Antrag von Behinderten oder ihrer Verbände Behindertenparkplätze ausgewiesen. Ihre Zahl beläuft sich im Land Bremen zwischenzeitlich auf 228, davon 128 in der Stadt Bremen und 100 in der Stadtgemeinde Bremerhaven. Insgesamt 51 Parkplätze wurden für bestimmte Fahrzeuge von Behinderten reserviert, die übrigen Sonderparkplätze stehen Behinderten allgemein zur Verfügung.

Im allgemeinen werden diese Behindertenparkplätze von Kraftfahrzeugführern freigehalten. An Stellen mit großem Parkbedarf stellen aber leider auch andere Autofahrer ihre Fahrzeuge hin und wieder auf den Behindertenparkplätzen ab.

Um dieser Unsitte abzuweichen, die ja gerade die Gruppe von Verkehrsteilnehmern behindert, die unser aller Unterstützung bedarf, erhebt die Polizei seit März dieses Jahres statt des sonst üblichen Verwarnungsgeldes von zehn beziehungsweise 20 DM ein solches von 30 DM.

Darüber hinaus überarbeiten zur Zeit die Ortspolizeibehörden in Bremen und Bremerhaven die Richtlinien über das Abschleppen von Fahrzeugen mit dem Ziel, gerade auf Behindertenparkplätzen verbotswidrig abgestellte Kraftfahrzeuge abzuschleppen. In Fällen ganz konkreter Behinderungen wird von der Möglichkeit des Abschleppens schon jetzt Gebrauch gemacht. (D)

**Präsident Dr. Klink:** Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen?

(Abg. Hede **Lütjen** [SPD]: Nein, ich bedanke mich ganz herzlich!)

Weitere Zusatzfragen werden nicht gewünscht. Dann ist auch die elfte Anfrage erledigt.

Die zwölfte Anfrage bezieht sich auf die **Gastschulgeldvereinbarung**. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Welke, Lahmann und Fraktion der FDP.

Ich bitte den Abgeordneten Welke, die Anfrage zu stellen!

Abg. **Welke** (FDP): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie ist der Stand der Verhandlungen mit dem Land Niedersachsen über die Neuregelung von Gastschulgeldzahlungen?

Zweitens: Welche Auswirkungen würden sich ab August 1982 für niedersächsische Schüler, die eine berufsbildende Schule in Bremen besuchen wollen, ergeben, falls bis dahin keine neue Vereinbarung zwischen Bremen und Niedersachsen getroffen worden ist?

**Präsident Dr. Klink:** Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator von Hassel.

(A) **Senator für Bildung v. Hassel:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Die Verhandlungen mit dem Land Niedersachsen über eine Neuregelung der Gastschulgelder sind noch nicht abgeschlossen. Sie werden am 30. 6. 1982 auf Ministerpräsidentenebene fortgesetzt.

Zu zwei: Der Senat geht davon aus, daß im Interesse der betroffenen niedersächsischen Schüler eine einvernehmliche Lösung zwischen beiden Ländern getroffen werden kann.

(Abg. Lahmann [FDP]: Vor August?)

**Präsident Dr. Klink:** Besteht der Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte, Herr Welke!

Abg. Welke (FDP): Diese Hoffnung haben wir wohl alle, nur, Herr Senator, die Frage lautet ja, welche Auswirkungen wird es haben, falls Sie bis dahin zu keiner neuen Regelung kommen, und darauf erwarten wir zu Recht eine Antwort!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator v. Hassel:** Im Augenblick gehen wir noch davon aus, daß die Verhandlungen am 30. 6. zu einer einvernehmlichen Regelung führen.

(Abg. Lahmann [FDP]: Aha! Also vor August!)

(B) Insofern ist es eine rein hypothetische Frage, die sich eigentlich auf eine konkrete Beantwortung hin erst stellen würde, wenn wir das Ergebnis vom 30. 6. kennen, denn dann würden wir vor der Alternative stehen, ob wir zum 1. 8. — wie pflichtgemäß seit langem angekündigt — auf bestimmte Schülergruppen hin noch handeln würden oder nicht. Ich persönlich gehe davon aus, daß wir das dann zum 1. 8. nicht tun.

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte, Herr Welke!

Abg. Welke (FDP): Herr Senator, ist Ihnen bekannt, daß Herr Ministerpräsident Dr. Albrecht anläßlich einer Umlandbereisung neulich erklärt hatte, er würde auf die Vorstellungen Bremens in keiner Weise eingehen wollen, und, wenn man das unterstellt, könnten Sie dem Haus dann erläutern, welche konkreten Zahlungen auf den einzelnen Schüler beziehungsweise auf die Gebietskörperschaften, die hier Schüler zuweisen, zukommen, falls diese neue Regelung nicht erfolgt?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator v. Hassel:** Sie wissen, das geht auch aus meiner Antwort hervor, daß das Einzelproblem Gastschulgeld, das bis vor kurzem zwischen den beiden zuständigen Fachressorts verhandelt worden ist, inzwischen durch Entscheid des niedersächsischen Kabinetts in einen größeren Zusammenhang hineingehoben worden ist, in den eine

ganze Reihe mindestens gleichgewichtiger, wahrscheinlich noch schwergewichtiger Probleme, einbezogen sind. Das ist ein ganzes Problembündel, das die Ministerpräsidenten am 30. 6. behandeln.

Wie das gelegentlich so üblich ist im politischen Geschäft, betrachte ich diese öffentliche Äußerung, auf diesen Teilaspekt bezogen, als einen Versuch, erst einmal in dem zu erwartenden Verhandlungsgeschäft harte Positionen einzunehmen,

(Abg. Lahmann [FDP]: Das ist eine Drohgebärde!)

Eine Art Drohgebärde vielleicht, darf ich das so aufnehmen, Herr Lahmann, die nicht unbedingt schon das endgültige Ergebnis und das endgültige Verhalten darstellen muß.

Ich würde deshalb, wenn ich das hinzufügen darf, auch im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gern über irgendwelche Alternativen spekulieren, die noch gar nicht in Sicht sind. Ich vertraue darauf, daß wir uns einig werden.

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte, Herr Dr. Sieling!

Abg. Dr. Sieling (CDU): Herr Senator, gehen Sie mit mir davon aus, falls Sie nicht zu einer Einigung kommen sollten und einzelne Eltern in Niedersachsen an der Grenze Bremens ihre Schüler aus den bremischen Randschulen herausziehen würden, daß das keinen Pfennig Einsparung für Bremen bedeuten würde, da die Klassenverbände bestehen bleiben?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator v. Hassel:** Es war auch schon vorher in den Verhandlungen, Herr Dr. Sieling, eine niedersächsische Tendenz erkennbar, überall da, wo das die eigenen Ressourcen zulassen, Schüler, für die Zukunft jedenfalls, aus unseren Schulen herausziehen.

Da nun die Versorgung in unseren Schulen — das ist ja ein Spezialproblem im Schulbereich — haushaltsrechtlich gekoppelt ist, wie Sie wissen, an Schülerzahlen, von daher sich Stellen und vieles andere ableiten, bedeutet natürlich eine niedrigere Zahl von Schülern in unseren Schulen, die auf diese Weise hergestellt wird, durchaus für den bremischen Haushalt auch eine Entlastung. Nur auf einem anderen Weg! Es kommt nicht als Bargeld ein, sondern verringert unsere Ansprüche.

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte, Herr Dr. Schulte!

Abg. Dr. Schulte (CDU): Herr Senator, welchen Rat würden Sie den Eltern von Gastschülern aus dem niedersächsischen Umland geben, die auf den Schulbesuch in Bremen angewiesen sind, im Falle einer Nichteinigung, wenn diese Eltern nun Gebühren zu zahlen haben, wie sie jetzt in der Diskussion sind? Ich darf erinnern an Ihr Rundschreiben, daß zu zahlen haben Schüler im Berufsgrund-

- (A) bildungsjahr 3000 DM jährlich, im Ausbildungszentrumbildungsjahr 3000 DM jährlich, Sonderschüler 5040 DM jährlich! Was können Sie als Senator für Bildung diesen Eltern raten, wie sie sich zu verhalten haben, weil sie ja die Leidtragenden sind dieser Entscheidung, die nicht mit Niedersachsen abgestimmt ist?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator v. Hassel:** Das Verhandlungsziel des Senats, Herr Dr. Schulte, ist nie gewesen, etwa vorrangig oder überhaupt auf die Eltern abzu zielen mit der Absicht, bei denen Gebühren zu erheben. Der Geist des Vertrags, den wir gekündigt haben, der revisionsbedürftig war, war immer dadurch geprägt, daß die beiden Länder beziehungsweise Bremen oder Bremerhaven im Kontakt mit umliegenden Gebietskörperschaften, etwa auf Kreisebene, zu einem Ausgleich dieser Belastungen und dieser Kosten kommen.

Was wir im Frühjahr, und zwar vor einem entsprechenden Anmeldetermin, vorsorglich herausgegeben haben, war die Einlösung der Verpflichtung für den Fall, daß es zu solchen erfolgreichen Abschlüssen nicht kommt, jedenfalls Eltern nicht im unklaren gelassen zu haben, was es möglicherweise bedeuten kann, wobei dann am Ende auch noch offen ist, ob nicht vielleicht auf niedersächsischer Seite, wenn wir wirklich zu einem solchen Ergebnis kämen, das dann durch die dortigen Gebietskörperschaften wieder ausgeglichen würde. Das ist alles im Augenblick Spekulation.

Für den nächsten 1. 8. ist der größte Teil der Schülerschaft sowieso durch das noch weiter geltende Abkommen — es ist zwar gekündigt, aber ja noch gültig, es gibt noch eine Frist — im Bereich der Verbürgungsschulen überhaupt davon nicht betroffen. Die Zahl der Schüler, die nicht verbürgt sind durch das Abkommen, ist klein. Da wir noch eine völlig offene Verhandlungssituation haben, gehe ich im Augenblick davon aus, daß sich für den 1. 8. für die Schüler nichts ändert gegenüber dem bisherigen Zustand.

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte, Herr Lahmann!

Abg. **Lahmann** (FDP): Herr Senator, wenn ich Ihnen darin zustimme, was ich tue, daß die Verhandlungssituation nur schwer zu übersehen ist, auch nur schwer zu übersehen ist, ob am 30. Juni ein Ergebnis herauskommt, gerade wenn man ein Paket, was ich für sachgerecht halte, bildet in diesen Verhandlungen, wenn ich Ihnen also in all diesen unsicheren Erwartungen zustimme, würden Sie mir dann zustimmen, daß für den Fall, daß eine Einigung in dieser Frage nicht zustande kommen sollte am 30. 6., es sich um eine so wichtige Angelegenheit handelt, daß parlamentarische Gremien, zum Beispiel die Deputation für Bildung, unter Umständen auch in den Ferien Gelegenheit haben

- müssen, diese Frage zu beraten, damit Klarheit besteht, bevor die Schule wieder beginnt im August, auch für diejenigen Schüler, die nun doch betroffen sind, selbst wenn es nicht so viele sein sollten? (C)

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator v. Hassel:** Ihre Frage wäre nur für den Fall von Bedeutung, daß wir nach einem möglichen Scheitern am 30. 6. etwa noch zu dem Ergebnis kämen, nun wollen und müssen wir zum 1. 8. noch gegenüber dem bisherigen Zustand etwas ändern. Vorbehaltlich einer entsprechenden Beratung und Beschlußfassung im Senat gehe ich heute davon aus, daß wir das, auf den 1. 8. bezogen, wegen dieser kurzen Fristen dann nicht tun würden. Wenn wir das zum 1. 8. nicht täten, bliebe alles unverändert, und wir würden auch gegenüber den Betroffenen sehr viel mehr Zeit gewinnen, um über entsprechende Informationen die neue Situation zu vermitteln.

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Zusatzfrage? — Bitte, Herr Lahmann!

Abg. **Lahmann** (FDP): Herr Senator, darf ich das so verstehen, daß, auch wenn es zu einer Einigung nicht kommen sollte am 30. 6., dennoch Nachteile für Schüler aus dem Umland ab Schuljahresbeginn nicht eintreten würden?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator! (D)

**Senator v. Hassel:** Ja!

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte, Herr Lahmann!

Abg. **Lahmann** (FDP): Gut! Dann ist eine Beratung nicht erforderlich! Wenn das aber der Fall wäre, würde ich es für dringend erforderlich halten, daß dann auch parlamentarische Gremien sich mit der Lage noch einmal befassen, und zwar notfalls in den Ferien.

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator v. Hassel:** Davon gehe ich auch aus, daß das dann geschehen müßte!

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist die zwölfte Anfrage erledigt.

Ich bedanke mich bei Herrn Senator von Hassel für die erteilten Auskünfte.

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt noch zwei weitere Anfragen. Die Zeit der Fragestunde ist aber bereits überschritten.

(Abg. **Lahmann** [FDP]: Wir sind später angefangen, Herr Präsident!)

Sie ist bereits um mehr als fünf Minuten überschritten. Nach Paragraph 30 Absatz 4 unserer Ge-

- (A) schäftsordnung heißt es: „Die Fragestunde soll in der Regel 60 Minuten nicht überschreiten“.

Wird gewünscht, daß wir die 60 Minuten überschreiten und die Anfragen abhandeln?

(Abg. **Lahmann** [FDP]: Ich bitte zu bedenken, daß es kurze Fragen sind und vermutlich kurze Antworten! Ich wäre dankbar, wenn sie abgewickelt würden!)

Die Fragestunde wird also abgewickelt.

Ich rufe dann die dreizehnte Anfrage auf. Sie beschäftigt sich mit der **Ausbildereignungsverordnung**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten von Schönfeldt, Professor Dr. Holl, Lahmann und Fraktion der FDP.

Ich bitte den Abgeordneten von Schönfeldt, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **v. Schönfeldt** (FDP): Wir fragen den Senat:

Sieht der Senat in einer vorgezogenen Änderung der **Ausbildereignungsverordnung** einen geeigneten Beitrag, das betriebliche Ausbildungsplatzangebot zu verbessern?

**Präsident Dr. Klink**: Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator von Hassel!

- (B) **Senator für Bildung v. Hassel**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Präsident, ich gestatte mir eine kurze Vorbemerkung! Da es Senatsmitgliedern nicht möglich ist, in geschäftsordnungsmäßige Überlegungen einzugreifen, konnte ich Ihnen eben nicht mitteilen, daß es zwar eine kurze Anfrage, aber eine ausführliche Antwort ist!

(Abg. **Klein** [CDU]: Kann man das denn nicht schriftlich machen?)

**Präsident Dr. Klink**: Ja, natürlich! Das war ja mein Hinweis! Was nicht hier beantwortet wird, wird schriftlich beantwortet.

Ich frage deshalb das Haus, wollen wir jetzt die Fragestunde abbrechen? Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, FDP und Abg. **Willers**)

Damit ist die Fragestunde beendet. Alle Anfragen, die jetzt noch offengeblieben sind, werden schriftlich beantwortet.

Damit ist Tagesordnungspunkt eins abgehandelt.

#### Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen und der Gruppe kein Thema beantragt worden.

#### Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechnungsprüfung in der Freien Hansestadt Bremen (C)

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP

vom 9. Juni 1982  
(Drucksache 10/838)

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

#### Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechnungsprüfung in der Freien Hansestadt Bremen

##### Artikel 1

Das Gesetz über die Rechnungsprüfung in der Freien Hansestadt Bremen vom 20. Dezember 1966 (Brem.GBl. S. 221 — 1103-a-1), zuletzt geändert durch die Haushaltsordnung der Freien Hansestadt Bremen vom 25. Mai 1971 (Brem.GBl. S. 143 — 63-c-1), wird wie folgt geändert:

An § 5 Abs. 1 wird folgender Satz 3 angefügt:

„Der Senat kann auf Antrag des Präsidenten des Rechnungshofs dessen Eintritt in den Ruhestand mit Zustimmung der Bremischen Bürgerschaft über den für den Eintritt in den Ruhestand wegen Erreichens der Altersgrenze vorgeschriebenen Zeitpunkt für eine bestimmte Frist, die zwei Jahre nicht übersteigen darf, hinausschieben.“

##### Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Wedemeier und Fraktion der SPD (D)  
Neumann und Fraktion der CDU  
Lahmann und Fraktion der FDP

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete **Adamietz**.

Abg. **Adamietz** (BGL)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zur Entscheidung steht ein Gesetzentwurf, der gemeinsam von den Fraktionen der SPD, der CDU und der FDP eingebracht worden ist. Das unterstreicht offenbar die grundsätzliche Bedeutung der Angelegenheit.

Es handelt sich darum, daß die Amtszeit des Präsidenten des Landesrechnungshofs verlängert werden soll. Eine Begründung ist diesem Gesetzentwurf nicht beigefügt. Wir sind auch nicht dazu gefragt worden.

Ich habe versucht, mich sachkundig zu machen, meine aber, daß es richtig ist, daß zunächst einmal die Antragsteller diesem Haus mitteilen, was denn der Hintergrund dieser Angelegenheit ist. Es steht diesen Antragstellern gut an, hier im Plenum eine kurze Begründung für dieses Anliegen zu geben.

Ich habe mich vorsorglich gemeldet, damit nicht, wie das oft hier gepflogen wird, der Präsident die Beratung eröffnet, feststellt, daß keine Wortmel-

\*) Vom Redner nicht überprüft.

- (A) dungen vorliegen, weil man zunächst einmal abwartet, ob die Antragsteller sich zu Wort melden, und dann kommt man nicht mehr zu Wort, weil kurzerhand die Beratung geschlossen ist.

Deswegen bitte ich doch zunächst einmal darum, daß eine Begründung zu diesem sehr eilbedürftigen Antrag hier gegeben wird. Immerhin wollen wir ja in erster und in zweiter Lesung heute darüber entscheiden.

(Beifall bei der BGL)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Koschnick.

**Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin nicht Antragsteller, aber Verursacher dieses Antrags. Ich meine, es gebietet sich wohl, daß ich dann sage, was meine Gründe waren.

Vorgesehen war, daß der Präsident des Rechnungshofs ordnungsgemäß mit Ablauf der Amtszeit ausscheiden sollte. Ich hatte bereits vorgesehen, seine Kollegen einzuladen zu einer offiziellen Abschiedsveranstaltung und dabei Dank zu sagen für das, was er als Kontrolleur der Bürgerschaft gegenüber dem Senat veranlaßt hat, übrigens nach meiner Vorstellung in einer gemeinsamen Veranstaltung mit den Vertretern der Bürgerschaft.

- (B) Vorgesehen war ferner seit Jahren, daß der Vizepräsident des Rechnungshofs Nachfolger werden sollte. So waren jedenfalls meine Vorstellungen! Ich hatte keine anderen Hinweise aus dem Parlament vorher gehört. Dieser Vizepräsident ist plötzlich erkrankt und steht nicht mehr zur Verfügung.

In der kurzen Zeit, in der wir uns dann neu entscheiden mußten, habe ich mit den drei Fraktionsvorsitzenden gesprochen, ihnen die Situation klargestellt und gesagt, ich müßte jetzt über einige Vorschläge mit ihnen sprechen, weil es die Auffassung des Senats ist, das der Präsident des Rechnungshofs möglichst nicht nur mit der Stimme der Partei gewählt wird, die die Regierung stellt.

In dem Gespräch mit den Vorsitzenden habe ich einige Namen genannt. Die Vorsitzenden waren der Meinung, daß sie, mit dem neuen Sachverhalt konfrontiert, mehr Zeit brauchten, um zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen, die vom Parlament insgesamt getragen werden kann, und sie waren dann der Meinung, es sollte geprüft werden, ob es nicht besser sei, eine Verlängerung hinzunehmen, vorausgesetzt, es gäbe eine verfassungsrechtlich einwandfreie Lösung für einen solchen Vorgang.

Ich habe diese Überlegungen zur Prüfung der Senatskanzlei gegeben und habe dann den Senator für Rechtspflege und Strafvollzug als den Verfassungsminister gebeten, seinerseits Stellung zu nehmen. Der Vorschlag, der Ihnen vorliegt, ist ein Vorschlag, wie er abgestimmt worden ist — aus verfassungsrechtlichen Gründen, nicht aus politischen Gründen, die verantwortete ich — mit dem Senator für Rechtspflege und Strafvollzug.

- (C) Wir haben allerdings ganz bewußt Wert darauf gelegt, nicht einen Vorschlag zu machen, der nur auf eine Person und einen Mann zielt. Das Gesetz wird, wenn die Änderung so angenommen wird, uns jedesmal, bei jedem Präsidenten vor die Frage stellen, ob das Parlament — falls er einen Antrag stellt und der Senat einen solchen Vorschlag unterbreitet — einen solchen Vorschlag mittragen kann oder nicht. Es ist also kein Vorschlag zur Person, sondern zur Funktion des Präsidenten des Rechnungshofs.

Die zweite Frage ist — das haben wir auch überlegt —, ob man diese Position für einige Zeit nicht besetzen kann, das heißt, ob man etwa ein halbes oder ein dreiviertel Jahr warten und sehen kann, ob man noch in diesem Jahr eine Lösung findet. Dazu muß ich Ihnen nun sagen: Das Gesetz über den Rechnungshof gibt dem Präsidenten des Rechnungshofs — und deswegen wird er auch von der Bürgerschaft mit gewählt und seine Anstellung nicht allein dem Dienstherrn Senat überlassen — originäre Rechte, nämlich sich gutachtlich auf Befragen des Präsidenten der Bürgerschaft oder auf Befragen des Präsidenten des Senats zu äußern. Diese Institution sollte im Interesse der Rechnungskontrolle und der gutachtlichen Beurteilungen für das Parlament und den Senat sofort besetzt werden. Wir sollten hier keine langen Ausfallzeiten haben. Abgesehen davon, daß der zweite Mann auch krank ist, geht es hier um die gesetzlich definierte, ihm als Funktionsträger zugeschriebene Aufgabenstellung.

(D) Dies ist die Situation gewesen, die mich veranlaßte, mit den Fraktionsvorsitzenden zu sprechen. Die Antwort auf diese Diskussion ist dieser gemeinsame Vorschlag. Ich bitte namens des Senats um Zustimmung.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Adamietz.

Abg. Adamietz (BGL)\*: Meine Damen und Herren! Wir haben schon bei verschiedenen Anlässen in dieser Bürgerschaft Grund genug gehabt, die Arbeit des Rechnungshofs zu würdigen und, so meine ich auch, sagen zu dürfen, sogar gegen die Landesregierung verteidigen zu müssen. Wir haben genügend Veranlassung, auch gerade die Person des jetzigen Amtsinhabers entsprechend zu würdigen und ihr auch zu danken für Stellungnahmen in diesem Hause, die der Aufklärung der Sache und somit auch unserer parlamentarischen Tätigkeit gedient haben.

(Beifall bei BGL und FDP)

Wenn wir hier eine solche Debatte führen, geht es in der Tat dann auch nicht um den konkreten Amtsinhaber, dessen Amtsführung insoweit auch dadurch durchaus von allen unterstrichen wird, daß

\* ) Vom Redner nicht überprüft.

(A) man seine Amtszeit sogar verlängern will. Wenn wir aber jetzt hier zu dieser Vorlage Stellung nehmen, und zwar kritisch, dann geht es uns um die grundsätzliche Bedeutung dieser Angelegenheit und um das Verfahren.

Die Bedeutung der Angelegenheit können wir nur nachdrücklich unterstreichen. Für uns ist der Rechnungshof geradezu ein Verfassungsorgan. Das mag man juristisch so oder anders qualifizieren, Tatsache ist jedoch, daß eine unabhängige Rechnungsprüfung in einem parlamentarischen System unabdingbar ist. Das sieht letztlich auch unsere Verfassung vor. In welcher Art und Weise sie im einzelnen vorgenommen wird, darüber mag es dann verschiedene Theorien und verschiedene gesetzliche Ausformungen geben, aber vom Grundsatz her ist das wohl unbestritten.

Es ist deswegen also auch für uns eine unbestrittene Tatsache, daß dieses Haus in diesen Fragen nach aller Möglichkeit einmütig die Grundsätze bestimmen muß, nach denen diese Rechnungsprüfung stattfinden kann. Dazu gehört es dann allerdings auch, über Grundsätze zu entscheiden, wie dieses Amt besetzt wird, wie die Unabhängigkeit des Amtsinhabers gewahrt werden kann und wie dann auch in entsprechenden problematischen Fällen, wie es hier vorgetragen ist, zu verfahren ist.

Dabei ist die Bedeutung zugrunde zu legen, die dem Amtsinhaber dadurch zukommt, daß er von der Bürgerschaft gewählt wird. Das ist nicht ein Beamter, der etwa vom Senat eingesetzt wird, es ist auch nicht ein Richter, der von einem Richterwahlausschuß gewählt wird, sondern es ist eine unabhängige Position, die der Zustimmung des gesamten Parlaments, natürlich mit entsprechender Mehrheit, bedarf. Das unterstreicht, wie sehr auch dieses Parlament sorgfältig in jedem Fall prüfen muß, wie es mit der Struktur dieses Amtes umgeht.

Hier wird nun vorgeschlagen, die Amtszeit des gegenwärtigen Präsidenten zu verlängern. Sicherlich ist das eingebettet in eine Formulierung, daß diese Regelung für jeden Amtsinhaber gelten sollte, möglicherweise also später auch für andere. Dennoch bleibt bestehen, daß es sich hier eindeutig um ein Gesetz handelt, das auf diesen konkreten Einzelfall zugeschnitten ist. Ich betone noch einmal, durchaus nicht in Ansehung der Person, sondern sicherlich in Ansehung einer bestimmten Situation!

Nichtsdestoweniger handelt es sich hier um ein Maßnahmegesetz für einen Einzelfall. Das allein schon muß Ihnen Veranlassung geben, diese Situation noch einmal zu überdenken. Es ist für den Gesetzgeber immer ein Problem und verfassungsrechtlich höchst umstritten, wieweit er Einzelfallgesetze verabschieden darf, Gesetze, bei denen er sich bewußt ist, daß sie gerade einen bestimmten konkreten Sachverhalt regeln sollen.

Wir meinen, daß das eine überragende verfassungsrechtliche Bedeutung hat und daß deswegen auch entsprechend sorgfältig überlegt werden muß,

welche anderen Lösungswege man beschreiten kann. Wir von uns aus können in diesem Zusammenhang eben nur feststellen, daß wir Zweifel haben, ob die Sorgfalt, die hier notwendig ist, auch aufgewendet wurde.

Die Zweifel können sich allein schon darauf gründen, daß hier Parlamentarier in diesem Hause sitzen, die an der Erörterung dieser Fragen nicht beteiligt wurden. In trauter Eintracht sind es wieder einmal die etablierten Fraktionen, die sich hier zusammengesetzt haben.

Ich will gar nicht bestreiten, daß Anlaß bestand, über ein Problem nachzudenken, über das man sich dann also auch unterhalten soll, möglicherweise auch nicht eben einfach im Plenum — man muß ja erst einmal Anträge einbringen —, sondern daß man vielleicht schon vorher überlegt, welche Anträge haben denn eine Chance für eine Mehrheit, daß man das also vorher einmal klärt.

Ob das öffentlich ist, in der Presse oder ob man das in einem Briefwechsel macht, das ist gar nicht das Problem. Der Punkt ist, daß hier gesehen wird, das Parlament muß tätig werden, es werden aber wiederum nur die etablierten Fraktionen tätig und sagen, wir machen das jetzt, wir bringen einen Antrag ein, wir haben ja auch die Mehrheit. In solchen Grundsatzfragen ist auch die SPD bescheiden und weiß, daß es tunlich ist, nicht nur eben ihre absolute Mehrheit durchzudrücken, sondern sich auch der Unterstützung der anderen etablierten Fraktionen zu versichern.

Aber es ist nichtsdestoweniger eine Mißachtung des Parlaments. Hier sitzen 100 Abgeordnete, die zustimmen sollen, denen die Chance gegeben werden soll zu beurteilen, ob es richtig oder falsch ist.

Wenn man einen solchen Antrag einbringt in der Problemlage, die der Bürgermeister dieses Landes uns geschildert hat, dann hätte es ihm gut angestanden, auch einmal Kontakt aufzunehmen zu allen Parlamentariern. Wenn sie schon nicht durch die etablierten Fraktionen vertreten sind, dann ist es doch keine Schwierigkeit, auch etwa uns einen solchen Brief zu schreiben und auf diese Sachlage aufmerksam zu machen.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Jedem einzelnen? Auch Herrn Willers?)

Es muß nicht jeder einzelne sein, es müssen diejenigen sein, die sonst nicht an die Informationen herankommen, selbstverständlich auch Herr Willers. Er wird ja nun durch keinen anderen vertreten, er vertritt nur sich selbst.

(Abg. Neumann [CDU]: Das ist aber eine schwere Aufgabe für ihn!)

Dann muß man ihm eben einen einzelnen Brief schreiben, da das sowieso vervielfältigt wird, ist das sicherlich kein Problem. Wir können dann darüber streiten, ob zuviel Kopierkosten beim Senat

(C)

(B)

(D)

(A) anfallen. Wir geben ihm dann gern eine Abschrift von uns aus.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Die wird gekürzt, Herr Adamietz!)

Gekürzt wie die Emser Depesche, selbstverständlich, immer!

Meine Damen und Herren, das ist die grundsätzliche Angelegenheit, und das wird hier einfach mißachtet. Das Parlament soll wählen, das Parlament soll unter Umständen auch einer Verlängerung zustimmen, aber das Parlament wird letztlich eben nicht einbezogen.

Die Art und Weise dieses Verfahrens unterstreicht das noch einmal. Es soll dieses Gesetz in erster und zweiter Lesung verabschiedet werden. Das Gesetz soll heute, was völlig ungewöhnlich ist, verkündet werden, damit es morgen in Kraft tritt, und morgen werden wir dann noch eine neue Vorlage zu behandeln haben, außerhalb der Tagesordnung, die tatsächlich gleich die Zustimmung beinhaltet zu dem Antrag des Präsidenten des Landesrechnungshofs, der sozusagen zwischen Mitternacht und null Uhr heute gestellt wird, und somit also das Gesetz auch bereits vollzogen wird.

(Abg. Neumann [CDU]: Das ist Maßarbeit!)

(B) Das ist in der Tat Maßarbeit, das ist in der Tat ein Verfahren, wie es vielleicht einmal nötig sein kann in Krisensituationen, wie es aber sicherlich der Situation, aber auch der Funktion dieses Landesrechnungshofs nicht angemessen ist.

Die Frage stellt sich doch, sitzt man denn im Senat so auf seinen Augen, Ohren oder sonstigen physischen Organen, mit denen nachgedacht wird, daß man eine solche Situation nicht etwas früher in den Griff bekommt, etwas früher planen kann, etwas früher sich überlegen kann?

Da hilft es auch nicht zu sagen, der Vizepräsident sei krank geworden, und das wußten wir vorher nicht. Wann hätten wir denn den Präsidenten wählen sollen? Dann hätte doch der Wahlvorschlag heute auf dem Tisch liegen müssen!

(Zuruf von Bürgermeister Koschnick)

Was wäre denn gewesen, wenn nun etwa hier im Hause eine Debatte darüber gewesen wäre, ob man denn überhaupt so wählen wolle, wenn das nun nicht zustande gekommen wäre? Auch da hat man eine so kurzfristige Planung angestellt, daß ich nur sagen kann, die Bedeutung dieses Amtes ist vom Senat nicht richtig gewürdigt worden.

Nun noch zu der Angelegenheit im einzelnen ein paar Worte! Zunächst einmal aus dem Gesetz über die Rechnungsprüfung in der Freien Hansestadt Bremen geht hervor, daß der Präsident, der Vizepräsident und die weiteren Mitglieder des Rechnungshofs Beamte auf Lebenszeit sind. Aber, und nun kommt eine weitere Bestimmung, sie besitzen richterliche Unabhängigkeit. Auf ihre Rechtsstellung sind die für Richter geltenden Vorschriften auch

(C) über Versetzung in den Ruhestand, Entlassung, Altersgrenze und so weiter anzuwenden. Damit wird deutlich, es handelt sich hier um richterähnliche Funktionen.

Für Richter ist aber im Richtergesetz verankert, daß gerade keine Verlängerung der Amtszeit stattfindet im Gegensatz zu den sonstigen Beamten, für die auf Antrag durch den Dienstherrn über die Altersgrenze hinaus die Dienstzeit verlängert werden kann. Das hat darin seinen Grund, daß nämlich die Gefahr besteht, daß man durch die Verlängerung von Dienstzeiten in der Sache manipulieren kann. Man kann einen Richter in einer Amtsfunktion weiter behalten, obwohl er schon ausscheiden müßte, um zu erreichen, daß dieser Richter bestimmte weitere Fälle noch bearbeitet. Es ist dann eine Frage des sogenannten gesetzlichen Richters, ein grundsätzliches verfassungsrechtliches Postulat in unserem Staat.

Für den Rechnungshof gilt letztlich nichts anderes. Für den Rechnungshof gilt deswegen nichts anderes, weil eben ausdrücklich gesagt wird, das ist eine richterliche Stellung, aber jetzt auf einmal wird das durchbrochen, jetzt auf einmal soll gesagt werden, da können wir es verlängern.

Wie verlängern wir denn? Nicht nur, daß es hier jetzt eine konkrete Veranlassung hat, sondern es wird auch nur auf den Präsidenten bezogen. Der Vizepräsident vertritt aber den Präsidenten bei dessen Verhinderung. Warum sagt man dann nicht im Gesetz, der Senat kann auf Antrag des Präsidenten oder des Vizepräsidenten beziehungsweise auch und des Vizepräsidenten diese Verlängerung aussprechen? Auch für den Vizepräsidenten muß das mindestens gelten. Auch hier zeigt sich, daß man die Angelegenheit nicht sorgfältig durchdacht hat.

Ich meine, allein aus diesen drei Bedenken — aus dem Problem des Einzelfallgesetzes, aus dem Problem der richterlichen Stellung des Präsidenten des Landesrechnungshofs und aus dem Problem, wie das Parlament hierbei behandelt wird — wird schon deutlich, daß hier gravierende Bedenken anzumelden sind hinsichtlich, ich will mich da vorsichtig ausdrücken, der verfassungsrechtlichen Problematik dieser hier angestrebten Lösung.

Im übrigen will ich noch eines deutlich machen. Wir sind durchaus dafür, wir sind nämlich politisch optimistisch, daß nicht jetzt eine solche Wahl stattfindet, da in der Tat die SPD mit dem Rücken an der Wand, wie sie politisch im Bund und in den Ländern steht, dann einen vielleicht ihr genehmen Amtsinhaber durchsetzen könnte, der vielleicht nicht das Rückgrat hätte wie der jetzige Amtsinhaber, auch einmal der Landesregierung Paroli zu bieten. Das möchten wir natürlich nicht.

Deswegen stehen wir von der politischen Seite her durchaus sympathisch diesem Vorschlag gegenüber,

(Abg. Lahmann [FDP]: Gut, stimmen Sie zu!)

(C)

(D)

(A) die Amtsinhaberschaft bis 1983, bis nach der nächsten Wahl zu verschieben, weil wir nämlich wissen, daß dann die Mehrheit der SPD in diesem Hause nicht nur einfach verlorengegangen ist, sie ist so drastisch heruntergegangen, daß sie zu einer Quantité unter anderen, ich will nicht gerade sagen négligeable, aber unter anderen reduziert worden ist,

(Abg. K u n i c k [SPD]: Freuen Sie sich nicht zu früh!)

so daß der Zwang, sich zu einigen, in diesem Hause in jedem Fall sehr viel stärker sein wird als jetzt.

Politisch unterstützen wir das durchaus. Allerdings, Herr Lahmann, unterscheiden wir auch solche politischen Interessen, und wir sind gewiß, daß wir 1983 in entsprechender Vergrößerung hier vertreten sein werden und auch mitbestimmen können, aber wir unterscheiden diese politische Stellungnahme von der verfassungsrechtlichen.

Verfassungsrechtlich ist es so, daß nach der Gesetzeslage bisher jetzt die Situation anstand, einen neuen Präsidenten zu wählen, diese konkreten Abgeordneten hier. Es geht gar nicht einmal um die Stärkeverhältnisse, sondern es geht um die konkreten einzelnen Abgeordneten. Auch Herr Lahmann zum Beispiel weiß ja nicht, ob er bei der nächsten Wahl überhaupt noch auf Platz eins der Liste aufgestellt wird und dann in dieses Parlament gewählt wird. Er hat einen Anspruch, einen Präsidenten des Landesrechnungshofs auf Lebenszeit zu wählen.

(B) Diesen Anspruch des Herrn Lahmann, des Herrn Neumann, des Herrn Wedemeier und unseren eigenen verteidigen wir. Auch der Herr Willers soll die Gelegenheit haben, hier noch einmal einen Präsidenten des Landesrechnungshofs zu wählen. Das ist ein verfassungsrechtlicher Anspruch, und den werden wir hier in diesem Hause verteidigen.

Deswegen, bei aller politischen Sympathie für diesen Vorgang, bei aller Sympathie auch für den Amtsinhaber, ich muß genauer sagen Respekt, denn wenn ich von Sympathie zu jemandem spreche, gereicht es ihm eher zum Nachteil, wie ich aus der Reaktion der Mehrheitsfraktion immer entnehmen muß, bei allem Respekt vor dem jetzigen Amtsinhaber, meine ich, daß die Lösung, die hier gefunden worden ist, keine — ich will mich noch einmal vorsichtig und ganz unpolemisch ausdrücken — sachgerechte ist. Es wäre richtiger gewesen, dann eben doch den Vizepräsidenten amtierend zu lassen und eine ordnungsgemäße Wahl hier durchzuführen. — Danke schön!

(Beifall bei der BGL)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechnungsprüfung in der Freien Hansestadt Bre-

men in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! (C)

(Dafür SPD, CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen BGL und Abg. Willers)

Stimmenthaltungen?

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Meine Damen und Herren, es ist beantragt worden, die zweite Lesung über den interfraktionellen Gesetzesantrag unmittelbar nach der ersten Lesung durchzuführen.

Gemäß Paragraph 36 Absatz 1 der Geschäftsordnung lasse ich zunächst darüber abstimmen.

Wer dafür ist, daß wir jetzt in die zweite Lesung eintreten, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen BGL und Abg. Willers)

Stimmenthaltungen?

Die Bürgerschaft (Landtag) ist dafür, daß wir jetzt in die zweite Lesung eintreten.

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. (D)

Wer das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechnungsprüfung in der Freien Hansestadt Bremen in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen BGL und Abg. Willers)

Stimmenthaltungen?

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

#### Grundsätze zur Übernahme von Bürgschaften

Antrag der Fraktion der CDU

vom 25. November 1981

(Drucksache 10/677)

Wir verbinden hiermit:

**Ergänzungsbericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses zum Ausschlußbericht vom 11. Februar 1982 (Drs. 10/752) — Haushaltsjahr 1979 —**

**vom 10. Juni 1982**

(Drucksache 10/839)

(A)

D a z u

**Verschleuderung von 35 Millionen DM**  
Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU  
vom 22. Juni 1982  
(Drucksache 10/844)

Wir verbinden damit:

**Bemerkungen im Ergänzungsbericht des staatlichen  
Rechnungsprüfungsausschusses vom 10. Juni 1982**  
(Drs. 10/839) — Haushaltsjahr 1979 —

Antrag der Mitglieder des staatlichen Rechnungs-  
prüfungsausschusses  
vom 10. Juni 1982  
(Drucksache 10/840)

u n d

**Richtlinien der Freien Hansestadt Bremen für die  
Übernahme von Bürgschaften**

Mitteilung des Senats vom 7. Juni 1982  
(Drucksache 10/837)

**Drucksache 10/677**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bei der Vorbereitung von Bürgschaftsvorlagen und der Bewilligung von Bürgschaften die vom Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen in seinem Jahresbericht 1979 (Land, Drs. 10/575) unter Tz 9 aufgestellten Grundsätze zu beachten.

Klein, Neumann und Fraktion der CDU

**Drucksache 10/840**

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen im Ergänzungsbericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses vom 10. Juni 1982 (Drs. 10/839) bei.

Armgorst	Neujahr
Brasse	Pflugradt
Fluß	Schatz
Ingeborg Förster	Sagner
Helene Knorr	Anneliese Leinemann
Launspach	Stäcker
Wilhelmi	

**Drucksache 10/844**

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) bedauert, daß durch Fehlentscheidungen des Senats im Zusammenhang mit der Übernahme von Bürgschaften für ein Bremerhavener Kranbauunternehmen 35 Millionen DM Steuergelder verschleudert wurden.

Die Bürgerschaft stellt fest, daß diese nunmehr verlorenen öffentlichen Mittel besser zur Neuordnung der Bremerhavener Werften eingesetzt worden wären.

Klein, Neumann und Fraktion der CDU

Die Beratung ist eröffnet.

Sind Sie einverstanden, daß ich zunächst dem Berichterstatter das Wort gebe?

Das Wort hat der Abgeordnete Stäcker als Berichterstatter.

Abg. **Stäcker**, Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In seinem Bericht zum Haushaltsjahr 1979 hatte der Rechnungshof unter anderem Anmerkungen zum Verfahren bei der Übernahme von Bürgschaften gemacht und zu einer bestimmten Maßnahme zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in Bremerhaven Stellung genommen. Der Rechnungsprüfungsausschuß hat diese Punkte in seinem Bericht vom 11. Februar 1982 deshalb ausgeklammert, weil er diese Themenkomplexe noch ausführlich beraten wollte.

Mit der Drucksache 10/839 legt Ihnen der Rechnungsprüfungsausschuß in einem Ergänzungsbericht sein Beratungsergebnis vor. In diesem Bericht ist außerdem ein Punkt erwähnt, der das Plenum bereits beschäftigt hat. Es handelt sich um den Hinweis des Rechnungshofs, ihm seien die vertraglichen Unterlagen über die Zahlung von rund 20 Millionen DM nicht zur Verfügung gestellt worden, deshalb habe er diese Zahlung nicht prüfen können.

Meine Damen und Herren, Sie werden sich erinnern, nach einer teilweise recht erregten Debatte hat das Plenum den Senat seinerzeit aufgefordert, dem Rechnungshof diese Unterlagen zuzuleiten. Ob die Zahlung der 20 Millionen DM ordnungsgemäß belegt und abgewickelt worden ist, wird zur Zeit vom Rechnungshof geprüft. Falls es erforderlich sein wird, geht der Rechnungshof darauf in einem späteren Jahresbericht ein.

Bevor ich nun auf die bisher noch offenen Punkte zu sprechen komme, möchte ich noch kurz auf die Ausgangslage und das Beratungsverfahren im Ausschuß selbst eingehen.

Bei der Maßnahme handelt es sich um den Versuch des Senats, der beteiligten Deputationen und des Werftvorstandes in Bremerhaven, fast 1 200 Arbeitsplätze zu retten. So war und ist das Ziel, in Übereinstimmung mit Programmen der Bundesregierung und der Regierung der norddeutschen Küstenländer Werften ein schiffbaufremdes Standbein zuzulegen. Daran waren Bremen und die Werft gleichermaßen interessiert. Beide wollten nämlich dadurch die Beschäftigungsschwankungen im Schiffbaubereich ausgleichen.

(Vizepräsident Schmidt übernimmt den  
Vorsitz.)

Es war der Versuch einer Diversifikation. Meine Damen und Herren, Versuche sind mit Risiken verbunden und gelingen nicht immer. Dieser Versuch mißlang und hat das Land Bremen 35 Millionen DM gekostet.

Nach dem Abbruch des bremischen Engagements hat der Präsident des Senats am 16. Juli 1979 den Rechnungshof um eine Prüfung gebeten. Bei den Be-

(C)

(D)

(A) ratungen im Rechnungsprüfungsausschuß gab es hinsichtlich der Weitergabe des Prüfungsberichts einschließlich des Schriftwechsels zwischen dem Senat und den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses Meinungsverschiedenheiten wegen des Schutzes der Vertraulichkeit. Erst auf nachdrückliches Beharren des Rechnungsprüfungsausschusses wurden die Unterlagen dem Ausschuß zur Verfügung gestellt. Heute können wir feststellen, daß ohne diese Materialien der Ausschuß nicht hätte arbeiten können.

Der Rechnungsprüfungsausschuß ist bei seinen Beratungen allen Einzelheiten nachgegangen, keiner Frage wurde ausgewichen und die Unterlagen rückwirkend seit 1974 aufgearbeitet. Dabei hat sich manches zwischen den beteiligten Verwaltungen und dem Rechnungshof aufgrund der ausführlichen Erörterungen klären lassen.

Natürlich, meine Damen und Herren, kann der Bericht nicht alle Einzelheiten der Beratungen des Ausschusses wiedergeben, er beschränkt sich deshalb auf einzelne Schwerpunkte. Bei der Feststellung der einzelnen Sachverhalte gab es im Ausschuß Übereinstimmung. Aus verständlichen Gründen ergeben sich jedoch bei der Bewertung der einzelnen Vorgänge Unterschiede. Drei Punkte, bei denen unterschiedliche Bewertungen vorliegen, will ich hier hervorheben.

(B) Da geht es zum ersten um die Bewertung sogenannter Kundenlagerforderungen, die sich später als weitgehend wertlos erwiesen. Die CDU- und FDP-Mitglieder im Ausschuß meinen, die Verwaltung hätte seinerzeit diese Forderungen sorgfältiger unter die Lupe nehmen müssen. Sie hätte dann erkennen können, daß diese Forderungen nicht in Ordnung waren. Die SPD-Mitglieder des Ausschusses sehen darin übersteigerte und nicht durchhaltbare Anforderungen an die Verwaltung. Die Bilanzen waren testiert und die Forderungen vom Abschlußprüfer als sicher gekennzeichnet worden. Meine Damen und Herren, auf solche Testate müssen die Verwaltungen nach Auffassung der SPD-Mitglieder im Ausschuß vertrauen und sich verlassen dürfen.

Zweitens geht es darum, daß Bürgschaften vergeben worden sind, obgleich das Risiko, daraus in Anspruch genommen zu werden, nicht im Einzelfall abgeschätzt werden konnte. Die CDU-Mitglieder leiten daraus ab, in solchen Fällen hätten Barmittel oder Verpflichtungsermächtigungen ausgewiesen werden müssen, weil mit hoher Wahrscheinlichkeit damit hätte gerechnet werden müssen, daß Bremen aus diesen Bürgschaften in Anspruch genommen werde. Die SPD- und FDP-Mitglieder halten die Gewährung der Bürgschaften aus damaliger Sicht für gerechtfertigt. Die seinerzeit bekannten Informationen über die Lage der Firma ließ nach ihrer Auffassung nicht den Schluß zu, Bremen werde mit hoher Wahrscheinlichkeit aus diesen Bürgschaften antreten müssen.

(C) Drittens wird auch die Frage, ob Bremen früher hätte aussteigen sollen, unterschiedlich gesehen. Ein früherer Abbruch des bremischen Engagements hätte bei diesem Unternehmen Geld gespart, darin sind sich alle Ausschußmitglieder einig. Die SPD- und FDP-Mitglieder gehen allerdings davon aus, daß ein früheres Aussteigen die gestützte Werft mit 1 200 Arbeitsplätzen und eine weitere Werft in akute Gefahr gebracht hätte. Das sehen die CDU-Mitglieder anders. Nach ihrer Ansicht hätte das bremische Engagement bei der Kranbaufirma beendet werden können, ohne daß die Werften gefährdet worden wären.

Einen weiteren Punkt will ich nicht unerwähnt lassen. Der Senator für Finanzen hat, um noch größeren Schaden abzuwenden, ohne vorherige Unterrichtung beziehungsweise Einschaltung der zuständigen Beschlußgremien drei Millionen DM für die betreffende Firma kurzfristig zur Verfügung gestellt. Wenn auch nicht der damalige Zeitdruck und weitere kostspieligere Folgen verkannt werden, muß dennoch eindringlich darauf hingewiesen werden, daß zukünftig vorher die Beschlußgremien zusammentreten.

(D) Über die Lehren, die aus dem Stützungsversuch für den Schiffbau zu ziehen sind, besteht im Ausschuß Übereinstimmung. Es hat sich gezeigt, daß der Versuch des Aufbaus schiffbaufremder Produktionen mit außerordentlichen Risiken verbunden ist. Das wichtigste Ergebnis der Prüfungen des Rechnungshofs und der Beratungen im Rechnungsprüfungsausschuß liegt Ihnen inzwischen in Form der Bürgschaftsrichtlinien als Mitteilung des Senats vor. Der Rechnungshof hatte aufgrund seines Prüfungsverfahrens in diesem Stützungsfall solche Richtlinien angeregt und dafür in seinem Bericht zum Haushaltsjahr 1979 Grundsätze aufgestellt. Die Verwaltungen haben diese Richtlinien durchgearbeitet und sie mit dem Rechnungshof abgestimmt. Anfangs vorhandene unterschiedliche Auffassungen zwischen Verwaltungen und Rechnungshof konnten zwischenzeitlich ausgeräumt werden.

Der Rechnungsprüfungsausschuß begrüßt es, daß es zur Aufstellung dieser Richtlinien gekommen ist, denn das Hauptziel, das der Rechnungshof mit seinen Prüfungsbemerkungen angestrebt hat, nämlich klare, eindeutige Vorschriften für die Vergabe von Bürgschaften zu schaffen, ist damit erreicht worden.

Die jetzt vom Senat vorgelegten Bürgschaftsrichtlinien bedeuten einen strengeren Maßstab für den Antragsteller. Insbesondere werden ausreichende Bearbeitungszeiten vorausgesetzt. Für die Banken bedeuten diese Richtlinien, daß sie bei erkennbaren negativen finanziellen Veränderungen verpflichtet sind, dies dem Senat mitzuteilen. Meine Damen und Herren, die Praxis wird zeigen, ob sich die Bürgschaftsrichtlinien in dieser Form bewähren.

Ich gehe davon aus, daß sich mit dieser Vorlage der Richtlinien auch der vorliegende Antrag der

- (A) CDU-Fraktion erledigt hat und zurückgezogen werden kann. Die übrigen Folgerungen aus dem Prüfungsverfahren, die der Rechnungsprüfungsausschuß gezogen hat, können Sie dem Ergänzungsbericht entnehmen.

Erlauben Sie mir, meine Damen und Herren, zum Schluß folgenden Hinweis: Am Beispiel der Kranfirma hat sich gezeigt, daß öffentliche Verwaltungen und parlamentarische Gremien auf klare Angaben von Firmen und Unternehmen angewiesen sind, denen öffentliche Hilfen gewährt werden. Daran hat es bei diesem Unternehmen gehapert, so daß es selbst der eingeschalteten Prüfungsgesellschaft bei einer ersten Prüfung nicht gelang, den eigentlichen Sachverhalt aufzuklären und erst ein Sondergutachten erstellt werden mußte. Unter diesen Bedingungen nun die richtige Entscheidung zu treffen, war für alle Beteiligten äußerst schwierig. Letztlich ging es ja immer wieder um die Erhaltung von fast 1 200 Arbeitsplätzen und die Verhinderung des Hochschnellens der Arbeitslosenzahlen in Bremerhaven.

Abschließend, meine Damen und Herren, haben wir vom Rechnungsprüfungsausschuß all denen zu danken, die an dieser schwierigen Materie mitgearbeitet haben. Unser besonderer Dank gilt der Bürgerschaftsverwaltung für die schnelle Protokollerstellung und der Ausschußassistenz.

(Beifall)

- (B) Mit Genugtuung darf ich feststellen, daß der Rechnungsprüfungsausschuß auch in dieser Frage seiner Aufgabe gerecht geworden ist. Meine Damen und Herren, nach den sachlichen und fairen Beratungen im Ausschuß gibt es meiner Meinung nach keinen Grund, in der heutigen Debatte aus den damaligen Entscheidungen politisches Kapital schlagen zu wollen.

(Beifall bei der SPD)

Ich denke, daß dieser Bericht für sich selbst spricht, und bedanke mich für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Schmidt:** Meine Damen und Herren, der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses hat sich bedankt bei der Verwaltung. Ich glaube, ich darf an dieser Stelle dem Rechnungsprüfungsausschuß auch Dank aussprechen für die Arbeit, die hier geleistet werden mußte, damit dieser Bericht vorgelegt werden konnte! Herzlichen Dank!

(Beifall bei SPD und CDU)

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Klein.

Ich mache darauf aufmerksam, daß nach Paragraph 45 unserer Geschäftsordnung jede Fraktion das Recht hat, für einen Redner eine Verlängerung der Redezeit zu beantragen. Davon hat die CDU-Fraktion Gebrauch gemacht.

- (C) **Abg. Klein (CDU):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich greife das letzte Wort von Herrn Kollegen Stäcker auf. Nach dieser gründlichen und schwierigen Arbeit, meinte er, solle politisches Kapital aus dieser Sache nicht geschlagen werden. Unsere Aufgabe ist es, Herr Kollege Stäcker, wir haben ja gemeinsam daran gearbeitet, Wiederholungen zu vermeiden, deswegen muß ich natürlich für die CDU-Fraktion etwas deutlicher die Lage skizzieren, die Fehler aufzeigen, um wiederum einen Beitrag dazu zu leisten, daß finanzielle Verluste für den Steuerzahler in Zukunft tunlichst vermieden werden.

(Beifall bei der CDU)

Nur unter diesem Leitgedanken bitte ich meine Ausführungen zu verstehen!

Meine Damen und Herren, wir schicken uns heute vormittag an, ein weiteres trauriges Kapitel bremischer Finanzgeschichte zu schließen, Zeitgeschichte. Die jüngere bremische politische, auch und gerade finanzpolitische Zeitgeschichte ist leider nicht arm an trüben, traurigen Kapiteln, die alle dem Steuerzahler in Bremen außerordentlich viel Geld gekostet haben.

- (D) Ich will nur ganz kurz an den Baulandskandal erinnern mit allen seinen Neben- und Unterskandalen, an die Überdimensionierung der Müllbeseitigungsanstalt in Bremerhaven, an spektakuläre Bürgerschaftsausfälle, zum Beispiel Treuhand oder Plötner, immer war es eine Mischung von Fehlverhalten des Senats, politischem Filz, Uneinsichtigkeit und Dilettantismus, und dieses Gemisch führte zu großen finanziellen Verlusten. Es sind Gelder verloren worden, die in dieser wirtschafts- und finanzpolitisch schwierigen Zeit Bremens besser für rentierliche Investitionen hätten eingesetzt werden können.

(Beifall bei der CDU)

Nun haben wir diesen lange Jahre anhängigen Fall des Bremerhavener Kranbauunternehmens abzuschließen. Das ganze Engagement Bremens stand von vornherein unter einem außerordentlich unglücklichen Vorzeichen, nämlich einer falschen politischen Grundentscheidung. Man wollte eine in Schwierigkeiten geratene Werft in Bremerhaven durch ein zweites Bein stützen und hat dabei übersehen, daß dieses zweite Bein von Anfang an ein krankes war.

Das hatte drei Gründe: Man hat sich entschlossen, Kräne zu fertigen mit staatlicher Hilfe. Dafür gab es aber einen außerordentlich guten Markt, der beherrscht wurde von starken Wettbewerbern. Man mußte also versuchen, durch einen staatlichen Verdrängungswettbewerb die entsprechende Entlastung für die Werft zu erreichen, ein außerordentlich schwieriges Unterfangen. Wir haben von Anfang an, gestützt auf Marktanalysen, vor einem solchen Unternehmen gewarnt.

(A) Der zweite Fehler war, daß man das Risiko der privaten Kapitalhaftung dadurch beseitigte, daß man das Stammkapital des neuen Unternehmens, an dem die Werft zur Hälfte beteiligt war, zur Hälfte private Anteilseigner, kreditierte und, und das war der entscheidende Fehler, öffentlich verbürgte. Damit war das private Kapitalrisiko als ein wesentliches Regulatorisch marktwirtschaftlichen Verhaltens entfallen. Der dritte Punkt war die Verkehrung der Zielsetzung der Werfthilfe ins Gegenteil.

Meine Damen und Herren, wenn man ein zweites krankes Bein zulegt, keine hinreichende Fertigungsstruktur, keine hinreichende Kapitalstruktur, dann gefährdet man zusätzlich die Werfthilfe. Hier kann man im Ergebnis sagen, die Entwicklung hat es gezeigt, die Verzahnung zwischen einem notleidenden Kranbauunternehmen und einem notleidenden Werftunternehmen hat zur zusätzlichen Gefährdung des Kranbauunternehmens und des Werftunternehmens geführt wegen der finanziell kommunizierenden Röhren, so daß im Ergebnis festzustellen ist, es ist die öffentliche Werfthilfe im weitesten Sinne mißbraucht worden für Kranbauhilfen, und das war eine Verkehrung der Zwecksetzung der öffentlichen Werfthilfe.

(Beifall bei der CDU)

Diese politischen Fehler, meine Damen und Herren, fanden dann im Vollzug des ab 1974 über viele Jahre andauernden Engagements ihre Ergänzung in einer Fülle senatorischer Fehler, in einer Fülle von Fehlern auch der SPD-Kollegen in den entscheidenden Gremien.

(B) Ich muß an die Herren Kollegen Kunick und Wedemeier und auch an Herrn Senator Dr. Scherf hier in einer Parenthese folgendes Wort richten: Sie alle waren als Sprecher einer jungen politischen Garde während des Baulandskandals nicht in das politische Geschehen unmittelbar verwoben. Sie saßen am Radio, hörten sich die Entwicklung und die Aufklärung dieser Angelegenheit an und schworen sich, wenn wir einmal soweit sind, wird sich das nicht wiederholen.

Ihr puristischer Ansatz als Jungsozialisten wird von mir respektiert. Nur, meine Herren, als Sie in die Zwänge Ihres parteipolitischen Systems enger verzahnt wurden, ist es Ihnen passiert, daß Sie solche fehlsamen Entwicklungen als Wirtschafts- und Finanzsprecher und als Finanzsenator nicht nur nicht verhindern konnten, Sie mußten sie sogar politisch absegnen, und Sie werden noch heute sich an diesem Absegnungsprozeß trotz der Oppositionshaltung beteiligen müssen. Ich darf Sie zu diesem politischen Geschick nicht beglückwünschen, ich muß Ihnen dazu mein Beileid aussprechen.

(Beifall bei der CDU — Abg. Neumann  
[CDU]: Sehr richtig! — Abg. Kunick  
[SPD]: Jetzt haben Sie das Mikrophon!)

Die Fehler, meine Damen und Herren, sind nun durch den Rechnungshof offengelegt worden, Fehler,

die im wesentlichen sich decken mit den immer wieder vorgetragenen Bedenken und Warnungen der Opposition bei der Beratung der Entscheidung der einzelnen Stationen dieses Komplexes. (C)

Ich möchte aus der Fülle der Fehler einige herausgreifen und auch auf den entscheidenden Widerspruch in der Beurteilung zwischen den Kollegen der SPD und der CDU im Rechnungsprüfungsausschuß, Herr Kollege Stäcker, zurückkommen. Aber eines möchte ich insoweit vorwegschicken: Alle Bewertungen, die die CDU-Fraktion vorgenommen hat, stehen ausweislich dieses Berichts im Einklang mit dem Rechnungshof.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Für uns ist der Rechnungshof eine wesentliche sachliche Stütze unserer zunächst aufgrund von nicht vollständiger Information artikulierten Bedenken. Dies Ihnen mitzuteilen ist mir wichtig. Es gibt ja keine Abweichung zwischen der Meinung des Rechnungshofs und der Meinung der CDU-Fraktion, völlig unabgesprochen, im Ergebnis eine Bestätigung unserer immer wieder vorgebrachten Kritik und unserer Bedenken.

Nun aber einige Fehler, wie gesagt, im Einklang mit den Feststellungen des Rechnungshofs! Veraltete Prognosezahlen sind schon 1976 verwandt worden, obgleich schlechtere Ist-Zahlen für 1976 bereits bei Mitteilung der veralteten Prognosezahlen bekannt waren. Eine wirtschaftliche Betrachtungsweise ist bei einer Verbürgung nicht beobachtet worden, sondern nur eine formelle. Hätte man die wirtschaftliche Betrachtungsweise beobachtet, hätte man festgestellt, daß trotz der Verbürgung in Höhe von fünf Millionen DM die Konkursreife des Unternehmens weiterbestand. (D)

Drittens, und hier komme ich zu einem wesentlichen Widerspruch zu den SPD-Kollegen: Schon sehr früh, sagt der Rechnungshof, sind Bürgschaften erteilt worden, die nach dem Haushaltsrecht, nach der Landeshaushaltsordnung nicht hätten erteilt werden dürfen. Warum nicht? Weil das Risiko zu hoch war! Die Landeshaushaltsordnung schreibt nämlich vor, daß nur dann eine Bürgschaft erteilt werden darf, wenn nicht mit einer Inanspruchnahme mit Wahrscheinlichkeit zu rechnen ist, wenn nicht mit einer Inanspruchnahme gerechnet wird.

(Abg. Neujahr [FDP]: Hoher Wahrscheinlichkeit!)

Ich werde es zitieren, daß bei einer solchen Sachlage, sagt der Rechnungshof, in der keine ausreichende Wahrscheinlichkeit bestehe, daß die Darlehen zum vorgesehenen Zeitpunkt zurückgezahlt würden, Bürgschaften nicht übernommen werden dürfen. Bürgschaften dürfen nämlich nach Nummer fünf der Verwaltungsvorschriften zu Paragraph 39

- (A) Landeshaushaltsordnung nicht übernommen werden, wenn mit hoher Wahrscheinlichkeit

(Abg. Neujahr [FDP]: Ja, genau! —  
Abg. Lahmann [FDP]: Das sagt er, mit  
hoher Wahrscheinlichkeit!)

mit einer Inanspruchnahme der Freien Hansestadt Bremen gerechnet werden muß. In diesem Fall sind Ausgaben oder Verpflichtungsermächtigungen auszubringen.

Das ist der entscheidende Punkt. Wenn man das Risiko so einschätzt, wie es einzuschätzen war nach der Meinung des Rechnungshofs und nach unserer Meinung, hätte man keine Bürgschaften erteilen dürfen, man hätte allenfalls Barmittel zur Verfügung stellen müssen oder Verpflichtungsermächtigungen.

Wir legen auf diesen Punkt außerordentlich großen Wert, meine Damen und Herren, auch und gerade meine Herren vom Senat, weil nämlich bei der Erfüllung dieser Rechtsvorschrift das Risikobewußtsein in der Verwaltung, im Senat geschärft wird und damit auch der Vortrag des Risikos deutlicher wird, denn es ist ein Unterschied, ob man nur eine Bürgschaft gibt, wobei man davon ausgeht, daß man nicht in Anspruch genommen wird, oder ob man in Anspruch genommen wird für Barzahlung.

Deswegen begrüße ich es, daß wir trotz der Bewertungsdifferenz im Ergebnis, nämlich im zweiten Spiegelstrich, zu der Auffassung gekommen sind, Notbürgschaften gibt es nicht mehr, es gibt für diesen Fall der Inanspruchnahme mit hoher Wahrscheinlichkeit nur noch Verpflichtungsermächtigungen oder Barzuschüsse. Ein wichtiger Erfolg der oppositionellen Arbeit im Rechnungsprüfungsausschuß!

- (B) Nächster Fehler, meine Damen und Herren: Es sind bei der Verbürgung von Werftbürgschaften Vorentscheidungen gefallen für die Verbürgung von Kranbaubürgschaften. Auf diese präjudizierende Wirkung ist nicht mit hinreichender Deutlichkeit in den entscheidenden Gremien hingewiesen worden.

So etwas muß auf jeden Fall unterbleiben. Diese Verzahnung von notleidenden Unternehmen, die verschieden öffentlich zu fördern sind oder denen differenziert öffentliche Hilfe zuteil werden kann, ist außerordentlich problematisch, und es muß hier eine ganz besonders gründliche Risikoabschätzung und ein entsprechender Vortrag erfolgen.

Wohl der entscheidendste Punkt des Bewertungsdissenses zwischen SPD und CDU ist nach wie vor die Frage der Bewertung der Kundenlager. Meine Damen und Herren, wir haben Ihnen schon von Anfang an, weil wir ja den staatlichen Verdrängungswettbewerb sahen in seiner Erfolglosigkeit, gesagt, es kann nicht angehen, daß derartig hohe Kranumsätze, daß ein derartig hoher Absatz wirklich erfolgt in der Größenordnung von 20 Millionen DM im Jahr. Es kann nicht stimmen! Die Kundenlager wurden aber bilanziert, und es waren Aktivposten.

- (C) Wir hatten eine tiefsitzende Skepsis. Wir haben diese Skepsis, die Kollegen werden sich erinnern, 1977 zunehmend deutlich gemacht — wir haben die Protokolle noch einmal nachgelesen —, erst recht, als wir feststellten, die Banken beleihen das Kundenlager nicht mehr trotz einer Kreditlinie, die nicht zurückgenommen war, als wir feststellten, daß in den Gutachten der Prüfungsgesellschaften immer wieder zum Ausdruck gebracht wurde, man habe sich in Sachen Kundenlager ausschließlich auf den Vortrag der Gesellschafter verlassen!

Nun sind wir in diesen Befürchtungen bestärkt worden durch die Feststellungen des Rechnungshofs. Der Rechnungshof hat drei Kriterien erarbeitet, die in unserem Sinne Veranlassung gegeben hätten, rechtzeitig abzubrechen, weil hier mit nicht richtigen Zahlen gearbeitet worden ist.

Ich darf das kurz zusammenfassen! Der Rechnungshof sagt, er gehe davon aus, daß die Verwaltung die Vermögens- und Ertragslage des Unternehmens bei der Firma hätte überprüfen oder überprüfen lassen müssen. Insbesondere habe die Verwaltung die Werthaltigkeit dieser Forderungen, die sich einige Zeit später als weitgehend wertlos darstellten, falsch eingeschätzt, obgleich zu Zweifeln Anlaß gebende Indizien vorhanden gewesen seien, denen die Verwaltung nicht nachgegangen sei.

Der Rechnungshof verweist unter anderem darauf, daß die Banken nicht bereit gewesen seien, die Forderungen zu beleihen. Ein wichtiges Indiz, darf ich einfügen! Zudem habe einem Bericht des Abschlußprüfers entnommen werden können, daß er das die Kundenforderung betreffende Zahlenwerk der Kranbaufirma übernommen habe, ohne es im einzelnen zu prüfen. Ferner habe er die Kundenlagerforderungen so detailliert beschrieben, daß Anlaß für erhebliche Zweifel an der Werthaltigkeit hätten aufkommen müssen. Darüber hinaus hätte der Widerspruch zwischen dem von der Kranbaufirma prognostizierten Umsatz für 1978 und dem Forderungsrückgang 1977 Anlaß zu Nachfragen geben müssen.

Meine Damen und Herren, diese Indizien für Aufklärungsnotwendigkeit sind unbeachtet geblieben, und nunmehr beruft sich der Senat auf Testate. Hier, Herr Kollege Stäcker, muß ohne Rücksicht auf parteipolitischen Schutz ein wesentliches Ergebnis der Arbeit des Rechnungsprüfungsausschusses mitgeteilt werden. Meine Damen und Herren, Testate, die den Widerspruch auf der Stirn tragen, sind keine hinreichende Entschuldigung. Solche Testate, wie wir sie hier gefunden haben in den Gutachten, sind vielmehr Anlaß zu konkreter und zu sorgfältiger Nachprüfung.

(Beifall bei der CDU)

(D) Das sage ich auch gerade Ihnen, Herr Senator Willms. Warum liegen wir in diesem Punkt so richtig? Wir haben nämlich den Beweis, daß wir mit unseren Befürchtungen insoweit recht hatten, und der Rechnungshof hat dies ja bestätigt.

(A) Der Beweis ist der folgende: Wir haben plötzlich, nachdem der Senat nicht mehr der Meinung war, den Verstaatlichungsbeschluß vom März 1979 vollziehen zu können, ein Kurzgutachten des Wirtschaftsprüfers, wonach gerade diese Punkte zu einer wirklich außerordentlich großen Wertberichtigung führten.

Der Jahresfehlbetrag — das ist das Gutachten vom Juni 1979, also nach der Verstaatlichungsentscheidung — erhöht sich gegenüber dem vorläufigen Jahresabschluß um 12 824 000 DM auf sage und schreibe 18 676 000 DM. Die Verlustverrechnungskonten der Kommanditisten betragen nunmehr 20,129 Millionen DM. Bei einem eingezahlten Kapital von 11 925 000 DM — ich füge ein, alles gepumpt! — errechnet sich somit eine buchmäßige Überschuldung von 8 204 000 DM.

Meine Damen und Herren, wenn es der Prüfungsgesellschaft möglich ist, und zwar ausdrücklich bei Begutachtung unter Fortführungsgesichtspunkten, bei Liquidationsgesichtspunkten wäre es noch viel schlimmer gewesen, unsere Bedenken in dieser Weise zur Wertberichtigung zum Anlaß zu nehmen, dann wäre es auch 1977 bereits möglich gewesen, als wir unsere Bedenken zum ersten Mal, gestützt auf die Meinung der Banken, vorgetragen haben. Hätten Sie damals ein solches Gutachten veranlaßt als Folge unserer Bedenken, dann wären viele, viele Millionen dem bremischen Steuerzahler erspart geblieben.

(Beifall bei der CDU)

(B) Die entscheidende Frage, die gestellt worden ist, Herr Kollege Stäcker, ist nicht beantwortet worden. Sie haben soeben gesagt, es seien viele Fragen gestellt worden. Ich antworte, es ist eine nicht beantwortet worden. Die entscheidende Frage ist die: Wie kommt plötzlich diese Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zu einer solchen Wertberichtigung, wie kommt sie dazu, wenn in der Tat die Testate beweisen, daß alles in Ordnung ist? Das ist ja die Entschuldigung der Herren des Senats bis zuletzt.

In dem Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses ist das versteckt. Ich muß Sie darauf hinweisen, sonst haben Sie das mit Sicherheit überlesen. Es ist auf der Seite sechs unter Ziffer 6. Da heißt es: „Die Verwaltung habe sich mit dem Wirtschaftsprüfer in Verbindung gesetzt, um die unterschiedlichen Bewertungen aufzuklären.“ Schluß! Unterschiedliche Bewertungen aufzuklären! Das Ergebnis dieses Inverbindungsetzens war dann, daß der Jahresfehlbetrag sich für 1978 um 12,824 Millionen DM erhöhte.

(Abg. Stäcker [SPD]: Lesen Sie bitte den nächsten Satz auch noch vor!)

Die dann gestellte Frage nach dem Grund blieb, Herr Kollege Stäcker, unbeantwortet! Bitte, das hat damit nichts mehr zu tun! Die dann gestellte Frage blieb unbeantwortet, und das ist ein Beweis für die Richtigkeit unserer Auffassung, bestätigt durch den Rechnungshof, daß, wäre man den Indizien 1977

nachgegangen — spätestens, vorher waren sie auch schon vorhanden —, wir einen hohen Millionenbetrag gespart hätten, und wir hätten nicht die Malaise in einer Größenordnung von 35 Millionen DM gehabt.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, abschließend noch zwei Punkte, die ein Schlaglicht werfen auf die Szene, nämlich die Abwicklung des Engagements! Es sind ja Regreßforderungen übriggeblieben.

Wie ist nun nach diesem seinem Fehlverhalten der Senat mit den Regreßforderungen umgegangen? Wie kann er sich erholen, welche Möglichkeiten hat er, nachdem er in Höhe von 35 Millionen DM angetreten ist als Bürge, wie kann er sich erholen mit seinen Sicherheiten? Was hat er mit Regressen gemacht?

Ich mute Ihnen jetzt ein Zitat aus diesem dankenswerten Bericht des Rechnungshofs zu. In dieser schwerwiegenden Frage will ich persönliche Erklärungen nicht abgeben, aber dieses Zitat spricht für sich. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten über die Abwicklung des Engagements.

„Zur Entscheidung, ob K und R in Konkurs gehen oder privat weitergeführt werden sollte, fehlten den Entscheidungsgremien die notwendigen, möglichst in Geld bewerteten Darstellungen der Vor- und Nachteile der einzelnen Alternativlösungen. Hierzu gehörten nicht nur die direkten Zahlungen, sondern auch die möglichen Rückeinnahmen und Steuerausfälle.“

Die auch den Schuldern vorzeitig bekanntgewordene Absicht eines Verzichts auf Regreßansprüche verschlechterte die Verhandlungsbasis der Verwaltungen derart, daß nach den Sanierungsverträgen vom Oktober 1979 kaum mit einem Rückfluß gerechnet werden kann. Die durch die vorhandenen Sicherheiten, insbesondere die Verpfändung der Gesellschaftsanteile und die Abtretung der Forderungen starke Stellung Bremens — starke Stellung Bremens, meine Damen und Herren! — „wurde in den Verhandlungen zu früh aufgegeben, so daß nur Besserungsscheine ausgehandelt wurden, deren Wert praktisch null ist.“

Ich unterbreche das Zitat. Meine Damen und Herren, warum wohl? Warum verhandelt der Senat nach dieser Fehlerkette aus vorangegangenem Tun so schlampig, daß sogar die Besserungsscheine nur noch einen Wert von null haben? Warum, frage ich, was ist der subjektive Hintergrund eines solchen Fehlverhaltens? Diese Frage ist nicht beantwortet worden, diese Hintergründe konnten nicht aufgeklärt werden. Damit wären die Kompetenzen und die Möglichkeiten eines Rechnungsprüfungsausschusses weit überschritten worden.

Ich fahre im Zitat fort: „Auch ist nicht dargestellt, aus welchem Grunde Bremen abweichend von den bisherigen Beschlüssen auf höhere Forderungen verzichtete, als zum Ausgleich der nachgewiesenen Ver-

(C)

(D)

(A) luste notwendig war, so daß eine Sanierungsrücklage von 3,1 Millionen DM gebildet werden konnte und wieder ein vollwertiges KG-Kapital von rund 11,9 Millionen DM bestand.“

Beim Antritt aus 35 Millionen DM ist das ja in der Tat außerordentlich bemerkenswert, daß da noch Aktiva wieder herauskommen. Ich schließe das Zitat wie folgt ab, wieder Rechnungshof:

„Den noch haftenden drei persönlichen Gesellschaftern“ — das waren ja die mit den Kundenlagern, den passiven Eigenlagern, die hinterher als Schrott wertberichtigt wurden —, „den noch haftenden drei persönlichen Gesellschaftern wurden die Regreßforderungen bis 31. Dezember 1981, ohne daß die notwendigen Ermittlungen über ihre Zahlungsfähigkeit vorgenommen wurden, gestundet. Die vorgelegten eidesstattlichen Versicherungen über die Vermögensgegenstände reichen nach Ansicht des Rechnungshofs hierzu nicht aus.“

Meine Damen und Herren, unsere Prüfungen haben ergeben, daß wir praktisch mit einem Regreß wirtschaftlich nicht mehr rechnen können. Wir können die gesamten 35 Millionen DM abschreiben, und das ist das Ergebnis einer Fehlerkette, die die SPD und der Senat voll zu verantworten haben.

(Beifall bei der CDU)

Noch eine bestürzende Information, die gebe ich in erster Linie an die SPD-Fraktion, mit der Frage, wie Sie das eigentlich bei Ihrer Basis vertreten wollen! Allerdings haben Sie es im Augenblick ganz gut, die Basis weiß das noch nicht, aber ich leiste einen bescheidenen Beitrag dazu, daß die Basis es erfährt.

(B) Es geht jetzt um die Abschreibungsgesellschaft. Das Unternehmen ist nämlich noch existent mit diesem sanierten Eigenkapital, es wäre ja wohl auch schade, sagt der eine oder der andere in Ihrem Sinne private Kapitalist. Was ist denn nun mit der Abschreibungsgesellschaft? Dazu sagt der Rechnungshof folgendes, ich zitiere erneut:

„Die neuen Kommanditisten verfügen nach Einzahlung von insgesamt 6,6 Millionen DM bei K und R über ein vollwertiges Eigenkapital, Kommanditkapital und Rücklagen von rund 21,6 Millionen DM. K und R“ — für 6,6 Millionen DM! —, „K und R kann demnach bis zur nächsten Überschuldung, falls vorher keine unbehebbar Zahlungsunfähigkeit eintritt, Verluste in Höhe dieses Eigenkapitals erwirtschaften, die den neuen Kommanditisten zugewiesen werden und bei ihnen Steuereinsparungen“ — ich füge ein, Steuereinsparungen sind auch öffentliche Mittel — „bis zu rund zwölf Millionen DM bewirken, sofern ihre zu versteuernden Einkommen entsprechend über 130 000 DM per anno liegen.“ Was Wotan weihen wolle! Ich meine, das kann man bei den Herren, die sich daran beteiligt haben, ja unterstellen!

Also, mit 6,6 Millionen DM kann man noch zwölf Millionen DM verdienen, weil ein saniertes Verlust-

kapital von 21,6 Millionen DM übernommen worden ist. Meine Damen und Herren, ein beschämendes Ergebnis dieser öffentlichen Bezuschussung eines Kranbauunternehmens unter der Flagge der Werfthilfe! (C)

(Beifall bei der CDU — Abg. K u n i c k [SPD]: Wenn ich das gesagt hätte, hätten Sie Klassenkampf geschrien!)

Daran müssen Sie denken!

Lassen Sie mich abschließend folgendes sagen: Wir haben uns immer für die Werfthilfe, für den Schiffbau eingesetzt, meine Damen und Herren, immer. Aber wir haben im Interesse des Schiffbaus, im Interesse dieser Werft auch und gerade dieses zusätzliche kranke Bein abgelehnt.

Sie haben daraus gemacht, wir wären gegen die Werftarbeitsplätze. Im Gegenteil, und die Erfahrung und diese Ergebnisse beweisen es, es war richtig im Interesse der Werftarbeitsplätze, diese Krankheit von der Werft fernzuhalten, und die Werft hat große Schwierigkeiten gehabt, und es hat vieler Steuermittel bedurft, damit sie diese von Ihnen verschuldete Krankheit ausschwitzen konnte. Wollen wir hoffen, daß die Werft trotz allem fortbesteht! — Ich darf mich bedanken!

(Beifall bei der CDU — Abg. W e d e - m e i e r [SPD]: Zyniker!)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Neujahr. (D)

Abg. Neujahr (FDP \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie werden anhand des vorliegenden Ergänzungsberichts erkennen, daß die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses bei der Durchsicht der Prüfungsmittelungen und bei den Entgegnungen des Senats sich in einer schwierigen Situation befanden. Die Situation ergab sich nicht nur aus dem komplizierten Charakter eines Diversifikationsversuchs, der letztlich scheiterte, sondern die Schwierigkeit ergab sich auch daraus, daß man verschiedene Perspektiven bei der Beurteilung dieses Prozesses betrachten muß. Ich möchte das in ganz wenigen Sätzen verdeutlichen.

Diejenigen, die in den Jahren von etwa 1975 bis 1979 über die Bürgschaften zu entscheiden hatten, mußten die wirtschaftliche Situation ihrer Gegenwart, die Wirtschaftsstruktur, die Werftensituation, die Auftragslage, die Arbeitsmarktsituation und weitere politische Verhältnisse berücksichtigen. Insofern waren sie also in einem ganz besonderen Maße darauf angewiesen, genaue Informationen und klare Problemdarstellungen zu erhalten. Diejenigen, die aus der Rückschau urteilten, hatten es da sicher einfacher.

Die Rückschau darf also nur soweit an Bedeutung gewinnen, wie sie Aufschluß gibt über das damals Mögliche und über das damals wirklich Versäumte. Von dieser Grundlage aus haben wir unsere Ent-

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) scheidungen getroffen, die Herr Stäcker schon in einigen Schwerpunkten geschildert hat und die ich in einigen weiteren Schwerpunkten erläutern möchte.

Der Rechnungshof bemängelt, daß in der Vorlage des Wirtschaftsprüfers veraltete Prognosezahlen — das ist von Herrn Klein schon angesprochen worden — für 1976 verwandt werden, obgleich Ist-Zahlen für das Jahr 1976 in der gleichen Vorlage genannt worden seien. Die Senatsvertreter betonen, daß wegen der geringen Abweichung keine ausdrückliche Hervorhebung in der Deputationsvorlage vorgenommen wurde.

Die unscharfe Information der Entscheidungsgremien beginnt also im wesentlichen mit der Vorlage vom 23. 2. 1977 für die Sitzung der Deputationen für Wirtschaft und Außenhandel, für Arbeit und Wiedergutmachung und für Finanzen. Hier sind Bedenken ausgesprochen, die konkrete Situation aber nicht besonders betont worden.

Entscheidend ist dabei eben nicht die geringe Abweichung, sondern viel entscheidender ist, daß den Entscheidungsgremien damit nicht letztlich klar werden konnte, daß auch in geringen Abweichungen Tendenzen sichtbar werden. Außerdem muß man betonen, daß bei dieser unklaren Problemdarstellung das Auge nicht genügend geschärft wurde für Risiken der Zukunft.

Eine weitere Folgerung bietet sich an: Wenn unscharfe Problemdarstellungen getroffen wurden, waren dann diejenigen, die die Probleme darstellen, nicht selbst über diese Sache im Unklaren? Haben sie sich also nicht ihr eigenes Auge selbst getrübt?

(B)

Die gleiche mangelhafte Information der Entscheidungsgremien liegt vor, wenn, wie unter Ziffer 1. b) des Berichtes deutlich wird, eine Überschuldung als formell beseitigt dargestellt wird, ohne daß die wirtschaftlichen Sachverhalte genügend hervorgehoben werden. Die damals Entscheidenden konnten also nicht von einer hohen Wahrscheinlichkeit ausgehen.

Das ist folglich in dieser Situation nicht möglich gewesen, und wenn die CDU hier zu einer anderen Entscheidung kommt, begeht sie meines Erachtens den eingangs erwähnten Fehler, die damalige Gegenwart nicht entsprechend zu berücksichtigen.

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Richtig!)

Außerdem ist der Begriff „hohe Wahrscheinlichkeit“ wohl verschieden interpretierbar.

(Abg. W e d e m e i e r [SPD]: Das ist richtig!)

Im März 1978 beantragte die Kranbaufirma eine Bürgschaft über einen Betriebsmittelkredit in Höhe von zehn Millionen DM, um auch unter anderem Forderungen der Werft begleichen zu können. Da die Prüfung des Antrags Zeit erforderte, die Werft aber andererseits auf den Eingang angewiesen war, beantragte diese überbrückungsweise eine Bürgschaft von sechs Millionen DM. Die Entscheidung

hierfür mußte folglich eine Vorentscheidung sein, entweder nämlich die Bürgschaft für die Werft später zu verlängern oder aber dem Bürgschaftsantrag für die Kranbaufirma zumindest über diese sechs Millionen DM stattzugeben.

(C)

Entgegen der Meinung der CDU ist die FDP der Auffassung, daß das Risiko eingegangen werden mußte, weil es den Konkurs der Werft zu verhindern galt, die damals im übrigen aussichtsreich über Aufträge verhandelte. Aus der damaligen Gegenwart heraus war die CDU, wenn mich die Unterlagen nicht täuschen, damals, glaube ich, der gleichen Auffassung, heute ist das anders.

(Abg. K u n i c k [SPD]: Heute ist sie schlauer! — Abg. K l e i n [CDU]: Stützen Sie Herrn Lahmann, uns brauchen Sie nicht zu stützen! — Abg. K u n i c k [SPD]: Am schwachen Punkt wird jetzt geschrien!)

Ich darf diese kleine Pause einschalten, damit diese Zwiegespräche auch in Ruhe geführt werden können. Ich kann, glaube ich, trotzdem die Zeit einhalten.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP erkennt aber im Gegensatz zur SPD, daß die genannte besondere Problematik eine Vorentscheidung beinhaltete, die in ihrer präjudizierenden Weise nicht dargestellt wurde. Wiederum folglich eine Unschärfe in den Vorlagen mit den schon genannten Konsequenzen!

(D)

Im März 1978 verbürgte Bremen ein Bankdarlehen an die Kranbaufirma. Die Bemerkung des Abschlußprüfers, daß das die Kundenforderungen betreffende Zahlenwerk der Kranbaufirma nicht im einzelnen geprüft worden sei, also auf Angaben der Kranbaufirma beruhte, ist von den Senatsvertretern, vom Senat nicht überprüft worden. Es hat also ein Zahlenwerk auf der Basis der Angaben der Firma vorgelegen und nicht im einzelnen überprüft, obwohl das vom Abschlußprüfer besonders betont worden ist.

Es bleibt also festzuhalten, daß auch hier eine Prüfungsmöglichkeit bestanden hätte, aber diese Prüfungsmöglichkeit nicht ergriffen wurde, eine Unterlassung, die wiederum zur Folge hatte, daß die Entscheidungsgremien über die wirkliche Situation nicht informiert worden sind. Alle folgenden Deputationsprotokolle sind mit gutem Grund voll von Fragen, Zweifeln und Unbehagen, im übrigen von Vertretern aller Fraktionen.

Die Unklarheit gipfelt eigentlich darin, daß in einer gemeinsamen Sitzung der Deputationen für Arbeit und Wiedergutmachung sowie für Wirtschaft von allen Vertretern dargestellt wurde, daß man letztlich jetzt müsse erkennen, daß alle Beratungen und alle Beschlüsse des Jahres 1978 auf falschen Angaben beruhten, und daß man folglich auch den Abschlüssen des folgenden Jahres nun mit großer Skepsis und mit großem Mißtrauen zu begegnen habe. Der mangelhafte Kenntnisstand der Mitglie-

(A) der der Entscheidungsgremien und die daraus resultierende schwache Entscheidungsbasis gipfelt eigentlich in diesen Feststellungen aller drei Fraktionen in der Sitzung am 22. 3. 1979.

Von diesem Augenblick an war also klar, daß falsche Informationen, fehlende Informationen, ganz gleich, ob sie bewußt oder unbewußt gegeben worden sind, die Entscheidungen wesentlich beeinflußt haben. Klar wurde aber auch, daß man Möglichkeiten zur rechtzeitigen Aufklärung nicht ergriffen hat. Angesichts dieser Tatsache erscheint nun der folgende Vorgang in einem besonderen Licht:

Mitte 1979 sagte der Senator für Finanzen die Zahlung von drei Millionen DM zu, ohne die Anteile an der Kranbaufirma zu übernehmen, entgegen einem vorherigen Senatsbeschluß. Die Senatsvertreter räumen ein laut Rechnungsprüfungsausschußbericht, daß diese Zusage ohne Einschaltung der zuständigen Gremien gegeben worden sei, und sie rechtfertigen dies mit verfahrenstechnischen Argumenten.

Es ist schon höchst fragwürdig, wenn man Entscheidungsgremien auf einer unvollständigen Basis vorher entscheiden läßt, nun aber über ihre Entscheidungen hinweggeht und selbst entscheidet bei der Kenntnis falscher Informationen und bei der Kenntnis eines Problems von besonderer Tragweite. Dieser Vorgang kennzeichnet nach meinem Dafürhalten im übrigen auch den Stil eines Umganges des Senats mit den Entscheidungsgremien.

(B)

(Beifall bei der FDP)

Fazit also: Nach Auffassung der FDP war es aufgrund der einseitigen Wirtschaftsstruktur und aufgrund der wirtschaftlichen Situation richtig, den Diversifikationsversuch zu unternehmen. Der Versuch erforderte aber für die Entscheidungsgremien und für die Entscheidungen überhaupt eindeutige, abgesicherte Informationen, scharfe Problemdarstellungen seitens des Senats, und genau diese Erfordernisse wurden nicht erfüllt.

Die Folge dieser Unterlassungen war, daß die Mitglieder der Entscheidungsgremien nicht in den Stand gesetzt wurden, von einer abgesicherten Grundlage aus zu entscheiden. Damit wurde zugleich das Auge für sich entwickelnde Risiken notwendigerweise getrübt. Zum anderen werfen diese Versäumnisse die Frage auf, ob der Senat nicht selbst sein Auge verdunkelt hat.

Das Versäumnis der nicht erfolgten Überprüfung kann nicht mit der Vermutung, wie es seitens des Senats geschehen ist, von Überforderungen beschönigt werden. Daß letztlich die ohnehin schon mangelhaft informierten Entscheidungsgremien bei schwerwiegenden Entscheidungen völlig übergangen wurden, mag man ironischerweise als eine dem ganzen Prozeß innewohnende Konsequenz bezeichnen. Die FDP folgt daher dem Rechnungshof, daß bei Vermeidung der dargestellten Versäumnisse ein früherer Abbruch des Engagements erfolgt wäre,

daß bremische Verluste hätten vermieden oder verringert werden können.

(C)

(Beifall bei der FDP)

Wenn die SPD sich diesen Erkenntnissen nicht beugt, dann gibt sie nach meinem Dafürhalten statt der Wahrheit ihrem Senat die Ehre.

(Beifall bei der FDP)

Zu dem Entschließungsantrag, der uns heute vorliegt! Herr Kollege Klein, ich habe das eben schon begründet, wir können dem Antrag in dieser Form nicht folgen, obwohl Sie wissen, daß wir in vielen Punkten doch durchaus die Sache gleich bewerten. Wir halten den Diversifikationsversuch für richtig aus der damaligen Lage heraus.

(Abg. Klein [CDU]: Wir verstehen Ihre Schwierigkeiten!)

Das sind keine Schwierigkeiten, Herr Klein, denn Sie selbst haben beispielsweise gesagt, daß die Verluste hätten verringert werden können, formulieren aber in Ihrem eigenen Antrag, daß die gesamten 35 Millionen DM verschleudert worden seien. Insofern liegt eben doch ein Bruch Ihrer Argumentation mit dem vorliegenden Antrag vor,

(Beifall bei FDP und SPD)

und das ist ein weiterer Grund, das werden Sie verstehen, Herr Klein, weshalb wir dem Antrag in dieser Form nicht zustimmen können.

(D)

(Abg. Klein [CDU]: Der staatliche Verdrängungswettbewerb war von Anfang an ein schwerer Fehler! Das müssen Sie als Privatwirtschaftler eigentlich wissen! —  
Abg. Stäcker [SPD]: Sie haben mitgestimmt!)

Im übrigen, meine Damen und Herren, begrüßen wir aus der Konsequenz heraus, daß etwas schiefgegangen ist, die vom Rechnungshof initiierten und dann mit dem Senat und der Verwaltung abgestimmten Bürgerschaftsrichtlinien, wie sie uns jetzt vorliegen.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, als nächster würde jetzt das Wort erhalten der Abgeordnete Adamietz. Wir haben jetzt kurz vor 13 Uhr. Ich schlage Ihnen vor, daß wir jetzt in die Mittagspause eintreten und um 14.30 Uhr dann mit der Worterteilung an den Abgeordneten Adamietz die Beratungen fortsetzen.

Ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag). Wir kommen wieder zusammen um 14.30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 12.56 Uhr)

\*

(A) **Präsident Dr. Klink** eröffnet die Sitzung wieder um 14.30 Uhr.

**Präsident Dr. Klink:** Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

An unserer heutigen Nachmittagssitzung nehmen unter anderen ein Berufsvorbereitungskurs der Arbeiterkammer Bremen und eine Gruppe der AWO-Altentagesstätte Farge als Zuhörer teil. Ich begrüße die Zuhörer in unserem Kreis.

(Beifall)

Wir befinden uns in der gemeinsamen Beratung der Tagesordnungspunkte vier, 16, 17 und 25 zur Bürgerschaftsübernahme.

Wir setzen die Aussprache fort.

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Adamietz.

Abg. **Adamietz (BGL) \***: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als ich groß wurde, und da ich noch sehr jung bin, ist es so lange gar nicht her,

(Abg. **Wedemeyer [SPD]**: Ist das schon vorbei?)

aber immerhin liegt das noch vor dem Eintritt der SPD in die große Koalition in den sechziger Jahren, um das einmal als Einstiegstag zu benennen, also, als ich groß wurde, gab es ein geflügeltes Wort, aufgegriffen, wenn nicht geprägt von einem prominenten Gegner der Sozialdemokraten, das lautete sinngemäß: Die Sozis können nicht mit Geld umgehen.

(B)

(Abg. **Kunick [SPD]**: Also, Ihr Vater hat es demnach nicht geprägt!)

Da ich in einer Familie groß geworden bin, die der Sozialdemokratie, um mich vorsichtig auszudrücken, sympathisch gegenüberstand, hatte ich eigentlich für diesen Satz nie das rechte Verständnis. Ich dachte immer, es ist doch eigentlich gemein, einen Satz so zu prägen, wenn die Sozialdemokraten eigentlich das Geld nur für andere Dinge ausgeben wollten als diejenigen, die ihnen diesen Vorwurf machten, denn die Sozialdemokraten wollten das Geld doch nicht für Unternehmerprofite ausgeben oder für Abschreibungsgesellschaften, auch nicht für Wiederbewaffnung oder gar Atombomben, auch nicht für Prestigeobjekte von einzelnen Repräsentanten oder Betonburgen oder ähnliches, und wenn schon für Autos, dann natürlich kleine Käfer von Volkswagen, wie der Name schon sagt, und nicht eben Mercedes, und schon gar nicht über Leihwagenfirmen und ähnliche dubiose Praktiken.

Heute ist das alles etwas anders, heute weiß ich, daß die SPD für die Unternehmerprofite nicht nur eintritt, sondern auch Geld ausgibt, öffentliches Geld des Steuerzahlers, der Bürger, die durch ihre Arbeit ihren Lebensunterhalt verdienen müssen und auch noch Steuern zahlen müssen.

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) Ich weiß, daß die SPD nicht nur eintritt für eine Wirtschaftsgesellschaft, in der Abschreibungsgesellschaften per Steuersystem hofiert werden, honoriert werden, sondern daß sich prominente Vertreter sogar an solchen Abschreibungsgesellschaften beteiligen, was ja im übrigen auch Voraussetzung ist, daß die erst einmal so viel verdienen, daß sie so hohe Steuerbelastungen hätten, daß sie daran noch verdienen können.

(Abg. **Klein [CDU]**: Sehr wahr!)

Ich weiß auch, daß die SPD für das Militär eintritt und für die Atomraketen, und ich weiß, daß sie auch, wie in Bremen bekannt ist, sehr viel Geld in Daimler-Benz hineinpumpt, und das ist ja auch sozusagen ihr spezieller Dienst- und Privatwagenlieferant.

Die Zeiten haben sich also gewandelt, und damit auch meine Beurteilung dieses Satzes. Heute weiß ich, die Sozis können tatsächlich nicht mit Geld umgehen.

(Beifall bei der BGL)

Es ist also sehr nützlich, ihnen möglichst wenig davon zu geben. Wenn, dann sollen sie ihr eigenes behalten, aber bitte nicht noch das anderer.

Bestärkt in dieser Erkenntnis bin ich durch die parlamentarische Erfahrung hier und gerade auch immer wieder durch die Prüfungsberichte, die Mitteilungen des Rechnungshofs und die Debatten dazu. Der Rechnungshof prüft immerhin hier eine sozialdemokratische Landesregierung, die jetzt seit nunmehr über zehn Jahren alleinregierend ist. Es wird also deutlich, wer tatsächlich für das Finanzgebaren des Landes Bremen allein die Verantwortung trägt, ohne auf irgendeinen Koalitionspartner noch verweisen zu können, der irgendwo eine Fehlentscheidung herbeigeführt habe durch irgendwelche Erpressungsmanöver, Bremsmanöver oder was weiß ich. Endlich sozusagen haben wir doch den Verantwortlichen allein, sollte man zumindest meinen.

(D)

Daß die SPD das immer anders sieht, hat Herr Stäcker hier schon angekündigt, und er hat das auch in den letzten Debatten schon deutlich gemacht, nämlich in den Debatten, in denen es um die Entlastung des Senats ging. Tatsächlich ist das hier ein Kapitel zum Finanzgebaren des Senats, zu der Frage, ob man diesem Senat für diesen Haushaltszeitraum Entlastung geben kann.

Jetzt endlich haben wir den konkreten Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses auf dem Tisch, wir sind in der Lage zu einer Beurteilung, und wir, das verhehle ich nicht, sondern sage es gleich am Anfang, kommen auch zu der Beurteilung, daß dem Senat hierfür die Entlastung nicht erteilt werden kann.

Da sieht man, was es bedeutet, wenn der Rechnungsprüfungsausschussvorsitzende und die SPD-Fraktion sozusagen schon vorab, schon vor Wochen dem Senat erklären, die Entlastung könne er bekommen, das alles, diese Kleinigkeiten hier, ändern nichts an ihrer Beurteilung.

(A) Worum es ging, haben die Redner der beiden anderen Oppositionsfraktionen schon deutlich gemacht. Ich will mich deswegen auch nicht in die Einzelheiten vertiefen, zumal ich sicherlich auch nicht so viele Informationen habe, ausnahmsweise auch keine geheimen Informationen, sondern ich will mich nur auf den Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses selbst hier stützen. Ich will einfach einmal in der Reihenfolge dieses Berichts vorgehen.

Bemerkenswert ist doch, wie sozusagen in jeder Zeile oder noch deutlicher zwischen den Zeilen auch der Rechnungsprüfungsausschuß nicht umhin kommt, dem Senat eine Rüge nach der anderen zu erteilen. Das geschieht in etwas vornehmer Weise, oftmals auch nur durch die Mehrheit der SPD-Fraktion in der Formulierung gestaltet, aber doch eigentlich nachdrücklich.

Ein Finanzsenator oder ein Senat insgesamt, der einen solchen Bericht vor sich hat, muß sich eigentlich schon ganz kräftig politisch geohrfeigt fühlen, zu Recht sicherlich, zum Beispiel wenn es hier heißt: „Der Rechnungsprüfungsausschuß ist der Auffassung, daß auf Risikofaktoren dieser Art besonders hingewiesen werden muß.“

(B) Der Hintergrund: Es geht ja um Bürgschaften. Bürgschaften ohne Risiko sind nicht denkbar, sonst wäre diese ganze Konstruktion nicht so nötig. Da soll natürlich auf Risikofaktoren hingewiesen werden. Nun hält der Ausschuß es für nötig zu formulieren: „Auf Risikofaktoren dieser Art muß besonders hingewiesen werden.“ Er hält es also für nötig, sozusagen das Selbstverständliche noch einmal auszusprechen. Man merkt, nicht einmal Selbstverständliches ist bei diesem Senat in seinem Finanzgebaren selbstverständlich.

Ein anderes Beispiel: Der Ausschuß sieht unter anderem einen Schwerpunkt, heißt es hier, in der Art der Darstellung wirtschaftlicher Sachverhalte. Ich weiß nicht, was damit gemeint ist. Sieht der Ausschuß einen Schwerpunkt in der Art dieser Darstellung, einen Schwerpunkt für seine Arbeit, einen Schwerpunkt für die Aufgaben des Senats? Was heißt in der Art der Darstellung? Was meint er damit? Das ist alles etwas dubios.

Aber aus dem Zusammenhang geht wohl hervor, die wirtschaftlichen Sachverhalte, die hinter solchen Rechtsfragen stehen, hinter solchen Konstruktionen wie Bürgschaften, Ausfall, Not, Kreditverträgen und so weiter, die wirtschaftlichen Sachverhalte werden verschleiert, werden nicht richtig dargestellt für diejenigen, die entscheiden sollen.

Hier wird also demjenigen, der politisch dann die Verantwortung trägt, nicht die Informationsgrundlage gegeben, um zutreffend eine richtige Entscheidung im Sinne der Bürger Bremens, des Steuer säckels letztlich zu treffen. Wenn es jemand nötig hat, solche Sachverhalte zu verschleiern, dann kann ich doch mit Fug und Recht behaupten, daß da irgendetwas nicht ganz kosher ist, wie man so sagt, und das kann auch der Rechnungsprüfungsausschuß nicht wegdiskutieren.

(C) Wenn ich die Schlußempfehlungen des Ausschusses dann nehme, in denen er sagt, welche Lehren aus diesem Abenteuer, diesem Versuch, er nennt sich Diversifikationsversuch, zu ziehen seien, dann wird erst recht deutlich, welche Selbstverständlichkeiten das sind. Ich will einmal ein paar zitieren.

Erster Spiegelstrich hier im Bericht: Es bedarf einer schriftlichen Festlegung der Kriterien, nach denen Bürgschaften vergeben werden können. Da kann ich nur sagen, hört, hört, daß das der Rechnungsprüfungsausschuß im Jahr 1982 feststellt!

Der Rechnungsprüfungsausschuß fährt fort: Falls mit hoher Wahrscheinlichkeit mit einer Inanspruchnahme der Bürgin, das ist immer die Freie Hansestadt Bremen, gerechnet werden muß, darf eine Bürgschaft auch als sogenannte Notbürgschaft nicht gewährt werden. Da kann ich nur sagen, das ist ja toll! Also, wenn ich sozusagen sowieso gleich weiß, daß ich als Bürge in Anspruch genommen werde, dann kann ich auch gleich zahlen! Der Bürgschaftsausschuß stellt fest, so solle es nun doch nicht sein mit den Bürgschaften. Mit anderen Worten, so ist es doch offenbar gewesen, es ist doch offenbar eine Notwendigkeit, so etwas noch zu formulieren.

Dann kommen noch ein paar Punkte: daß ein fortzuschreibendes Sanierungskonzept erarbeitet werden muß, daß ein Unternehmen wenigstens den Kapitaldienst für verbürgte Darlehen leisten soll, daß die Folgen von solchen ganz verschiedenen Alternativen dargestellt werden müssen, daß dem Land mehr Hilfen von Unternehmen untereinander bekanntgemacht werden müssen, daß die Unterlagen rechtzeitig vorher und nicht als Tischvorlage verteilt werden sollen.

(D) Man faßt sich eigentlich an den Kopf, was für ein Verfahren dort mit den Bürgschaften betrieben wurde. Das ist offenbar so, daß man da am Telefon oder mit einer Tischvorlage sozusagen von der Hand in den Mund einmal eben die 35 Millionen DM sozusagen herüberschiebt. Zumindest dieser Eindruck muß sich doch aufdrängen. Mit anderen Worten, hier ist sozusagen von ordentlichem Verwaltungshandeln keine Spur, und das ist es, was als Gesamteindruck entscheidend ist.

Wenn man die einzelnen Punkte in diesem Rechnungsprüfungsausschußbericht sich noch einmal betrachtet, verstärkt sich der Eindruck noch. Zum Beispiel heißt es hier: „Die Finanzverwaltung hat die Bürgschaften für die Eigenkapitalersatzdarlehen“ — das mag jeder selbst verstehen — „nur ‚mit Bedenken‘ befürwortet und insbesondere darauf hingewiesen, daß das Bürgschaftsrisiko nicht abschätzbar sei.“

Was heißt das denn im Klartext? Tatsächlich wurde doch die Bürgschaft gegeben, und zwar von der Verwaltung, nicht von irgendwelchen anderen Leuten, die mögen das zwar empfehlen, aber letztlich ist es doch der Senator. Das behält er sich in den Richtlinien auch ausdrücklich vor, daß er das macht. So steht es auch in der Landeshaushaltsordnung, daß er letztlich das entscheidende Wort hat.

(A) Was soll das denn heißen, wenn er sagt, er mache das nur mit Bedenken, er könne das Risiko nicht abschätzen? Da sagt er doch, ich mache die Augen zu, und auch wenn das alles nicht so ganz echt ist, nun einmal zu, zahlt ruhig, geht einmal mit dem Geld ruhig so um!

Das ist genau der Punkt. Diese Formulierung, er mache das nur mit Bedenken, soll doch nichts anderes sein als das eigene Freisprechen von der politischen Verantwortung, das Freisprechen von der Entscheidung selbst, denn hinterher kann man sagen, ich hatte immer gleich Bedenken, ihr dürft mich dafür nicht so schelten, ich habe das nur mit Bedenken gemacht, und ich habe gleich gesagt, ich kann das Risiko nicht abschätzen.

Seine Verantwortung ist es aber, Risiken abzuschätzen und zu entscheiden, und wenn er das nicht will, dann soll er gehen, das ist doch eine einfache, klare Sache, dann ist er da fehl am Platze!

(Beifall bei der BGL — Abg. Kunick [SPD]: Herr Adamietz ist bei seiner Lieblingsbetrachtung!)

Das ist nicht nur meine Lieblingsbetrachtung, sondern das ist auch meine Lieblingspflicht, Herr Kunick, weil ich natürlich sehe, solange so ein Gebaren da ist, bin ich auch voll beschäftigt! Das habe ich in anderen Zusammenhängen schon immer deutlich gemacht. Solange bremischer Filz existiert, wird auch jemand, der sich sozusagen auf dieser Grundlage ernährt wie wir Grünschnäbel, das sage ich ganz offen, natürlich dann auch eifrig darin herum-picken und auch eine gute Ernährungsgrundlage weiterhin haben.

(B)

(Abg. Kunick [SPD]: Aus vier macht drei, aus drei macht zwei, und so weiter!)

Ich will jetzt gar nicht auf Einzelheiten noch eingehen, daß da etwa diese sogenannten Kundenlagerforderungen nicht richtig überprüft wurden, die Bonität nicht, daß die vom Rechnungshof aufgezeigten Indizien nicht überprüft wurden hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit dieser ganzen Angelegenheit dort, daß man sozusagen eine Bürgschaft der Werft geben mußte, weil sie sonst auch in Konkurs gegangen wäre, wenn nämlich diese Forderungen an die Kranbaufirma, die die Werft hatte, nicht hätten finanziert werden können, daß man das tun mußte, weil man sonst bei dem Konkurs der Werft aus Schiffbaubürgschaften wieder in Anspruch genommen wäre — mit anderen Worten, eine Bürgschaft für die Kranbaufirma und eine Bürgschaft für die Werft, weil man sonst die andere Bürgschaft für die Werft hätte bezahlen müssen —, man also in einem Teufelskreis ist, zahlen muß man sowieso, wenn man das alles sieht, dann merkt man, was für ein schlichtweg undurchsichtiges Finanzgebaren hier vorliegt.

Der Gipfel des Ganzen ist dann das, was man die eigenmächtige Zahlungszusage des Senators für Finanzen im Jahr 1979 nennen muß. Selbst wenn man sagt, das Geld hätte in jedem Fall gezahlt werden

müssen — davon bin ich nicht so überzeugt —, selbst wenn man das sagt, bedeutet das denn nichts anderes, als daß diese Verwaltung sagt, die Sache ist politisch, inhaltlich oder sonstwie klar, das Geld zahle ich sowieso, aber das Verfahren halte ich nicht mehr ein, ich mache das ruhig eigenmächtig.

(C)

Das ist der Bankrott einer Finanzverwaltung, das ist der Bankrott eines Rechtsstaates, indem man nämlich sagt, das Ziel, der Zweck ist sowieso klar, darüber streiten wir nicht, gezahlt werden müssen die drei Millionen DM sowieso, dann mache ich das einmal eben, und alle Verfahrensregelungen, die auch dazu dienen, solche Entscheidungen einmal zu überprüfen und in Frage zu stellen, zu kontrollieren, wie der Rechnungshof auch schon beanstandet hat, daß da einmal 22 Millionen DM ohne belegbegründende Unterlagen verschoben wurden, alle diese Verfahrensregelungen werden einfach beiseite gewischt.

Das ist in der Tat der Bankrott eines Verfahrens als Sicherung gegen Fehlentscheidungen. Das ist die Erklärung, weil wir inhaltlich ja immer richtig liegen, können wir machen, was wir wollen.

Deswegen können wir auch überhaupt kein Verständnis für diese Handlungsweise aufbringen. Wir verstehen, daß das damals so geschehen ist, und zur Ehrenrettung des gegenwärtigen Finanzsenators, der ja auch nicht unser Freund ist, aber zur Ehrenrettung dieser Person muß ich nun doch sagen, daß er es nicht war. Diese konkrete Angelegenheit hat dieser Finanzsenator nicht zu verantworten.

(D)

Wenn ich mich recht entsinne, war es damals noch der gegenwärtige Sozialsenator, und der hat erklärt, er sei im Senat kein Eunuch, wobei ich immer dachte, die Betonung liege auf Eunuch. Mittlerweile weiß ich natürlich, in diesem Satz liegt die Betonung auf ich, ich bin im Senat kein Eunuch. Aber dieser Senator ist jemand, der damals eigenmächtig solche Finanzzusagen machen konnte, eben drei Millionen DM, und es ist derselbe Senator, dessen Finanzgebaren in seinem jetzigen Ressort durchaus auch der kritischen Überprüfung unterzogen werden muß und unterzogen wird.

Meine Damen und Herren, wenn man das insgesamt nimmt, kann ich nur als Fazit daraus ziehen, die notwendige Prüfung dieser ganzen Angelegenheit, die notwendige verwaltungsmäßige Handhabung, und ich spreche nicht für Bürokratie, aber ich spreche für korrekte Arbeitsweise, für Kontrollmöglichkeiten, für Überprüfungs-möglichkeiten, nicht zuletzt auch für den Rechnungshof und für das Parlament, alle diese Dinge sind hier einfach beiseite gewischt worden. Hier ist nicht das Gebaren einer ordentlichen Verwaltung oder, wenn man es auf den wirtschaftlichen Bereich überträgt, das Gebaren eines ordentlichen Kaufmanns an den Tag gelegt worden.

(Unruhe — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, ich bitte um mehr Aufmerksamkeit für den Redner!

(A) Abg. **Adamietz** (BGL): Insgesamt meinen wir, daß nicht durch den Versuch, Arbeitsplätze zu sichern, Firmen zu retten, sondern durch das konkrete Verwaltungsgebaren der politisch entscheidenden Stellen mit dem Finanzsenator und dem Gesamt-senat an der Spitze hier dem Land Bremen Schaden zugefügt worden ist.

Deswegen unterstützen wir auch insoweit den Antrag der CDU, und wir meinen, daß es dann auch richtig ist, den Gesamtschaden zu benennen und zu sagen, das ist eine Verschleuderung von Steuergeldern in Höhe von 35 Millionen DM gewesen, nicht nur des Betrags, der vielleicht sowieso verloren gewesen wäre.

Das Gesamtengagement ist durch eine solche Verfahrensweise sozusagen auch politisch diskreditiert worden, politisch so gehandhabt worden, daß ein Sinn in dem gesamten Verfahren nicht mehr gesehen werden kann. Deswegen sind auch die gesamten 35 Millionen DM für ein falsches Verfahren, für eine falsche Politik ausgegeben worden.

Meine Damen und Herren, als Lehre wurden uns dann hier die Bürgerschaftsrichtlinien vorgelegt. Wir hoffen, daß es mit Hilfe dieser Richtlinien für die Zukunft tatsächlich etwas besser wird. Ich will jetzt nicht zu den einzelnen der zahlreichen Punkte Stellung nehmen und Aussagen treffen, sie sind im wesentlichen glücklicherweise aus den Angaben entwickelt, die der Landesrechnungshof in seinem Bericht schon dargelegt hat. Ich möchte aber noch auf einen grundsätzlichen Punkt hinweisen.

(B) Der Landesrechnungshof sagt in seinem Bericht, risikolose Bürgschaften gibt es nicht. Das ist ein wichtiger Satz, um deutlich zu machen, daß man hier natürlich nicht sozusagen dem Senat nun das wirtschaftliche Risiko überbürdet und so tut, als ob Bürgschaften nie in Anspruch genommen werden dürften. Das ist völlig klar. Dieses Risiko besteht, und das ist der Sinn einer Bürgschaft, sonst brauchte man Bürgschaften nicht, sonst würden die Kreditgeber ihre Sicherheiten, die sie bekommen, als ausreichend ansehen.

Aber jetzt kommt der wichtige Satz, den der Rechnungshof anschließt, ich zitiere: „Wenn der Bürgschaftsgeber“ — Einfügung von mir: das ist die Freie Hansestadt Bremen, das ist die öffentliche Hand — „auch noch ein gesteigertes Interesse an der zu finanzierenden Maßnahme hat, sehen sich die Geldgeber“ — die Kreditgeber, die Banken, die diese Bürgschaften nun einmal vorfinanzieren — „leicht veranlaßt, ihre eigenen Risiken möglichst gering zu halten. Dadurch werden aber die Bürgschaftsrisiken insbesondere bei hundertprozentigen Ausfallbürgschaften besonders groß.“

Hier ist, meine ich, der Kernpunkt überhaupt für diese Wirtschaftspolitik zu sehen, die Politik, die bei der SPD-Landesregierung hier eben dazu geführt hat, daß man immer wieder diese Gelder hineinstopft, bei den Banken letztendlich den Eindruck längst erweckt hat, aus politischen Gründen würde man alle diese Unternehmen, wenn sie Fehler gemacht

haben oder wenn sie bankrott sind, unterstützen, so daß dann also das wirtschaftliche Risiko für die Kreditgeber, für die Banken, der sogenannte normale marktwirtschaftliche Prozeß, überhaupt nicht mehr normal besteht. Sie wissen sozusagen, daß sie immer an ihr Geld kommen, es ist nämlich dann der berühmte Vater Staat. (C)

Das Risiko für die Geldgeber, die Banken, wird möglichst gering gehalten, das Risiko wird auf die öffentliche Hand abgewälzt. Das ist das Ergebnis einer solchen Politik und auch solcher wirtschaftspolitischer Aussagen, wie wir sie hier immer von der SPD hören. Das mit zu überprüfen wäre auch ein positives Ergebnis einer solchen Debatte hier.

Im Endergebnis können wir nur feststellen, daß hier tatsächlich dem Senat, auch wenn die SPD-Mehrheitsfraktion das nicht förmlich beschließen wird, allein durch diese Vorgänge und diese Debatten eine, wie ich meine, sehr gravierende finanzwirtschaftliche, verwaltungsmäßige und politische Ohrfeige verabreicht worden ist. Ich meine, er sollte sich tatsächlich einmal an seine Nase fassen, ob das so weitergehen kann.

(Beifall bei der BGL)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Willers.

Abg. **Willers:** Meine Damen und Herren! Über die Inkompetenz des Senats bei der Beurteilung privatwirtschaftlicher und nicht nur privatwirtschaftlicher Vorgänge reden wir heute nicht das erste Mal. Es ist eine Katastrophe, auf welche Weise der Senat sich immer wieder linken läßt. Das auch vom Senat kritisierte privatwirtschaftliche Mißmanagement beim Vulkan, bei Schichau und so weiter wird ja ergänzt, geradezu manchmal erst möglich gemacht durch das politische Mißmanagement der SPD. Ich habe heute morgen versucht, einen anderen Fall im gleichen Umfeld bei Schichau deutlich zu machen. (D)

Als ich den Ergänzungsbericht des Rechnungsprüfungsausschusses, obwohl er wirklich in moderater Form und Sprache gehalten ist, gelesen habe, haben sich mir die Nackenhaare gesträubt.

(Abg. Anneliese **Leinemann** [SPD]: Sind denn da noch welche?)

Er macht noch einmal die Katastrophe dieses politischen Fehlverhaltens deutlich. Wenn es möglich wäre, die komplizierten Fakten dieses Berichts der Bevölkerung deutlich zu machen, ich glaube, meine Damen und Herren von der SPD, dann würden Sie Ihr blaues Wunder erleben. Mit diesem Bericht ist wieder einmal die Wahrheit und die Richtigkeit von Verhalten durch die SPD-Mehrheit festgestellt worden.

Herr Klein hat, wie ich finde, in detaillierter Weise und korrekt noch einmal geschildert, welche Fehler im einzelnen gemacht worden sind. Ich will das nicht wiederholen, um die Debatte nicht zu verlängern.

(A) Ich möchte aber die Oppositionsfraktionen fragen, insbesondere die CDU, ob sie es wirklich dabei belassen will, mit ihrem Antrag, den sie dazu vorgelegt hat, nicht mehr als ihr Bedauern über diese Vorgänge auszudrücken. Was muß eigentlich passieren, bevor aus solchen Dingen personelle Konsequenzen gezogen werden? Wie hoch muß eigentlich die Summe werden, die aus solchem Fehlverhalten resultiert, für die der Bürger aufzukommen hat, bevor irgend jemand seinen Hut nimmt?

Herr Klein hat an den Baulandskandal erinnert. Damals war wenigstens die politische Kultur in diesem Land noch so weit entwickelt, daß der Bau-senator danach den Hut nehmen mußte. Ist das heute undenkbar geworden?

(Abg. Neumann [CDU]: So viele Hüte gibt es gar nicht!)

Ich verstehe auch die FDP nicht. Herr Lahmann, Sie hätten hier die Chance gehabt, sich im Hinblick auf 1983 und danach als der bessere Finanzwalter dieses Landes zu profilieren.

(Abg. Lahmann [FDP]: Da kann man sehen, wohin Sie immer schauen!)

Ich kann Ihr Verhalten und Ihre laue Haltung in dieser Sache jetzt nur so werten,

(Abg. Lahmann [FDP]: Laue Haltung? Warten Sie die Debatte doch erst einmal ab!)

(B)

daß Sie es entweder schon aufgegeben haben, nach 1983 überhaupt noch Verantwortung tragen zu können, oder daß es zwischen Ihrer Fraktion und der SPD-Fraktion längst schon Absprachen gibt für die Zeit danach.

(Abg. Lahmann [FDP]: Warten Sie die Debatte doch erst einmal ab, Herr Kollege! Hören Sie zu!)

Ich möchte, weil ich der Meinung bin, daß es nicht bei diesem, wie ich meine, halbherzigen Antrag der CDU bleiben kann, dazu einen Ergänzungsantrag stellen. Er lautet wie folgt:

„Der Entschließungsantrag der CDU wird um folgenden Satz ergänzt: Das leider nicht einmalige Fehlverhalten und die Inkompetenz der politisch verantwortlichen Senatoren für Wirtschaft und Finanzen bei Bürgerschaftsvergaben hat nach Auffassung der Bürgerschaft personelle Konsequenzen zu haben“.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, meine Damen und Herren von der CDU, wenn Sie sich überlegen würden, ob Sie diesen Schritt nicht mitgehen könnten. — Danke!

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Klein.

Abg. Klein (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Erlauben Sie mir,

daß ich, bevor ich zu unserem Antrag kurz etwas sage, auf die Bemerkungen des Kollegen Neujahr eingehe! Herr Kollege Neujahr, ich habe in einem Zwischenruf zum Ausdruck gebracht, daß ich Verständnis hätte für die Schwierigkeit Ihrer Aufgabe. Ich möchte mir erlauben, kurz die Begründung für diesen Zwischenruf vorzutragen.

Ich halte das Verhalten der FDP-Fraktion in dieser Angelegenheit K und R — Mißbrauch der Werfthilfe für ein Kranbauunternehmen unter gleichzeitiger Gefährdung einer Werft — für eine der kapitalsten finanz- und wirtschaftspolitischen Fehlleistungen Ihrer Fraktion unter der Führung Ihres Vorsitzenden, Herrn Lahmann.

(Beifall bei der CDU — Abg. Neujahr [FDP]: Da gibt es ja Gott sei dank nicht nur Ihre Meinung!)

Mein Urteil ist nicht leichthin gesprochen, denn ich kenne, schätze und kritisiere Herrn Kollegen Lahmann aus einer jahrelangen intimen Kenntnis kollegialer Mitarbeit. Wir sehen uns fast jede Woche im Haushaltsausschuß.

(Abg. Lahmann [FDP]: Das letzte kann ich bestätigen!)

Ich weiß ganz genau, Herr Kollege Lahmann, daß Sie ganz persönlich dieses Werturteil als eine echte erzieherische Maßnahme ansehen,

(Heiterkeit bei der SPD)

(D)

aber ich verzichte darauf, das sozusagen für Ihre Fraktion in Anspruch zu nehmen.

(Abg. Lahmann [FDP]: Ich halte das für ein Auszeichnung, Herr Klein!)

Ja, eben! Wissen Sie, damals war Herr Lahmann in einer außerordentlich schwierigen Lage.

(Abg. Neumann [CDU]: Warum denn? — Abg. Jackisch [CDU]: Wieso nur damals?)

Wir haben sozial- und freiwirtschaftliche Prinzipien vollzogen bei der Formulierung unserer Kritik. Ich weiß ganz genau, daß diese Bedenken und Anregungen voll auf die innerliche Zustimmung des Kollegen Lahmann gestoßen sind, nur, der Kollege Lahmann hatte damals ein taktisch-machtpolitisches Bemühen zu vollziehen. Er mußte sich als Finanzsenator in einer SPD-Riege profilieren.

(Abg. Lahmann [FDP]: Hör mal zu, das war ich doch gar nicht!)

Ich rede ja von Ihren Absichten!

Das hat zur Folge gehabt, daß in diesem klassischen Fall

(Abg. Lahmann [FDP]: Kleinsche Märchenstunde! — Abg. Neujahr [FDP]: Klassischer Buhmann!)

(A) der Berechtigung oppositioneller Kritik Herr Lahmann bis zum Schluß mit der SPD gestimmt hat

(Abg. Neujahr [FDP]: Das ist nicht wahr!)

mit der Folge, daß Sie außerordentlich gehindert waren, sich jetzt dem Rechnungshof anzuschließen, Herr Kollege Neujahr, gar nicht der CDU-Fraktion, die hatte das ja vor dem Rechnungshof gesagt.

Sie haben Probleme, sich dem Rechnungshof anzuschließen, deswegen mußten Sie sozusagen an den Knöpfen abzählen. Sie hatten nicht nur die Aufgabe, das Weltkind in der Mitten zu sein, einmal der SPD etwas mitzugeben, einmal der CDU, sondern Sie mußten auch in den wesentlichen Fragen immer im Hinterkopf behalten, daß Ihr Vorsitzender bis zum Schluß mit der SPD gestimmt hat und mitverantwortlich geworden ist für die Verschleuderung dieser 35 Millionen DM.

(Beifall bei der CDU)

Dieser taktische Sündenfall, Herr Kollege Lahmann,

(Heiterkeit — Abg. Kunick [SPD]: Das ist ein Widerspruch in sich!)

sollte Ihnen zu denken geben, denn in der Tat, Herr Lahmann, es einen uns ordnungspolitische, finanz- und wirtschaftspolitische Grundsätze, die sollten Sie nicht aus Gründen der Tagesaktualität jahrelang mißachten. Das ist meine feste Überzeugung!

(B)

(Beifall bei der CDU — Abg. Lahmann [FDP]: Das tue ich nicht, Herr Kollege!)

Deswegen habe ich volles Verständnis, wenn Sie sich unserem Mißbilligungsantrag nach Vorlage des Jahresberichts des Rechnungshofs nicht anschließen konnten und wenn Sie sich unserem heutigen Tadelsantrag auch nicht anschließen können, aber Sie stehen mit diesen Abweichungen von unseren ordnungspolitischen Grundsätzen nicht in der Tradition Ihrer eigenen Partei.

(Unruhe — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Einen Augenblick, meine Damen und Herren! Ich bitte, doch dem Abgeordneten Klein etwas mehr Aufmerksamkeit zu schenken!

(Abg. v. Schönfeldt [FDP]: Er provoziert uns zu diesen Zwiegesprächen!)

Abg. Klein (CDU): Herr Präsident, ich habe nicht den Eindruck, bitte, es ist ein subjektiver Eindruck, daß mir keine Aufmerksamkeit geschenkt wird, sondern ich habe eher den Eindruck, daß meine Ausführungen so interessant sind, daß sie zum Teil Widerspruch hervorrufen.

(Beifall bei der CDU)

Auf der anderen Seite habe ich Verständnis für einen solchen Versuch des Herrn Präsidenten, die Debatte in irgendeiner Weise zu stimulieren. (C)

(Abg. Lahmann [FDP]: Vorsichtig!)

Bitte, das war eine positive Bemerkung!

(Abg. Lahmann [FDP]: Das haben Sie mit Mühe hibekommen!)

Meine Damen und Herren, wir haben damals im November des vergangenen Jahres, gestützt auf den Bericht des Rechnungshofs, einen Mißbilligungsantrag eingebracht. Ich darf ihn kurz in Ihre Erinnerung zurückrufen. Er lautete:

„Die Bürgerschaft mißbilligt, daß der Senat in den Jahren 1974 bis 1979 ein privatwirtschaftliches Vorhaben gefördert hat, und zwar vor allem durch Übernahme von Bürgschaften, das wegen des nach Ansicht des Rechnungshofs erkennbaren hohen Risikos der Inanspruchnahme überwiegend nicht mit Bürgschaften hätte gefördert werden dürfen. Durch dieses Verhalten des Senats sind 35 Millionen DM Steuergelder verlorengegangen.“ Vollinhaltlich gestützt auf das damalige Votum des Rechnungshofs!

Wir haben dann durch den heutigen Antrag der CDU-Fraktion, der Anlaß dieser Debatte ist — wir befürworten die Bürgschaftsrichtlinien des Rechnungshofs als Konsequenz aus der Angelegenheit Kuhlmann und Rust —, die Sonderprüfung des Rechnungsprüfungsausschusses politisch faktisch veranlaßt, mit Schwierigkeiten! (D)

Herr Kollege Stäcker hat mit Recht darauf hingewiesen, daß der Senat zunächst überhaupt nicht daran dachte, uns die umfangreiche Sonderprüfung des Rechnungshofs einschließlich seiner Gegenvorstellungen zur Kenntnis zu geben. Es hat mehrerer Schreiben des Rechnungsprüfungsausschusses bedurft, und ich darf hier meinen Respekt bekunden vor Herrn Stäcker, der eine einmütige Meinung des Rechnungsprüfungsausschusses herbeigeführt hat, daß ein solches Verhalten des Senats die Prerogative des Parlaments zentral verletzt. Insofern hat sich der Rechnungsprüfungsausschuß auch für das Haus verdient gemacht. Er hat die Kontrollbefugnis des Hauses in einer wesentlichen Konfliktsituation mit dem Senat durchgesetzt.

Die Überreichung der Unterlagen und die sich daran anschließende dialogische Untersuchung — immer in Gegenwart der Vertreter des Rechnungshofs sowie der Vertreter der Wirtschafts- und der Finanzverwaltung — hat nun aus der Sicht der CDU-Fraktion ergeben, daß unsere damalige Mißbilligung vollinhaltlich bestätigt worden ist, denn, meine Damen und Herren, stützte sich unsere Mißbilligung damals schon auf die Kritik des Rechnungshofs, hat die Untersuchung nun ergeben, daß der Rechnungshof voll bestätigt wurde durch den Dialog mit der Wirtschafts- und Finanzverwaltung.

Deswegen haben wir Veranlassung genommen, diesen Tadelsantrag einzubringen. Wir sind der Auffassung, daß nach ordentlicher Sachaufklärung

(A) dieser Tadelsantrag begründet ist und seine Annahme einen Beitrag dazu darstellt, daß in der Zukunft Wiederholungen vermieden werden im Interesse der ohnehin notleidenden bremischen Finanzen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend noch ein persönliches Wort sagen! Während der vielen Jahre der Behandlung dieses Komplexes habe ich verschiedentlich mit Genugtuung vermerkt, daß die Kollegen Wedemeier, Dr. Scherf und Kunick mit mir gemeinsam empört waren über das Verhalten, das uns zugemutet wurde. Sie haben zum Beispiel die Sache mit dem Kundenlager, Herr Kollege Kunick, härter kritisiert als ich. Das ist jetzt keine Indiskretion, in dieser Stunde darf man das sagen.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Eigentlich darf man nur alles in der Stunde des Abschieds sagen!)

Sie haben von Täuschung gesprochen, von Manipulation. Herr Dr. Scherf hat nach dem Staatsanwalt gerufen, und Herr Wedemeier war bereits zu einem Zeitpunkt für den Abbruch letztlich im März 1979, als wir den Abbruch so schlüssig begründeten, daß die Finanzverwaltung selbst ihre Zweifel durchsetzte und es nicht hinterher zum Vollzug der Verstaatlichungsentscheidung gekommen ist, sondern eben zu dem neuen Gutachten mit dem großen zusätzlichen Fehlbetrag in Bestätigung unserer Bedenken.

(B) Meine Herren, ich habe das nicht scherzhaft gemeint, heute morgen nicht und auch jetzt nicht, als ich von Ihrem Purismus sprach. Ich habe das nicht als Spitze verstanden, als eine billige Ironie oder Satire, sondern ich bin der Auffassung, man muß sich in einer so schwierigen Zeit, wenn es um das Allgemeinwohl geht, um die Linderung einer finanzpolitischen Krise, Bundesgenossen dort suchen, wo man sie findet, auch in der SPD, gerade dann, wenn sie an der Macht sind.

Wenn ich auf diese puristische Motivation gestoßen bin bei Ihnen, die mich mit Genugtuung erfüllt hat, dann frage ich mich heute mit Bestürzung, wo diese Motivation denn geblieben ist. Wie haben Sie es zulassen können, daß hier nicht der Verdacht der Täuschung, des Betrugs verfolgt worden ist, im Interesse der Vermeidung von Wiederholungen? Wie haben Sie es zulassen können, meine Herren Kollegen, daß hier sozusagen noch de facto Belohnungen eines solchen schädigenden Verhaltens vollzogen wurden?

Ich appelliere am Schluß dieser Beratung an den Purismus, den ich ansatzweise bei Ihnen erkannt habe, miterlebt habe, wir arbeiten ja schon seit Jahren zusammen, ich appelliere an diesen Purismus, vollziehen Sie ihn, damit wenigstens die Täuscher nicht noch unter Ihrem politischen System zu Lasten des Steuerzahlers belohnt werden! — Ich darf mich bedanken!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Kunick. (C)

Der Abgeordnete Kunick macht von seinem Recht Gebrauch, seine Redezeit bis zu 30 Minuten zu verlängern.

Abg. Kunick (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Vorgang, über den in dieser Bürgerschaft hier heute abschließend beraten wird, stellt sich in dem „Strukturprogramm Norddeutschland, Gesamtkonzept der Länder Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein“, herausgegeben von der Konferenz der Wirtschaftsminister, Verkehrsminister und -senatoren der norddeutschen Küstenländer und Berlins, also auch unter Beteiligung von Frau Breuel und ihres CDU-Kollegen, des schleswig-holsteinischen Wirtschaftsminister, abstrakt wie folgt dar:

„Umstellung auf schiffbaufertige Produkte“ schrieb man da im Mai 1980 als Forderung an den Bund. Ich darf zitieren:

„In den letzten Jahren wurde bereits bei den Werften in verstärktem Umfange diversifiziert. Bei der Planung von Diversifikationen müssen die individuellen Unternehmenssituationen berücksichtigt werden. Nicht jedes Unternehmen verfügt über die entsprechenden finanziellen und technischen Mittel, um eine wesentliche Diversifikation vorzunehmen. Im übrigen muß davon ausgegangen werden, daß solche Diversifikationen einen erheblichen Anlaufzeitraum erfordern.“

Dies haben unsere Wirtschaftsminister aus den Küstenländern gemeinsam in einen solchen Forderungskatalog an den Bund hineingebracht, nicht weil sie glaubten, dies könne auf privatwirtschaftliches Risiko von den Werften geleistet werden, sondern weil sie wußten, daß in den Ländern Diversifikation bei den Werften zum Teil lief, auf alleiniges Risiko der Länder, und weil sie der Meinung waren, dies bedürfe von der Höhe des Risikos und den aufzubringenden Kosten her der Bundesförderung. Darüber ist hier zu reden. Der Fall SUAG/Kuhlmann und Rust ist ein Teilproblem daraus. (D)

(Vizepräsident Ehlers übernimmt den Vorsitz.)

Ich will gleich am Anfang dieser Rede sagen, daß es nicht meine Aufgabe ist oder ich mir dies jedenfalls nicht zur Aufgabe mache, jede Feinheit der im Rechnungsprüfungsausschuß vollzogenen Beratungen und nachvollzogenen Beratungen der letzten Jahre jetzt hier im Parlament zu replizieren, daß es vielmehr darauf ankommt, die politischen Schwerpunkte des hier vorliegenden Rechnungsprüfungsausschußberichts zu erörtern.

Diversifikation als politische Forderung stand am Anfang, als politische Forderung an die Werften, überhaupt etwas zu ihrem Überleben beizutragen. Daraus folgte die Rückforderung der Werftunternehmen, staatlicherseits dazu die nötigen Hilfen zu geben.

(A) Herr Kollege Klein hat nun am Anfang seiner Rede gesagt, das sei einer der entscheidenden Fehler gewesen, daß nämlich hier gegen starke Wettbewerber am Markt ein staatlicher Verdrängungswettbewerb organisiert worden sei mit dieser Kranproduktion bei Kuhlmann und Rust.

Meine Damen und Herren, da gilt es doch wohl, einmal die Frage zu stellen, wo denn überhaupt die Produktion ist, die sich für Werften anbietet und die in einen Markt hineinstößt, wo niemand ist, wo man niemandem Konkurrenz machen muß, wo man ein schon im Verborgenen schlummerndes Produkt nur kreieren und auf den Markt bringen muß. So etwas gibt es doch gar nicht!

(Beifall bei SPD und FDP — Abg. Neujahr [FDP]: Ist Herr Klein hinausgelaufen? — Abg. Neumann [CDU]: Nein, er sitzt in der Kabine und hört zu!)

Die Forderung nach Förderung nach Diversifikation war doch eine Forderung, die Werften in die Märkte hineinzubringen, in denen natürlich auch schon andere produzieren. Sie war im übrigen auch dadurch schwieriger, daß natürlich auf Werften vieles auch ganz bestimmt nicht geht. Ich nenne als Beispiel für werftenferne Tätigkeiten nur einmal Feinmechanik oder Chemie. Es muß schon etwas sein, was da diversifizierend produziert wird, was man in die Hand nehmen kann mit der entsprechenden Kraft, was werftnahe Produktion ist.

(B) Es gibt kein Produkt, mit dem nicht andere im Markt konkurrierend bedrängt werden, wenn eine Werft anfängt, etwas anderes als Schiffe zu produzieren, und wenn jemand nun begeistert hier schreien sollte „Panzerwannen“, dann kann ich nur feststellen, daß die auch Krauss-Maffei und andere produzieren und auch da Werften — wir wollen solche Produktionen ja nicht haben —, in Hamburg ist so etwas gemacht worden, sich im Wettbewerb natürlich mit anderen beim Staat herum-schlagen mußten.

Punkt eins also, jede Staatshilfe zur Diversifikation, und über Staatshilfen reden wir hier, ist der Versuch einer Hilfe zur Konkurrenzfähigkeit gewesen, und etwas, was überhaupt noch kein anderer produziert, ist dort wohl kaum zu erwarten gewesen.

Nebenbei bemerkt, zu der schönen Legende von Herrn Klein, was das eigene Abstimmungsverhalten angeht! Er hat es wohlweislich hier nicht wörtlich akzentuiert, sondern nur durch die an ihm zu rühmende Wortstärke einen bestimmten Eindruck zu suggerieren versucht. Wir wollen hier einmal feststellen, in Sachen Kuhlmann und Rust/SUAG hat die CDU-Fraktion sich in den Deputationen keineswegs durch ein konsequentes Nein ausgezeichnet, tiefbegründet, sondern durch eine konsequente Enthaltenei.

(Beifall bei der SPD — Abg. Lahmann [FDP]: Das ist es!)

(C) Ganz am Schluß dann ist Herr Klein zu dem Nein aufgelaufen, das er nun in der Rückschau zur ständigen Haltung des Tiefschblickenden hochgezogen hat, meine Damen und Herren. So war das nicht! Herr Kollege Neumann, auf niederdeutsch, das war mehr die Ex-post-Analyse, die er hier vortragen hat, als daß das nun eine sorgfältige Chronik eigenen Handelns gewesen wäre.

(Beifall bei der SPD — Abg. Adamietz [BGL]: Das bestätigt, daß Sie alle drei Fehler gemacht haben! — Abg. Wedemeier [SPD]: Wenn wir Sie gehabt hätten, wäre alles richtiggelaufen!)

Zum zweiten Punkt, meine Damen und Herren! Herr Klein hat uns hier heute mitgeteilt, daß er einen der schwerwiegenden Fehler darin sieht, daß privates Risikokapital dadurch nicht mehr risikoreich gehalten worden sei, daß es im Rahmen dieses Diversifikationsversuches vom Land Bremen verbürgt worden sei.

Wir nehmen diesen Punkt sehr ernst, obgleich man natürlich damals sagen konnte, eben dies ist bei der Werft die Förderung, die hier nötig war, um das überhaupt beginnen zu können, sonst kämen sie nicht in Gang. Wir sind der Meinung, und man muß diesen Werftenbereich insgesamt sehen, daß das Heraustrennen allein des Teils Kuhlmann und Rust bei Abdunkelung des Restes überhaupt nicht hilfreich ist. In der Tat ergeben sich da gewisse Berührungspunkte.

(D) Übrigens hat zum Aufbau einer neuen Werft in Bremerhaven die CDU heute wieder eine buchstabenreiche Zeitungsanzeige in Bremerhaven gemacht, als sei das eine Angelegenheit nur des Staates, nur der Fraktionen dieser Bürgerschaft, als sei dies ein voll politisierbarer Vorgang, bei dem es auf Kapital nicht ankäme.

(Abg. Neujahr [FDP]: Hat bestimmt 700 DM gekostet!)

Wir erklären hier anlässlich dieser Debatte über Kuhlmann und Rust ausdrücklich, für uns kommt ein mitordnendes Engagement in solchen Angelegenheiten nach diesen Erfahrungen nur in Frage, wenn sich risikobereites haftendes Privatkapital findet. Herr Klein, da können Sie so viele Zeitungsanzeigen machen wie Sie wollen, wenn die Kapitalseite nicht bereit ist, für eine solche Werft etwas aufzubringen, dann ist vom Land Bremen nicht zu erwarten, daß wir hier behaupten, wir wissen es alles besser, wie man Schiffe baut und Schiffe kalkuliert und Schiffe verkauft.

(Abg. Wilhelms [CDU]: Wer ist denn der größte Kreditgeber?)

Sie jedenfalls nicht Herr Wilhelms, sonst wären die schon längst pleite!

Wir erklären, daß in diesen Werftangelegenheiten nur, wenn privates Kapital maßgeblich mit der Bereitschaft zu dauerhaftem Engagement dabei mit-

(A) macht, Umstrukturierungshilfen in größerem Ausmaß möglich sind, weil der Staat nicht dauerhaft in diesen Dingen bleiben kann, weil wir auch nicht den falschen Eindruck erzeugen wollen, als erreichten wir es, defizitäre Produktionen, die sich am Weltmarkt nicht absetzen lassen, nur weil wir die Eigentümer sind, dauerhaft zu subventionieren und damit die Arbeitsplätze zu sichern.

Herr Klein, Sie haben eine Frage! Bitte sehr!

**Vizepräsident Ehlers:** Bitte, Herr Klein!

Abg. **Klein** (CDU): Herr Kollege, habe ich richtig verstanden, was Sie gerade gesagt haben, daß Sie es beauern, daß demnach ein Eigenkapitalersatzdarlehen in Höhe von zehn Millionen DM, fast das gesamte Stammkapital von K und R, öffentlich von Bremen verbürgt worden ist und damit das private Kapitalrisiko erheblich minimiert wurde?

Abg. **Kunick** (SPD): Herr Klein, Sie können im Protokoll meine Rede noch einmal nachlesen und Ihre Frage damit vergleichen, dann werden Sie feststellen, daß Sie völlig daneben gefragt haben.

(Abg. **Neumann** [CDU]: Sie können ja daneben antworten!)

**Vizepräsident Ehlers:** Sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. **Kunick** (SPD): Ja, bitte!

(B) **Vizepräsident Ehlers:** Bitte, Herr Klein!

Abg. **Klein** (CDU): Herr Kollege, um Mißverständnisse auszuräumen, möchte ich folgende Zusatzfrage stellen: Wenn Sie das private Kapitalrisiko in dieser Weise unterstreichen, wie Sie es gerade getan haben, müssen Sie doch bedauern, daß Sie in Sachen Kuhlmann und Rust politisch das private Kapitalrisiko durch öffentliche Verbürgung beseitigt haben!

(Abg. **Wedemeier** [SPD]: Um umzustellen!)

Abg. **Kunick** (SPD): Herr Kollege Klein, erstens haben Sie zu betrachten die Werft Schiffbau Unterweser im wirtschaftlichen Zusammenhang mit Kuhlmann und Rust. Insofern war selbst diese Eigenkapitalverbürgung nicht die totale staatliche Absicherung des Gesamtunternehmens.

Zweitens können Sie keine Betrachtung im nachhinein machen, sondern die Frage muß doch lauten, hätten Sie, Kunick, nicht damals anders handeln müssen. Da sage ich Ihnen, damals nein, denn damals stand Diversifikation an, und die Erfahrungen, die man macht, kann man hinterher feststellen, aber auch noch so pharisäerhaft zu sein und so zu tun, als ob man das am Anfang hätte wissen müssen, ist zumindest sehr dogmatisch. Die Bundesregierung wie auch die Regierungen der Länder, die auf Diversifikation gesetzt haben, haben jedenfalls in jenen Jahren erklärt, dies seien för-

derungswürdige Vorgänge, weil die Werften in ein anderes Geschäft hinein müßten. (C)

(Beifall bei der SPD)

Herr Klein, damit haben wir nun schlechte Erfahrungen gemacht, das sagen wir heute. Im Hinblick auf das viel größere Risiko der Gesamtwerten im Land Bremen habe ich versucht, hier sehr deutlich einen Nagel einzuschlagen, daß es nicht geht, daß wir keinem auf einer größeren oder kleineren Werft erklären können, nur weil wir ein paar oder ein Paket Aktien von denen haben, könnten sie getrost nach Hause gehen, hier brauche sich überhaupt nichts zu ändern, hier könne alles weitergehen wie in den letzten Jahren, und wenn rote Zahlen geschrieben würden, würden eben rote Zahlen geschrieben, dafür hätten wir einen Finanzsenator, und der gleiche alles aus. Eben dies geht nicht, sondern die Unternehmen werden nur dauerhaft existieren, wenn sie schwarze Zahlen schreiben.

(Beifall bei der SPD)

Dazu wollen wir alles tun, und dazu brauchen wir privates Kapitalengagement. Das habe ich aus dieser Angelegenheit zu entwickeln versucht.

(Abg. **Wedemeier** [SPD]: Herr Wilhelms, das ist Ihre Chance! — Abg. **Wilhelms** [CDU]: Ich sehe da keine!)

(D)

Dritter Punkt: Alle Engagements bei Kuhlmann und Rust haben wir getroffen in dem Bewußtsein, daß 1200 Mitarbeiter bei der Werft von Arbeitslosigkeit bedroht waren. Die hier viel zitierte sogenannte hohe Wahrscheinlichkeit des Ausfalls der Bürgerschaft ist im Zusammenhang mit den damaligen Entscheidungen weitaus weniger konkret gewesen als die hohe Wahrscheinlichkeit drohender Arbeitslosigkeit für 1200 Arbeitnehmer auf dieser Werft, ohne eine Alternative auf dem Arbeitsmarkt. Das möchte ich heute noch einmal ganz deutlich feststellen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Klein, da ist nicht, wie Sie gesagt haben, Werfthilfe mißbraucht worden. Ich habe aus dem Programm deshalb zitiert, um Ihnen noch einmal vor Augen zu führen, daß hier ein politischer Wille bereits vorhanden war, in diese Richtung für Werften etwas zu tun. Hier ist vielmehr Hilfe zur Sicherung von Werftarbeitsplätzen, leider ohne dauerhaften Erfolg, geleistet worden.

(Zuruf des Abg. **Wilhelms** [CDU] — Abg. **Ingeborg Förster** [CDU]: Weder dauerhaft noch überhaupt!)

Frau Förster, jedenfalls haben Sie sich von 1974 bis Anfang 1979, ich habe das noch einmal nachgesehen,

(A) durch Entscheidungen in der ganzen Angelegenheit überhaupt nicht richtig zu erkennen gegeben.

(Abg. Klein [CDU]: Das stimmt nicht! Ich zitiere Ihnen das alles von 1976 und 1977! — Unruhe bei SPD und CDU — Glocke)

**Vizepräsident Ehlers:** Das Wort hat der Abgeordnete Kunick!

Abg. **Kunick** (SPD): Da Sie uns aus den Deputationen zitiert haben, Herr Klein, kann ich nur sagen, ich erinnere mich bei Ihnen auch an manche feurige Rede, die durch eine Enthaltung gekrönt wurde!

(Abg. Klein [CDU]: Aber die Argumente, die dazu geführt haben!)

Ein zentraler Punkt, meine Damen und Herren, der Debatten im Rechnungsprüfungsausschuß, die auch hier wert sind, wiederholt zu werden, war die Frage, ob der Senat die sogenannten Kundenlagerforderungen hätte selbst prüfen müssen. Die CDU ist im nachhinein zu der Auffassung gelangt — Herr Neumann versteht davon auch nichts, insofern kann er weiterreden —,

(Heiterkeit bei der SPD)

die CDU ist zu der Auffassung gelangt, daß die Wertberichtigungen, die der Wirtschaftsprüfer im Jahr 1978 vorgenommen hat, zum 31. Dezember 1976 schon hätten vorgenommen sein müssen, und leitet daraus ab, daß die ganze Bilanz von 1976 insofern so zweifelhaft gewesen sei, daß die Wirtschaftsverwaltung und die Finanzverwaltung schon 1976 diesem Jahresabschluß nicht hätten vertrauen dürfen, sondern eigenhändig Kräne zählen, Kundenkarten wälzen, Kundenverträge ansehen müssen, und daß sie das alles sachverständiger getan hätten als ein staatlich vereidigter Wirtschaftsprüfer. Meine Damen und Herren, das mir ein wenig auf der Zunge zergehen zu lassen können Sie mich hier nicht bremsen.

Herr Kollege Klein, wenn Sie sich das anschauen, sind am 31. 12. 1976 Kräne im Wert von 15 Millionen DM nach dem Ausweis des vereidigten Wirtschaftsprüfers verkauft und liegen zur Sicherung — es wird positiv erwähnt, das sei eine besondere Sicherheit für das Unternehmen — auf sogenannten Kundenlagern. Sie sind weiter zur Sicherung von Krediten — hier sehe ich einen gewissen Widerspruch zu dem, was der Rechnungshof gesagt hat, aber im Wirtschaftsprüfungsbericht steht es so — an die Bank abgetreten. Das heißt mit anderen Worten auch, diese hat die Sicherheit als gut genug angenommen.

Dies ist alles dem Senat schwarz auf weiß von dem renommiertesten Bremer Wirtschaftsprüfungunternehmer bescheinigt worden. Da sagen Sie, Frau Förster, ganz Ihren sonstigen schwach ausgeprägten Glauben an die Verwaltung über Bord werfend, das hätten die Herren Oberregierungsräte dann aber lieber selbst prüfen sollen,

(Abg. Ingeborg Förster [CDU]: Richtig!)

statt es denen, die von Berufs wegen und darauf vereidigt sind unparteiisch zu prüfen, zu überlassen; sie hätten nicht glauben dürfen.

(Abg. Anneliese Leinemann [SPD]:  
Sonst genau umgekehrt!)

Obleich dies durch den Rechnungshof in seinem Bericht — wir haben lange im Ausschuß darüber debattiert — ähnlich zum Ausdruck gekommen ist, möchte ich da für die sozialdemokratische Fraktion auf das allerschärfste widersprechen.

(Beifall bei der SPD — Abg. Klein [CDU]:  
Sie verteidigen Ihren Herrn Tiedemann,  
obwohl das gar nicht mehr nötig ist!)

Herr Klein, ich versuche, an diesem Punkt für die bremische Wirtschaft etwas klar zu halten, nämlich daß man sich auf das, was ein Wirtschaftsprüfer prüft und testiert, im wirtschaftlichen Verkehr verlassen darf!

(Abg. Wedemeier [SPD]: Verlassen  
muß!)

Darauf beruht nämlich im wesentlichen das Wirtschaftsleben.

Wenn Sie dieses Wirtschaftsprüfungsrecht und diese Wirtschaftsprüfungspraxis durchlöchern, läuft das in anderen Fällen ja nicht darauf hinaus, daß Sie irgendeine Verwaltung verunsichern, sondern dann läuft das darauf hinaus, daß in jedem fünften bedeutenden Geschäft die Herren Kaufleute sich gegenseitig unmittelbar in die Buchhaltung sehen, weil die Dokumente, die überreicht werden zum Beweis der Qualität eines Unternehmens, nichts mehr gelten. Damit entziehen Sie dem Wirtschaftsleben etwas, was Sie ihm nicht entziehen dürfen. Aber das sehen Sie vielleicht nicht so ein wie der Herr Kollege Gassdorf, der gerade nickt.

(Abg. Gassdorf [CDU]: Nickt? Ich habe  
gehustet!)

Herr Kollege Klein, ich darf Ihnen jetzt einmal zur Aufhellung etwas aus einem dicken Wirtschaftsprüferhandbuch vortragen, um deutlich zu machen, daß die Wirtschaftsverwaltung und die Finanzverwaltung davon ausgehen konnten, daß dies, was da schriftlich angedient worden ist, auch in einem solchen Umfang geprüft war, daß es da einer Nachprüfung nicht bedurfte. Ich komme also wieder auf das Kundenlager, das die Forderungen unterlegt. Zum Thema Forderungen lese ich hier auf Seite 1216:

„Die Aufgabe des Prüfers bei der Bewertung der Forderungen besteht darin festzustellen, wieweit Forderungen noch mit ihrem Nennwert angesetzt werden können und in welchem Umfang Abschreibungen zur Berücksichtigung des speziellen Risikos vorzunehmen und Wertberichtigungen für das allgemeine Kreditrisiko zu bilden sind. In diese Prüfungen sind diejenigen Forderungen einzubeziehen, die bis zum Prüfungstichtag noch nicht abgewickelt sind.“

(C)

(B)

(D)

(A) Weil in den Forderungen einige enthalten sind gegen Tochterunternehmen, darf ich auch dazu zitieren. Da heißt es: Es „sollte der Prüfer die einzelnen Forderungen in seinen Arbeitspapieren analysieren und ihre Entstehungsursache feststellen. Dabei sollte der Prüfer auch die rechtliche Zulässigkeit der Forderungen anhand von Verträgen oder durch Einsichtnahme in die Korrespondenz prüfen.“

Wenn die Wirtschafts- und Finanzverwaltung von der renommiertesten Bremer Prüfungsgesellschaft einen Bericht bekommen, der gefertigt ist auf diesen Grundlagen, dann stellen wir Sozialdemokraten fest, einem solchen Dokument ist zu vertrauen!

(Beifall bei der SPD — Zuruf des Abg.  
Stäcker [SPD])

Wir jedenfalls, Herr Klein, haben nicht das Vertrauen, daß irgend jemand, der dies nicht vereidigt und beruflich immer wieder tut, dort mit mehr Einsicht hineingehen könnte und sachverständiger Ergebnisse fördern könnte.

(Abg. Klein [CDU]: Aber die Zweifel sind doch zu Recht berichtet worden! Im Bericht selbst!)

Herr Kollege Klein, dann sind Sie in Ihrer Rede eingegangen auf das Testat, das am Ende eines solchen Prüfungsberichts steht, das uneingeschränkte Testat, und wir haben da auch eine komische Debatte gehabt einen Augenblick lang mit Herren im Rechnungsprüfungsausschuß, die keiner Fraktion angehörten.

(B)

Ich kann hier nur noch einmal wiederholen, wie es mit den Testaten aussieht, worauf die Prüfer vereidigt sind. Es geht dabei auch um das Wohl der Unternehmen, das diese stets berücksichtigen. Ich bin im Gegensatz zu Ihnen nicht der Meinung, daß ein solches Testat nicht absolute Aussagekraft hätte.

Ich will Ihnen noch einmal zitieren, und zwar von den Seiten 1029 und 1033 dieses Handbuchs. Da heißt es:

„Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk ist zu erteilen, wenn nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung keine Einwendungen gegen die Buchführung, den Jahresabschluß und den Geschäftsbericht zu erheben sind.“ Dann heißt es weiter: „Das gehe nicht, insbesondere, wenn es“ — also ein solches Testat — „zu einer unzutreffenden Beurteilung der Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft führen und daher entscheidungsrelevant sein könnte.“

Mit anderen Worten, wenn sich aus der Prüfung Erkenntnisse ergeben, die eine solche Bilanz zweifelhaft erscheinen lassen — und Herr Klein hat hier ja so geredet, als hätte damals abgewertet werden müssen, das aber wäre dann entscheidungsrelevant für das Jahresergebnis —, dann darf hiernach kein uneingeschränktes Testat erteilt werden.

Wir stellen noch einmal fest, wenn die Finanz- und die Wirtschaftsverwaltung dieses uneinge-

schränkte Testat hatten, dann durften sie sich darauf genauso verlassen wie jede Bank und jeder ordentliche Kaufmann. Wir wollen das auch in Zukunft nicht anders gehandhabt wissen, weil sonst nämlich tatsächlich die öffentliche Verwaltung überborden muß, wenn sie überall da nachprüft, wo andere schon geprüft haben, die es jahrelang gelernt haben, die darauf vereidigt sind und die es besser können müssen.

(C)

(Beifall bei der SPD — Präsident Dr.  
Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Herr Kollege Klein, nun noch einmal auf den Punkt! Sie haben das von rückwärts her abgeleitet, und das ist Ihr wesentlicher Fehler, nach dem Motto: „Ich weiß, daß Borgward konkurs ist, und damit weiß ich, daß die Maschinen nicht mehr so viel wert sind wie in der Bilanz, die zwei Jahre früher gemacht wurde“, einmal plastisch ausgedrückt. Das ist Ihre Betrachtungsweise, und deswegen sagen Sie, die Verwaltungen hätten doch die Risiken erkennen müssen.

Das, Herr Kollege Klein, ist wirtschaftlich eben unzulässig. Die Abschreibungen auf Bilanzwerte erfolgen dann, wenn das Unternehmen in solche Schwierigkeiten gerät, daß man keine wirtschaftliche Zukunft mehr sieht, daß man von daher Forderungen zum Teil für uneinbringlich erklären muß unter den Voraussetzungen, daß ein Unternehmen sich auflöst, daß man Anlagen nicht mehr sinnvoll verwenden kann, daß Materialien tatsächlich nur noch Schrottwert haben. Da ist etwas bei Ihnen durcheinandergeraten, mit Verlaub gesagt.

(D)

(Abg. Wilhelms [CDU]: Nicht nur in solchen Fällen geschehen Abschreibungen!  
— Abg. Klein [CDU]: Keineswegs!)

Hiernach ist genau bestimmt, wann Abschreibungen zu machen sind, und in dem Fall der Bewertungen der Forderungen hatte der Prüfer zu prüfen, ob die Forderungen einbringlich sind, ob die Forderungen begründet sind. Wenn nicht, hätte er Abschreibungen machen müssen. Was ausgewiesen ist, sind nur diese damals zweifelsfreien Forderungen. Ich finde es ein wenig unfair, wenn im Dialog zwischen Parlament und Regierung der Regierung nun solche Vorwürfe gemacht werden. Man kann sich ja gern über anderes streiten.

Ich will noch einen weiteren Punkt von Herrn Klein aufnehmen. Herr Klein, ich komme zu dem herrlichen Thema Abschreibungsgesellschaft, das Sie nun umgekehrt ideologisiert haben. Da darf ich nur aus eigener Kenntnis, dies habe ich früher selbst einmal mühsam büffeln müssen, Ihnen doch einmal Nachhilfe geben.

Es gibt nach dem Einkommensteuerrecht sieben Einkommensarten, deren Gewinne und Verluste miteinander verrechnet werden können. Da ist unter anderem Einkommen aus Gewerbebetrieb enthalten genauso wie Einkommen aus Landwirtschaft, genau-

(A) so wie Einkommen aus unselbständiger Arbeit und einiges andere.

Wenn Sie nun einen Betrieb erwerben sollten, Herr Kollege Klein, ich würde es Ihnen nicht anraten, auch bei Ihnen ginge er wahrscheinlich pleite, aber wenn Sie nun einen erwerben sollten und daraus Verluste hätten in diesem Jahr und gleichzeitig aus Ihren — ich hoffe, Sie haben sie, vermute, Sie haben sie nicht — zahlreichen Häusern Gewinne machten, könnten Sie das miteinander verrechnen, und dann könnten Sie diesen Ihren erworbenen Betrieb eine Abschreibungsgesellschaft nennen.

Dies ist das Steuerrecht, Herr Kollege Klein, das seinerzeit, als die Bundesrepublik Deutschland wieder aufgebaut wurde unter einer Bundesregierung, die wir immer bekämpft haben, die aber auch Bedeutendes geleistet hat, Ihre eigene Partei eingeführt hat. Dies nun hier zur ideologischen Frage zu machen, die Verrechnung der Verluste aus der einen Einkommensart mit den Gewinnen aus der anderen, ist unpräzise.

Wenn Sie Abschreibungsgesellschaft sagen und meinen das wirklich, dann müßten Sie schon reden über Gesellschaften, Herr Kollege Klein, in die nur Geld eingebracht wird, bei der die Eigentümer an der Gesellschaft überhaupt nicht interessiert sind, durch die 300 Zahnärzte ein Schiff betreiben und sich nur für die Verlustzuweisung interessieren, ohne daß der Betrieb läuft. Das ist der steuerrechtliche Begriff einer Abschreibungsgesellschaft.

(B) Ich stelle hier nur fest, auf die Nachfolgegesellschaft von Kuhlmann und Rust trifft dies nicht zu. Es gibt hier eine begrenzte Anzahl an Eigentümern, die an der Produktion selbst interessiert sind und daran interessiert sind, daß sie nicht dauerhaft defizitär bleibt.

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Klein anzunehmen?

Abg. **Kunick** (SPD): Ja!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Klein!

Abg. **Klein** (CDU): Herr Kollege, Sie wollen doch mit Ihren Ausführungen zur Abschreibungsgesellschaft und Ihrem Lob für die CDU/CSU-Bundesregierung nicht zum Ausdruck bringen, daß es Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft ist, zu der ich mich bekenne, Verluste mit hohen Millionenbeträgen öffentlicher Mittel, also Steuergeldern, so zu sanieren, daß dann bei einem geringen Kapitaleinsatz mehr als 100 Prozent Steuerausfälle geltend gemacht werden können?

Abg. **Kunick** (SPD): Herr Kollege Klein, Sie können bei dieser Gesellschaft doch nur soviel Steuern mindern, wie in der Gegenwart und Zukunft an Verlusten überhaupt entstehen, die mit Gewinnen verrechnet werden können. Wo Sie da die Hunderte

von Millionen sehen, das liegt wohl an Ihrer nicht-ökonomischen Orientierung. (C)

(Abg. **Klein** [CDU]: Herr Kollege **Kunick**, es ging um den Verlustvortrag aus Kuhlmann und Rust von 21,6 Millionen DM! Der ist für 6,6 Millionen DM erworben worden und konnte zu einem Gewinn von zwölf Millionen DM führen, wenn man mehr als 130 000 DM im Jahr verdient! Das ist genau nicht Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft, daß solche Verluste öffentlich finanziert werden, damit sie nachher privatkapitalistisch abgesahnt werden! — Abg. **Wedemeyer** [SPD]: Sie werden ein richtiger Linker!)

**Präsident Dr. Klink:** Das war ein Meinungs austausch!

(Abg. **Klein** [CDU]: Da bitte ich um Entschuldigung, Herr Präsident!)

Bitte sehr, Herr **Kunick**!

Abg. **Kunick** (SPD): Herr Präsident, ich kann nur sagen, ich will Herrn Klein nun nicht zu weit widersprechen, er gerät langsam nach links!

(Abg. **Klein** [CDU]: Nein, ich bin sachlich, Herr Kollege! — Abg. **Wedemeyer** [SPD]: Links ist sachlich!)

Herr Kollege Klein, da kann ich Ihnen nur sagen, ich halte rechts für etwas verklemmt und emotional und links für sachlich! (D)

Damit, meine Damen und Herren, komme ich zum Schluß. Das Gesamtproblem wertend, sind wir Sozialdemokraten der Auffassung, dies war, das kann heute zu Recht gesagt werden, wenn man die Erfahrungen wertet, der untaugliche Versuch einer Diversifikation. Aber im Wirtschaftsleben überall gibt es kaum einen Fall, daß man zu Anfang in wirtschaftlichen Angelegenheiten ein positives Ergebnis für Jahre später mit Sicherheit voraussagen kann.

Wir bedauern zutiefst, daß diese 35 Millionen DM, die das Land Bremen eingesetzt hat, nicht zum Erfolg geführt haben, außer zu dem Erfolg, daß das Unternehmen SUAG eine gewisse Anzahl von Jahren abgestützt werden konnte, daß 1200 Werftarbeiter in dem Zeitpunkt des maßgeblichen Einsatzes des Kapitals nicht ihre Arbeitsplätze verloren.

Die rückblickende Kritik der CDU, die jetzt erst sich so scharf gemacht hat, werten wir so, daß wir uns fragen, was sind eigentlich die großen Aussagen zum Vulkan wert, so als sei das gar kein wirtschaftliches Problem, Kosten mit Marktpreisen in Übereinstimmung zu bringen und manches tun zu müssen, um da überhaupt klarzukommen. Wie soll man eine Zeitungsanzeige wie in Bremerhaven heute zu den Werften wohl werten vor dem Hintergrund dieser Salzsäure-Argumentation in diesem Fall Kuhlmann und Rust?

(Beifall bei der SPD)

(A) — Wir sprechen Ihnen, meine Damen und Herren, solange Sie in dieser Angelegenheit Kuhlmann und Rust so argumentieren, wie Sie heute argumentiert haben, ohne Berücksichtigung der gesamten wirtschaftlichen Fakten einschließlich des schwierigen Arbeitsmarktes, die Glaubwürdigkeit ab, in den großen Werftenfragen wirklich das Engagement zu haben, das Sie vorzeigen, wenn Sie reden oder wenn Sie Zeitungsanzeigen drucken.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Lahmann.

Ich möchte Ihnen noch einmal den Änderungsantrag des Abgeordneten Willers vorlesen, weil wir nachher in der Abstimmung ja dazu kommen.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das können Sie ja vor der Abstimmung machen!)

Haben Sie alle den Antrag im Kopf?

(Abg. Wedemeier [SPD]: Kurz vor der Abstimmung noch einmal!)

Gut! Dann machen wir es nachher!

Das Wort hat der Abgeordnete Lahmann.

Abg. **Lahmann** (FDP)\*: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich hatte mich übrigens, bevor die Kollegen Willers und Klein gesprochen hatten, gemeldet, eigentlich nicht, um noch einmal Vergangenheit zu bewältigen, weil das auch aus der Sicht der FDP von meinem Kollegen Neujahr schon hinreichend geschehen ist, also den Vorfall Kuhlmann und Rust noch einmal abzuwickeln, sondern ich hatte eigentlich vor, den Blick — meinerseits auch geschärft durch die Erfahrungen anhand dieses Falles — auf die Zukunft zu richten und ein paar Bemerkungen über künftige Bürgerschaftspolitik zu machen. Aber nachdem Herr Klein nun hier inzwischen seine Märchenstunde veranstaltet hat,

(Beifall bei der FDP)

insbesondere über meine Motive im Verhalten bei der Abstimmung in dieser Angelegenheit, muß ich doch ein paar Bemerkungen zu diesem Fall noch machen.

(Abg. Klein [CDU]: Es sind ja ehrenwerte Motive, Herr Kollege!)

Herr Klein, ich glaube nicht, daß man das aufrechterhalten kann, wenn man zusammenfaßt, was Sie gesagt haben. Ich will gern aufrechterhalten, um da anzuknüpfen, Herr Klein, daß ich Ihre Kritik immer als Auszeichnung empfunden habe, und zwar seit Sie in der Baulandaffäre sich als Großinquisitor in diesem Land gegeben haben.

(Abg. Klein [CDU]: Ich fürchte die Danaer, selbst wenn sie Geschenke geben!)

\*) Vom Redner nicht überprüft.

Seitdem habe ich mir dieses Gefühl bewahrt, daß Kritik des Kollegen Klein in der Regel eine Auszeichnung ist.

Ich will das hier einmal darstellen. Der Kollege Klein hat doch gesagt, ich hätte in der Finanzdeputation oder in diesen Gremien, die damit zu tun hatten, diesen Diversifizierungsversuch finanziell oder finanzpolitisch, soweit die öffentliche Hand das kann, abzusichern, deswegen dafür gestimmt, weil ich mich hätte Liebkind machen wollen bei der SPD, die dies vorhätte. Das hat er ganz klar gesagt.

(Abg. Klein [CDU]: Liebkind habe ich nicht gesagt!)

Oder weil ich mich hätte profilieren müssen, weil ich bestimmte politische Ambitionen hätte, die sozusagen nur mit der SPD zu verwirklichen wären, so haben Sie es vielleicht gemeint!

(Abg. Klein [CDU]: Damals!)

Herr Klein, sehen Sie einmal, diese Argumentation ist ja nicht für mich belastend, sondern für Sie, sie entlarvt Sie, finde ich, denn damit sagen Sie, man verhält sich bei einer politischen Sachentscheidung so, wie man sich persönlich auf Dauer Vorteile erwartet. Dies, Herr Klein, empfinde ich als eine Entlarvung der Motive, die Sie offenbar bei solchen Entscheidungen haben. Bei mir werden Sie solche Motive nie gefunden haben.

(Abg. Gassdorf [CDU]: Dann kennen Sie Herrn Klein noch nicht!)

Darum habe ich mich auch — übrigens anders als Herr Willers es meint, lau, meinte er, sei das Verhalten der FDP gewesen — ganz geradlinig verhalten. Ich will gern noch einmal darstellen, wie ich das verstanden habe und wie ich das verstanden wissen will, auch nach wie vor, nachdem zweifellos der Versuch gescheitert ist, der in der Sache unternommen worden ist.

(Abg. Klein [CDU]: Das war eine Retourkutsche mit Rückwärtsgang!)

Meine Damen und Herren, es ist ganz klar, daß die Sicht dieses Vorgangs sich bei den Fraktionen vor allem dadurch unterscheidet, von welchem Zeitpunkt aus sie diese Entwicklung betrachten. Herr Klein betrachtet — das ist auch schon gesagt worden — diesen Fall ex post, nachdem er passiert ist, er betrachtet ihn von heute aus, vom Ergebnis her.

Auf den ersten Blick scheint das überzeugend zu sein. Der Versuch ist mißlungen, da hat er zweifellos recht, und deswegen muß ja nach erstem Eindruck alles falsch gewesen sein, was damals gemacht worden ist. Das ist die kurzgeschlossene Argumentation des Kollegen Klein.

Unsere Argumentation geht von einem anderen Zeitpunkt aus, sie versucht, sich zurückzusetzen in die Entscheidungssituation, vor der wir damals

(C)

(D)

(A) standen, und sie versucht zu erklären, welche Überlegungen wir angestellt haben und warum wir deshalb — ich sage das noch einmal ganz klar — zur Unterstützung dieses Diversifizierungsversuchs gekommen sind.

(Glocke)

Wir sind ganz klar zur Unterstützung gekommen —. Bitte, was ist, Herr Präsident?

**Präsident Dr. Klink:** Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. **Lahmann** (FDP): Vielleicht sollte ich es erst einmal darlegen, vielleicht erübrigt sich die Frage, aber bitte sehr!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr, Herr Willers!

Abg. **Willers:** Herr Lahmann, wenn Sie sich hier so einlassen, ist es richtig, daß Sie dann alle Einwendungen des Rechnungshofs zu den einzelnen Punkten des Berichts praktisch für nicht stichhaltig erklären? Der Rechnungshof hat immer wieder festgestellt, daß damals schon, nicht erst heute, Bedenken gerechtfertigt gewesen seien!

Abg. **Lahmann** (FDP): Sehen Sie, Herr Präsident, ich habe es vermutet! Er sollte abwarten, bis ich mit meinen Ausführungen zu Ende bin, dann will ich ihm das gern auch noch einmal alles darlegen. Nun greifen Sie bitte nicht ein, fragen Sie am Schluß noch einmal, wenn ich etwas vergessen habe!

(B) Ich bin dann gern bereit, noch einmal zu antworten.

Wir sind davon ausgegangen, wie Herr Kollege Kunick eben auch richtig dargelegt hat, daß angesichts der dramatischen Beschäftigungssituation im Werftenbereich alle vertretbaren Maßnahmen ergriffen werden müßten, um eine Werftbeschäftigung zu sichern, auch im werftfremden Bereich. Davon sind wir ausgegangen, das haben wir als unsere Verpflichtung empfunden, und danach haben wir gehandelt.

(Abg. **Wilhelms** [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Herr Kollege, ich bitte Sie, mich zunächst einmal eben ausreden zu lassen. Sie können nachher gern noch Fragen stellen. Im Moment ist das unpassend!

Wir haben es im Einvernehmen mit allen politischen Kräften, auch das ist zitiert worden, für richtig gehalten, daß andere Beschäftigungszweige für die Werften gesucht werden. Diversifikation war damals das Zauberwort für alle, und infolgedessen haben wir versucht, solche Möglichkeiten zu finden. Der Ansatz also war richtig, nach anderen Beschäftigungen zu suchen.

Wenn Herr Kollege Klein heute sagt, das sei deshalb falsch gewesen, weil hier ein Verdrängungswettbewerb eingeleitet worden sei, dann ist das eine Bemerkung, die eines Marktwirtschaftlers gänzlich unwürdig ist, denn natürlich, Herr Kollege Klein, ist jeder Wettbewerb auch darauf ausge-

richtet, besser zu sein als der Konkurrent, und infolgedessen steckt im Wettbewerb auch der Versuch der Verdrängung eines Konkurrenten. Das ist doch vollkommen klar. (C)

(Abg. **Klein** [CDU]: Ich spreche vom staatlich geförderten Wettbewerb!)

Insofern ist, weil Wettbewerb das Grundelement der Marktwirtschaft ist, das Argument, hier hätte Verdrängung vorgelegen, völlig irrig, denn jede Maßnahme eines Wettbewerbs, die wir fördern, jede Möglichkeit, Beschäftigung im Werftenbereich zu sichern, muß selbstverständlich eingreifen in Marktsektoren, in denen auch andere Wettbewerber tätig sind. Also, das ist kein Argument, nichts zu unternehmen.

(Abg. **Klein** [CDU]: Wollen Sie das staatlich fördern?)

Nun will ich gern einräumen, daß eine ganze Reihe von Fehlern gemacht worden ist. Ich sage, der Grundansatz war richtig, aber es ist im Laufe des Verfahrens eine ganze Reihe von Fehlern gemacht worden, die auch hier, ich meine zum ganz großen Teil, zu Recht vom Rechnungshof angemerkt worden sind. Herr Neujahr hat das dargestellt, es sind Fehler —.

(Zuruf des Abg. **Wilhelms** [CDU])

Das ist ja schön, Herr Kollege, daß Sie das immer wieder dazwischenrufen! Das ist nicht der Fall, sondern im Gegenteil, lesen Sie die Protokolle auch der Beratungsgremien, denen wir angehören, nach, auch da haben wir durchaus intensive Kritik angebracht und versucht, bei den Schwierigkeiten, die es gegeben hat, auch Risiken einzugrenzen. (D)

Es hat bei den Unternehmen Fehler gegeben, auch bei den betroffenen Unternehmen, ich meine, meine Damen und Herren, es hat auch bei der Prüfungsgesellschaft Bedenkliches gegeben. Ich habe mir erlaubt, das schon einmal hier anzumerken. Ich will das nicht auswalzen. Es hat auch bei der Verwaltung nicht alles so funktioniert, wie es nach meinem Eindruck hätte funktionieren müssen.

Wenn Herr Kollege Kunick hier vorhin gesagt hat, er habe Vertrauen zu den Prüfungsfeststellungen, so muß man dagegenhalten, Herr Kollege, gerade beim Kundenlager oder bei den Forderungen, die Sie angebracht haben, daß der Abschlußprüfer auch in einer Vorlage damals bereits darauf hingewiesen hat, daß er die Kundenforderungen in einer bestimmten Situation eben nicht vollständig überprüft habe. Da hat er also einen Vorbehalt gemacht.

(Abg. **Wilhelms** [CDU]: Dann kann die Inventur dazu herangezogen werden! —  
Zuruf des Abg. **Klein** [CDU])

Das war natürlich, das muß man sagen, eine ganz unsichere Entscheidungssituation für alle Beteiligten, und insofern wird man vielleicht sagen müssen — ich bin auch bereit, soweit zu gehen —, daß man

(A) trotz einer dramatischen Arbeitsmarktsituation und trotz politischer Pressionen in Zukunft wohl auch als Senat, als Bürgerschaft, als Deputation sicherere Entscheidungsgrundlagen fordern muß, wie das übrigens glücklicherweise auch bei den neuen Bürgerschaftsrichtlinien geschieht.

Aber genauso deutlich müssen wir sagen, meine Damen und Herren, es ging um 1 200 Arbeitsplätze. Damit kann man nicht alles begründen, wir haben das immer wieder gesagt, aber dies ist eine Lage, in der man das Äußerste versuchen muß.

Noch eines: Wer arbeitet, muß auch den Mißerfolg seiner Arbeit in Kauf nehmen, er muß ihn unter Umständen riskieren. Er muß ein kalkuliertes Risiko eingehen. Nur wer nichts tut, Herr Kollege Klein, kann auch keine Fehler machen. Das ist auch klar.

(Beifall bei FDP und SPD)

Wir haben auch riskiert, einen Fehler zu machen, weil natürlich die Alternative, Herr Kollege, die Sie angeboten haben, aus der Sicht einer konstruktiven Politik keine Alternative war. Es ist ja richtig, daß Sie, die CDU, in den entscheidenden Situationen sich auch nicht getraut haben, nein zu sagen.

(Abg. Klein [CDU]: Unsinn! Soll ich das alles vorlesen?)

Die CDU hat sich natürlich auch nicht getraut, ja zu sagen, sondern sie hat sich herausgehalten, meine Damen und Herren!

(B)

(Beifall bei FDP und SPD)

Sie hat sich verweigert, sie hat in dieser Schwierigkeit Steine statt Brot gegeben.

Es mag eine ansehnliche Haltung sein zu sagen, wir sind Opposition, wir haben da keine Mitverantwortung zu übernehmen. Unsere Haltung ist das nicht. Auch eine Opposition hat konstruktive Vorschläge zu machen,

(Abg. Wilhelms [CDU]: Haben wir doch!)

sie hat da, wo geholfen werden soll, mitzuhelfen, daß die Situation sich bessert.

(Beifall bei der FDP)

Die CDU aber hat den Mund gespitzt, nur gepfiffen hat sie nicht. Heute jedoch stellt sie sich hin und kritisiert, was sie alles nicht gemacht hat oder was andere womöglich falsch gemacht haben. Sie hat gar nichts gemacht, und wenn gar nichts geschehen wäre, wäre der gleiche Schaden wahrscheinlich in dramatischerer Weise überhaupt entstanden.

(Zuruf des Abg. Werner Fischer [CDU])

Meine Damen und Herren, ich persönlich bin der Auffassung, daß das Verhalten, das die CDU hier an den Tag gelegt hat, verantwortungslos ist.

(Beifall bei der FDP)

Hier ist Verantwortung wahrgenommen worden mit dem Risiko, auch eine Fehlentscheidung zu treffen. Das mag sein. Aus Schaden muß man klug werden. Das ist in Ordnung, und es muß jetzt versucht werden, mit besseren Bürgerschaftsrichtlinien und kritischerer Prüfung voranzukommen.

(C)

(Glocke)

Was ist, Herr Präsident?

**Präsident Dr. Klink:** Noch drei Minuten!

Abg. **Lahmann** (FDP): Meine Damen und Herren, was ich eigentlich sagen wollte, sollte eigentlich mit diesem Thema nur noch mittelbar zu tun haben. Ich wollte nämlich Ihre Aufmerksamkeit lenken, meine Damen und Herren, auf die Bürgerschaftspolitik insgesamt, die in Zukunft betrieben werden sollte.

Ich glaube, weil die staatliche Bürgerschaft nur eine Erscheinungsform staatlicher Subventionspolitik ist, daß wir uns noch einmal darüber Gedanken machen müssen, welche Möglichkeiten staatlicher Hilfe im Bereich der Wirtschaftsstruktur überhaupt noch bestehen und wie sie in Zukunft gestaltet werden soll.

Dazu möchte ich Ihnen einmal das Volumen der Bürgschaften in vier Zahlen mitteilen, um darzustellen, wie die Entwicklung in der Bürgerschaftspolitik in Bremen verlaufen ist. Ich glaube, das ist hochinteressant, weil es nämlich eine gefährliche Entwicklung kennzeichnet, die so nicht fortgesetzt werden darf.

(D)

Ich habe eine Übersicht des Finanzsenators vorliegen über die Bürgschaften, die die Freie Hansestadt Bremen in dem Zehnjahreszeitraum von 1970 bis 1980 gegeben hat. Daraus ergibt sich, daß insbesondere im Bereich der Bürgschaften für Wirtschaftsbetriebe und für die Schifffahrt ein dramatischer Anstieg des Bürgschaftsvolumens stattgefunden hat, zum Beispiel von 20 Millionen DM auf 118 Millionen DM jährliche neue Bürgschaftsgewährungen, und daß in noch stärkerem Umfang die Inanspruchnahme aus Bürgschaften sich entwickelt hat.

Im Jahr 1970 ist Bremen mit einem Betrag von 1,8 Millionen DM aus Bürgschaften in Anspruch genommen worden. 1,8 Millionen DM mußten wir also zahlen für Bürgschaften, die wir übernommen hatten. Im Jahr 1980 ist Bremen mit 40 Millionen DM in Anspruch genommen worden. Zehn Jahre davor nur mit knapp zwei Millionen DM!

Übrigens, wir haben einmal früher solche Überlegungen angestellt, daß unsere Einnahmen aus dem Bürgschaftsgeschäft, die Bürgschaftsprovisionen, möglichst immer höher sein sollten als das, was wir für Bürgschaften ausgeben, was wir also zu leisten haben. Das hat sich natürlich auch umgekehrt, wie man sich leicht denken kann.

Im Jahr 1970 haben wir 3,3 Millionen DM eingenommen aus Bürgschaftsprovisionen, 1,8 Millio-

(A) nen DM, wie ich eben sagte, mußten wir zahlen. Im Jahr 1980 haben wir 3,6 Millionen DM Bürgerschaftsprovision eingenommen, obwohl die gewährten Bürgerschaften wesentlich zugenommen hatten, aber wir sind mit 40 Millionen DM aus Bürgerschaften zur Kasse gebeten worden.

Das heißt, die Bürgerschaftsgewährungen haben zugenommen, Bremen ist in wesentlich höherer Weise aus Bürgerschaften in Anspruch genommen worden, die Einnahmen aus Bürgerschaftsprovisionen, die eigentlich auch hätten steigen müssen, haben stagniert, sind faktisch nicht angewachsen.

Dabei muß man sich natürlich fragen, ob denn nun diese Bürgerschaftspolitik zu einer entscheidenden Besserung der Wirtschaftsstruktur beigetragen hat. Man wird das Ergebnis ansehen müssen, und ohne daß ich das verabsolutieren will, wird man sagen müssen, wir haben vielleicht bestimmte Entwicklungen abgedeckt, aber wir haben keine durchgreifende Verbesserung der Wirtschaftsstruktur erreichen können.

Darum, meine Damen und Herren, glaube ich, daß wir, wie überhaupt, im Bereich der Subventionspolitik uns vom Diktat der leeren Kassen durchaus belehren lassen sollten und überlegen sollten, ob tatsächlich der staatliche Eingriff, wie er zur Gewohnheit geworden ist, überall, nicht nur hier, in diesem Umfang weitergeführt werden kann. Das ist ja ein hochaktuelles Thema, weil auch das Bundeskabinett heute über Subventionsabbau verhandelt.

(B) Ich meine, es ist gut, wenn wir uns darauf verständigen zu sagen, wir können uns in Zukunft Erhaltungssubventionen, die nur dazu dienen, nicht mehr wettbewerbsfähige Strukturen am Leben zu erhalten, auf Dauer nicht mehr leisten.

(Beifall bei der FDP)

Wir müssen uns darauf konzentrieren, Anpassungssubventionen zu geben.

Übrigens, Kuhlmann und Rust war eine Anpassungssubvention, weil wir nämlich in einer schwierigen Wettbewerbssituation andere Strukturen ermöglichen und insofern dazu beitragen wollten, dieses Unternehmen an die Marktsituation anzupassen. Anpassungssubventionen sollten auch in Zukunft noch möglich sein, allerdings müssen Subventionen prinzipiell, auch soweit sie als Finanzhilfen ausgestaltet sind, auch nach liberaler Auffassung zeitlich begrenzt werden, sie müssen degressiv sein, also jährlich im Betrag abnehmen, und sie müssen regelmäßig im Subventionsziel überprüft werden.

Ich glaube außerdem, daß in Zukunft staatliche Hilfe tatsächlich nur noch, wie das glücklicherweise in den Bürgerschaftsrichtlinien jetzt auch an verschiedenen Stellen herausgearbeitet wird, Hilfe zur Selbsthilfe sein darf. Das heißt, derjenige, der begünstigt werden soll, muß ein deutliches eigenes Risiko übernehmen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, es ist notwendig, daß im Bereich der Subventionspolitik wieder Vertrauensbildung möglich ist, daß nämlich eine Konzeption auf den Tisch gelegt wird, die da sagt, die staatliche Einflußnahme muß auf Dauer zurückgedrängt werden. Das gilt gerade auch in schwierigen Zeiten, in denen wir sozusagen die Chance der leeren Kassen auch ordnungspolitisch nutzen sollten.

Darum, meine Damen und Herren, und damit will ich im Moment schließen, halte ich für den wichtigsten Satz in den neuen Bürgerschaftsrichtlinien, die der Senat vorgeschlagen hat, einen Satz, der sich auf Seite fünf findet. Er lautet: „Ein Anspruch auf Übernahme einer Landesbürgerschaft besteht nicht.“ — Danke sehr!

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Thape.

**Bürgermeister Thape, Senator für Finanzen:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Die wiederholten Debatten über diesen Punkt des Rechnungshofsberichts haben doch eigentlich nur dann einen Sinn, wenn wir ein System erbringen könnten, das völlig fehlerfrei und irrtumsfrei ist. Das ist meines Erachtens nicht möglich.

Dabei geht es gar nicht, wie Herr Klein sagt, um Fehlverhalten oder Dilettantismus, sondern einfach darum, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Fällen der Not vom Staat Hilfen und, das will ich nicht verschweigen, manchmal auch Wunder erwarten, vor allem dann, wenn das Management versagt hat.

Es ging und geht, und das sollten wir noch einmal unterstreichen, auch jetzt um Arbeitsplätze, und dabei steht die öffentliche Hand zum Teil auch unter Druck, das will ich überhaupt nicht verschweigen, und zwar politisch, psychologisch und auch moralisch.

Vorhandene, wenn auch schwache Hilfsmöglichkeiten können deshalb nicht einfach beiseite geschoben werden, wie das jetzt hinterher so bereitwillig dargestellt wird. Wenn die Praxis auf den einzelnen, der so spricht, zukäme, würde er sich auch anders verhalten. Wir müssen auch ein Risiko übernehmen, und das haben wir eben getan, und wir haben uns auch dazu bekannt.

Jede Bürgerschaft enthält übrigens Risiken, denn sonst würde man ja nicht zu uns kommen, und der Staat ist immer die letzte Instanz und die letzte Hilfe. Das erleben wir jetzt gerade bei der AEG, dort ist es auch der Staat, der eintreten soll, und nicht nur irgendwelche Privatpersonen. Die Banken haben sicherlich auch dort alles überprüft und noch einmal überprüft, und sie sitzen trotzdem mit knapp zwei Milliarden DM in der Tinte.

Wir werden neue Bürgerschaftsrichtlinien verabschieden, der Senat hat sie vorgelegt, und ich möchte jetzt schon darauf aufmerksam machen, daß es in Zukunft sehr viel mehr Zeit kosten wird, um Ent-

(C)

(D)

(A) scheidungen zu treffen. Ich bin gespannt, wann die ersten Abgeordneten zu mir kommen und sagen werden, in diesem besonderen Einzel- und Notfall darfst du dich aber nicht nach den Fristen richten, sondern es muß jetzt kurzfristig und sofort geholfen werden. Darauf warte ich,

(Beifall bei SPD und FDP)

denn das ist das schöne alte Beispiel von Theorie und Praxis!

Nun ist es meines Erachtens sehr, sehr billig, und das hören wir nun schon seit einigen Monaten, hinterher recht haben zu wollen. Herr Klein, manchmal kommen mir Ihre Debattenbeiträge vor wie die Memoirenliteratur der Generäle des Zweiten Weltkriegs, die auch auf dem Papier die Schlachten, die sie alle verloren haben, hinterher wieder gewinnen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Hätten wir nämlich nichts getan, hätten wir auch Vorwürfe bekommen, entweder heute oder schon vor Monaten oder Jahren.

(Abg. Klein [CDU]: Sie hätten das Richtige tun sollen, neu strukturieren!)

Ja, ich komme gleich auf das Richtige! Sie haben immer, Herr Klein, erklärt, daß Sie Bauchschmerzen hätten, und dann haben Sie sich politische Diät verordnet und haben monatelang Stimmenthaltung geübt. Das ist hier von Herrn Lahmann und von Herrn Kunick schon besonders herausgestellt worden. Ich finde, das ist kein politisches, vor allem kein politisch verantwortungsvolles Verhalten.

(B)

(Beifall bei SPD und FDP)

Nun sagt Herr Klein, und jetzt will ich auf einige Fakten kommen — ein Großteil der Debatte ist ja mit Behauptungen, mit Emotionen und mit Ideologie geführt worden —,

(Abg. Ingeborg Förster [CDU]: Das hilft ja nun überhaupt nichts!)

ich werde versuchen, auf einige Fakten zurückzukommen, und Herr Klein sagt nun — —. Ja, Frau Förster, es hat doch nicht nur Herr Klein gesprochen, es haben doch verschiedene andere auch gesprochen! Ich muß auf die anderen doch auch eingehen, aber jetzt kommt Herr Klein wieder an die Reihe.

Er hat gesagt, daß wir auf die Risiken nicht ausreichend und intensiv genug hingewiesen hätten. Dem muß ich ganz eindeutig widersprechen. Mit Genehmigung des Präsidenten möchte ich zitieren aus der Vorlage der Wirtschafts-, der Arbeits- und der Finanzverwaltung vom 23. Februar 1977, und zwar heißt es dort:

„Die Bedenken gründen sich insbesondere darauf — in bezug auf die Bürgschaften —, „daß angesichts der Zahl von 162 Arbeitsplätzen ein Bürgschaftsengagement von der öffentlichen Hand in Höhe von zehn Millionen DM übernommen werden soll, Si-

cherheiten für die Bürgschaften nicht gestellt werden können, das Bürgschaftsrisiko nicht abschätzbar erscheint, denn die Frage, ob die optimistischen Umsatz- und Gewinnerwartungen sich realisieren lassen, muß offenbleiben, weil hinsichtlich des Weltmarktes für Krane annähernd zuverlässige Beurteilungskriterien nicht angegeben werden können.

(C)

Wenn die Übernahme der Bürgschaft gleichwohl befürwortet wird, so geschieht dies ausschließlich unter dem strukturpolitisch bedeutsamen Gesichtspunkt, daß damit möglicherweise die Grundlage für die Sicherung und gegebenenfalls auch Schaffung von Arbeitsplätzen in einem vom Schiffbau unabhängigen Industriebereich in Bremerhaven geschaffen wird. Ausschließlich dieser Gesichtspunkt — ich wiederhole, ausschließlich dieser Gesichtspunkt! — „kann nach Auffassung der Finanzverwaltung in Anbetracht der gegenwärtigen Situation des Arbeitsmarktes die Übernahme der Bürgschaft rechtfertigen.“

Das ist also der 23. Februar 1977 mit dieser ganz klaren Feststellung des hohen Risikoanteils!

Dann kommt im April 1978, also etwas über ein Jahr später, die Prüfungsgesellschaft und weist durch ihr Testat einen Gewinn von 542 000 DM aus, nachdem vorher eine Summe von über einer Million DM an zusätzlichen Belastungen, Zinsen, Tilgung und so weiter, abgezogen worden ist. Die Verwaltung wird dadurch in ihrer Vorsicht und in ihrer Warnung praktisch widerlegt. Noch in einem Sondergutachten vom Oktober 1978 wird der hohe Sicherheitswert der Produktionsteile, die dort vorhanden sind, von der gleichen Prüfungsgesellschaft herausgestellt.

(D)

Nun muß ich sagen, was soll eine Verwaltung da noch tun? Sie kann ja nicht selbst eine Überprüfungs-gesellschaft sein. Im März 1979 wird dann ein Verlust von 3,5 Millionen DM ausgewiesen, obwohl noch ein knappes halbes Jahr vorher der hohe Sicherheitswert dargestellt wird, und im Juni 1979, wenige Monate später, plötzlich ein Verlust von zwölf Millionen DM. Ich glaube, jeder, der zuhören will und zuhören kann, der wird sich daraus seinen eigenen Vers machen.

Was die Bewilligung der drei Millionen DM ohne vorherige Unterrichtung der Deputationen betrifft, möchte ich allerdings feststellen, daß wenige Tage später der Beschluß der Deputationen nachgeholt wurde und ohne jeden Punkt von Kritik oder auch nur von verhaltener Kritik, daß hier zu schnell gehandelt worden sei.

Das ist überhaupt so eine verrückte Sache! Einmal sagt man, die Bürokratie sei zu schwerfällig, sie solle schnell handeln, und wenn sie dann schnell handelt, heißt es, sie sei nicht schwerfällig genug, sie müßte noch viel mehr prüfen. Jeder so, wie es ihm gerade paßt und wie es die Situation erfordert! Herr Klein unterhält sich und weiß dann nachher ganz genau, was er auf meine Rede antworten kann.

(A) Ich versuche nun nicht etwa, den Verlust in einen Gewinn umzufälschen. Der Staat hat Geld verloren, und zwar viel Geld, und ich befürchte, sicherlich ganz im Rahmen der allgemeinen bisher schon bewilligten Mittel, auch noch nicht das letzte. Aber er hat das getan, um Arbeitsplätze zu retten, zu erhalten oder abzusichern.

Verluste werden sich auch in Zukunft selbst bei sorgfältigster Prüfung nicht vermeiden lassen. Wer jeden Verlust ausschließen will, darf überhaupt nichts tun. Das ist aber nicht Senatspolitik, auch in Zukunft nicht, wenn es um Arbeitsplätze geht.

Wir können nicht alle Fehler der Wirtschaft auffangen, aber von Fall zu Fall können wir zumindest versuchen oder überprüfen, ob das nicht doch im Einzelfall möglich ist. Dabei können uns weitere Fehler unterlaufen. Ich bekenne mich dazu, ich sage das ganz deutlich. Patentrezepte kann ich Ihnen nicht vorlegen. Wir werden deshalb am Rande des Risikos auch in Zukunft bei solchen Bewilligungen und zunächst einmal bei der Überprüfung von solchen Anforderungen uns bewegen müssen. Ich bekenne mich ganz einfach dazu.

Wer es besser machen kann, soll es sagen. Ich bezweifle das nicht nur, sondern ich streite es einfach ab, daß es anders gemacht werden kann, sonst würde ja nicht in der Bundesrepublik an vielen Stellen immer wieder praktisch die gleiche Diskussion in der Öffentlichkeit oder in den Parlamenten aufkommen.

(B) Noch einen abschließenden Satz zur sogenannten Diversifikation! Hier ist sie praktisch kritisiert worden von Herrn Klein, und es ist gesagt worden, da ist eine Richtung eingeschlagen worden, die völlig falsch war, man hätte möglicherweise etwas anderes tun können. Er weiß das heute. Ich mache nur darauf aufmerksam, daß die IG Metall das jüngste Gutachten über die Werften, wenn ich das richtig verstanden habe, wohl auch deshalb abgelehnt hat, weil in bezug auf Diversifikation nicht genug getan wird. Es werden dort sogar Vorschläge gemacht, Produktionen aufzunehmen, die weit stärker in einen Markt hineingehen, der schon mit Konkurrenzbetrieben ausgestattet ist, als das hier beim Kranbau in bezug auf Kuhlmann und Rust der Fall gewesen ist.

Sie sehen dabei, daß also auch durch negative Erfahrungen die Diskussion in diesem Bereich nicht abgeschlossen werden kann und daß man von Fall zu Fall überprüfen muß, ob nicht doch in die eine oder andere Richtung eine Art Entlastungsproduktion in Gang gesetzt werden kann, wenn es notwendig ist, auch mit staatlicher Hilfe, wobei die staatliche Hilfe tatsächlich immer nur Hilfe sein kann und nicht etwa Übernahme des Betriebsrisikos eines freien Unternehmers.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, auf dem Zuhörerrang haben die Teilnehmer des Schafferinnenmahls 1982 Platz genommen.

Ich begrüße die Teilnehmerinnen im Haus der Bürgerschaft. (C)

(Beifall)

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Wilhelms.

Abg. **Wilhelms** (CDU)\*: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich aus zwei Gründen zu Wort gemeldet. Ich glaube, alle Kollegen, die in der letzten Legislaturperiode in der Finanzdeputation gesessen haben, und dort sind diese Vorgänge ja beraten worden, werden sich erinnern, und das sage ich jetzt vergangenheitsbezogen mit Blick auf Vermeidung von Wiederholungen, daß wir nachdrücklich jedesmal — Herr Kunick, Herr Wedemeier und Herr Dr. Scherf, sie sind nicht anwesend, werden das wissen, und Herr Lahmann wird das hoffentlich auch bestätigen, das wollte ich nämlich vorhin fragen — ganz strikt eine Trennung gefordert haben zwischen Kuhlmann und Rust sowie Schichau, und zwar aus dem ganz einfachen Grund, weil das Strickmuster doch immer das gleiche war, erst wurden zehn Millionen DM verbürgt, dann kamen plötzlich — —.

(Zuruf des Abg. Schmidt [SPD])

Nein, das haben nicht alle gefordert! Mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung! Zum Schluß haben es alle gefordert, das ist richtig, aber wir wollten gern die Trennung haben, denn wir mußten doch immer unter dem Druck, daß Schichau Forderungen an K und R hatte in großen Millionenbeträgen und sonst Schichau und damit 1 200 Arbeitsplätze verlorengehen würden, die Bürgerschaften für K und R genehmigen. Das haben wir doch, Herr Kollege Lahmann, nicht so schmunzelnd gemacht, wie Sie das hier vorgetragen haben. Das haben wir zähneknirschend gemacht. (D)

(Bürgermeister Koschnick: Er auch!  
Wir auch!)

Er auch, das will ich ihm bescheinigen, alle zusammen haben wir das zähneknirschend gemacht.

(Zurufe von SPD und FDP)

Deswegen sage ich das hier, wir haben als erste diese Trennung nachhaltig gefordert, und zwar insbesondere durch Herrn Hollweg.

(Abg. Lahmann [FDP]: Die war doch unrealistisch!)

Dann haben wir gesagt, solange ihr uns nicht folgt, enthalten wir uns bei allen weiteren Entscheidungen der Stimme. Das waren also ganz handfeste, wie ich meine, wirtschaftliche Überlegungen. Wenn Sie uns eher beigetreten wären, hätte der Rechnungshof möglicherweise trotzdem zu Recht alles mögliche kritisiert, aber nicht diese Höhe. Möglicherweise stünden die Gelder jetzt für Bremerhaven

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) zur Verfügung, und deswegen habe ich mich gemeldet.

Nun würde ich gern noch ein Wort sagen zu Herrn Kunick.

(Abg. S t ä c k e r [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. **Wilhelms** (CDU): Ich möchte erst einmal den Gedanken zu Ende bringen!

Herr Kunick hat einen Berufsstand angesprochen, der nach meiner Kenntnis hier nicht vertreten ist, und ich finde es nicht ganz gut, wenn einiges, was er hier gesagt hat, so im Raum stehenbleibt, ich meine jetzt die Wirtschaftsprüfer generell. Die Wirtschaftsprüfer sind insbesondere bei Lagerbestands- und Forderungsüberprüfungen angewiesen auf Angaben, die sie aus dem Unternehmen bekommen von den Herren, die sie geben.

(Bürgermeister **Koschnick**: Herr Willers, hören Sie zu!)

Wenn das anders sein soll, dann müssen diese Wirtschaftsprüfer den Auftrag bekommen, diese Forderungen vor Ort zu überprüfen.

Das heißt in diesem konkreten Fall, sie hätten durch die ganze Welt fahren müssen und hätten die Kranbaubestände auf ihre Richtigkeit überprüfen müssen, und dazu hätten sie einen Auftrag bekommen müssen von der Geschäftsführung von Kuhlmann und Rust, den sie nicht bekommen haben. Insofern kann man sich hier nicht hinstellen und die Schuld verteilen zwischen Vorstand und Wirtschaftsprüfern.

(Zurufe von der SPD)

Entschuldigung, das ist so, das ist überall so!

(Abg. **Beckmeyer** [SPD]: Das müssen Sie Herrn Klein sagen! Der versteht das nicht! — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, wir verstehen hier oben überhaupt nichts mehr!

(Abg. **Neumann** [CDU]: Das will nichts besagen!)

Ich bitte herzlich darum, daß wir die Diskussion etwas disziplinierter führen, so kommen wir nicht weiter! — Bitte sehr, fahren Sie fort!

Abg. **Wilhelms** (CDU): Ich bin, ohne die testierten Bilanzen zu kennen, auf die sich hier berufen wird, absolut sicher, daß da nicht steht, daß die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, wer immer das auch war, dafür die hundertprozentige Garantie und damit das Testat übernimmt, daß das so stimmt, sondern da wird stehen, nach Aussagen von Herrn

Sowieso und Frau Sowieso, Sachbearbeiter für das und das — —. (C)

(Abg. **Schmidt** [SPD]: Prüfungsauftrag, Herr Wilhelms!)

Ich habe gesagt, anderenfalls hätten sie einen Prüfungsauftrag haben müssen, die Forderungsbestände in der ganzen Welt auf ihre Richtigkeit hin zu überprüfen! Den haben sie meiner Meinung nach nicht gehabt.

Ich bitte also, hier nicht die Schuld den Wirtschaftsprüfern zuzuweisen, die möglicherweise mangels Auftrags gar nicht in der Lage waren, in dem Rahmen einen Prüfungsauftrag durchzuführen, der vielleicht in diesem Fall berechtigt gewesen wäre. Ich meine, daß wir das den Wirtschaftsprüfern schuldig sind, denn wenn wir testierten Bilanzen von staatlich vereidigten Wirtschaftsprüfern nicht mehr glauben können, dann ist es wirklich mit dem kaufmännischen Glauben in allen Bereichen einschließlich Verwaltung, aber auch in der freien Wirtschaft vorbei. Das wollte ich gern verhindern. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Koschnick.

**Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Senator Willms hat recht. Auch Wirtschaftsprüfer müssen sich darauf verlassen, was der Vorstand eines Unternehmens ihnen an Unterlagen anbietet. Sie müssen sich darauf verlassen, was ein Vorstand des Unternehmens in den jeweiligen Abteilungen an Bewertungen vornimmt. Keiner von uns, auch nicht der Herr Präsident des Rechnungshofs, kann davon ausgehen, daß irgend jemand in der Verwaltung oder in wirtschaftlichen Unternehmen bewußt die Unwahrheit sagt. Eine solche Gefahr ist wohl da, und zwar in allen Bereichen, aber die Gefahr muß relativiert werden. Der Regelfall ist doch, daß man ehrlich miteinander umgeht. (D)

Wir haben im öffentlichen Dienst nicht einen Rechnungshof, um irgendwo festzustellen, ob jemand fünf Mark gestohlen hat, unterschlagen hat, sondern ob die Strukturen einer Verwaltung richtig organisiert sind, ob die Arbeitsabläufe vernünftig sind, ob wirtschaftlich gearbeitet werden kann. Das gilt auch für die Wirtschaft und für die Wirtschaftsprüfer. Es ist völlig richtig, wenn Herr Senator Willms hier sagt, eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft muß sich auf Angaben verlassen können.

Nur frage ich mich, meine Damen und Herren, in Ansehung der Fragen, die heute morgen von den Vertretern der Grünen Liste zu SUAG gestellt worden sind — nein, von Herrn Willers, ich bitte um Entschuldigung —, ob dies nicht noch schwieriger ist für einen Aufsichtsrat, der nicht in die Akten hineinschauen kann, jedenfalls schwieriger als für

(A) die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die selbst nachprüfen kann, was da gefragt worden ist.

Wenn in einem Unternehmen nicht mehr offenbart wird, wo Probleme sind, wenn nicht offenbart wird, wo die Strukturen verändert werden müssen, kann ein Aufsichtsrat nichts verändern. Für die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ist das doch schon schwierig, obwohl sie etwas stärker vom Detail her die Dinge beurteilen kann.

Es wäre ganz gut, lieber Herr Wilhelms, wenn Sie das bedenken würden für spätere Differenzierungen, was Sie jetzt eben gesagt haben. Es hat mich sehr gefreut, daß Sie deutlich gemacht haben, wo die eigentlichen Verantwortlichkeiten liegen. Sie können aber nicht in einem Fall der Verwaltung vorwerfen, daß sie der Betriebsführung geglaubt hat, und der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft attestieren, weil sie dem Vorstand geglaubt hat, sei sie unschuldig. Irdenwo müssen Sie sich zu einer gemeinsamen Entscheidung einmal durchringen.

Zweite Frage: Herr Lahmann, Sie haben ja so recht!

(Zurufe von der CDU)

Ich gebe ja zu, daß es für die CDU fast unmöglich ist, sich vorzustellen, daß andere mehr recht haben könnten als sie.

(Beifall und Heiterkeit bei SPD und FDP)

Unterstellen Sie gleichwohl einmal, das sei möglich!

(B) Viele Maßnahmen zur Veränderung der Strukturen der SUAG durch andere Fertigungskomponenten sind vorangetrieben worden unter der Perspektive, laßt uns neue Fertigungen aufbauen, um mehr Arbeitsmöglichkeiten zu entwickeln, und auch der Vorstand des Unternehmens meinte, es gäbe hier neue unternehmerische Chancen. Man hat sich entschieden, nicht um irgendeinem Vorstandsvorsitzenden einen Gefallen zu tun, sondern um Beschäftigung und Sicherheit für Bremerhaven zu erreichen. Warum soll ein Parlament das plötzlich gegen sich oder gegen den Senat gelten lassen? Ich meine, es war eine richtige Entscheidung!

Wenn wir dabei in den Entscheidungsschritten selbst unter Umständen unvollständig informiert waren, dann müssen wir prüfen, wer daran schuldig war. Es kann sein, daß wir nicht genügend geprüft haben, dann geht es auf uns. Wenn wir aber geprüft haben und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften eingeschaltet haben und zugleich andere aufkommende Fragen geprüft haben, dann meine ich, ist kein Abgeordneter in der Lage, über diesen Entscheidungsprozeß hinwegzugehen.

Lieber Herr Wilhelms, ich sage das mit sehr großer Zurückhaltung: In diesem Unternehmen hat ein Mann unternehmerische Verantwortung, der auch bereit war, einen nicht kleinen Betrag seines privaten Kapitals einzusetzen. Das war für mich immer ein Grund mehr, ja zu sagen, wenn jemand sein eigenes Vermögen mit einsetzt, um neue Perspektiven zu entwickeln, als wenn es nur darum geht, von an-

dern das Geld zu nehmen. Dies war übrigens einmal gemeinsame Meinung in der Wirtschafts-, in der Arbeits- und in der Finanzdeputation. (C)

Es kann zwar in der Entscheidung des Unternehmens manches falsch gewesen sein, was da gemacht worden ist, aber ich habe diesen Aspekt der erheblichen privaten Eigenbeteiligung sehr wohl mit gesehen, weil hier nicht nur die Hand aufgehalten worden ist zur öffentlichen Unterstützung.

(Abg. Klein [CDU]: Bezieht sich nicht auf die anderen Gesellschaften!)

Ich spreche im Augenblick von einer, lieber Herr Klein!

(Abg. Klein [CDU]: Ich spreche von den anderen!)

Sie sprechen von so vielen Dingen, lassen Sie mich doch einmal von dem sprechen, von dem ich jetzt spreche!

(Beifall bei der SPD)

Ich bin heute nicht mehr ganz so überzeugt, daß das, was ich als eine der Grundbedingungen gesehen habe, in der Gesamtbetrachtung die einzig mögliche Entscheidung war. Ich habe mich aber so entschieden, und dazu stehe ich.

Ich habe mich aber bei den Entscheidungen im Senat auch ein wenig nach anderen Kriterien orientiert. Ich habe reflektiert, was in Bremerhaven, und zwar nicht vorrangig in Gremien des Unterbezirks der SPD oder in Gewerkschaften gesagt worden ist, sondern ich habe reflektiert, was in den jährlich mit nachhaltigem Eindruck veranstalteten Kammerbegegnungen von der Bremerhavener Wirtschaft gefordert worden ist, um Wirtschaftskraft in Bremerhaven zu halten, zu binden oder gar zu entwickeln. (D)

Wir stehen nun einmal vor der großen Schwierigkeit in Bremerhaven, daß es aus der Gründungsphase dieser Stadt — die ja zugleich eine bremische und eine hannoversche, später preußische Phase war — Problembelastungen gibt, unter denen wir heute noch zu leiden haben. Wir haben mit dem Königreich Hannover abgemacht, daß wir Hafenentwicklungen betreiben konnten, aber Industrieentwicklung war uns verboten. Gegen unsere Hafenentwicklung haben Hannover und später Preußen die Fischereientwicklung gesetzt, aber auch keine Industrieentwicklung.

Wir haben jetzt in Bremerhaven neben den öffentlichen Dienstleistungen im wesentlichen nur drei Branchen: Hafen unmittelbar, Fischerei und Werftindustrie. Alle Chancen zu nutzen, neue Verbreiterungen zu erreichen, daran waren wir gemeinsam — Senat, Regierungsfraktion und Oppositionsfraktionen — interessiert. Ich schäme mich deswegen gar nicht, daß wir etwas mehr Risiko auf uns genommen haben, als normalerweise üblich gewesen wäre, um in Bremerhaven bei den schwierigen Grundstruktu-

(A) ren, die Bremerhaven nicht zu verantworten hat, auch wir nicht zu verantworten haben —

(Abg. Willers meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Augenblick noch! —, nach Wegen zu suchen, etwas an Verbreiterung der Produktionspalette zu bekommen.

Dabei haben wir uns auch verlassen auf gutachtliche Äußerungen von Personen, die einen Betrieb von innen kennen, die langjährig in der Wirtschaftsprüfung tätig sind und die nicht ein einziges Mal testiert haben, daß der Weg vielleicht falsch gewesen wäre, die aber über Jahre hinaus testiert haben, daß sie gesicherte Strukturen gesehen haben. Nun kann es ja sein, daß auch sie sich geirrt haben, weil ein Vorstand oder eine Geschäftsführung sie nicht voll informiert hat. Nun gut, mit solchen Problemen werden wir leben müssen!

Aber man kann doch nun nicht der Verwaltung vorwerfen, weil sie sich auf die Testate angesehener Gesellschaften oder des Rechnungshofs verläßt, daß sie deswegen dümmere sei als alle anderen, die hier sitzen.

Es fällt mir auch auf, lieber Herr Wilhelms, daß Sie als Bremerhavener, der Sie ganz sicher auch mit vielem eigenem Risiko, mit großem Engagement zur Stabilität Bremerhavens beigetragen haben —

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das geht ihm aber herunter!)

(B) das ist meine Einschätzung! —

(Abg. Wedemeier [SPD]: Sie können sich auch einmal irren!)

heute hier sagen, ich hätte Bremerhavener Dinge falsch eingeschätzt. Ich wäre sehr froh gewesen, wenn Sie vor drei Jahren hier an diesem Platz gesagt hätten, Ihr Bremer tut in dieser Frage zu viel für Bremerhaven, aber genau umgekehrt haben Sie uns in allen Ihren Parteiveranstaltungen und Stadtverordnetenveranstaltungen vorgeworfen, wir hätten zu wenig getan.

Wir haben gehandelt! Hinterher klüger sein, das können alle. Vorher haben Sie das Maul gehalten, und bei den entscheidenden Fragen haben Sie auf Stimmenthaltung plädiert und nicht auf Nein mit Gegenposition. Insofern hat Herr Lahmann völlig recht.

(Beifall bei SPD und FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage entgegzunehmen?

**Bürgermeister Koschnick:** Ja, bitte!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr, Herr Willers!

Abg. Willers: Herr Bürgermeister, bevor wir uns ins Allgemeine verlieren, möchte ich noch einmal auf die Frage zurückkommen der Beurteilung des

Wertes von Wirtschaftstestaten. Ich gebe Ihnen und Herrn Wilhelms ja zu — —.

**Präsident Dr. Klink:** Kein Diskussionsbeitrag, sondern eine Frage!

Abg. Willers: Wenn wirtschaftliche Prüfungsunternehmen aufgrund der Angaben der Vorstände ihre Testate erstellen, daß es sehr schwierig sein wird, den Wahrheitsgehalt nachher zu prüfen, aber es ist ja in diesem Fall so gewesen, daß es eine Kette von Fehlentscheidungen gegeben hat. Bei einer solchen Kette von Fehlentscheidungen hätte irgendwann in dieser Kette doch auch einmal dem Senat aufgehen müssen, daß er in irgendeinem dieser Fälle gelascht worden ist vom Vorstand! Zumindest von da an, meinen Sie nicht auch, wäre Vorsicht geboten gewesen. Nachträglich betrachtet halte ich sogar für sinnvoll, an irgendeinem Punkt einmal mit dem Kadi zu drohen. Haben Sie das nie erwogen?

**Bürgermeister Koschnick:** Doch! Am Anfang stand die Frage nicht, am Anfang hieß die Frage Diversifikation. Jeder, der heute von Verbreiterung wirtschaftlicher Produktion spricht, muß wissen, daß am Anfang Kosten entstehen.

Lieber Herr Willers, wir diskutieren in Bremen schwierige Fragen der Werftenstruktur oder auch schwierige Fragen von Betrieben, die zum Teil in Rüstungsbereichen tätig sind, um auf zivile Produktionen überzusteigen. Die Veränderung von einer alten Produktionsstruktur auf eine neue ist am Anfang mit erheblichen Investitionen und nicht geringen Risiken wegen der offenen Marktchancen verbunden. Keiner weiß, ob der Markt solche Produkte auch aufnehmen wird. Aber wenn jemand Veränderungen will, wenn er Produktionsbereiche verändern will, dann muß er auch Risiken mittragen wollen.

Bei der ersten Diskussion um die Verbreiterung der Industriepalette waren wir uns der Risiken bewußt und haben sie tragen wollen, weil wir gesehen haben, daß die Begrenzung auf Wertbereiche uns nicht die zusätzlichen Beschäftigungschancen in diesem Raum bringt. Wir haben die ersten Risiken dann auch bewußt tragen wollen.

(Abg. Wilhelms [CDU]: Gemeinsam!)

Ja, gemeinsam! Wir waren eine Zeitlang dann in der schwierigen Situation, daß wir zwischen dem betrieblichen Ergebnis und der Perspektive, die sich aus Verhandlungsgesprächen des Vorstands in der ganzen Welt ergeben haben, vor der Frage standen, ob wir auf solche Gespräche setzen oder nicht.

Da darf ich Ihnen ganz offen sagen, daß wir — kurz bevor wir im Senat unser endgültiges Nein sagten, weil die Risiken zu groß wurden — vor der Frage standen, noch einmal auszusetzen, noch einmal etwas zu riskieren, weil da eine Chance war, eventuell im Kranbau von der UdSSR in der Größenordnung — ich spreche jetzt aus der Erinnerung, ich bitte das nicht als Festlegung in Zahlen aufzufas-

(A) sen — zwischen fünf und zehn Millionen DM einen Auftrag zu bekommen.

Alles, was da war, waren wieder Aussichten. Zwei Jahre lang haben wir immer wieder von solchen Perspektiven gehört, und sie konkretisierten sich nicht. Jetzt hatte es aus unserer Sicht keinen Sinn mehr, wir konnten nicht weiter Geld ausgeben für eine relativ kleine Zahl von Beschäftigten, wir mußten einen anderen Weg gehen. Da haben wir die Wirtschaftsverwaltung gebeten zu prüfen, ob es eine andere Bewertungsmöglichkeit gibt, und sie hat sie gefunden.

Der Bereich als solcher ist im Augenblick stabil in Bremerhaven, aber jeder, der mich heute annimmt, dem sage ich, er sollte schweigen über die Frage der Veränderung von Wertstrukturen, Strukturen der Luft- und Raumfahrtindustrie und anderen Produktionsgegebenheiten! Veränderungen dort sind mit Risiken verbunden!

Entweder gehen wir die Risiken gemeinsam ein, oder wir tun gar nichts, um keine Fehler zu machen.

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Dann regelt sich das auch von selbst!)

Da sage ich, nichts zu machen ist für die Beschäftigten noch viel gefährlicher.

(Beifall bei SPD und FDP)

Es kann sein, daß wir eine oder zwei Etappen früher hätten aufwachen können.

(B) (Abg. S a g n e r [CDU]: Das bringt nichts!)

Aber das, was ich hier in Bremen erlebe, hat mein Kollege Stoltenberg in gleicher Weise erlebt.

(Abg. S a g n e r [CDU]: Das ist keine Entschuldigung! — Abg. W e d e m e i e r [SPD]: Kennen Sie Stoltenberg überhaupt?)

Entschuldigung? Ich brauche mich hier nicht zu entschuldigen! Ich will nur deutlich sagen, vor welchen Schwierigkeiten wir stehen!

(Beifall bei der SPD)

Wenn irgend etwas in Baden-Württemberg oder in Rheinland-Pfalz schiefeht, ist das keine Entschuldigung für Bremen. Das ist ein Problem jeder Landesregierung, immer wieder vor neuen Fragen zu stehen und nachzudenken, ob und wie man eventuell helfen kann.

Dazu habe ich nur eine einzige Bitte: Mir ist jeder angenehm, der uns kritisch begleitet und auch nein sagt, aber nicht derjenige, der unkritisch nein sagt und sich in Enthaltung flüchtet, weil er nicht weiß, was kommen wird. Dann ist mir jeder lieber, der sagt, ich mache mit, oder ich mache nicht mit.

(Beifall bei der SPD und FDP)

Ich brauche Entscheidungen, die ich überprüfen kann. In diesem Zusammenhang muß ich Ihnen sa-

gen, haben Sie ein bißchen Gefühl für die Menschen, um die es hier geht! Es geht doch nicht um Geld, es geht doch um Menschen, die beschäftigt werden wollen. Meine Bitte ist: Nicht das Nein stört mich, aber es stört mich, keine Entscheidung treffen zu wollen. Hinterher klüger reden können wir alle. Ich weiß, was ich im Leben alles falsch gemacht habe, nicht nur privat, auch im Dienst, aber eines weiß ich jedenfalls, ich habe gehandelt und habe mir vorher gesagt, paß auf, es könnte schiefgehen, bleib du bereit, dies zu tragen. Das wäre auch Ihre, das ist meine Aufgabe. Lassen Sie uns gemeinsam so arbeiten!

(Beifall bei SPD und FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Klein.

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister Koschnick, gerade weil es um Menschen geht, die Arbeitsplätze besetzen, um Menschen, deren Arbeitsplätze gefährdet sind, sollte man die politisch richtigen Entscheidungen treffen.

(Beifall bei der CDU — Bürgermeister Koschnick: Ja!)

Sie haben seit Jahren die Auffassung verkündet, in Bremerhaven könnten Werftarbeitsplätze gehalten werden durch eine Neustrukturierung der beiden mittelständischen Werften unter Erweiterung der Investitionen im südlichen Fischereihafen. Dafür waren öffentliche Mittel eingesetzt.

Herr Bürgermeister, wir machen Ihnen den Vorwurf, diese Mittel haben Sie nicht mehr zur Verfügung, weil Sie sie verschleudert haben.

(Beifall bei der CDU)

Das ist doch der eigentliche Punkt unserer Kritik. Wenn Kuhlmann und Rust nicht passiert wäre, dann stünde bereits eine neue fusionierte Werft im südlichen Fischereihafen, und die Produktivitätsrate wäre so beschaffen, daß wir diese verdammt Probleme in Bremerhaven nicht mehr in dieser Schärfe hätten!

(Beifall bei der CDU — Abg. Beckmeyer [SPD]: Dann gäbe es die SUAG-Werft schon gar nicht mehr! — Abg. Stelljes [SPD]: Das glaubt er selbst nicht!)

Herr Bürgermeister, ich muß eines noch einmal in den Mittelpunkt unserer Aussage stellen, es handelt sich hier — —.

(Abg. Stäcker [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Herr Abgeordneter Klein, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. **Klein** (CDU): Nein, ich beantworte jetzt keine Zwischenfragen, und ich bitte, mich bei mei-

- (A) nen Ausführungen, ich bitte um Entschuldigung, nicht zu unterbrechen!

Es handelt sich doch hier, meine Damen und Herren, nicht darum, daß der Senat der CDU-Fraktion den Auftrag erteilt hat, die Angelegenheit Kuhlmann und Rust zu überprüfen — die CDU-Fraktion hat ihre Bedenken durch viele Jahre hindurch zu Protokoll gegeben, ich werde das hinterher zusammenfassend noch einmal zitieren —, sondern hier hat der Senat im Einklang mit dem Haushaltsausschuß 1979 im Zusammenhang mit dem endgültigen, von uns schon lange geforderten Abbruch des Engagements den Rechnungshof um eine Sonderprüfung gebeten.

Dieses umfangreiche Gutachten liegt vor. Der Senat hat es lange geheimgehalten, wir haben es zum Gegenstand einer Überprüfung im Prüfungsausschuß gemacht, und nun erkläre ich erneut nach all dem, was ich hier hören mußte, die Kritik der CDU steht im nahtlosen völligen Einklang mit den letztgültigen Feststellungen des Rechnungshofs, den der Senat selbst beauftragt hat.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie also jetzt die von mir artikulierte Kritik angreifen, greifen Sie nicht die CDU-Fraktion an, sondern Sie greifen den Rechnungshof an, unser objektives Instrument der Aufklärung, unser Instrument, das wir einsetzen, um einer ordentlichen Finanzpolitik in der Zukunft Raum geben zu können.

- (B) Deswegen ist für mich die Frage nach dem Testat so wichtig. Meine Damen und Herren, was wäre denn gewonnen, wenn wir uns jetzt mehrheitlich zu der Auffassung durchringen würden, irgendeine Prüfungsgesellschaft, meinerwegen eine renommierte, gibt ein Testat, und der Senat kann daraufhin öffentliches Geld ausgeben? Was wäre das für ein Ergebnis nach diesen Erfahrungen? Deswegen sind alle Erklärungen, auch die seminaristisch-akademischen, aus Lehrbüchern gezogenen Erklärungen des Kollegen Kunick gegenstandslos.

Es geht hier um etwas anderes, es geht um Gutachten von renommierten Prüfungsgesellschaften, die zum Teil, nicht immer, mit Testaten endeten, in denen die Zweifel, und zwar auch die Anhaltspunkte, die Tatsachen für die Zweifel, sofort im selben Dokumentenstück mitgeteilt worden sind. Der Rechnungshof hat nichts anderes getan, und das in nachträglicher Bestätigung unserer Bedenken, als dem Senat vorzuwerfen, diese Zweifel nicht zum Anlaß genommen zu haben zur nachträglichen sorgfältigen Überprüfung. Deswegen ist es nicht angebracht, hier die CDU zu verteufeln und sich auf den Schein eines Testats zu berufen.

Um das wirklich endgültig zu beweisen, komme ich noch einmal auf den Bericht des Prüfungsausschusses zurück, der ja unstrittig korrekt den Rechnungshof zitiert.

„Der Rechnungshof“, Herr Bürgermeister Koschnick, „geht davon aus, daß die Verwaltung die Vermögens- und Ertragslage des Unternehmens“ — jetzt

gesperrt gedruckt — „bei der Firma“ — von mir eingefügt, in Bremerhaven — „hätte überprüfen oder überprüfen lassen müssen. Insbesondere habe die Verwaltung der Werthaltigkeit dieser Forderungen, die sich einige Zeit später als weitgehend wertlos darstellten, falsch eingeschätzt, obgleich“ — das ist jetzt entscheidend! — „zu Zweifeln Anlaß gebende Indizien vorhanden gewesen seien, denen die Verwaltung nicht nachgegangen sei. Der Rechnungshof verweist unter anderem darauf, daß die Banken nicht bereit gewesen seien, die Forderungen zu beleihen.“

Ein komisches Testat, Herr Bürgermeister Koschnick, worauf die Banken keinen Kredit mehr geben, obgleich sie Kreditlinien eingeräumt haben! Nur ein Indiz!

Ich fahre fort: „Zudem habe einem Bericht des Abschlußprüfers entnommen werden können, daß er das die Kundenforderungen betreffende Zahlenwerk der Kranbaufirma übernommen habe, ohne es im einzelnen zu prüfen. Ferner habe er die Kundenlagerforderungen so detailliert beschrieben, daß Anlaß für erhebliche Zweifel an der Werthaltigkeit hätten aufkommen müssen. Darüber hinaus hätte der Widerspruch zwischen dem von der Kranbaufirma prognostizierten Umsatz für 1978 und dem Forderungsrückgang in 1977 Anlaß zu Nachfragen sein müssen.“

Es handelte sich hier um einen Betrag, aus dem Gedächtnis, von rund zehn bis zwölf Millionen DM, das war die Differenz zwischen Absatzprognose und tatsächlichem Umsatz.

Meine Damen und Herren, wenn Sie fortfahren, Testate zur Grundlage zu nehmen für die Verausgabung öffentlicher Mittel in dieser Höhe, die in dieser Weise vom Testierenden selbst in bestimmten Punkten in Zweifel gezogen werden, dann werden Sie die Verschleuderung von öffentlichen Mitteln in der Zukunft nicht verhindern! Deswegen engagiere ich mich in diesem Punkt so. Sie können sich nicht auf ein Scheintestat berufen, das sich selbst widerspricht durch das Gutachten.

Deswegen lautet nach wie vor die Schlüsselfrage, Herr Kollege Lahmann, warum sind denn plötzlich zwölf Millionen, dreizehn Millionen DM Wertberichtigungen testiert worden, warum? Die Frage ist nicht beantwortet worden, weil sie nicht im Sinne derjenigen hätte beantwortet werden können, die sich auf das Testat berufen haben.

Sie hätte vom Prüfungsinstitut nur dahingehend beantwortet werden können, wir haben euch auf die Zweifel aufmerksam gemacht, aber ihr wolltet die Fortführung, und ihr wolltet auch die Fortführung öffentlich garantieren, und deswegen haben wir es bei den Zweifeln bewenden lassen, und als wir von euch erfuhren, nachdem der Finanzsenator die Verstaatlichung selbst nicht mehr mitmachen wollte im März 1979, als wir erfuhren, daß ihr kalte Füße bekommen habt, da haben wir so testiert wie immer, und dann hatten wir eine Wertberichtigung in einer Größenordnung von 13 Millionen DM.

(C)

(D)

(A) Ich bin überzeugt, so ist es gewesen, und es ist heuchlerisch, ich möchte niemanden persönlich angreifen, aber es ist heuchlerisch, sich heute nach einer solchen Entwicklung auf ein Scheintestat zu berufen, das durch den Sachverhalt der Prüfungsgesellschaft selbst widerlegt worden ist!

(Bürgermeister Koschnick: Scheintestat? Das ist ein Angriff gegen die Gesellschaft, das weise ich zurück!)

Herr Bürgermeister Koschnick, ich habe zum Ausdruck gebracht, daß die Zweifel und die Anhaltspunkte für den Zweifel in den Gutachten der Prüfungsgesellschaft selbst zum Ausdruck gekommen sind.

(Bürgermeister Koschnick: Die Berufsehre ist hier verletzt!)

Meine Damen und Herren, es tut mir leid, ich muß auf den Angriff zurückkommen gegen meine Fraktion, wir hätten, Herr Lahmann hat es formuliert, Steine statt Brot gegeben durch unsere Enthaltung.

(Unruhe — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, ich bitte um mehr Aufmerksamkeit für den Redner!

Abg. Klein (CDU): Ich muß bei Lage der Dinge das verifizieren, was ich heute morgen vorgetragen habe, daß wir die Fehlentscheidung von Anfang an gerügt haben. Wir haben gerügt, daß man Angestellte, die einen potenten Wettbewerber am Markt verlassen, um ihm Konkurrenz zu machen, mit öffentlichen Mitteln gefördert hat. Das haben wir von Anfang an gerügt. Sie wissen, daß der potente Mitbewerber oder Bewerber, jetzt noch Behaupter am Markt, die Firma Weyhausen ist. Es war von vornherein anrühlich, aussteigende Angestellte, die kein Geld haben, mit öffentlichen Mitteln zu stützen, damit sie eine solche Konkurrenz zu Lasten ihrer ehemaligen Arbeitgeberfirma versuchen.

Herr Bürgermeister Koschnick, es geht nicht darum, daß man Diversifizierung allgemein begrüßt, das kann jeder, sondern es geht darum, in der konkreten Lage die richtige Entscheidung zu treffen. Wir haben von Anfang an gesagt, in der damaligen konkreten Lage wie heute, dieser Diversifizierungsversuch ist verfehlt, und die Entwicklung hat uns recht gegeben zu unserem eigenen Bedauern.

(Bürgermeister Koschnick: Deswegen Enthaltung und nicht dagegen gestimmt?)

Nein, ich habe heute morgen, als Sie nicht zugegen waren, Herr Bürgermeister, zum Ausdruck gebracht, daß das Teuflische dieser Lage folgendes war: Man hat unter der Flagge der Werfthilfe Kranbauhilfe erstrebt zu privatwirtschaftlichen Zwecken, und zwar zu nicht rentablen privatwirtschaftlichen Zwecken. Wir waren von vornherein in der Schwierigkeit, immer wieder die zusätzlich gefährdete Werft schützen zu müssen. Ich habe heute morgen ausgeführt, daß ein zweites krankes Bein die Werft

zusätzlich gefährdet hat, und wir mußten nun diese zusätzliche Gefährdung abwehren. (C)

Das haben wir getan durch klares Formulieren unserer Bedenken. Das mündete dann im Ergebnis in Enthaltung, weil wir die Werft aufrechterhalten wollten, aber den Kranbau als zusätzliche Gefährdung nicht wollten.

Das wissen Ihre Kollegen in den Gremien, und ich bitte, die Schwierigkeit dieser Lage zu respektieren, denn die Schwierigkeit dieser Lage, diese Erpreßbarkeit des Senats und der Gremien ist ja von Ihnen dadurch mitverschuldet worden, daß Sie sich auf dieses Diversifizierungsexperiment überhaupt eingelassen haben. Wir sind doch erpreßt worden mit den Arbeitsplätzen bei den Werften, und in Wirklichkeit ging es um Kranbauhilfe, ohne daß Privatkapitalrisiko in irgendeiner Weise in Rede stand. Das von Anfang an nicht hinreichend erkannt zu haben ist Ihr Fehler.

(Abg. Lahmann [FDP]: Da würde ich aber nicht noch mehr schlafende Hunde wecken, Herr Kollege!)

Herr Kollege Lahmann, ich darf, weil Sie vortragen, wir hätten nichts geäußert, eine zusammenfassende Meinungskundgabe der CDU-Fraktion kurz zitieren aus dem Protokoll der entscheidenden Verstaatlichungssitzung vom März des Jahres 1979, als wir gegen die Verstaatlichung von Kuhlmann und Rust waren.

(Abg. Stäcker [SPD]: Das erste Mal!)

Das war auch das erste Mal, daß die Verstaatlichung in Rede stand! (D)

(Abg. Lahmann [FDP]: 1979 oder was haben Sie gesagt?)

1979! Ich darf zitieren, und das ist eine Zusammenfassung unserer Kritik, die wir durch viele Jahre hindurch aufrechterhalten haben.

„Herr Klein teilte mit, daß die CDU der Vorlage nicht zustimmen könne. Nach seiner Meinung müsse die Alternative Abbruch untersucht werden. Die CDU neige zur Einstellung des Engagements bei K und R. Die CDU habe seinerzeit eine Diversifizierung über K und R abgelehnt, zum Teil wegen der in der Vorlage auch wieder genannten Schwächen — Fertigungsstruktur und -bedingungen, Kapitalstruktur —, zum Teil wegen der ungünstigen Marktsituation, Verdrängungswettbewerb, Delmenhorster Unternehmen. Es habe sich gezeigt, daß dieser Diversifizierungsversuch zu einer Beeinträchtigung des Schiffbaubereichs geführt habe. Daher habe die CDU die Trennung beider Bereiche gefordert.“

Übrigens sagt der Rechnungshof selbst, daß das möglich gewesen sei ohne Konkurs der Werft. „K und R könne nunmehr eingestellt werden, ohne daß SUAG dabei geschädigt werde. Im übrigen sei im Jahre 1978 festgestellt worden, daß der Abschluß 1977 nicht korrekt gewesen sei, Bewertung von

- (A) Kundenforderungen.“ Unser Thema! „Es sei in der Vorlage nicht dargestellt, daß die damit zusammenhängende Problematik für die Zukunft ausgeräumt sei. In der Vorlage, Seite drei, werde sogar von einer positiven Entwicklung in 1977 gesprochen. Für 1978 liege lediglich ein vorläufiger, teilweise geprüfter Jahresabschluß vor.“

Meine Damen und Herren, das war noch vor diesem spektakulären Gutachten vom Juni 1979, als zusätzlich zwölf Millionen DM Jahresfehlbetrag wegen der Wertberichtigung der Kundenlager ausgewiesen wurde.

Ich fahre fort: „Auch die Treuarbeit AG habe in ihrem Vermerk vom 20. Oktober 1978 eine Verlängerung der Bürgschaften nur bei Vorliegen des Ergebnisses 1978 vorgeschlagen. Es müsse hier Klarheit geschaffen werden. Herr Klein führte dann aus, daß der Zweck der Diversifizierung die Hilfe für die notleidende Werftindustrie sei. In dem zur Entscheidung gestellten Fall gehe es aber gar nicht um die Werft, sondern um den Kranbau. Das sei eine Verfälschung öffentlicher Zielsetzungen. Der Vergleich des Mittelbedarfs bei Weiterführung und Abbruch spreche für den Abbruch.“ Dann führe ich die Zahlen auf.

„Die CDU habe außerdem ordnungspolitische Bedenken gegen das Weiterführungskonzept, weil es de facto den Zugriff des Staates auf das Unternehmen K und R beinhalte. Mit dem noch nicht gefundenen Manager werde der Borgwardfehler wiederholt. Zum Gelingen einer Sanierung müsse ein Sanierungsprogramm vorliegen mit einem Sanierer, der das Gelingen einigermaßen garantiere.“

(B)

Meine Damen und Herren, ich könnte solche Zitate noch in Vielzahl anführen aus diesen Jahren, ich schenke mir das. Dieses Zitat steht als Beweis für das jahrelange Ringen der CDU um die richtige Lösung, bestätigt jetzt durch den Rechnungshof, und es ist einfach ungehörig, Herr Kollege Lahmann, uns vorzuwerfen, wir hätten nichts auf der Pfanne gehabt, wir hätten uns in die Enthaltung geflüchtet und Steine statt Brot gegeben. Das ist nichts anderes als der heuchlerische Versuch, von der erlebten Wahrheit abzulenken!

(Beifall bei der CDU — Abg. L a h m a n n [FDP]: Da ziehen Sie sich nicht mehr heraus, Herr Kollege! — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Ihre Redezeit ist abgelaufen!

Abg. **Klein** (CDU): Ja, ich weiß! Lassen Sie mich noch einen Satz sagen zum Vorstand! Meine Damen und Herren, ich kann das nicht mehr hören, je mehr Fehler der SPD und dem Senat passieren, um so mehr ist der Vorstand schuld. Gleichzeitig wird der Vorstand von maßgeblichen SPD-Vertretern gelobt, auch hier im Hause, auch in der Öffentlichkeit! Was gilt denn eigentlich, Herr Beckmeyer?

Ich will hier nur eines zitieren, das ist eine Aussage von Herrn Beckmeyer in diesem Hause, ganz

jung, vom Oktober 1981 zum Vorstand der SUAG-Werft:

(C)

„Herr Klein“ — ausgerechnet wieder an meine Adresse! —, „was war das Ergebnis? Kein Verlust auf der ganzen Linie! Eine Werft, die mit 200 000 DM in rot ihr Jahr abschließt“ — 1981, Beckmeyer — „bei diesem Umsatzvolumen, bei diesen lausigen Werftzeiten, da kann ich nur meinen Hut ziehen vor diesem Werftvorstand. Alle Achtung diesem Vorstand“, haben Sie dann weiter ausgeführt, „meinen vollen Respekt dieser vereinten Leistung! Wer mit einem solch geringen Verlust bei diesen Schwierigkeiten an diesem Standort ein solches Umsatzvolumen leistet, von dem kann ich sagen, das ist ein guter Werftvorstand. Ich glaube, daß wir auch dies in diesem Hause einmal sagen sollten, das ist eine hervorragend funktionierende Werft.“

Herr Kollege Beckmeyer, das haben Sie hier ausgesprochen nach dem Eklat bei Kuhlmann und Rust, nachdem Sie das wußten und nachdem Sie mit der Fusion nicht weiter kamen, am 15. 10. 1981. Ich frage Sie allen Ernstes, was stimmt denn nun eigentlich?

(Abg. G a s s d o r f [CDU]: Beides!)

Sind Sie noch imstande, den Sachverhalt zu beurteilen, oder stellen Sie einen Scheinsachverhalt je nach der politischen Opportunität immer verschieden dar zur Frustration der Bevölkerung?

(Beifall bei der CDU)

Ich muß Ihnen einmal in allem Ernst eine solche Frage stellen, denn, Herr Kollege, die Zeiten werden ernster, Zeiten, die von Ihnen in ihrer Ernsthaftigkeit und in ihrer Tragik politisch verschuldet sind. Eines können wir auf gar keinen Fall vertragen: Demagogische Verleumdungen! Wir müssen ehrlich bleiben!

(D)

(Starke Heiterkeit bei der SPD — Zurufe)

Es ist wirklich meine tiefe Überzeugung,

(Erneute Heiterkeit bei der SPD —

Abg. S t i c h w e h [SPD]: Da muß er selbst lachen!)

meine Damen und Herren von der SPD, Sie sollten Ihre Fähigkeit zur sachlichen — lassen Sie mich aussprechen! —, Sie sollten Ihre Fähigkeit zur sachlichen Kenntnisnahme schmerzhafter Wahrheiten schulen, und Ihre Fähigkeit, Ihre Klatsch- und Lachmaschinerie zu betätigen, sollten Sie zurücknehmen im Interesse Bremens!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Thape.

**Bürgermeister Thape, Senator für Finanzen:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Hinter einem Schleier von Vorwürfen versucht Herr Klein, die bereits erfolgten Klarstellungen zu vertuschen. Da das Wort Demagogie, glaube ich,

(A) zwar ausgesprochen, aber nicht gerügt worden ist — ich bin deswegen aber schon einmal gerügt worden —, würde ich von politischer Schaumschlägerei sprechen.

(Starker Beifall bei der SPD — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Herr Bürgermeister, wenn persönliche Angriffe gefahren werden, und wir hören es, dann wird es gerügt. Hier war kein persönlicher Angriff.

**Bürgermeister Thape:** Das war auch nicht persönlich gemeint, ich habe ja nur einen Sachverhalt dargestellt!

(Beifall bei der SPD)

Herr Klein, Sie haben sich vorhin unterhalten, als ich gesprochen habe. Ich hatte es Ihnen vorausgesagt, daß Sie hinterher etwas Falsches sagen würden. Wenn Sie zugehört hätten, hätten Sie zur Kenntnis genommen, daß ich das Sondergutachten zitiert habe, und zwar vom Oktober 1978. Darin ist eindeutig und deutlich gesagt worden — ich darf zitieren —:

(B) „Die Forderungen wurden zu Nominalbeträgen angesetzt. Nennenswerte Zahlungsausfälle sind der Gesellschaft bislang nicht entstanden. Nach erhaltener Auskunft sind auch zur Zeit keine akuten Ausfallkriterien erkennbar. Bei unserer Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. 12. 1977 und bei der Einsichtnahme in Konten und Belege anlässlich dieser Sonderuntersuchung haben wir keine Anhaltspunkte für eine abweichende Beurteilung der Forderungen gefunden. Darüber hinaus ist ein großer Teil der Forderungen durch die Hermes-Kreditversicherung abgesichert. Daneben, teilweise auch überschneidend, ist der hohe Sicherungswert des grundsätzlich vereinbarten Eigentumsvorbehalts für die vom Kundenlager repräsentierten Forderungsbeträge hervorzuheben.“

Das ist vom Oktober 1978. Sie haben sich selbst zitiert von 1979. Nun darf ich aber bescheiden darauf aufmerksam machen, daß die eigentlichen Entscheidungen 1977 und 1978 gefallen sind, und gerade da haben Sie eben Diät zu sich genommen und sich der Stimme enthalten, das hatte ich ja vorhin schon gesagt.

(Beifall bei der SPD)

1979 waren wir ja alle viel schlauer,

(Zuruf von der SPD: Eben!)

und wir haben dann daraus auch unsere Konsequenzen gezogen. Das ist jetzt der Abschluß. Wenn es so weitergegangen wäre, wie das Unternehmen es gewünscht hätte, würden noch weitere zusätzliche Belastungen auf uns zugekommen sein.

Nun noch eines zum Abschluß! Ich möchte es nicht so ausdauernd machen wie Sie. Ich kann auch nicht so phantastisch über mich selbst sprechen wie Sie,

und ich habe auch nicht die entsprechenden Belege, um mich laufend zu zitieren. (C)

(Beifall bei der SPD)

Das Rechnungshofgutachten ist diskutiert worden, Herr Klein, und Sie versuchen immer wieder, die zunächst ausgeklammerten Punkte, die damals noch nicht, inzwischen aber klargestellten und aufgeklärten Punkte als den eigentlichen Beweishintergrund zu liefern, und Sie tun so, als sei zwischendurch überhaupt nichts an Aufklärung passiert. Das ist doch das Entscheidende, und darum kommen wir auch nicht zusammen.

Mehr kann man doch nicht tun, als daß man sagt, wir haben natürlich ein hohes Risiko auf uns genommen. Wir haben Geld weggeben müssen, das nicht mehr zur Verfügung steht für Aufgaben, die wir lieber hätten wahrnehmen wollen. Aber Sie können doch nicht jetzt, weil ein Werftvorstand gelobt wird, der damals noch gesagt hat, in bezug auf die ZIM-Aufträge läuft alles glatt, und 14 Tage später zu uns gekommen ist und gesagt hat, es sind 15 Millionen DM in den Sand gesetzt worden, wir brauchen 15 Millionen DM mehr, Herrn Beckmeyer den Vorwurf machen, wenn er ihn zunächst einmal lobt, weil ja scheinbar auch alles geklappt hat!

(D) Ich finde, daß das Ganze darauf hinausläuft, sich Optionen für Vorwürfe freizuhalten, und das muß ich jetzt sagen, der Sprecher zumindest der CDU-Fraktion — ich will nicht die ganze Fraktion einschließen — versucht, diesen Weg zu gehen. Er möchte sich jede Option aufrechterhalten, indem er sich nicht engagiert.

Er möchte sagen können, ihr habt Geld in den Sand gesetzt, das war falsch, ihr hättet die Firma pleite gehen lassen müssen; wenn man aber sagt, wir lassen die Firma pleite gehen, möchte er sagen können, das hättet ihr nicht tun dürfen, denn da war noch eine Reihe von Chancen, und wenn ihr noch einige Millionen DM eingesetzt hättet, hätte der Betrieb gerettet werden können. Herr Klein, so geht es nicht!

(Beifall bei der SPD — Zuruf des Abg. Klein [CDU])

Politisch Farbe bekennen, Herr Klein, müssen Sie in diesem Hause. Wir tun das auf jeden Fall, und wir bekennen uns dann auch dazu, wenn einmal etwas schiefgelaufen ist, wie in diesem Fall!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Beckmeyer.

Abg. Beckmeyer (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte dieses aufrichtige Zitat von Herrn Klein klarstellen. Er hat es in einen großen Nebel gestellt und damit praktisch einen Nebenkriegsschauplatz eröffnet, um nämlich die aktuelle SUAG-Diskussion noch einzubeziehen.

(A) Herr Klein, es stimmt, daß ich diese Worte gesagt habe, aber ich möchte Sie auch an Ihre ungefähr zwei Jahre zuvor gemachten Äußerungen erinnern, die damals ebenfalls mit zur Debatte standen. Sie haben sich nämlich damals im Zusammenhang mit diesem Fährschiffauftrag, der von der SUAG-Werft in Bremerhaven, ich wiederhole es, hervorragend abgewickelt worden ist, hinreißen lassen, eine anscheinend seriöse Aussage einer nordbremischen Werft, daß dieser Auftrag mit einem Mindestverlust von 30 Millionen DM abgewickelt würde, in diesem Hause zu verbreiten, um damit der Werft zu schaden.

(Abg. Klein [CDU]: Das haben Sie geträumt, Herr Kollege!)

Das ist im Grunde der Punkt gewesen, Herr Klein, der in dieser Debatte deutlich gemacht werden mußte. Dieser Vorstand, und er ist dafür verantwortlich gewesen, genauso wie er für diesen ZIM-Auftrag verantwortlich ist, hat diese Arbeit gut abgewickelt. Ich scheue mich nicht, einen Vorstand zu loben, wenn er etwas Gutes getan hat. Ich scheue mich aber auch nicht zu sagen, wenn er Mist gemacht hat, daß er Mist gemacht hat. Das nehmen Sie mir bitte in dieser Frage ab.

Ein letztes Wort dazu! Genauso unaufrichtig wie diese Entsagungsposition — Herr Neumann sagte vorhin in einem Zwischenruf, eine Enthaltung sei auch eine Haltung, ja, das ist eine typische CDU-Haltung, würde ich sagen —, genauso unaufrichtig wie diese Entsagungshaltung ihrer Fraktion bei K und R, genauso ist die Entsagungshaltung, die Sie momentan in der aktuellen SUAG-Debatte einnehmen. Das ist im Grunde das Unaufrichtige in Ihrer politischen Position.

(Beifall bei der SPD — Abg. Klein [CDU]: Sie sind doch im Wort!)

Das ist genau die Position, die die Werftbeschäftigten nicht gebrauchen können!

(Abg. Klein [CDU]: Gehen Sie doch hin zu den Beschäftigten!)

Ein solcher Wortschwall und ein solcher Anzeigenschwall in der öffentlichen Debatte hilft uns überhaupt nicht weiter, sondern führt im Grunde nur in das Abseits, in das Sie uns führen wollen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, ich rufe den Antrag der Fraktion der CDU unter Tagesordnungspunkt vier zur Abstimmung auf.

(Abg. Klein [CDU]: Zur Geschäftsordnung!)

Bitte sehr, Herr Klein!

Abg. Klein (CDU): Meine Damen und Herren! Als Ergebnis der Arbeit des Rechnungsprüfungsausschusses ziehen wir diesen Antrag zurück, weil er inhaltlich aufgegangen ist, erstens in den Spiegelstrichen und den Bemerkungen im Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses, dem wir uns anschließen, und zweitens in den exekutiven Bürgerschaftsrichtlinien der Senatsvorlage, die zur Kenntnisnahme dem Hause vorgelegt sind. Dieser Antrag ist also nicht mehr existent.

**Präsident Dr. Klink:** Das ist der Antrag 10/677, ist das richtig?

(Abg. Klein [CDU]: Ja!)

Der Antrag 10/677 ist also zurückgezogen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 10/844. Hierzu ist ein Änderungsantrag vorgelegt worden vom Abgeordneten Willers.

Ich lasse zunächst über diesen Änderungsantrag abstimmen. Der Änderungsantrag lautet: „Der Entschließungsantrag wird um folgenden Satz ergänzt: Das leider nicht einmalige Fehlverhalten und die Inkompetenz der politisch verantwortlichen Senatoren für Wirtschaft und Finanzen bei Bürgerschaftsvergaben hat nach Auffassung der Bürgerschaft zu personellen Konsequenzen zu führen.“ Soweit der Änderungsantrag!

(Abg. Klein [CDU]: Wir übernehmen den!)

Dann brauchen wir nicht darüber abstimmen zu lassen!

Dann rufe ich jetzt auf zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 10/844, der ergänzt ist um den Satz, den ich eben gerade vorgelesen habe. Insofern ist es eine Neufassung.

Wer diesem Entschließungsantrag in dieser Form seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, BGL und Abg. Willers)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und FDP)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Nunmehr kommen wir zur Abstimmung über den Antrag des Rechnungsprüfungsausschusses, das ist Tagesordnungspunkt 17.

Wer dem Antrag der Mitglieder des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses mit der Drucksachen-Nummer 10/840 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und FDP)

(C)

(B)

(D)

(A) Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen BGL und Abg. Willers)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Im übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von dem Ergänzungsbericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses und von der Mitteilung des Senats, Drucksache 10/837, Kenntnis.

Damit ist dieser Fragenkomplex abgehandelt.

### Gesetz zur Änderung des Vermessungs- und Katastergesetzes

Mitteilung des Senats vom 29. März 1982  
(Drucksache 10/798)  
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) hat das Gesetz in ihrer Sitzung am 13. Mai 1982 in erster Lesung mit Änderung beschlossen.

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Vermessungs- und Katastergesetzes in der in erster Lesung angenommenen Fassung in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(B)

(Dafür SPD, CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Abg. Willers)

Stimmenthaltungen?

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

### Arbeitsplatzvernichtung durch weitere Fusionen in Bremen (hier: Bremische Gesellschaft und Beamtenbau)

Antrag der Gruppe der BGL  
vom 13. Mai 1982  
(Drucksache 10/816)

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. die Auftragsformulierung des „Fusionsgutachtens“ vorzulegen;
2. darzulegen, wie er sich im Rahmen dieser „Auftragsformulierung“ eine wirksame Erhaltung der Arbeitsplätze vorstellt;
3. seinem eigenen Anspruch entsprechend die Betriebsräte in diesen für die betroffenen Belegschaften existentiellen Fragen sofort einzuschalten.

Dinné und Gruppe der BGL

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Dinné.

(C)

Abg. Dinné (BGL)\*: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Wort Fusion muß in Bremen als Gespensterwort verstanden werden. Wir haben einschlägige Erfahrungen mit der Fusion von Hapag und Lloyd, man braucht das nicht auszuführen, jedem läuft ein Schauer über den Rücken. Wir haben einschlägige Erfahrungen mit der Fusion von VFW mit oder zu MBB. Uns steht die Fusion von Vulkan und Aktiengesellschaft „Weser“ ins Haus. In dieser Situation kommt nun eine weitere Fusion zwischen der Bremischen Gesellschaft und der Beamtenbau auf uns zu.

Ich will ganz kurz den Hintergrund aufzeigen, vor dem die Sache zu verstehen ist. Unter Fusion versteht man normalerweise, wenn die Produktivität von Betrieben durch Investitionen derartig gestiegen ist, daß der Absatz nicht mehr loszuschlagen ist und man sozusagen Marktbereinigung vornehmen muß. Dann finden Rationalisierungen statt, Rationalisierungen zu Lasten der Arbeitnehmer, weil im Grunde genommen weniger Beschäftigte als vorher das gleiche produzieren können, was bisher schon produziert worden ist. Das ist die Fusion normal.

Fusion à la SPD bedeutet allerdings, daß bei diesem Rationalisierungssprung mit Hilfe von Staatsgeldern die traurige Formel wieder vorgetragen werden muß, daß die Arbeiter mit ihren schwer verdienten Steuergeldern ihre eigenen Arbeitsplätze vernichten. Das ist das eigentlich Tragische an dieser Sache. Deshalb glaube ich auch nicht so ganz, daß man dem eben von unserem Bürgermeister Koschnick geäußerten Gedanken folgen kann, der gesagt hat, so etwas ist immer noch besser, als nichts zu tun.

Ich bitte die Damen und Herren von der Senatsbank und der SPD-Fraktion, die das ja mittragen sollen und wahrscheinlich auch immer mit initiieren, sich zu überlegen, ob es in dieser Situation nicht tatsächlich langsam besser ist, nichts zu tun, statt immer noch bei diesem staatlichen Eingriff einen Umverteilungseffekt zu Lasten der breiten Bevölkerung, also der Arbeitnehmer und der Angestellten, vorzunehmen. Die Frage sollten Sie sich wirklich einmal stellen! Auch wenn Sie aus opportunistischen Gründen wider besseren Wissens anders handeln würden, müssen Sie doch merken, daß aufgrund der Wahlverhältnisse und der Wahlergebnisse Ihnen das gar nichts mehr nützt. Ich meine eigentlich, die Zeit ist gekommen, daß Sie sachlich über diese Dinge nachdenken sollten.

Ich will jetzt zu dem Antrag selbst kommen! Das Eigenartige bei dieser ganzen Fusionskalamität in Bremen ist, daß jeweils immer, gerade auch hier, weil es sich um staatliche Gesellschaften handelt, Gutachten in Auftrag gegeben werden, sozusagen hinter dem Rücken der betroffenen Belegschaften, abgesehen davon, daß das ein Schlag ins Gesicht

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(D)

(A) Ihrer eigenen Mitbestimmungsvorstellungen ist, zumal 1975 die SPD-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft noch den Beschluß über die Einführung der Mitbestimmung in den bremischen Eigenbetrieben als einen weiteren Schritt, alle gesetzlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, die gesellschaftliche Lage der Arbeitnehmer zu verbessern, gefeiert hat. Ich habe das eben zitiert.

Es nützt auch nichts, daß Sie solche Dinge immer feiern, und wenn es ernst wird, müssen Sie sich an den betroffenen Arbeitnehmern vorbeischieben, weil Sie genau wissen, daß die sogenannten Errungenschaften, die Sie dort seinerzeit vorgeschlagen haben, nur Pyrrhussiege waren und im Grunde genommen auch nur Augenschwermerei darstellen. Das sollten Sie sich wirklich einmal vorhalten.

Ich verstehe auch nicht, warum Sie in der Sache nicht mit den betroffenen Arbeitnehmern darüber reden, weil ja durch nichts mehr Unmut aufkommt, als wenn man den Eindruck hat, man wird beschissen. Das ist ja wohl klar. Wenn Klaus Wedemeier als ehemaliges Mitglied dieser betroffenen Firmen zu seinen Kollegen hinginge und sagen würde, hört einmal zu, die und die Lage liegt an, laßt uns überlegen, was in der Situation zu tun ist, eventuell müssen wir sogar auch Arbeitsplätze einsparen, dann wird bei denen sicher mehr Verständnis dafür vorhanden sein, als wenn nach außen hin getan wird, die Arbeitnehmer sind über ihre Betriebsräte und die ganzen Mitbestimmungsorgane immer voll beteiligt, und anschließend hören sie dann hinterherum, daß hinter ihrem Rücken Dinge geplant werden, die voll gegen ihre Interessen laufen. Ich glaube nicht, daß Sie auf diese Weise als Vertreter von Arbeitnehmerinteressen noch lange Vertrauen haben werden, und denke, daß Sie zu Recht an dieser Frage zugrunde gehen werden.

(B) Unser Antrag fordert von Ihnen deshalb nichts anderes, als daß Sie dieses Fusionsgutachten auch auf den Tisch legen. Bei der Bauverwaltung, die dieses Fusionsgutachten in Auftrag gegeben hat, ohne irgendwelche Formulierungen bei der Auftragserteilung zu diesem Fusionsgutachten im Interesse der Arbeitnehmer — zum Beispiel daß möglichst viele Arbeitsplätze erhalten bleiben sollen oder ähnliche Dinge — in dieses Gutachten mit aufzunehmen, bei der Bauverwaltung liegen erste Zwischenergebnisse vor, und vom Hörensagen heißt es, daß von den in beiden Firmen insgesamt ungefähr 180 Mitarbeitern die Hälfte wegrationalisiert werden soll. Herr Bausenator, wollen Sie sich zu der Frage eigentlich nicht einmal äußern, wenn Sie das intern schon wissen? Wollen Sie nicht einmal den Mut haben, vor die Belegschaften Ihres Betriebs — das ist ja ein staatlicher Betrieb — hinzutreten und denen einmal zu sagen, was dort Sache ist und was Sie für Ränke hinter deren Rücken treiben?

Ich bin auch der Meinung, daß die SPD überprüfen sollte, ob sie diese Mitbestimmungsregelungen, die sie dort eingerichtet hat, entweder nun durchhält oder ob sie, wenn sie meint, das ginge nicht, den

Mut hat, das zurückzunehmen und zu sagen, die von uns gefeierten Errungenschaften müssen wir leider angesichts der schlechten Zeiten zurücknehmen. (C)

Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen. Ich will mich darüber nicht weiter jetzt noch verbreiten, weil wir spätestens morgen früh ja die nächste Fusionsfrage auf dem Tisch haben werden, so daß wir sicher noch Gelegenheit haben, lange Erörterungen prinzipieller Art darüber zu führen. Aber dieses Minimum an Anständigkeit dem eigenen Anspruch und den betroffenen Belegschaften gegenüber verlangt meines Erachtens, daß gerade die SPD diesem Antrag zustimmt. — Vielen Dank!

(Beifall bei der BGL)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort Herr Senator Meyer.

**Senator für das Bauwesen Meyer:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich jetzt gleich zu Wort gemeldet, um ein paar Dinge aufzuklären und einige falsche Behauptungen, Unterstellungen oder nebulöse Darstellungen etwas ins klare Licht zu rücken, denn bei diesem Thema, über das wir hier heute nachmittag diskutieren, gibt es überhaupt nichts zu verheimlichen. Hier ist auch überhaupt nichts an Arbeitnehmerinteressen vorbeigelaufen, und deswegen möchte ich das wie folgt gleich eingangs einmal ganz kurz darstellen:

Es ist in der Tat so, daß ich — und das sage ich auch insbesondere für meine Person, der insbesondere Gesellschaftsinteressen und Gesellschafterverantwortung zu vertreten hat in den beiden bremischen Wohnungsbaugesellschaften — zur Zeit sehr intensiv darüber nachdenke, im politischen Raum allgemein, über die politische Zukunft des Wohnungsbaus in den beiden Gesellschaften, natürlich konzentriert auch dahingehend, wie wir mittelfristig bei diesen Gesellschaften die Kapazitäten fahren können, welche Probleme wir zur Zeit bei einigen Details der Gesellschaften haben und welche Entwicklungen wir eigentlich durchführen müssen, insbesondere, Herr Dinné, um die Arbeitsplätze in diesen beiden Firmen auf Dauer gesehen — und auf Dauer gesehen muß ich unterstreichen — sichern zu können. (D)

Wir wissen erstens alle, daß es in der gesamten Wohnungswirtschaft zur Zeit Probleme gibt mit der Kapazitätsauslastung, insbesondere weil im Bereich der Eigentumsnachfrage praktisch überhaupt der Markt tot ist.

Wir wissen zweitens, daß wir bei der Bremischen Gesellschaft im Sanierungsbereich, der die Stadtgemeinde Bremen betrifft, in den nächsten Jahren sicherlich weniger Kapazitäten benötigen. Deswegen bemühen wir uns ja auch nachdrücklich darum im Aufsichtsrat und als Gesellschafter — siehe Vorlage hier im Parlament vom Mai —, den Gesellschaften Möglichkeiten zu geben, am Markt tätig zu werden, soweit es irgend geht. Sie haben ja im Mai

(A) über die Frage der Ausweitung im Bereich der Satzung als Sanierungsträger bei der Bremischen Gesellschaft diskutiert. Dies ist ein ganz wichtiges Bemühen unsererseits, den Versuch zu machen, soviel Beschäftigung wie möglich für die bremischen Wohnungsbaugesellschaften hereinzuholen.

Daneben bin ich allerdings der Meinung, daß man verschiedene Fragen für die Zukunft der Gesellschaften untersuchen muß. Deswegen habe ich nicht irgendein Gutachten nach dem Motto, nun macht uns einmal ein schönes Gutachten für eine Fusion in Auftrag gegeben, sondern eine Stellungnahme beim Prüfungsverband der niedersächsisch-bremischen Wohnungsbaugesellschaften. Dies ist deswegen wichtig, weil das genau diejenigen sind, die in beiden Gesellschaften die tätigen Prüfer sind. Diese beiden Prüfer sind es auch dann, die zur Zeit dabei sind, eine Zusammenstellung vorzunehmen, ob eigentlich überhaupt — und dies als Information des Gesellschafters — eine mögliche Zusammenführung Vorteile haben kann oder aber ob eine Zusammenführung in der Addition nichts für sich hat oder ob das sogar Nachteile hat.

Wir lassen dies untersuchen in Richtung der Kapitalausstattung, zum Beispiel in der Frage, ob eigentlich die Addition der beiden Kapitalien der Gesellschaften — Sie kennen dieses Thema, soweit Sie in den Aufsichtsräten sind, im Detail — einen Vorteil bei einer Zusammenführung bringt oder nicht. Wir lassen dies untersuchen in bezug auf Betriebskosten in beiden Gesellschaften. Wir lassen dies untersuchen in bezug auf Aufwendungen, die in den unterschiedlichsten Bereichen gemacht werden. Wir lassen dies untersuchen in bezug auf den Wohnungsbestand. Hier gibt es ja sehr unterschiedliche Bindungen bei beiden Baugesellschaften. Wir lassen dies untersuchen auch in bezug auf steuerliche Probleme.

(B) Hierbei wird, und das möchte ich ganz eindeutig sagen, im wesentlichen eine Gegenüberstellung der vorhandenen Daten gemacht. Dies sind vorhandene Daten, die die Wirtschaftsprüfer natürlich viel genauer herausarbeiten können, als wir dies tun können. Ich habe in der Verwaltung niemanden, der diese Zahlen im Detail nebeneinanderstellen kann. Es wird kein Ergebnis unter dem Strich herauskommen, daß der Verband sagen wird, wir sind für oder gegen eine Zusammenlegung, sondern wir als Gesellschafter wollen diese Unterlage benutzen, um überhaupt über die gegenwärtige Situation beider Wohnungsbaugesellschaften im Detail ins reine zu kommen und um dann über Perspektiven miteinander zu diskutieren.

Dies, Herr Dinné, ist der entscheidende zweite Schritt. Sie wissen, daß wir insbesondere dadurch, daß bei der Bremischen Gesellschaft ein Geschäftsführer ausgeschieden ist, in einer besonderen Situation im Augenblick stehen. Entweder organisieren wir die Bremische Gesellschaft neu in sich selbst — dies wird dann im Aufsichtsrat zu beraten sein —

oder wir gehen einen anderen Weg, und genau hierfür brauche ich, um verantwortlich diskutieren zu können, einige Zahlenmaterialien, die an den Ausgangspunkt dieser Diskussion zu stellen sind. (C)

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Herr Senator, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dinné anzunehmen?

**Senator Meyer:** Ja!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Dinné!

Abg. **Dinné (BGL):** Erste Frage: Herr Senator, warum machen Sie denn alles dies, was Sie uns jetzt hier erzählen, nicht einmal mit den Betroffenen?

(Senator Meyer: Darauf komme ich gleich, Herr Dinné!)

Zweite Frage: Können Sie denn die Zahlen, die bei der Gegenüberstellung dieser beiden Gutachter herausgekommen sind, bestätigen, daß dort, wenn fusioniert wird, eben auf die Hälfte reduziert wird?

**Senator Meyer:** Auch darauf komme ich selbstverständlich gleich zurück, weil ich natürlich diese beiden Punkte nicht außer acht lassen werde.

Das heißt also, dies ist eine Zusammenstellung von Zahlenmaterialien, die uns dann in den Aufsichtsräten dazu dienen soll, gegebenenfalls eine Diskussion in diese Richtung zu beginnen, (D)

(Vizepräsident Ehlers übernimmt den Vorsitz.)

dann natürlich auch nicht nur im Aufsichtsrat, sondern auch in den anderen betrieblichen Gremien, im Betriebsrat, im Wirtschaftsausschuß. Dies ist eine völlige Selbstverständlichkeit unter der Voraussetzung, Herr Dinné, daß wir überhaupt als Gesellschafter — als Stadtgemeinde Bremen — in die Diskussion dieses Zahlenmaterial einführen wollen, falls man nicht von vornherein, wenn die Zahlen auf dem Tisch liegen, sagen kann, diese Gespräche brauchen überhaupt nicht geführt zu werden. Dann werden wir im Bereich der Bremischen Gesellschaft allerdings — dies ist auch schon vereinbart — im Aufsichtsrat über die Neuorganisation intern der Bremischen Gesellschaft zu diskutieren haben. Bei diesem zweiten Schritt werden selbstverständlich, das braucht man eigentlich gar nicht zu erwähnen, alle Mitbestimmungsrechte voll durchgeführt.

Ich will an dieser Stelle noch ganz deutlich sagen, in der Tat ist natürlich die Arbeitsplatzsituation für die Zukunft der beiden Gesellschaften der entscheidende Gesichtspunkt. Sie können davon ausgehen, daß wir selbstverständlich bei solchen Gesprächen insbesondere darauf achten, daß die Arbeitsplatzsituation der einzelnen Betroffenen beachtet wird und als ein ganz entscheidender Gesichtspunkt in die Gespräche eingebracht wird. Dies ist so selbstverständlich, daß man es fast nicht zu sagen braucht.

(A) Jetzt komme ich zu der Frage, ob dies geheimnisvoll gemacht wurde oder wie das in Gang gekommen ist. Die Bremische Gesellschaft ist im Grunde genommen der Ausgangspunkt für diese Überlegungen mit, insbesondere weil jetzt aktuell die Frage ansteht, wie die Gesellschaft auf Dauer gesehen in Zukunft organisiert wird, ob neue Geschäftsführer bestellt werden sollen, ob darauf verzichtet werden soll. Das ist ja ein sehr weit gehendes Thema, deswegen haben wir da natürlich den Beginn dieser Diskussion geführt. Als erstes ist dies in der Aufsichtsratssitzung unter Punkt Verschiedenes am 12. März angesprochen worden, als allerdings überhaupt noch keine Fakten geschaffen waren, und deswegen haben wir dies dort nur ganz kurz andiskutiert.

Dann ist mir seitens der Geschäftsführung der Bremischen Gesellschaft am 31. März ein Übergangsorganisationsplan vorgelegt worden, und am 2. April habe ich mit den Punkten, die ich eben aufgeführt habe, den Verband niedersächsisch-bremischer Wohnungsunternehmen um eine Stellungnahme gebeten. Dies ist im übrigen auch der Geschäftsführung bekannt gewesen.

(B) Die Geschäftsführung hat, Herr Dinné, sofort den Betriebsrat darüber informiert. Wenn ich richtig unterrichtet bin, hat diese Information schon am 1. April stattgefunden, also unmittelbar nachdem ich mit der Geschäftsführung zu diesem Thema ein Gespräch geführt hatte. Dies ist auch in die weiteren Diskussionen eingegangen. In der Zwischenzeit haben Gespräche sowohl mit dem Betriebsrat der Bremischen Gesellschaft als auch dem der Beamtenbaugesellschaft stattgefunden. Zwischenzeitlich hat auch ein Gespräch mit den Anteilseignern stattgefunden, die wir bei der Beamtenbaugesellschaft mit, glaube ich, 0,03 Prozent noch vertreten haben.

In der Tat hat die Befürchtung bei den Arbeitnehmern bestanden, daß derartige Überlegungen angestellt werden, um zu rationalisieren. Ich habe aus diesen Gesprächen den Eindruck, daß diese Befürchtung entfallen ist. Wir haben sehr deutlich gesagt, daß sofort nach Vorlage der Stellungnahme des Verbandes in den Gremien der Gesellschaften dies selbstverständlich zur Diskussion gestellt wird.

Eine Frage möchte ich ganz ausdrücklich vorweg beantworten: Dieses Informationsmaterial ist Grundlagenmaterial für die Gesellschafter, um dann überhaupt zu überlegen, ob der Weg in Richtung auf eine Zusammenführung der Gesellschaften eine Möglichkeit sein kann oder ob er von vornherein gar nicht erst beschritten werden sollte. Zur Vorinformation dient diese Stellungnahme.

Nun komme ich zu der Behauptung, die Sie aufgestellt haben, es gäbe ein Zwischenergebnis dieses Gutachtens, in dem steht, daß die Hälfte der Arbeitnehmer wegrationalisiert werden kann. Dies ist völlig falsch. Es gibt kein Zwischenergebnis des Gutachtens, sondern es gibt ein Gespräch, das ich am Rande einer Sitzung in Bad Harzburg letzte Woche

(C) mit den beiden Herren, die dieses Gutachten anfertigen, geführt habe. Dieses Gutachten ist noch nicht fertig. Es wird sich wahrscheinlich etwas verzögern und Anfang Juli fertig werden.

Sie können davon ausgehen, insbesondere was die Frage der Arbeitnehmer betrifft, daß darin nicht stehen wird, Wegrationalisierung von soundsoviel Arbeitnehmern ist möglich, sondern dies ist lediglich eine objektivierete Herausarbeitung von detaillierten Zahlen in bezug auf die verschiedenen Belange der Firmen, wie ich es eben dargestellt habe. Nicht mehr, aber auch nicht weniger! Ob wir dann überhaupt eine Diskussion in Richtung auf eine Zusammenlegung der Gesellschaften anfangen, ist aus meiner Sicht im Augenblick völlig offen, und es muß abgewartet werden, bis diese detaillierten Zahlen vorliegen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Ehlers:** Das Wort hat der Abgeordnete Welke.

Abg. **Welke** (FDP \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie schon anlässlich der Debatte über die Erweiterung des Geschäftszwecks der Bremischen Gesellschaft muß ich auch hier am zurückliegenden Informationsverfahren Kritik anmelden. Es ist mir unverständlich, warum diese Auskünfte, die der Bausenator eben diesem Hause gegeben hat, nicht schon der Baudeputation erteilt worden sind,

(Beifall bei FDP und CDU)

(D) als er in Überlegungen eintrat, den Auftrag für dieses Gutachten zu vergeben. Ich glaube, dann hätten wir uns die ganze Debatte heute ersparen können.

Zum Inhalt des Antrags einige kurze Anmerkungen! In der Ziffer 3 fordert der Antragsteller, daß die Betriebsräte im Verfahren angemessen beteiligt werden. Ich halte das für eine Selbstverständlichkeit, weil das letzten Endes gesetzlich abgesichert ist.

(Beifall bei FDP und SPD)

Ich glaube, es bedarf keines Bürgerschaftsbeschlusses, um dies noch einmal extra zu betonen. Auch die Fragen, die in den Ziffern 1 und 2 angesprochen werden, haben sich meines Erachtens erledigt, weil der Bausenator die notwendigen Informationen gegeben hat.

Wir glauben deshalb, daß es das Sinnvollste wäre, wenn der Antragsteller diesen Antrag zurückzieht, weil er sich letzten Endes erübrigt hat. Ich erkenne Ihre Schwierigkeit, daß Sie von der Geschäftsordnung her keine Großen Anfragen stellen können. Dem Charakter nach würde sich diese Vorlage sicherlich besser für eine Große Anfrage als für einen Antrag eignen. Ich meine aber, Sie haben die Auskünfte jetzt erhalten und könnten eigentlich auf eine Abstimmung verzichten.

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Im übrigen gehen wir davon aus, daß nach Fertigstellung des Gutachtens es unverzüglich den Fraktionen beziehungsweise der Gruppe hier im Hause zur Verfügung gestellt wird. — Danke sehr!

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Ehlers:** Das Wort hat der Abgeordnete Kudella.

Abg. **Kudella** (CDU) \*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach den Ausführungen von Senator Meyer ist deutlich geworden, daß die Informationspolitik in der Sache völlig mangelhaft war, und zwar sowohl gegenüber den Parlamentariern in diesem Hause als auch gegenüber den Aufsichtsräten in den entsprechenden Gesellschaften, aber auch gegenüber den Arbeitnehmern, und ich, Herr Senator, kann für diese Geheimnistuerei von Ihrer Seite wirklich kein Verständnis finden.

(Beifall bei CDU und BGL)

Worin liegt die Notwendigkeit einer möglichen Fusion begründet? Dies ist ja die Frage, die alle betroffenen Politiker und Beschäftigten in dem Unternehmen stellen. Nun sagen Sie, ich habe zunächst in der Auftragsformulierung dies völlig offengelassen und selbst sowohl die positive als auch die negative Möglichkeit angesprochen. Dies mag möglicherweise so sein, dennoch pfeifen es ja die Spatzen von den Dächern, daß die Absicht doch wohl die Fusion dieser Gesellschaften ist, weil, Herr Senator, jeder, der sich ein bißchen in der Materie auskennt, doch weiß —.

(Abg. **Sixt** [SPD]: Sie sollten nicht auf alle Spatzen hören!)

Herr Kollege Sixt, seien Sie doch einmal fünf Minuten ruhig! Hören Sie zu und dann melden Sie sich zu Wort! Dann können wir sachlich diskutieren.

Jeder, der in der Materie ein bißchen steckt, weiß doch, daß beide Gesellschaften bestimmte Kostenprobleme haben. Ich will hier nicht in der Öffentlichkeit über Einzelheiten reden, obwohl ich das könnte, von den Fakten, die mir zur Verfügung stehen. Ich halte es aber nicht für sachdienlich, eine solche Diskussion in der Öffentlichkeit zu führen. Ich lasse es deswegen bei dieser allgemeinen Bemerkung, die aber deutlich macht, und das bestreitet doch in Wirklichkeit auch niemand, daß es Probleme in dieser Richtung gibt. Von daher, sage ich auch, sind ja solche Überlegungen von vornherein nicht illegitim. Es muß ja noch möglich sein, darüber nachzudenken.

Man muß aber erwarten, daß da mit offenen Karten gespielt wird und daß da nicht sozusagen etwas an Entscheidungskriterien plötzlich auf den Tisch gelegt wird und dann die betroffenen Parlamentarier

\*) Vom Redner nicht überprüft.

und Arbeitnehmer nicht genügend Gelegenheit haben, sich langfristig sachkundig zu machen, um dann auch sachgerecht entscheiden zu können. Das ist die Kritik, die wir an diesem Verfahren haben. (C)

Nun bin ich der Meinung, daß durch die Aussagen von Senator Meyer hier soeben sich die Ziffer 3 im Antrag der BGL erledigt hat. Insofern bitten wir hier um getrennte Abstimmung! Über die Ziffern 1 und 2 können wir zusammen abstimmen und Ziffer 3 bitte extra, Herr Präsident. Darum würde ich bitten, weil die Betriebsräte inzwischen, wenn auch zu spät, informiert worden sind.

(Abg. **Dinné** [BGL]: Das stimmt doch gar nicht!)

Doch, es haben inzwischen, Herr Dinné, ich weiß es ja selbst von den Betriebsräten, wenn auch zu spät, sage ich, Gespräche stattgefunden.

(Abg. **Dinné** [BGL]: Unvollständig vor allem! — Abg. **Dittbrenner** [SPD]: Mit wem haben Sie denn gesprochen, Herr Kudella?)

Ich habe mit den Betriebsräten der Beamtenbaugesellschaft und der Bremischen Gesellschaft Gespräche geführt, mit beiden Seiten natürlich.

Nicht erledigt sind nach meiner Auffassung die Ziffern 1 und 2, weil es natürlich bei einer solchen Auftragsvergabe von Gutachten sehr darauf ankommt, welche Formulierungen ich auch im Detail wähle. Jedermann weiß ja, daß ich durch bestimmte Formulierungen in der Auftragsvergabe die Gutachter natürlich in eine bestimmte Richtung drängen kann. Insofern interessiert uns nach wie vor, wie die Formulierung des Gutachtens lautet, und wir wollen uns mit diesen allgemeinen Aussagen des Bausenators nicht zufriedengeben. Deswegen werden wir den Ziffern 1 und 2 im Antrag der Grünen zustimmen. Die Ziffer 3 werden wir ablehnen, weil das in der Sache inzwischen nach unserer Auffassung erledigt ist. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Ehlers:** Das Wort hat der Abgeordnete Dittbrenner. (D)

Abg. **Dittbrenner** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich darf vorweg sagen, daß wir den Antrag, ähnlich wie es Herr Welke schon formuliert hat, für überflüssig halten, insbesondere durch die Erklärung, die Herr Senator Meyer hier abgegeben hat. Ich möchte aber dennoch zu einzelnen Punkten etwas aus unserer Sicht sagen.

Herr Kudella, wenn Sie sagen, daß Sie die Probleme in beiden Gesellschaften anerkennen, dann können Sie doch so uninformiert nicht sein, wie Sie es in Ihrem ersten Teil der Rede versucht haben, deutlich zu machen. Sie sagen, es muß mit offenen Karten gespielt werden. Ich will es noch einmal verdeutlichen, wie eigentlich dieser ganze Prozeß in Gang gekommen ist.

(A) Wir haben am 12. März in der Aufsichtsrats-sitzung — Herr Senator Meyer hat darauf hingewiesen — unter dem Tagesordnungspunkt Verschiedenes diese Frage angesprochen.

(Abg. Kudella [CDU]: Bei der Bremischen Gesellschaft! Bei der Beamtenbaugesellschaft ist noch mit keinem Wort darüber geredet worden!)

Im Aufsichtsrat der Bremischen Gesellschaft! Das mag sein, ich weiß allerdings, daß es aus dem Hause des Bausenators mit der Geschäftsführung der Beamtenbaugesellschaft unmittelbar danach entsprechende Gespräche gegeben hat, die auch den Auftrag enthielten, die Betriebsräte darüber zu informieren. Das gleiche gilt auch für die Bremische Gesellschaft, entsprechende Gespräche zwischen den Geschäftsführungen und den Betriebsräten haben dann auch stattgefunden. Für die Bremische Gesellschaft kann ich zusätzlich erklären, daß wir am 10. Juni, also in diesem Monat, erneut über diese Frage im Aufsichtsrat gesprochen haben.

Es ist sicherlich richtig, daß nach Vorlage dieser gutachtlichen Äußerung die Diskussion darüber in den zuständigen Gremien beider Gesellschaften einschließlich des Betriebsrats, der Arbeitnehmervertreter und auch des Wirtschaftsausschusses stattfinden muß.

(B) Wir haben das in einer Podiumsdiskussion der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen vor einiger Zeit auch deutlich gemacht, als an die Parlamentarier in der Baudeputation die Frage gestellt wurde, inwieweit sie denn bereit seien, diesen eventuellen Absichten des Bausenators zu folgen. Ich glaube auch, daß die Diskussion über das dann vorliegende Gutachten nicht nur aus betriebswirtschaftlichen Gründen geführt werden muß, weil — und bei diesem Thema sind Sozialdemokraten ja gerade sehr engagiert — Fusionen immer Arbeitsplatzvernichtungen zur Folge haben.

(Abg. Lahmann [FDP]: Es könnte auch Arbeitsplatzrettung sein! Das ist nicht logisch, was Sie sagen!)

Es muß bei der Diskussion über diese gutachtlichen Stellungnahmen auch — das ist ganz logisch, Herr Lahmann — darauf ankommen, diese Frage politisch zu entscheiden. Wenn Sie da anderer Auffassung sind, Herr Lahmann, bitte ich Sie doch, entweder eine Zwischenfrage zu stellen oder nach vorn zu kommen.

(Abg. Lahmann [FDP]: Es ist Theorie, was Sie sagen! Es kann auch anders sein!)

Ich sage also noch einmal und betone es auch deutlich in Richtung der Arbeitnehmer, betriebswirtschaftliche Gründe werden nicht der alleinige Gesichtspunkt sein, um diese Frage zu entscheiden, sondern es wird eine politische Entscheidung sein. Ich glaube auch, daß die betroffenen Kollegen, zu-

(C) mindest die, die an der Diskussionsveranstaltung der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen teilgenommen haben, das ging aber auch aus einer ganzen Reihe von Einzelgesprächen hervor, das entsprechend angenommen haben, daß das Informationsdefizit, das auf verschiedenen Seiten vielleicht vorhanden war, mittlerweile aber ausgeräumt ist. Ich gehe auch so weit, daß bei offenen Fragestellungen des dann vorliegenden Gutachtens man bereit sein muß, um diese Frage endgültig zu klären, gegebenenfalls weitere gutachtliche Stellungnahmen einzuholen, insbesondere was die Arbeitsplatzsicherheit betrifft.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Aus diesem Grunde halten wir eine Überprüfung des möglichen effektiveren Arbeitens von Gesellschaften, die der Gesellschafter anzustellen hat, und zwar generell, für notwendig, meinen allerdings, daß die Diskussion darüber mit den Betroffenen in den dafür zuständigen Gremien stattzufinden hat. Weiter sind wir der Auffassung, daß eine Diskussion über den Inhalt und über entsprechende betriebswirtschaftliche Rahmenbedingungen nicht in diesem Bereich, sondern im Aufsichtsrat, in den dafür zuständigen Gremien stattzufinden hat. Aus dem Grunde sind wir der Auffassung, daß der Antrag der BGL zurückgezogen werden sollte, anderenfalls lehnen wir ihn ab. — Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

(D) **Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dinné.

Abg. Dinné (BGL \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn Sozialdemokraten begründen, daß alles in Ordnung ist, muß man wirklich sehr genau hinhören.

(Zuruf des Abg. Sixt [SPD] — Abg. Stelljes [SPD]: Das ist besser geworden, seitdem Sie nicht mehr dabei sind!)

Ich mache Ihnen, Herr Welke, den Vorwurf, daß Sie gutgläubig das glauben, was Sie zunächst hören, und dann hinterher immer als die Gelackmeierten hier stehen.

Ich will noch einmal ganz kurz erläutern, wie der Bausenator hier auf unsere Frage, ob denn nun stimmt, daß bei einer Fusion die Hälfte der Arbeitsplätze reduziert würde, geantwortet hat. Er hat gesagt, es ist nicht die Absicht des Gutachtens, die Fusion zu untersuchen, und deshalb ist die Frage der Arbeitsplatzvernichtung so auch nicht zu beantworten.

Ich darf Sie einmal darauf aufmerksam machen, wie solche Gutachten neuerdings aussehen. Bei diesen Gutachten ist es ja immer so, daß, wenn rationalisiert wird, wir tragen da Eulen nach Athen, das ist

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) klar, dann auch Arbeitsplätze wegfallen. Diese Arbeitsplatzvernichtung bringt natürlich die Belegschaften völlig zu Recht in Wallungen, und deshalb haben diese Gutachten an und für sich schon immer etwas Brisantes an sich. Deshalb werden Gutachten heute von alerten Firmen — und ich gehe davon aus, daß der Bausenator sich solcher bedient — immer so gemacht, daß dort mehrere Möglichkeiten, Modelle wird das genannt, wir kommen darauf morgen noch ausführlich,

(Abg. Gassdorf [CDU]: Denkmodelle!)

mit illustren Namen im allgemeinen vorgestellt werden, und dabei werden jeweils die Vor- und Nachteile dieser Modelle dann mit Pro und Contra geschildert.

Mir ist natürlich klar, daß dieses Gutachten des Bausenators, was die Fusion dieser beiden Staatsbetriebe anlangt, nicht so trivial ist, daß es darstellt, wie eine Fusion und die entsprechende Arbeitsplatzvernichtung aussehen würden, sondern das sieht auch so aus, daß mehrere Modelle aufgezeigt werden, unter Umständen sogar unter Einbeziehung der Weltwirtschaft, das ist ganz klar, damit das alles so ein bißchen verwischt wird. Deshalb will ich meine Frage noch einmal präzisieren, Herr Bausenator: Stimmt es denn, daß Sie am Rande der Gespräche von Bad Harzburg vor wenigen Tagen erfahren haben, daß, wenn unter diesen mehreren Möglichkeiten auch das Modell Fusion diskutiert wird, dann, wenn fusioniert wird, die Hälfte der Arbeitsplätze über den Deister geht? Nur unter dieser Prämisse, das ist klar! Wenn Sie das nicht bestätigen, gehe ich davon aus, daß es stimmt. Das ist der erste Punkt!

(B)

Der zweite Punkt ist der, ich wundere mich die ganze Zeit, warum die SPD hier beteuert, daß überall die Mitbestimmung und die Beteiligung der betroffenen Arbeitnehmer einbezogen worden ist, wo doch auf der anderen Seite die betroffenen Belegschaften heftig protestieren und immer wieder sagen, sie seien übergangen worden. Diesen Widerspruch müssen Sie auch einmal aufklären. Die beiden Betriebsräte erklären bis zum heutigen Tage, daß sie nicht informiert worden sind — Herr Welke, jetzt auch speziell an Sie —, was auch die Fragen der weiteren existenziellen Nöte anlangt hinsichtlich der Arbeitsplätze, da sagen sie, sie sind bis heute nicht informiert worden.

Sie haben doch auch den relativ arroganten Beitrag von Herrn Dittbrenner eben gehört, der gesagt hat, wir haben das im Aufsichtsrat beschlossen, und wir haben die Geschäftsführung beauftragt, das auch den dämlichen Arbeitnehmern klarzumachen, was da eigentlich läuft. So ungefähr wird ja hier argumentiert. Das Problem der SPD ist, daß sie nur noch in Aufsichtsräten herumsitzt und nicht mehr in Betriebsräten und dort die Kollegen aufklärt. Das ist wirklich das Problem, meine Damen und Herren!

(C) Deshalb verstehe ich auch nicht, daß Sie Ziffer 3 nicht mehr mitmachen wollen — auch Herr Kudella —, obwohl die betroffenen Betriebsräte sagen, sie seien nicht umfassend informiert. Glauben Sie denn nun der SPD, was die Probleme der Belegschaften anlangt, oder glauben Sie den Belegschaften selbst? Diese Frage müssen Sie sich doch stellen!

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort Herr Senator Meyer.

**Senator für das Bauwesen Meyer:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nur um der Märchenbildung vorzubeugen noch einmal von mir zum wiederholten Male, Herr Dinné, die Auskunft, es gibt noch keine Zwischenergebnisse des Gutachtens. Es ist überhaupt nicht davon die Rede, daß die Hälfte der Arbeitnehmerschaft abgebaut werden soll. Ich betone auch noch einmal, daß diese Stellungnahme, die wir erwarten, im Ergebnis nicht aussagen wird, Fusion ja oder nein, und mit dieser Stellungnahme werden auch nicht unterschiedlichste Modelle erarbeitet. Das sind auch keine „alerten Firmen“, sondern das sind die beiden Wirtschaftsprüfer, die ohnehin in den beiden Gesellschaften die Geschäfte dieser Gesellschaften überprüfen. Insofern ist das wirklich ein Märchen, das Sie erzählen, dem ich ganz eindeutig widersprechen muß.

Zur Frage der Geheimniskrämerei noch einmal von mir das Datum: Die Unterrichtung des Betriebsrats der Bremischen Gesellschaft — bei der Beamtenbaugesellschaft ist das später erfolgt, zugegebenermaßen, weil der Geschäftsführer erst eine spätere Information geben konnte — ist am 1. April erfolgt. Es gibt keine sehr detaillierten Auftragsvergaben oder so etwas, im Grunde genommen wissen — nicht im Grunde genommen, das kann ich streichen — die Betriebsräte und die Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten heute genausoviel wie Sie und genausoviel wie ich über den gesamten Stand der Dinge.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, von der CDU-Fraktion ist getrennte Abstimmung beantragt worden. Der Antrag hat drei Absätze. Es wird beantragt, die Ziffern 1 und 2 in einem Gang zur Abstimmung zu stellen und in einem zweiten Abstimmungsgang die Ziffer 3. Ist das so richtig, Herr Kudella?

(Abg. Kudella [CDU]: Ja!)

Wer den Ziffern 1 und 2 des Antrags Drucksache 10/816 von der Bremer Grünen Liste seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, BGL und Abg. Willers)

(D)

- (A) Ich bitte um die Gegenprobe!  
(Dagegen SPD und FDP)  
Stimmenthaltungen?
- Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Ziffern 1 und 2 ab.  
Ich rufe nunmehr die Ziffer 3 auf.  
Wer der Ziffer 3 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür BGL und Abg. W i l l e r s )

Ich bitte um die Gegenprobe!  
(Dagegen SPD, CDU und FDP)

Stimmenthaltungen?  
Ich stelle fest, auch die Ziffer 3 ist abgelehnt.  
Damit ist der gesamte Antrag abgelehnt.  
Meine Damen und Herren, es wären jetzt als nächstes die Tagesordnungspunkte acht und neun — Anträge zum Personalvertretungsgesetz im Zusammenhang mit Radio Bremen — zur Verhandlung zu stellen. Es ist 17.35 Uhr. Wir haben uns vorgenommen, die Sitzung um 18 Uhr zu beenden. Ich schlage Ihnen deswegen vor, daß wir jetzt nicht die Punkte acht und neun aufrufen, da sie heute ohnehin nicht abschließend behandelt würden, sondern daß wir versuchen, die Tagesordnungspunkte abzuhandeln, für die eine Beratung nicht zu erwarten ist.

(Beifall)

- (B) Dann müssen wir die Tagesordnung entsprechend umstellen.

Sind Sie einverstanden, daß wir so verfahren?

(Zurufe)

Ich stelle Einverständnis fest.  
Dann sind es die Punkte 18 bis 20, es handelt sich um die Berichte des Petitionsausschusses, und der Punkt 26, Wahl Landesbeirat Jugendbildung. Diese Punkte sind ohne Debatte.

Ist erkennbar, daß weitere Punkte ohne Debatte sind? — Das ist nicht der Fall.

Wer damit einverstanden ist, daß wir jetzt die Tagesordnungspunkte 18 bis 20 und im Anschluß daran Punkt 26 aufrufen, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!  
Stimmenthaltungen?  
Dann ist es so beschlossen.

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 47**  
vom 3. Mai 1982  
(Drucksache 10/811)

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 48**  
vom 17. Mai 1982  
(Drucksache 10/818)

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 49**  
vom 8. Juni 1982  
(Drucksache 10/833)

(C)

Eine Aussprache wird nicht gewünscht.  
Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art mit Ausnahme der Petition L 10/472 im Bericht Nummer 48, die mit Schreiben vom 9. Juni 1982 zurückgezogen worden ist, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!  
(Dagegen BGL)

Stimmenthaltungen?  
(Abg. W i l l e r s )

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

**Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Landesbeirats für Jugendbildung**

Von der Fraktion der SPD wird vorgeschlagen, den Abgeordneten Wolfgang Kietzer anstelle von Herrn Johann Wintjen zum Stellvertreter der Abgeordneten Marlis Stuchlik zu wählen.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt, bitte ich, damit einverstanden zu sein, daß wir die Wahl gemäß Paragraph 58 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung per Akklamation vornehmen.

Ergibt sich dagegen Widerspruch? — Das ist nicht der Fall.

Dann werden wir so verfahren.

Wer dem Wahlvorschlag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!  
Stimmenthaltungen?

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

Meine Damen und Herren, damit haben wir das Programm, das wir uns für heute vorgenommen haben, abgearbeitet.

Ich erinnere Sie daran, daß wir morgen um 9.30 Uhr zur Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) wieder zusammenkommen.

Ich schließe die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) und wünsche Ihnen allen einen guten Heimweg.

(Schluß der Sitzung 17.40 Uhr)

(D)

(A)

## Anhang zum Plenarprotokoll

(C)

**Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) vom 23. 6. 1982****Anfrage 13: Ausbilder-Eignungsverordnung**

Wir fragen den Senat:

Sieht der Senat in einer vorgezogenen Änderung der Ausbilder-Eignungsverordnung einen geeigneten Beitrag, das betriebliche Ausbildungsplatzangebot zu verbessern?

v. Schönfeldt, Professor Dr. Holl, Lahmann und Fraktion der FDP

**Antwort des Senats:**

Verordnungen über die berufs- und arbeitspädagogische Eignung für die Berufsausbildung — Ausbilder-Eignungsverordnung — hat die Bundesregierung erlassen für die Berufsausbildung in der gewerblichen Wirtschaft — vom 20. April 1972 —, für die Berufsausbildung in der Landwirtschaft — vom 5. April 1976 —, für die Berufsausbildung im öffentlichen Dienst — vom 16. Juli 1976 —, für die Berufsausbildung in der Hauswirtschaft — vom 29. Juni 1978 — und für die Berufsausbildung von Beamten des Bundes — vom 26. April 1977 —.

(B)

Diese Verordnungen haben zum Ziel, die Berufsausbildung zu verbessern. Sie sollen Gewähr dafür bieten, daß Ausbilder über die dafür erforderlichen berufs- und arbeitspädagogischen Kenntnisse verfügen.

Die hier angesprochene Ausbilder-Eignungsverordnung Gewerbliche Wirtschaft sieht in Paragraph 8 Absatz 2 in einer Übergangsvorschrift vor, daß diejenigen Personen, die berufs- und arbeitspädagogische Kenntnisse nicht nachweisen können, von diesem Nachweis in Ausnahmefällen durch die zuständige Stelle — Industrie- und Handelskammer beziehungsweise Handwerkskammer — befreit werden können. Diese Frist hat die Bedeutung, daß zum Herbst dieses Jahres neu abgeschlossene Ausbildungsverträge mit mehr als zweijähriger Ausbildungszeitdauer nicht mehr von Personen abgeschlossen werden können, die bis zum 31. 12. 1984 die erforderlichen berufs- und arbeitspädagogischen Kenntnisse nicht nachweisen können.

Im Hinblick auf den zur Zeit bestehenden starken Ausbildungsplatzmangel im Bundesgebiet hat deshalb der Deutsche Industrie- und Handelstag die Bundesregierung gebeten, die Frist für den Nachweis berufs- und arbeitspädagogischer Kenntnisse über den 31. Dezember 1984 hinaus zu verlängern. Anderenfalls, so begründet der Deutsche Industrie- und Handelstag, müßten etwa 50 000 Ausbildungsplätze verlorengehen.

Gemeinsam mit dem Landesausschuß für Berufsbildung hat der Senat geprüft, welche Auswirkung die Beibehaltung der Ausschußfrist für das Ausbil-

dungsplatzangebot der bremischen Wirtschaft in diesem Jahr haben könnte. Die Handelskammer Bremen und die Industrie- und Handelskammer Bremerhaven hielten die Zahl der dadurch verlorengehenden Ausbildungsplätze für sehr gering. Sie verwiesen darauf, daß es gelungen sei, weitgehend allen Ausbildern, die den berufs- und arbeitspädagogischen Nachweis bislang nicht führen konnten, über eigene Lehrgänge diese Zusatzqualifikation zu vermitteln. Mit dem Landesausschuß für Berufsbildung war deshalb der Senat der Auffassung, eine eigene Initiative zur Verlängerung der Übergangsfrist der Ausbilder-Eignungsverordnung nicht zu ergreifen. Dies würde auch für all diejenigen unbegreiflich sein, die sich als Ausbilder frühzeitig der Verpflichtung, den Nachweis zu führen, unterzogen haben.

Die Bundesregierung kann sich jedoch dem Argument des Deutschen Industrie- und Handelstages den Verlust von über 50 000 Ausbildungsplätzen betreffend nicht voll verschließen und hat dem Hauptausschuß des Bundesinstituts für Berufsbildung in dessen Sitzung am 11. 6. 1982 vorgeschlagen, all diejenigen Ausbilder auf Dauer vom Nachweis der berufs- und arbeitspädagogischen Kenntnisse zu befreien, die in den letzten Jahren zusammenhängend mindestens fünf Jahre oder insgesamt sechs Jahre ohne Beanstandungen ausgebildet haben. Der Hauptausschuß des Bundesinstituts für Berufsbildung folgte mehrheitlich gegen die Stimmen der Gewerkschaftsvertreter diesem Vorschlag. Es kann deshalb davon ausgegangen werden, daß durch Änderung der Ausbilder-Eignungsverordnung Gewerbliche Wirtschaft diejenigen Ausbildungsplätze erhalten bleiben, bei denen Ausbilder tätig sind, die den berufs- und arbeitspädagogischen Nachweis zur Zeit nicht führen können.

(D)

Für Bremen hätte nach der Darstellung der Handelskammer Bremen und der Industrie- und Handelskammer Bremerhaven der Verzicht auf eine Änderung der Ausbilder-Eignungsverordnung keine spürbare Verbesserung des Ausbildungsplatzangebots zur Folge. Die Änderung der Ausbilder-Eignungsverordnung im Sinne einer Änderung der Nachweispflicht hätte naturgemäß auch keine Verbesserung des betrieblichen Ausbildungsplatzangebots in qualitativer Hinsicht zur Folge. Es würde, das muß nochmals betont werden, auch bei all denjenigen Ausbildern auf Unverständnis stoßen, die getreu ihrer Pflicht, berufs- und arbeitspädagogische Kenntnisse nachzuweisen, sich oftmals auch in ihrer Freizeit den Lehrgängen der Kammern unterzogen und die Zusatzqualifikation erworben haben.

**Anfrage 14: Unterrichtsfach Französisch**

Wir fragen den Senat:

1. Kennt der Senat die im dpa-Dienst für Kulturpolitik Nummer 23 vom 7. Juni 1982 enthaltene Mel-

(A) dung über die vermehrte Werbung zur Wahl des Unterrichtsfachs Französisch in der DDR?

2. Ist der Senat mit uns der Auffassung, daß die in dieser Meldung enthaltenen Argumente erst recht für ein Land wie Bremen gelten, wonach sich die Forderung nach mehr und besseren Französischkenntnissen aus wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Verbindungen, den politischen und kulturellen Kontakten mit Frankreich sowie aus der vielseitigen Zusammenarbeit mit Ländern in Afrika und Asien ergibt?

Professor Dr. Holl, Lahmann und Fraktion der FDP

**Antwort des Senats:**

Zu 1.: Der Senat kennt die im dpa-Dienst für Kulturpolitik Nummer 23 vom 7. Juni 1982 enthaltene Meldung und auch die dieser zugrundeliegende dpa-Meldung vom 29. Mai 1982. In ihr bezeichnet das Volksbildungsministerium der DDR es als notwendig, „mehr Schüler fakultativ in Französisch zu unterrichten“. Bisher lernt „knapp die Hälfte der DDR-Schüler neben dem obligatorischen Russisch eine zweite Fremdsprache, allerdings meistens Englisch“, wie es in der Meldung heißt. Hieraus ergibt sich, daß weniger als 50 Prozent der Schüler in der DDR eine zweite Fremdsprache erlernen und daß Französisch als zweite Fremdsprache von einer kaum nennenswerten Anzahl erlernt wird.

(B) Zu 2.: Der Senat weist zunächst darauf hin, daß die in der genannten Meldung angesprochene Fremdsprachenfolge und auch die angegebenen Schülerzahlen zum Fremdsprachenunterricht mit der Situation im Lande Bremen nur schwer verglichen werden können, lernen doch etwa 50 Prozent der Realschüler, mehr als 50 Prozent der Gesamtschüler und alle Gymnasiasten im Sekundarbereich I eine zweite Fremdsprache. Unter den im Lande Bremen angebotenen zweiten Fremdsprachen im Sekundarbereich I nimmt Französisch mit einem Anteil von zwei Dritteln — Gesamtschule und Gymnasium — beziehungsweise drei Vierteln — Realschule — die beherrschende Stellung ein.

Der Senat ist ebenfalls der Auffassung, daß die in der dpa-Meldung wiedergegebenen und im zwei-

ten Teil der Anfrage aufgegriffenen Argumente für das Erlernen der Fremdsprache Französisch auch für Bremen Gültigkeit haben. (C)

Der Senat weist darauf hin, daß sich Bremen zusammen mit den übrigen Ländern in der Bundesrepublik im Rahmen der Kultusministerkonferenz stets dafür eingesetzt hat, durch Beratung über die Möglichkeiten und den Wert des Erlernens von Fremdsprachen die Motivation der Schüler zum Fremdsprachenlernen zu verbessern.

Für die französische Sprache liegt darüber hinaus durch den Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit eine Sonderstellung vor, und noch im Februar 1981 vereinbarten der Bevollmächtigte der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrags und der französische Erziehungsminister ein „Aktionsprogramm zur Verstärkung und Verbesserung des Unterrichts der Partnersprache“, das in seinem schulischen Teil vorsieht, „die Motivation der Schüler durch gezielte Informationen und Verstärkung der Schüleraustauschprogramme zu erhöhen; das regionale Angebot von Unterricht der Partnersprache als Wahlpflicht- und Wahlsprache so günstig wie möglich zu gestalten; die Qualität des Unterrichts durch die gemeinsame Entwicklung von Lehrmaterialien, durch gemeinsame Anstrengungen bei der Lehrerfortbildung sowie durch Verstärkung des Lehreraustausches zu verbessern; die Kenntnisse über das Partnerland durch die Darstellung der gegenwärtigen Verhältnisse nicht nur im Sprachunterricht, sondern auch in anderen Fächern wie Geschichte, Geographie, Sozial- und Wirtschaftskunde zu vertiefen; die Frage der Vergleichbarkeit der in der Partnersprache vermittelten Qualifikationen sowie der Ziele und Inhalte des Unterrichts über das Partnerland zu untersuchen und durch gemeinsam erarbeitete Studien auf abgestimmte Informationsgrundlagen zu stellen“. (D)

Bremen beteiligt sich an der Umsetzung des vereinbarten Aktionsprogramms zum einen im Rahmen der Kultusministerkonferenz und ihren Gremien, zum anderen durch geeignete Maßnahmen im Land Bremen.